

Von der Armenpflege zum Sozialstaat
und zur Zivilgesellschaft

125
JAHRE
DZI
DZI

Von der Armenpflege zum Sozialstaat und zur Zivilgesellschaft

Eine Anthologie
zur Geschichte und Zukunft
des Deutschen Zentralinstituts
für soziale Fragen
und seiner Themen

125
JAHRE
DZI

Grußworte

Bundespräsident	Seite 4
Präsident des Deutschen Bundestages	Seite 6

Trägerinstitutionen

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend . . .	Seite 8
Regierender Bürgermeister von Berlin	Seite 9
Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege	Seite 10
Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages	Seite 11
Präsident des Deutschen Städtetages	Seite 12

International

Präsidentin des International Committee on Fundraising Organizations	Seite 13
---	----------

Einführung in die Anthologie

<i>Ingrid Stahmer</i>	Seite 15
---------------------------------	----------

I Von der Wohltätigkeit zur sozialen Verpflichtung

für das Gemeinwesen <i>Susanne Zeller</i>	Seite 17
--	----------

II Zur Geschichte des Spendens *Rupert Graf Strachwitz* . . . Seite 41**III Spenden in der DDR** *Eckhard Priller* Seite 59**IV Katholische Spendenpraxis in der DDR**

<i>Interview mit Hellmut Puschmann</i>	Seite 75
--	----------

V Die Spenderberatung des DZI Geschichte und Methoden

<i>Tanja Ibrahim; Christel Neff</i>	Seite 83
---	----------

VI „Der Nationalsozialismus konnte an den Materialien und Erfahrungen des Archivs nicht vorbeigehen.“

<i>Sabine Hering</i>	Seite 109
--------------------------------	-----------

VII Die Funktion der sozialen Literatur für Praxis, Ausbildung und Forschung zur Sozialen Arbeit

<i>Wolf Rainer Wendt</i>	Seite 131
------------------------------------	-----------

VIII Die Literaturdokumentation des DZI

<i>Silvia Lehmann</i>	Seite 145
---------------------------------	-----------

IX Organisation und Finanzierung des DZI

<i>Margrit Gensing; Burkhard Wilke</i>	Seite 167
--	-----------

X Quellen und Querelen des Sozialen in der DDR

<i>Frieder Burkhardt</i>	Seite 175
------------------------------------	-----------

XI Europäische Dimensionen in der Sozialen Arbeit – Die Rolle der Hochschulen

<i>Christine Labonté-Roset; Walter Lorenz</i>	Seite 195
---	-----------

XII Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft

<i>Ein Gespräch mit Vorstandsmitgliedern der Stiftung DZI</i> <i>Ingrid Stahmer; Falko Liecke; Ilja Nothnagel; Gerhard Timm</i>	Seite 207
--	-----------

Die Orte des DZI und seiner Vorgängerinstitutionen

<i>Christian Gedschold; Heidi Koschwitz</i>	
Schmidstraße 29	Seite 19
Zimmerstraße 16	Seite 37
Ziegelstraße 10	Seite 57
Füsilierstraße 5	Seite 63
Unter den Linden 16	Seite 71
Flottwellstraße 4	Seite 81
Neue Friedrichstraße 36	Seite 93
Saarlandstraße 14	Seite 119
Mansfelder Straße 32 und Berliner Straße 4-9	Seite 177
Archivstraße 14	Seite 199
Miquelstraße 83	Seite 209
Bernadottestraße 94	Seite 219

Autorinnen und Autoren der Anthologie Seite 223

Literatur	Seite 229
----------------------------	-----------

Bildnachweis	Seite 239
-------------------------------	-----------

Impressum	Seite 240
----------------------------	-----------



Grußwort
Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsident

Im Mai 1893 wurde in der Berliner Friedrichstadt, in der Zimmerstraße 16, eine Auskunftsstelle für kranke, alte und erwerbsunfähige Menschen eingerichtet. Sie sollte nicht nur für die Hilfesuchenden selbst da sein, sondern vor allem auch den Helfern mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Damit beginnt die Geschichte des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen, das nun schon seit 125 Jahren im Dienst der praktischen Wohlfahrtsarbeit steht.

Ob es um die Armenpflege im Kaiserreich ging oder später um die Einrichtungen des Sozialstaats: Das DZI hat sich als Forschungs- und Dokumentationsstätte der Sozialen Arbeit in Deutschland bewährt. Auch in schwierigen Zeiten, in Zeiten von Rezession und Krieg, fand das Institut immer einen Weg, den einzigartigen wissenschaftlichen Fundus der Sozialen Arbeit für künftige Generationen zu erhalten und der Sozialen Arbeit neue Impulse zu geben. Dafür danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Herzen.

Besonders bekannt ist das Institut heute für das Spendensiegel, das seit 1992 vergeben wird. Das DZI-Siegel bescheinigt Hilfsorganisationen Seriosität und Leistungsfähigkeit, wenn sie strenge Kriterien erfüllen. Auch mit der Spenderberatung gibt das Institut den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland heute etwas, das in diesen schnelllebigen Zeiten besonders kostbar ist: Orientierung. So sorgt das DZI mit dafür, dass Spendengeld da ankommt, wo es wirklich gebraucht wird.

Für viele Menschen, die mit ihren karitativen Spenden einen ganz persönlichen Beitrag für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft leisten wollen, ist das Institut zu einer wichtigen Vertrauensinstanz geworden. Es hat Maßstäbe im Zusammenwirken von Spendern und

Spendenorganisationen gesetzt und ist bis heute ein unverzichtbarer Partner der Fürsorge- und Wohlfahrtsinstitutionen. Ich finde, darauf können alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DZI gemeinsam stolz sein.

Als Seismograph der Sozialen Arbeit in Deutschland wird dem DZI auch in Zukunft besondere Bedeutung zukommen. Ich bin zuversichtlich, dass das DZI mit seiner Expertise und seiner Erfahrung ein unverzichtbarer Ratgeber bei der Sicherung eines leistungs- und tragfähigen Wohlfahrtsstaates bleibt.

Für diese wichtige Aufgabe wünsche ich dem DZI alles Gute und viel Erfolg.



Grußwort
Dr. Wolfgang Schäuble
 Präsident des Deutschen
 Bundestages

Zum 125. Geburtstag des Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen gratuliere ich Ihnen sehr herzlich!

Gegründet wurde das DZI noch in der Zeit des Kaiserreichs, als Auskunftsstelle über Berliner Wohlfahrtseinrichtungen. Heute ist es die wichtigste Institution in unserem Land, die zum gesellschaftlichen Vertrauen in das Spendenwesen beiträgt.

Einen Meilenstein bedeutete 1992 die Einführung des Spendensiegels als Gütezeichen für seriöse Spendenorganisationen. Seither ist das DZI die anerkannte Prüfinstanz, die unabhängig und kompetent Transparenz im deutschen Spendenwesen herstellt. Mehr noch: Die weit darüber hinaus das Vertrauen in den gemeinnützigen Sektor und die Spendenorganisationen fördert.

Ich nutze deshalb gerne die Gelegenheit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts für ihre wertvolle Arbeit zu danken. Vertrauen in unserer Gesellschaft ist ein hohes Gut, es zu bewahren eine wichtige Aufgabe. Denn ist es einmal verloren, lässt sich Vertrauen nur schwer wieder herstellen.

Mit dem ungeheuer schnellen gesellschaftlichen Wandel, den wir unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung erleben, spüren wir, dass auch unsere Gesellschaft heterogener und konfliktreicher wird. Der soziale Zusammenhalt gerät vielerorts zunehmend in Gefahr. Gibt es noch ein einigendes Band? Das vitale bürgerschaftliche Engagement, das mit dem Spenden von Geld, Gütern und Zeit den Mitmenschen in der Not sieht und direkt helfen möchte, hat in Deutschland eine Jahrhunderte alte Tradition – vom Opferstock in der Kirche bis zur Onlinespende in der Netzwelt. Es beweist: Es gibt zu den Fliehkräften des sozialen Wandels ein gesellschaftliches Gegengewicht, das auch in Zeiten der Globalisierung den Zusammenhalt unter den

Menschen festigt. Die Werte, die diesem Handeln zugrunde liegen – Werte wie Verantwortung, Gemeinsinn und Solidarität – sind nicht nur Tugenden der Fürsorge und der Wohltätigkeit. Sie sind Bausteine unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Auf sie kann die offene Gesellschaft nicht verzichten.

Die Frage sollte deshalb lauten: Wie lassen sich die Weichen zukunftsgerichtet stellen, damit das DZI auch weiterhin seinem gesellschaftlichen Auftrag erfolgreich gerecht wird? Diesem Themenkreis möchte sich das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen in seinem Jubiläumsjahr besonders widmen. Ich wünsche dabei einen fruchtbaren Gedankenaustausch bei lebhaften und spannenden Diskussionen.

Heute haben Sie erst einmal allen Grund, gemeinsam zu feiern – und sich feiern zu lassen. Mit meinem Dank für Ihre Arbeit verbinde ich meine besten Wünsche für Sie: Alles Gute für das DZI!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Schäuble'.



Grußwort
Dr. Franziska Giffey
 Bundesministerin
 für Familie, Senioren,
 Frauen und Jugend

Einer meiner Leitsätze lautet: Wir kümmern uns um die Kümmerer. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) versteht sich seit 125 Jahren als unabhängige Mittlerorganisation, die Hilfen für Helfende bereitstellt. Es war immer die Idee des DZI, zu vermitteln zwischen Menschen in Not und Menschen, die bereit sind, durch Spenden Hilfe zu leisten. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert die Spenderberatung des DZI, weil wir damit die Rahmenbedingungen für das Engagement in Deutschland stärken. Herzlichen Glückwunsch zum 125-jährigen Jubiläum!

Geld zu spenden, ist eine wichtige Form des bürgerschaftlichen Engagements. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen sind auf Geldspenden angewiesen. Und die Bereitschaft, Geld zu spenden, ist hoch: Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland spendet; insgesamt kommen jährlich zwischen vier und acht Milliarden Euro zusammen: zum Beispiel für die Not- und Katastrophenhilfe, für Kinder, für Menschen mit Behinderung, für den Umweltschutz oder den Sport.

Angesichts dieser Summen sind Transparenz und Kontrolle im Spendenwesen von großer Bedeutung. Mit seiner unabhängigen Spenderberatung leistet das DZI wichtige Auskunfts- und Aufklärungsarbeit. Es informiert mit seinen Empfehlungen die Öffentlichkeit, Medien und Behörden über die Seriosität von Spendenorganisationen. Damit stärkt die Arbeit des DZI die Spendenbereitschaft. Denn im Spendenwesen geht es ganz wesentlich um Vertrauen: Menschen, die spenden, vertrauen darauf, dass die Empfänger mit dem gespendeten Geld verantwortungsvoll umgehen.

Das Bundesfamilienministerium unterstützt das DZI weiter gern. Herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Ihre wertvolle Arbeit! Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg und alles Gute.

Dr. Franziska Giffey



Grußwort
Michael Müller
 Regierender
 Bürgermeister
 von Berlin

Für unser Zusammenleben ist gemeinnütziges Engagement unverzichtbar. Wer sich für seine Mitmenschen einsetzt, trägt zu einer lebenswerten Gesellschaft bei, in der alle gleichberechtigt Platz finden.

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) unterstützt schon seit 125 Jahren diejenigen, die solidarisch denken und handeln. Mit seinen Arbeitsbereichen Soziale Literatur und Spenderberatung ist es für Fachleute und die allgemeine Öffentlichkeit eine unverzichtbare Anlaufstelle. Im deutschen Spendenwesen ist das DZI Spenden-Siegel das bedeutendste Qualitätszeichen. Das Angebot des DZI trägt viel dazu bei, dass diejenigen, die helfen möchten, dies möglichst effektiv und nachhaltig tun können.

Der Berliner Senat unterstützt dieses Anliegen seit vielen Jahrzehnten auf dem Wege finanzieller Förderung und als einer der Träger der Stiftung DZI. Ein traditionsreiches Beispiel ist die vom DZI herausgegebene Fachzeitschrift Soziale Arbeit, die 1951 vom damaligen Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter begründet wurde. Ich bin froh, dass diese wichtige Institution in unserer Stadt beheimatet ist.

Seit das DZI vor 125 Jahren als Auskunftsstelle über Berliner Wohlfahrtsorganisationen gegründet wurde, konnten viele gesellschaftliche Fortschritte erreicht werden, gerade auch mit Blick auf den Sozialstaat. Doch das Anliegen, Informationen zum Spendenwesen und zur sozialen Arbeit verfügbar zu machen und sich für Transparenz einzusetzen, ist aktuell geblieben. Ich bin mir sicher, dass das DZI auch in Zukunft ein wichtiger Garant für ein gelingendes und solidarisches Zusammenleben bleiben wird.

Herzlichen Glückwunsch zu 125 Jahren DZI!

Michael Müller



Grußwort
Prälat Dr. Peter Neher
 Präsident des Deutschen
 Caritasverbandes
 Präsident der Bundes-
 arbeitsgemeinschaft der
 Freien Wohlfahrtspflege

Gerade in Zeiten von e-books, google und wikipedia wirken Fachbibliotheken und Archive wie Institutionen der Vergangenheit. Völlig zu Unrecht! Denn wer so denkt, unterschätzt die Bedeutung der Vergangenheit für die Gegenwart und die Potenziale, die auch vergangene Fachdebatten für die Gestaltung unserer Zukunft bereithalten. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) übernimmt eine bedeutende Aufgabe, wenn es Informationen und Fachliteratur sammelt, diese aufbereitet und zur Verfügung stellt. Durch diese Sammlung sind sowohl die Erforschung der Vergangenheit der Sozialen Arbeit als auch eine fundierte Ausbildung möglich. Gleichzeitig gestaltet das DZI die Soziale Arbeit und deren künftige Ausrichtung aktiv mit, indem es unterschiedlichste Beiträge in der Zeitschrift Soziale Arbeit zusammenführt.

Das DZI übernimmt aber auch eine wichtige Aufgabe, wenn es um die Transparenz in der Spendenlandschaft geht. Drei der Verbände der BAGFW nutzen dieses Siegel vor allem im Bereich der internationalen Arbeit. Damit gibt das DZI Spenderinnen und Spendern ein wichtiges Instrument der Unterscheidung in einem größer werdenden Spendenmarkt an die Hand.

In diesen Brückenfunktionen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, aber auch zwischen der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Hand, ist das DZI seit 125 Jahren nicht nur für die Soziale Arbeit bedeutend. Es hat auch das Gesicht der Sozialen Arbeit in Deutschland mitgeprägt. Hierfür sei den vielen Menschen gedankt, die sich im Rahmen dieser Institution engagierten und engagieren. Dem DZI, seiner Leitung und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gratuliere ich zu diesem Jubiläum und wünsche ihnen für die Zukunft alles Gute und Gottes Segen.

Peter Neher



Grußwort
Dr. Eric Schweitzer
 Präsident des Deutschen
 Industrie- und Handels-
 kammertages

Unsere Gesellschaft ist mehr als die Summe der einzelnen Teile. Mit dem guten, insgesamt sehr kooperativen Zusammenwirken von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat ist es uns gelungen, die soziale Marktwirtschaft, wie wir sie heute kennen, zu entwickeln und zu etablieren. Doch ist jede gesellschaftliche Veränderung mit neuen Herausforderungen versehen. Das DZI steht seit seiner Gründung vor 125 Jahren dafür, an diesen Themen mit Transparenz und Know-how zu arbeiten. Angesichts der vielen herausfordernden Aufgaben in unserer Zeit bin ich mir sicher, dass das DZI mit seinen Angeboten richtig liegt und auch zukünftig seinen wichtigen Beitrag leistet.

Nicht zuletzt wegen des Leitbilds des Ehrbaren Kaufmanns ist es für die IHK-Organisation wichtig, mit dem DZI eng zusammenzuarbeiten. Wirtschaft ist immer ein wichtiger Teil der Gesellschaft und trägt daher eine besondere Verantwortung. Daher unterstützen wir das DZI seit langen Jahren.

Gesellschaftliches Engagement ist für die Unternehmen wichtiger geworden. Neben den vielfältigen Aktivitäten im Rahmen der Corporate Social Responsibility gehört das Spenden häufig dazu. Hier gibt es eine große Zahl von Organisationen und Projekten, die um Mittel bei den Unternehmen werben. Potenzielle Spender müssen dabei wissen, wer die Mittel einsammelt und wie sie verwendet werden. Transparenz ist gefragt. Das Spendensiegel des DZI sorgt hier für Übersicht und Klarheit, und es trägt zum effektiven Mitteleinsatz bei.

125 Jahre sind eine gute Gelegenheit, auf das Erreichte – durchaus mit Stolz – zurückzublicken und sich Ziele für die nächsten Jahre zu setzen. Ich bin mir sicher, dass das DZI seinen Beitrag für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft leisten wird. Meinen Glückwunsch an alle Beteiligten!

E. Schweitzer



Grußwort
Oberbürgermeister
Markus Lewe
 Präsident des Deutschen
 Städtetages

Wie können wir Menschen in schwierigen Situationen neue Lebenschancen eröffnen? Womit lassen sich die vorhandenen Tendenzen der Spaltung und Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft bekämpfen? Soziale Fragen wie diese stehen nicht nur ganz konkret auf der Tagesordnung der Verantwortlichen in den deutschen Städten, sondern bestimmen seit nunmehr 125 Jahren die Tätigkeit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen.

Der Deutsche Städtetag gehört seit 1926 zu den heute fünf Trägerinstitutionen des DZI. Wir sind der Überzeugung, dass brennend aktuelle soziale Herausforderungen nicht impulsiv und emotional diskutiert werden sollten und gelöst werden können, sondern mit Sachlichkeit, professionellem Engagement und fachlicher Kompetenz. Hierbei unterstützt uns das DZI mit seinen vielfältigen Informationsangeboten.

Die Bibliothek, die Literaturdatenbank DZI SoLit und die Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“ des DZI tragen wesentlich zu einer qualitativ hochwertigen Ausbildung, Forschung und Berufspraxis in der Sozialen Arbeit bei. Im Bereich der Spenderberatung leistet das Institut praktischen Verbraucherschutz. Darauf sind die Städte heute viel stärker als früher angewiesen. Denn seit der Abschaffung der Sammlungsgesetze in fast allen Bundesländern in den letzten 20 Jahren haben unsere Ordnungsämter die Zuständigkeit für die Sammlungsaufsicht verloren. Rat und Orientierung, wie das DZI sie den Menschen und Institutionen bietet, sind gerade heute bei den rasanten technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen unverzichtbar. So wünsche ich dem Institut für seine wichtige Arbeit auch in Zukunft Schaffenskraft und viel Erfolg.



Grußwort
Dr. Martina Ziegerer
 Präsidentin des Inter-
 national Committee on
 Fundraising Organizations

Wer Geld, Zeit oder Güter spendet, ermöglicht vielfältige gemeinnützige Hilfe: Kinder erhalten Schutz vor Ausbeutung. Bildung eröffnet jungen Menschen berufliche Perspektiven und führt Familien aus der Armut. In der Natur bleiben artenreiche Tierwelten und intakte Lebensräume erhalten.

Wofür sie sich engagieren, entscheiden viele Menschen, indem sie ihrem Herzen folgen. Doch wie erkennen sie, ob eine Spendenorganisation vertrauenswürdig ist? Gut, dass es eine Institution gibt, die die Antwort kennt. Das DZI. Seit 125 Jahren informiert das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen rund ums Spenden und beurteilt Hilfsorganisationen. Nur wer die Qualitätsstandards erfüllt, erhält das DZI Spenden-Siegel. Es bietet Spenderinnen und Spendern eine verlässliche Orientierungshilfe.

In punkto Information und Qualität beim Spenden zählt das DZI zu den Pionieren. Zusammen mit anderen Prüfstellen aus Europa und Nordamerika hat es 1958 das International Committee on Fundraising Organizations (ICFO) gegründet. Die internationale Expertise und der regelmäßige Austausch helfen, die Standards und Instrumente kontinuierlich weiterzuentwickeln. Das DZI hat sich die internationalen Grundsätze für eine glaubwürdige Spendenprüfung auf die Fahnen geschrieben. Als ICFO-Mitglied stärkt es das Vertrauen in den gemeinnützigen Sektor weltweit.

Ein großes Dankeschön für die wertvolle Arbeit und herzliche Gratulation zum 125-jährigen Jubiläum. Mögen in den nächsten 125 Jahren jeden Tag noch mehr Spenderinnen und Spender ihr Vertrauen einer Organisation mit dem DZI-Siegel schenken!

Einführung in die Anthologie

Ingrid Stahmer

„We all stand on the shoulders of our ancestors.“ Diese vor allem in den USA beliebte Redewendung kam uns mehr als einmal in den Sinn, seitdem wir vor etwa drei Jahren mit den Vorbereitungen für das 125-jährige Bestehen des DZI begannen. Das betrifft nicht nur die Ziele, fachlichen Entscheidungen und Leistungen unserer Vorgängerinnen und Vorgänger, sondern etwa auch die Dokumentation der eigenen Geschichte des DZI.

Die zur 100-Jahr-Feier 1993 erschienene DZI-Chronik „Von der Armenpflege zum Sozialstaat“ zeichnet die Geschichte unseres Instituts so zuverlässig und informativ nach, dass wir uns dazu entschieden, zum 125-Jährigen anstelle einer weiteren Chronik eine Anthologie zu erarbeiten. Sie soll ein realistisches, aktuelles und facettenreiches Bild des DZI zeichnen. Einige Beiträge reflektieren zurückliegende Epochen in seiner Geschichte und ergänzen damit zu spezifischen Themen die 100-Jahre-Chronik, andere richten den Blick auf die zukünftige Entwicklung der beiden Arbeitsbereiche Spenderberatung und Soziale Literatur. Den Anfang für dieses Projekt setzte im Frühjahr 2016 ein ganztägiges Symposium mit den Autorinnen und Autoren des Sammelbands. Sie alle haben den Bezug zur Sozialen Arbeit oder zum Spendenwesen gemeinsam und sind als Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis dem DZI verbunden oder gehören dem Institut als Mitarbeitende an. Angesichts der Vielfalt, der fachlichen Qualität und nicht zuletzt auch der Kreativität der Beiträge, wie wir sie in der jetzt vorliegenden Anthologie veröffentlichen können, gebührt allen Beteiligten ein großer Dank!

Einhundertfünfundzwanzig Jahre – ein langer Zeitraum? Ja und nein. Einerseits befasst sich das Institut noch heute mit Herausforderungen – etwa in der Ethik der Spendenwerbung – die schon vor mehr als 100 Jahren auf der Tagesordnung standen. Andererseits lässt ein Blick zurück schon allein in das jüngste Fünftel der DZI-Geschichte eindrucksvoll erkennen, wie viele wichtige, zum Teil disruptive Neuerungen

bereits diese jüngsten 25 Jahre mit sich brachten: etwa die bis heute kontrovers aufgenommene Ökonomisierung der Sozialen Arbeit oder die Digitalisierung, die der Spenderberatung, unserer Literaturdatenbank SoLit und unserer Fachzeitschrift Soziale Arbeit eine Vervielfachung ihres Wirkungsgrads ermöglicht. Einschneidend war auch die Umwälzung der Finanzierungsstruktur des DZI: Der Anteil der Eigeneinnahmen am Gesamtbudget erhöhte sich von 10 Prozent (1993) auf 55 Prozent (2018). Und nicht zuletzt ist als wesentliche Weiterentwicklung die zunehmende Vernetzung des DZI in der deutschen Zivilgesellschaft zu nennen, die auch in unserem vor drei Jahren völlig neu aufgestellten Stiftungsbeirat ihren Ausdruck fand.

Weitere Herausforderungen der jüngsten Jahre werfen Licht und Schatten weit in die Zukunft unseres Landes und seiner Gesellschaft: Wenn heute „soziale Fragen“ wieder tagesaktuell in der Politik diskutiert werden, dann geschieht dies vor dem Hintergrund einer teils dramatischen politischen Dynamik. Die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft hinsichtlich der materiellen Möglichkeiten und politischen Überzeugungen, sowie die Tendenzen abnehmender Solidarität richten konkrete Fragen und Herausforderungen auch an das DZI und seine Aufgaben. Das geht bis hin zu Gefährdungen für die Menschenwürde, der sich das DZI seit seiner Gründung als Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur verpflichtet fühlt. Wenn heute menschenverachtende Parolen und Programme wieder „gesellschaftsfähig“ zu werden drohen, dann berührt das auch die Aufgaben, Ziele und Methoden des DZI ganz unmittelbar.

Deshalb sind wir froh, uns auf das Jubiläum nicht nur rückblickend eingestellt zu haben, sondern mit dieser Anthologie, unserer Festveranstaltung sowie weiteren Workshops und Symposien auch die Herausforderungen der Zukunft aufzugreifen. Wir bedanken uns bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern des DZI, in den Trägerinstitutionen, den Gremien, bei weiteren Zuwendungsgebern, bei unseren Partnern in Wissenschaft und Praxis, Wirtschaft und Gesellschaft und nicht zuletzt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die große, engagierte und kompetente Unterstützung der Ziele und Aufgaben unseres Instituts in dieser Zeit. Bleiben Sie uns gewogen und verbunden!

Von der Wohltätigkeit zur sozialen Verpflichtung für das Gemeinwesen

Susanne Zeller

„Du solltest begreifen, dass Gott dich gesandt hat, um den Bedürftigen zu helfen, [und] nicht, um sie zu Gott zurückzuschicken.“

Chassidisch

Prolog: Oder womit alles begann

Wir schreiben das Jahr 1870, im Juli beginnt der deutsch-französische Krieg. Nach der Mobilmachung, im hektischen Gedränge ausrückender und durchreisender deutscher Truppen aus dem Osten, erteilt eine kleine Person mit dunklem Mantel, Haarknoten und Nickelbrille im Empfangsgebäude des 1838 eröffneten Potsdamer Kopfbahnhofs in der Königgrätzer Straße (heute Stresemannstraße) energische Anweisungen an freiwillige Helferinnen, Sanitäter und bange Angehörige. Es ist Lina Morgenstern, geborene Bauer (1830-1909), von den Berlinern liebevoll spöttisch Suppenlina genannt. Sie stammte aus einer jüdischen Familie, war Mutter von fünf Kindern, Schriftstellerin, Förderin der Fröbel'schen Kindergärten, Vorstandsmitglied des 1865 gegründeten Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, 1896 Mitorganisatorin des ersten Internationalen Frauenkongresses in Deutschland und Initiatorin wohltätiger Vereine vor allem für junge Mädchen und Arbeiterinnen.

Das Proviantamt hatte Lina Morgenstern ersucht, die Massenverpflegung für die ausrückenden und durchreisenden Soldaten zu übernehmen. Mit transportablen Kochherden und Kesseln, Apotheken und Feldpoststellen baut sie am Bahnhof Versorgungsstrukturen auf. Als die ersten verwundeten Soldaten und französischen Kriegsgefangenen



Lina Morgenstern
(1830-1909)

1893

Am 6. Mai eröffnet die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur in Berlin unter der Leitung von Jeanette Schwerin ihre erste Auskunftsstelle, aus der sich das heutige DZI entwickelte.

zurückkehren, leistet sie zusammen mit zwei jüdischen Ärzten und weiteren Ehrenamtlichen aus den „Erfrischungskomitees“ Erste Hilfe. An die Königin Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach (1811-1890), Gemahlin des Kaisers Wilhelm I. (1797-1888), die dem Krieg ablehnend gegenübersteht, auch wenn er ihr nach der gewonnenen deutschen Einigung 1871 die Kaiserinnenkrone einbringen wird, richtet Lina Morgenstern den Appell, ein Lazarett einrichten zu lassen. Für ihr soziales Wirken wird Lina Morgenstern mit dem eisernen Verdienstkreuz und der Kaiserin-Augusta-Medaille mit rotem Band ausgezeichnet. Dennoch muss sie gegen die zunehmenden antisemitischen Anfeindungen und Kampagnen des zu Ende gehenden 19. Jahrhunderts um ihr Lebenswerk kämpfen (Fassmann 1996, S. 203 ff.).

Gedenktafel
am Haus
Linienstraße 47
in Berlin-Mitte



Luisenstädtischer
Kanal, Postkarte

Die städtische Topographie des DZI

Die Spurensuche der Orte des DZI und seiner Vorgänger ist zumindest für die ersten sechs Jahrzehnte von 1893 bis 1956 nicht einfach. Berlin unterlag und unterliegt bis heute mehr als die meisten anderen Städte einem permanenten sozialen, planerischen und städtebaulichen Wandel. Nicht erst mit dem Bau der Mauer 1961 und deren Öffnung 1989 wurde der Grundriss der Stadt immer wieder neu gezeichnet. Der Aufschwung der Gründerzeit, das rasante Bevölkerungswachstum in den 1920er-Jahren, die hybriden Pläne der NS-Architekten und nicht zuletzt die Vernichtung vieler Gebäude im Zweiten Weltkrieg machen es uns heute schwer oder sogar unmöglich, vermeintlich einfach aufzufindende Orte zu ermitteln. So ist es bezeichnend, dass von allen anderen Topoi des DZI derjenige Ort, an dem 1893 die „Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ ihr erstes Büro unterhielt, nur unzureichend rekonstruiert werden kann. Zunächst wurden die Plenarversammlungen im großen Saal des Hotels „Zu den vier Jahreszeiten“ in der Prinz-Albrecht-Straße, der heutigen Zimmerstraße, Ecke Wilhelmstraße abgehalten. Die Gruppenversammlungen fanden im Dorotheenstädtischen Realgymnasium in der Georgenstraße statt (Zeitschrift *Ethische Kultur* 10/1893).



1893 Schmidstraße 29

In der ersten Hälfte des Jahres 1893 fanden in der Wohnung der Familie Schwerin einmal monatlich Zusammenkünfte der Wohlfahrtskommission der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur (DGEK) statt. Die Kommission bestand aus sozial interessierten Männern und Frauen und wurde von Jeanette Schwerin angeleitet, die gemeinsam mit ihrem Mann Ernst dem Vorstand der DGEK angehörte (DZI 1993). „In dieser Versammlung brachte jeder der Anwesenden die ihm etwa bekannt gewordenen Fälle von Hilfsbedürftigkeit zur Sprache, und es wurden in gemeinsamer Erörterung Richtlinien und praktische Ratschläge für die armenpflegerische Behandlung dieser Fälle gegeben“ (Levy 1911, S. 11). Das Viertel um die Michaelkirche und das Engelbecken war zu jener Zeit eine bevorzugte Adresse des Berliner Bürgertums. Hier verlief der Luisenstädtische Kanal, der bis 1926 die Spree mit dem Landwehrkanal verband und von gediegenen Wohn- und Gewerbehäusern mit großzügigen Grünanlagen gesäumt war.

Während der Teilung Berlins lag die Schmidstraße auf Ostberliner Seite, unmittelbar hinter der Mauer. Die im Krieg vollständig zerstörten Häuser waren abgetragen und durch moderne Wohngebäude des Berliner Wohnungsbaukombinats ersetzt worden. Nach der Wiedervereinigung der Stadt wurde der Mauerstreifen am Engeldamm als Parkanlage restauriert und trennt das „alternative“ und „migrantische“ Kreuzberg 36 vom eleganten und luxuriösen Stadtquartier in Mitte. Nichts erinnert an die Gründungsgeschichte des DZI in der Schmidstraße, einzig eine etwas verloren wirkende Mädchenwohneinrichtung in einem Flachbau verweist auf die Schmidstraße als einen Ort der Sozialen Arbeit.

Perspektivenwechsel der Armenpflege: Volksküchen statt Suppenküchen

Der Verein Berliner Volksküchen kann historisch durchaus als ein Impulsgeber für die Einrichtung einer zentralen Berliner Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur (DGEK) angesehen werden, die ihrerseits wieder zur Vorläuferinstitution des heutigen Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) geworden ist. Denn Lina Morgensterns konsumwirtschaftlich organisierte Volksküchen sollten nicht mit den traditionellen Suppenküchen verwechselt werden, die historisch kein Novum gewesen wären. Armenspeisungen kennen wir bereits seit der Antike.

Morgenstern hatte gemeinsam mit ehrenamtlichen Kräften Lebensmittelgroßeinkäufe organisiert und war immer darum bemüht, der hungernden Berliner Bevölkerung nicht nur sättigende, sondern auch nahrhafte Mahlzeiten anzubieten. Täglich wurden in den 15 Berliner Volksküchen etwa 6 000 bis 7 000 Menschen beköstigt; in Notzeiten konnten es bis zu 20 000 Essensausgaben werden. Da Morgenstern das entwürdigende Gefühl der Hilfsbedürftigen vermeiden wollte, ohne jede Gegenleistung versorgt zu werden, waren für eine Mahlzeit 15 Pfennige zu entrichten (Fassmann 1996, S. 192-194). Mit dieser konzeptionellen Neuausrichtung war ein Schritt getan, die herkömmlichen Armenspeisungen wie überhaupt die traditionelle Armenpflege auf den Prüfstand zu stellen. Perspektivisch sollte der Blick in Richtung soziale Gerechtigkeit gelenkt werden. Die Bedürftigen der Gesellschaft waren bis dahin lediglich Objekte obrigkeitsstaatlicher und bürgerlicher Armenpflegemaßnahmen und noch keine (Rechts-)Subjekte innerhalb sozialstaatlicher Strukturen.

Der (berufs-)ethische Wertekanon aus Bibel und Talmud

Das Wertefundament der jüdischen Wegbereiter für die Entwicklung Sozialer Arbeit fußt maßgeblich auf dem Sozialmaßnahmenkatalog der Hebräischen Bibel und dessen rabbinischen Auslegungen im Talmud. In den Mosebüchern finden sich die Formulierungen für einen verpflichtenden Katalog von Sozialmaßnahmen für Witwen, Waisen, Untergebene, Unterprivilegierte, Sklaven, Gefangene und Fremde.

Die sozioökonomischen Umverteilungsmaßnahmen zur Existenzsicherung weisen bereits früh organisierte Hilfsstrukturen auf. Diskursive Interpretationen der biblischen Quellen sind im zweiten zentralen Werk des Judentums, das heißt in der nachbiblischen, rabbinischen Kommentarliteratur des Talmud als tief verankerte Sozialtraditionen formuliert. Im Talmud wird der hebräische Begriff „Zedaka“ (Gerechtigkeit) im Sinne von Almosenspenden oder Wohltätigkeit gebraucht. Auf dem Gerechtigkeitsgedanken basiert die Vorstellung von gesellschaftlicher Gleichheit. Das biblische Rechtsverständnis differenziert zunächst zwischen Recht (hebräisch: Mischpat) und Gerechtigkeit (hebräisch: Zedaka). Rechtssysteme unterliegen streng logisch aufgebauten Gesetzmäßigkeiten, wohingegen die Absicht, Gerechtigkeit zu üben, mitmenschliches Wohlwollen voraussetzt. Rechtssysteme garantieren Rechte, während Gerechtigkeit gewährleisten will, Menschen zu ihrem Recht kommen zu lassen. Recht und Gerechtigkeit sind also nicht dasselbe und Gerechtigkeit weist über das Recht hinaus (Jonas 2005, S. 203 f.). Diese rechtsphilosophisch-ethischen Implikationen sind die ideengeschichtliche Basis für engagierte Parteilichkeit sozial Schwächeren gegenüber.

Um einen sozialen Ausgleich herbeiführen zu können, werden nach der rabbinischen Sozialethik Hilfeleistungen nicht als Ausdruck einer individuellen Großzügigkeit des Besitzenden den sozial Schwachen gegenüber verstanden. Sie bedeuten Sozialverpflichtungen, denen sich niemand ohne Verlust des persönlichen Ansehens entziehen kann. Wesentlich dabei ist, dass jede Form von Beschämung vermieden werden muss. Es geht um die Synthese zwischen Religion und dem höchsten Niveau einer universalen Ethik.

Diese Denkfigur hat Eingang in das jüdische Rechtsverständnis gefunden. Danach versteht sich die Hinnahme von ungerechten sozialen Verhältnissen als eine Form der Missachtung der transzendentalen Macht.

Die talmudischen Weisen differenzierten weiter zwischen Zedaka als materieller Voraussetzung für die Einlösung des Gerechtigkeitsgedankens und „G'milut Chessadim“. Dies bedeutet so viel wie konkret



Statue des Moses Maimonides in Cordoba

1893

25. November: Eine zweite Auskunftsstelle der DGEK wird im Obdachlosenasyll im Berliner Scheunenviertel, Füsillierstraße 5, eingerichtet.

ausgeübtes soziales Engagement, dem Mitgefühl zugrunde liegt. Der jüdische Denker, rabbinische Gelehrte und Arzt Moses Maimonides (1135-1204) stellte die existenzsichernden Mindestleistungen für Bedürftige durch das Gemeinwesen zu einem Katalog zusammen, die uns an den Warenkorb heutiger staatlicher Transferleistungen nach dem Sozialgesetzbuch erinnern. In diesem Kontext entwickelte Maimonides auch eine berühmt gewordene achtstufige Skala der Wohltätigkeit. Hier reflektierte er Werte und Haltungen der unterstützenden Person und die besondere Beziehungsstruktur zwischen Gebenden und Nehmenden (Rosin 1876, Sacks 1992, Zeller 1998, Müller 1999).

*„[...] das Recht ströme wie Wasser,
[und] die Gerechtigkeit wie ein
nie versiegender Bach.“ (Amos 5:24)*

Transformationsprozesse aus der jüdischen Sozial- ethik für den Beginn einer Professionalisierung in Deutschland

Das Engagement der jüdischen Sozialreformerinnen und Sozialreformer am Ausgang des 19. Jahrhunderts und die Entwicklung der Vorläuferinstitutionen des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen müssen vor dem skizzierten Hintergrund der jahrhundertealten Fundamente jüdischer Sozialtraditionen verstanden werden. Ihrem jüdischen Sozialverständnis zufolge standen Sozialreformerinnen und Sozialreformer jüdischer Herkunft den traditionellen bürgerlichen Wohltätigkeitsbazaren, Tanzveranstaltungen und Armenspeisungen zugunsten Notleidender distanziert gegenüber. Sie sahen darin eine Entwürdigung der Armutsklientel. Ihr im gewissen Sinne bereits berufsethisch verstandenes soziales Engagement wollte sich nicht in Almosenverteilungen und barmherzigen Gnadenakten erschöpfen. Hauptanliegen war die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen und die Übernahme von Verantwortung für Herausforderungen, die sich aus ungleichen Verhältnissen ergeben.

Im Zuge der 1865 entstandenen Frauenbewegung wollten sich nun auch Frauen in die Öffentlichkeit begeben und im obrigkeitsstaatlich strukturierten Deutschen Reich des ausgehenden 19. Jahrhundert Ver-

änderungen aktiv mit unterstützen. Allerdings waren nur Bürger mit Wahlrecht, also nur Männer, seit Jahrhunderten als Tätige in der öffentlichen Armenpflege zugelassen. Einer zukünftig professionell ausgeführten Wohlfahrtspflege waren diese unausgebildeten Armenpfleger in den strukturell verkrusteten kommunalen preußischen Behörden aber schon lange nicht mehr gewachsen. Ein grundlegender Perspektivenwechsel in der jahrhundertealten Almosen- und ordnungspolitisch organisierten Armenpflegepraxis führte zur Gründung neuer Sozialinstitutionen. Historisch günstig war der Umstand, dass ein starkes soziales Engagement und Organisationstalent als spezielles Charakteristikum der jüdischen Frau galt.

Seit dem europäischen Mittelalter war die jüdische Minderheit in die eingepferchte und weitgehend rechtlose Existenz in Ghettos gezwungen worden. Gesellschaftliche Ausgrenzung, Pogrome und Armut sowie die ständige Bedrängnis durch Behörden und die Willkür christlicher Machthaber zwangen jüdische Gemeinden zum Aufbau eigener Versorgungsstrukturen. Die damit erworbenen praktischen Erfahrungen konnten im historischen Gedächtnis jüdischer Familien, als kulturelles Gepäck gespeichert, vorausgesetzt werden. Hinzu kam, dass sozial engagierte Töchter aus dem gehobenen deutsch-jüdisch assimilierten Bürgertum ihren Aktionsradius über ihre jüdischen Gemeinden hinaus in den sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts zu erweitern suchten. Jüdische Frauen begannen, „den Wohlfahrtsverband des Ghettos“ (Kaplan 1981, S. 67) zu ersetzen und ihre Kenntnisse aus jüdischen Sozialtraditionen in nicht konfessionell gebundene Vereine, Organisationen und Sozialreformen zu transformieren. Somit kann heute ausgeschlossen werden, dass es sich historisch lediglich um einen Zufall gehandelt hat, dass alle entscheidenden Wegbereiterinnen und Wegbereiter professioneller Sozialer Arbeit aus jüdischem Umfeld kamen. Alle Protagonistinnen, die in der überkonfessionellen Wohlfahrtspflege und Ausbildung programmatische Strukturreformen einleiteten, stammten aus liberalen und assimilierten jüdischen Familien. In Bezug auf die Armutsklientel konnten offensichtlich auch gerade die Angehörigen einer gesellschaftlichen Minderheit jede Form von gesellschaftlicher Ausgrenzung nachvollziehen. Soziales Engagement besaß weder missionarischen Charakter noch die Konnotation ein-

1894

Der Bund Deutscher Frauenvereine wird gegründet und Jeanette Schwerin ist dort von 1896 bis zu ihrem Tod (1899) Vorstandsmitglied.

facher individueller Barmherzigkeit. Die gesellschaftlichen Ursachen der Pauperisierung vor allem infolge der Industrialisierung wurden zur Herausforderung, dem Elend künftig unter sozialpolitischen Perspektiven aktiv begegnen zu wollen. Bei der geänderten Perspektive auf soziale Problemlagen ihrer Epoche standen die „Analyse der sozialen Verhältnisse der Ratsuchenden“ und die Vermeidung von entwürdigenden Situationen an oberster Stelle (Schwerin 1894). Ergebnis waren Forderungen nach veränderten sozialpolitischen Rahmenbedingungen und der Aufbau von Ausbildungsinstitutionen.

Die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur (DGEK)

Das bereits früh wirkende (berufs-)ethische Fundament der vielfach jüdischen Intellektuellen, Sozialdemokraten und Freidenker aus dem Berliner Bürgertum führte zur Gründung neuer Institutionen, wie der am 21. Oktober 1892 ins Leben gerufenen Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur (DGEK). Unter den Mitgliedern und Unterstützern be-



Felix Adler
(1851-1933)

fand sich auch Jeanette Schwerin, die wenig später Ausbildungsgeschichte für die Soziale Arbeit schreiben sollte. Die Gründungsmitglieder lehnten sich in ihrer Zielsetzung an das Konzept der Society for Ethical Culture an. Diese ethische Bewegung war 1876 von dem 1857 nach Amerika ausgewanderten jüdischen Philosophen Felix Adler (1851-1933) initiiert worden. Die DGEK hatte somit als linksliberale sowie mit dem linken Flügel der Bürgerlichen Frauenbewegung kooperierende Bewegung mit ihren Kontakten in die USA bereits internationale Anbindungen, was damals noch nicht selbstverständlich war.

Die erste leitende Funktion der DGEK übernahm der Astronom und Direktor der später auch nach ihm benannten Berliner Sternwarte Wilhelm Foerster (1832-1921). Foerster setzte sich angesichts der Verelendungsprozesse für eine ähnliche Bewegung auch in Deutschland ein. Ziel war es, über eine einfache Schulbildung der unteren Volksschichten hinaus auch ethisch-sittliche Werte wie Gerechtigkeit, Humanität und gegenseitiger Respekt in die Gesellschaft hineinzutragen. Der Staat dürfe dabei allerdings nicht von seiner Mitverantwortung hierfür entbunden werden.

Während der Diskussionen der Gründungsversammlungen standen nicht nur Bildungsfragen, sondern auch wichtige Aspekte der Transformation sozialer Gerechtigkeit und Wohlfahrt im Mittelpunkt. Die wohlfahrtspflegerisch ausgerichteten Mitglieder der DGEK zielten auf systematische Maßnahmen zur „Hebung der Lebenslage der unteren Volksschichten“. Es ging also um Ideenkonzepte für eine methodische



Gedenktafel
für Wilhelm Foerster
in Berlin-Westend

Herangehensweise bei sozialen Dienstleistungen. Mit der traditionellen bürgerlichen und obrigkeitstaatlichen Almosenpraxis war „Wohltätigkeit“ im Sinne sozialer Gerechtigkeit nicht realisierbar. Für diese hohe sozialetische Zielsetzung wollte die DGEK nun ausdrücklich Frauen in die Pflicht nehmen und zudem auch die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung nutzbar machen (Degethoff de Campos 1993, S. 17 f.).

Der Antisemitismus als Bedrohung für die jüdischen Sozialreformerinnen und Sozialreformer

Ein viel diskutiertes Thema wurde der latente wie offene Antisemitismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Die Mitglieder der DGEK sahen sich genötigt, Stellung zur sogenannten „Judenfrage“ zu beziehen, denn es gab heftige antisemitische Reaktionen auf die 1871 erfolgte offizielle Aufhebung aller Beschränkungen (staats-)bürgerlicher Rechte der Juden im Kaiserreich (Judenemanzipation). Bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie der protestantische Theologe und

1896

Die Auskunftsstelle der DGEK veröffentlicht das erste Graubuch, unter dem Titel „Die Wohlfahrtseinrichtungen Berlins. Ein Auskunftsbuch“.

Politiker Adolf Stöcker (1835-1909), der Historiker und Reichstagsmitglied Heinrich von Treitschke (1834-1896) oder der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe Werner Sombart (1863-1941) hatten unter dem Anspruch von Wissenschaftlichkeit einen „Antisemitismusstreit“ ausgelöst und agierten gegen die Emanzipation der Juden.

Die jüdischen Sozialreformerinnen mussten sich immer wieder mit böswilligen persönlichen Anwürfen und der Unterstellung auseinandersetzen, sie würden kriminelle Geschäfte mit der Wohlfahrt betreiben oder berufsmäßig in Humanität machen und dadurch die deutsche Nation und das deutsche Volkstum in Gefahr bringen (Fassmann 1996, S. 210 f.). In der deutschen Frauenbewegung waren etwa 20 Prozent der damals herausragend engagierten Frauen jüdischer Herkunft (Kuhlmann 2012, S. 139). Der damalige Anteil von Juden an der Gesamtbevölkerung wird auf ein bis vier Prozent geschätzt (ebd. 1996, S. 226).

Das ausgeprägte Spendenwesen und die zahllosen sozialen Projekte des jüdischen Bürgertums für die nicht jüdische Bevölkerung konnten nicht ignoriert werden. Man verweigerte diesen Aktivitäten jede Form von Wertschätzung. Juden wurden unter Hervorhebung ethnischer Zugehörigkeit in der Öffentlichkeit mit einer Mischung aus Spott, Häme, Böswilligkeit und Zynismus in Misskredit gebracht. Beispielsweise schrieb der Geschäftsmann und wegen seiner antisemitischen Schriften bekannte Carl Paasch (1848-1915) unter dem Titel: „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft und ihre Helfer. Geheimes Judenthum, Nebenregierungen und jüdische Weltherrschaft“ in Bezug auf Lina Morgensterns Volksküchen: „Weshalb ist es denn notwendig [...], daß gerade eine Jüdin dieses Geschäft der Volksküche betreiben muß; warum können es nicht Deutsche tun; muß denn alles Juden überlassen werden? [...] Wieviele Beamtenstellen mögen nicht schon an die Günstlinge der Volksküchen und Wohltätigkeitsheldinnen vergeben sein!“ (Paasch 1891, S. 70 f., zitiert nach Fassmann 1996, S. 211).

Die aus Adelskreisen stammende und dezidierte Gegnerin der Frauenbewegung Katinka von Rosen war Autorin des Buches „Über den moralischen Schwachsinn des Weibes“. Mit diesem Titel hatte sie sich an den 1900 erschienenen Essay des Neurologen und Psychiaters

Paul Julius Möbius (1859-1907) „Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes“ angelehnt. Von Rosen schrieb auch in einschlägigen Zeitschriften wie beispielsweise in der von dem Publizisten und Verleger Theodor Fritsch (1852-1933) herausgegebenen Publikation „Hammer. Parteilose Zeitschrift für nationales Leben“. Hier finden sich Beispiele für offene antisemitische Schmähungen durch weibliche Autoren: „Was mich in helle Empörung versetzt, ist der gänzliche Mangel an völkischem Empfinden. [...] Wer sind denn diese Frauen, die bei uns das große Wort führen? Mit wenigen Ausnahmen Nichtdeutsche, Orientalinnen“ (Katinka von Rosen, in: Hammer. Zeitschrift für nationales Leben 12 (1913), Nr. 256, S. 96, zitiert nach Fassmann 1996, S. 11).

In einer der nächsten Ausgaben formulierte eine andere Person: „Da sich fast alle Stände im Deutschen Reiche von den Hebräern bevormunden lassen, wäre es ein Wunder, wenn es nicht auch den Frauen so erginge. Überall [...] führen Jüdinnen das große Wort. [...] Nachdem uns die Juden unsere materiellen und geistigen Güter abgenommen haben, halten sie uns Vorträge über Mildtätigkeit! – Mich dünkt, die deutsche Schafsgeduld verdient diesen Spott“ (F. Wage, in: ebd. (1913), Nr. 275, S. 64 f., zitiert nach Fassmann 1996).

Angesichts der antisemitischen Stimmungen und Hetzkampagnen trieb die Mitglieder der DGEK die Frage um, ob sich Juden wieder aus der Öffentlichkeit zurückziehen und sich trotz ihrer rechtlichen Gleichstellung weiterhin gesellschaftlich ausgrenzen lassen sollten. Oder ob es klüger sei, sich durch „Aufgehen des Jüdischen im Deutschen“ vollständig zu assimilieren (Degethoff de Campos 1993, S. 18). Wie wir wissen, erfolgte als historisches Ergebnis dieser bedrohlichen existenziellen Frage im letzten Drittel des ausgehenden 19. Jahrhunderts ein weitgehender Assimilationsprozess des liberalen Judentums in Deutschland. Die amerikanische Historikerin Marion Kaplan schreibt hierzu: „Deutsche Juden waren weitgehend Träger des Liberalismus in einer illiberalen Gesellschaft [...] in einer Nation, die sich ihrer Identität nicht gewiß war. Das Primat von Ordnung und Einheit in der deutschen Werthierarchie führte zu unterschiedlichen Lösungen der ‚jüdischen Frage‘. Zur ‚Homogenisierung‘ rieten die fortschrittlichen ‚freundlichen‘ Teile der deutschen Gesellschaft, ‚Ausschluss‘ war die Reaktion der Antisemiten.“

1897

Die erste hauptamtliche Mitarbeiterin wird bei der Auskunftsstelle der DGEK eingestellt, zunächst mit einer halben und später einer ganzen Stelle.

Das Identitätsgefühl deutscher Juden [...] wurde vom Ausmaß des Zwanges und der Assimilierungschancen, von der Heftigkeit des Antisemitismus und der Stärke der jüdischen Tradition bestimmt“ (Kaplan 1981, S. 31).

Dieser schwierige Entscheidungsprozess für die deutschen Juden brachte in den folgenden Jahrzehnten ungeachtet seiner tragischen historischen Ambivalenz und Diskussionswürdigkeit nach wie vor jene unerschrockenen bedeutenden kulturellen und sozialen Lebenswerke deutscher Jüdinnen und Juden hervor, denen in Deutschland viele Jahrzehnte lang Beachtung, Respekt und Erinnern verweigert worden ist, so dass auch die Vorläuferinstitutionen für die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in Deutschland für lange Zeit weitgehend in Vergessenheit geraten sind.



Jeanette Schwerin
(1852-1899)

Jeanette Schwerin und die Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit

Der engagierten Lina Morgenstern folgten in der nächsten Generation weitere Persönlichkeiten aus dem deutsch-jüdischen Bürgertum, die für den Professionalisierungsprozess in Deutschland richtungsweisend werden sollten. 1893 folgte der Aufbau der „Zwillingswiege“ für den Entwicklungsprozess moderner Sozialer Arbeit (Feustel; Koschwitz 2008, S. 371). Es wurden erste Vierwochenkurse durch die Berliner „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ (Berliner Gruppen) ins Leben gerufen. Zeitgleich sah sich die DGEK durch die Verelendungsprozesse herausgefordert, eine auf soziale Fragen spezialisierte Auskunftsstelle für die Berliner Bevölkerung ins Leben zu rufen. Die Mitbegründerin der DGEK, Jeanette Schwerin geborene Abarbanell (1852-1899), war Initiatorin und Leiterin dieser Beratungseinrichtung.

Jeanette Schwerin wurde in Berlin in die jüdische Arztfamilie Abarbanell hineingeboren. Die Mutter führte sie in die Praxis jüdischer Sozialvereine ein. Von ihrem späteren Ehemann, dem Arzt für Allgemeinmedizin Ernst Schwerin, erhielt sie für ihre kulturellen und sozialen Interessen aktive Unterstützung. Aus der Ehe ging ein Sohn hervor, der

als pflegebedürftiges Kind zunächst die ganze Kraft und Aufmerksamkeit der Mutter in Anspruch nahm. Dennoch nutzte sie die Familienphase für Selbststudien in Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft. Ihre Aufgeschlossenheit und ihr ausgeprägtes Organisationstalent führten die vielseitig interessierte und sozial engagierte Schwerin zunächst in den 1888 gegründeten Berliner „Verein für Frauenwohl“, dem sie bald als Vorstandsmitglied angehörte, und schließlich auch in das Ausschussgremium der DGEK, die eine gesonderte Wohlfahrts-Kommission nun unter dem Vorsitz von Schwerin einrichtete. Ziel war, alle bestehenden Berliner Wohltätigkeitsorganisationen übersichtlich zusammenzustellen und eine Zentralstelle für Sozialauskünfte einzurichten.

1893 holten bekannte Frauen wie die Lehrerin, Journalistin und im radikalen Flügel der Bürgerlichen Frauenbewegung maßgeblich engagierte Minna Cauer (1841-1922) Jeanette Schwerin in das Gründungskomitee der im selben Jahr gegründeten Berliner „Mädchen und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“. Mit ersten vierwöchigen Ausbildungsgruppen wollte man engagierte junge Frauen gewinnen, sich nicht nur für Wohltätigkeit, sondern für Wohlfahrt im Sinne von „Pflichterfüllung der Bessergestellten im Dienste der Gesamtheit“ schulen zu lassen.

Schwerin fürchtete allerdings vorausschauend einen „gefährlichen Dilettantismus“ von „wohltätigen Damen“ der Gesellschaft, die „durch das Taschentuch den Armeleutegeruch fernhalten wollten“. So soll es die Führerin der Bürgerlichen Frauenbewegung Helene Lange (1848-1930) einmal sarkastisch auf den Punkt gebracht haben. Für Schwerin war es logische Konsequenz, 1897 die Leitung der Berliner Gruppen zu übernehmen. Sie wollte die Ausbildung von allem „gelehrten Ballast“ der herkömmlichen Bildung für Frauen befreit wissen. Es lag daher nahe, die Vierwochenkurse 1899 um einen ersten Jahreskursus für die „berufsmäßigen Arbeiterinnen für die Wohlfahrtspflege“ zu erweitern (Degethoff de Campos 1993, S. 20 f.). Dieser erste Jahreskurs sollte die richtungsweisende Vorläuferinstitution für die 1908 durch ihre Schülerin und spätere Mitarbeiterin Alice Salomon (1872-1948) ins Leben gerufene erste „Soziale Frauenschule“ in Berlin-Schöneberg werden.

1899

Jeanette Schwerin stirbt am 14. Juli. Ihr bisheriger Stellvertreter Dr. Albert Levy übernimmt die Leitung der Auskunftsstelle.

Neben anderen Vereinen beteiligte sich Schwerin auch an einer der nächsten programmatischen Einrichtungen der DGEK. Sie wurde bis zum ihrem frühen Tod Vorsitzende der ersten öffentlichen Lesehalle für die breite Bevölkerung Berlins, die infolge der Lesehallen-Bewegung durch Bücher- und Geldspenden ins Leben gerufen worden war. Die jüdische Bibliothekarin Bona Peiser (1864-1929) war die erste ausgebildete Bibliothekarin in Deutschland. Sie gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Bibliotheks-Kommission der DGEK, die sich erfolgreich für die „Hebung der Volksbildung“ einsetzte. Am 1. Januar 1895 konnte im Hofgebäude der Volks-Kaffee- und Speisenhallen-Gesellschaft in der Neuen Schönhauser Straße 13 die „Erste öffentliche Lesehalle zu Berlin“ eröffnet werden. Das Gebäude der Volksspeisenhalle war eigens von dem bekannten jüdischen Architekten Alfred Messel (1853-1909) errichtet worden. In fünf großen Räumen konnte die Berliner Bevölkerung sogar auch sonntags kostenlos Lesestoff ausleihen (Mahrt-Thomsen 2013).

1896 war Jeanette Schwerin noch in den Vorstand des Bundes deutscher Frauenvereine (gegründet 1894) gewählt worden und bereitete den ersten Internationalen Frauenkongress mit vor, der im selben Jahr in Berlin stattfand. Alice Salomon beschrieb die unermüdlich und sozial sowie kulturell programmatisch wirkende Persönlichkeit von Jeanette Schwerin einmal folgendermaßen: Schwerin suchte „mit ihrer milden, versöhnlichen Art einen Ausgleich, ein Verbindungsglied zwischen den verschiedenen Richtungen und Strömungen [... zu sein ...] und machte sie [...] vor allen anderen Frauen so wertvoll, aber leider auch so unersetzlich“ (Degethoff de Campos 1993, S. 24). Die inzwischen unter der Initiative von Schwerin seit 1893 nur vorläufig geschulten und 1899 von ihr in einem Jahreskursus für Wohlfahrtspflege erstmals gründlicher ausgebildeten Frauen stießen bei den männlichen ungeschulten Armenpflegern auf massiven Widerstand. Diese drohten mit der Aufgabe ihrer Ämter, wenn die preußischen Kommunen künftig Frauen einstellen wollten. Somit konnten Armenpflegerinnen nur langsam neue Betätigungsfelder offiziell einnehmen. 1907 waren von den 4 000 Armenpflegern nur ein Prozent Frauen in der öffentlichen Wohlfahrtspflege tätig (Baron 1983, S. 11 ff., auch Peters 1984, Degethoff de Campos 1993, S. 40).

Die Auskunftsstelle (1893) und das Graubuch (1896) als Wegweiser durch Sozialeinrichtungen

Die Hauptstadt des Deutschen Reiches Berlin war an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bereits eine Metropole von etwas über einer Million Einwohnern. Infolge der Industrialisierung verschlimmerten sich Landflucht und massenhafte Verelendung. Jeanette Schwerin sah sich angesichts des rasant wachsenden Beratungsbedarfs einer Millionenmetropole und der verkrusteten Strukturen herausgefordert, eine zentrale Anlaufstelle für die Berliner Bevölkerung auf dem wohlfahrtspflegerischen Sektor aufzubauen. Die Wohlfahrts-Kommission der DGEK konnte ihre Mitgliederversammlungen und Beratungsstunden aber nicht länger in der Privatwohnung der Schwerins in der Schmidstraße 29 abhalten. Die Kommissionsmitglieder diskutierten dort anfangs gemeinsam die Anträge auf Hilfen und erarbeiteten die Vorgehensweise, wie beraten und konkret geholfen werden konnte. Am 6. Mai 1893 richtete die Wohlfahrts-Kommission der DGEK in einigen ihrer kleinen Büroräume in der Zimmerstraße 16 in Berlin-Mitte eine Auskunftsstelle als zentrale Anlaufstelle für Ratsuchende ein.

In § 1 der Satzung stand: „Die Auskunftsstelle bezweckt
 a) mündliche und schriftliche Auskunftserteilung an Personen, die Hilfe [sic] suchen oder Hilfe leisten wollen, im besonderen über öffentliche oder private Wohlfahrtseinrichtungen innerhalb Berlins;
 b) methodische Anleitung der Mitglieder der Auskunftsstelle in allen persönlichen Hülfeleistungen,
 1. durch die sich aus dem Verkehr mit den Auskunftssuchenden ergebenden schriftlichen Arbeiten,
 2. durch Vorträge, Besprechungen, Referate,
 c) Übernahme und Überweisung persönlicher, von socialethischen [sic] Gesichtspunkten geleiteter Fürsorge für Hilfsbedürftige“ (Degethoff de Campos 1993, S. 27).

Bald musste sich die Wohlfahrts-Kommission für ihre dreimal wöchentlich stattfindenden Beratungsstunden um größere Büroräume bemühen und zog gemeinsam mit der Auskunftsstelle in das Langenbeckhaus, das 1892 von der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie in der Ziegelstraße 10-11 errichtet worden war. Auch dieses Haus bot

1899

Die Auskunftsstelle der DGEK zieht erstmals um: Im Haus Unter den Linden 16 stehen ihr größere Räumlichkeiten zur Verfügung.

Das Graubuch
in der Ausgabe
von 1899



nicht genügend Platz und man übersiedelte (bis 1911) in das Gebäude Unter den Linden 16. Im November 1893 hatte bereits eine zweite Auskunftsstelle im Gebäude des Obdachlosenasyls in der Füsilierstraße 5 ihre Arbeit aufgenommen.

In diesen beiden Auskunftsstellen war also erstmals der Versuch unternommen worden, über – heute würden wir sagen – lebenslagen- und alltagsorientierte Betreuungsmethoden gemeinsam mit Not leiden-

den und Rat suchenden Menschen nach Lösungen zu suchen. Die Auskunftsstelle der DGEK als Vorgängereinrichtung des heutigen Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen leitete gemeinsam mit den ersten Ausbildungskursen, beziehungsweise mit dem Jahreskursus den Funktionswandel von der Armenpflege hin zur modernen Sozialen Arbeit als Profession ein und leistete ihren Beitrag zu den sozialstaatlichen Transformationsprozessen in Deutschland.

Zu einer neuen sozialpolitisch reflektierten Perspektive gehörte dann auch ein erstes Hand- oder Auskunftsbuch, das den sozial Tätigen und den Ratsuchenden einen Gesamtüberblick über die Berliner Sozialeinrichtungen und Stiftungen verschaffte und dazu beitrug, Doppelbemühungen und ineffektive Arbeitsüberschneidungen zu vermeiden. Hierfür ließ Jeanette Schwerin Informationen über Berliner Wohlfahrtseinrichtungen sichten und systematisieren. 1896 brachte die DGEK im Carl Heymanns Verlag auf 431 Seiten ihr anspruchsvolles und umfangreiches Handbuch unter dem Titel „Die Wohlfahrtseinrichtungen Berlins. Ein Auskunftsbuch“ mit 1 014 hilfreichen Eintragungen heraus. Es wurde wegen seines grauen Einbandes bald als das Graubuch stadtbekannt, dessen Name sich in dieser Form bis heute erhalten hat. Offiziell heißt es allerdings seit 1952 „Der Führer durch das soziale Berlin“. In vier Kapiteln wird ein Überblick über kommunale, kirchliche und private Organisationen und Vereine einschließlich ihrer Aufgaben und Vermögensverhältnisse gegeben.

Das Graubuch lieferte wichtige Hinweise zu Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Beaufsichtigungs- und Erziehungswesen für Kinder, Unterricht, Krankenfürsorge, Gesundheitspflege etc. Im Anhang fanden auch spezielle Wohlfahrtseinrichtungen der Eisenbahnverwaltung, der Post- und Telegraphenverwaltung, Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungen Erwähnung. In schneller Folge gab es bis in die Jahre des Zweiten Weltkrieges hinein sieben Neuauflagen des Graubuchs. Die siebte Auflage von 1942 erhob den Anspruch, als nationalsozialistisch ausgerichtete Volkswohlfahrt (NSV) „Trägerin und Mittelpunkt der völkischen Wohlfahrt“ zu sein, die für sich eine absolute Führungsfunktion gegenüber den freien Trägern beanspruchte (hierzu ausführlich Degethoff de Campos 1993, S.19-36).

1906

20. Juni: Die Auskunftsstelle der DGEK wird unter dem Namen „Zentrale für private Fürsorge“ als neugegründeter eingetragener Verein rechtlich selbstständig.

Von der Reform der Armenpflege zur Zentrale für private Fürsorge e.V. (1906)

Berlin war vor allem in Bezug auf soziale Bewegungen, Künste, Wissenschaft, Bildungskonzepte, Politik, Handel und Verkehr seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert endgültig die Metropole Deutschlands geworden. Kehrseite war ungeachtet dessen die weitere Verschlechterung der sozialen Verhältnisse für große Bevölkerungsteile. Trotz einiger Verbesserungen auf dem sozialen Sektor wuchsen die städtischen Elendsquartiere.

Der neue Leiter des Berliner Armenwesens Dr. Emil Münsterberg (1855-1911) wollte angesichts dessen den vielerorts geforderten Reformen der Armenpflege Rechnung tragen. Er war Jurist, bekannter Armutswissenschaftler, Vorstandsmitglied und später Vorsitzender im 1880 gegründeten Deutschen Verein für öffentliche und private Wohlthätigkeit (DV) und engagierte sich zunächst als unbesoldeter Stadtrat. 1901 übernahm er als offiziell bestellter Stadtrat die Berliner Armendirektion. Hauptanliegen Münsterbergs war die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege, die er gemeinsam mit dem jungen Mitarbeiter Jeanette Schwerins und späteren Leiter der Zentrale für private Fürsorge Albert Levy (1862-1922) in Angriff nahm. Viel Erfolg war diesem ehrgeizigen Unternehmen nicht beschieden. Grundlegend neue sozialpolitische Rahmenbedingungen fehlten weiterhin, da das Kaiserreich keine durchgreifenden Strukturveränderungen vorzunehmen gedachte. Durch das bis heute existierende und insbesondere von der Katholischen Soziallehre erarbeitete Subsidiaritätsprinzip verfestigte sich die Armenpflege im Rahmen der zunehmenden Sozialbürokratie in die charakteristische Form der Aufgabenteilung zwischen öffentlicher und privater Wohlfahrtspflege.

Bereits in jungen Jahren hatte sich der aus dem Rheinland stammende Historiker Albert Levy für soziale Fragen engagiert, indem er sich bei der Berliner Bahnhofshilfe an Hilfsmaßnahmen für jüdische Migranten aus Russland beteiligte. Levy verzichtete auf eine wissenschaftliche Laufbahn. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der DGEK und gleich auch zu der von Jeanette Schwerin geleiteten Wohlfahrts-Kommission als ihr Stellvertreter in der Auskunftsstelle.

Als Jeanette Schwerin 1899 nach einer Operation verstarb, übernahm Albert Levy deren Nachfolge als Mentor einer überkonfessionellen verbandlichen Armenpflege. Wie seiner Vorgängerin lagen Levy systematische und methodische Vorgehensweisen in der Wohlfahrtspflege am Herzen. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte war die effektivere Zusammenführung der zersplitterten Bestrebungen der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege. Das Vorhaben scheiterte jedoch häufig an der Befürchtung von Einrichtungen, ihre Autonomie zu verlieren. Allerdings kam es unter Levys Wirken als Bürgerdeputierter in der Armenkommission, als Mitglied im Zentralausschuss des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit, in der städtischen Stiftungsdeputation und in enger Zusammenarbeit mit Emil Münsterberg schließlich doch zu einem besseren Zusammenwirken der sieben Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege. Auch Albert Levy war ein scharfer Gegner der jährlichen Wohltätigkeitsbazine mit ihren üppigen Speisen, Getränken und Tanzveranstaltungen und kritisierte das Spendenwesen mit seinen planlosen Sammelaktionen (Degethoff de Campos 1993, S. 41-43).

Ab 1906 wurden unter der Leitung Levys in der Auskunftsstelle Umstrukturierungen vorgenommen und man änderte am 20. Juni auch den Namen in „Zentrale für private Fürsorge e.V.“, die 1911 in die Flottwellstraße 4 umzog. In Schöneberg und Charlottenburg wurden ebenfalls eigene Büroräume eingerichtet. Die Namensänderung stand einerseits für die beabsichtigten Konzeptänderungen einer Zentralisierung, andererseits erfolgte sie unter Anlehnung an die in Frankfurt am Main bestehende gleichnamige Einrichtung. Die Zentrale erhielt nun die Rechtsform eines Vereins mit getrennten Aufgabenabteilungen. Die Tätigkeiten umfassten die mündliche und schriftliche Beratung von Hilfesuchenden und Ehrenamtlichen, gutachterliche Tätigkeiten, Schulung/Fortbildung sowie Sammlung/Archivierung von gedruckten Materialien wie Bücher, Artikel, Drucksachen, Berichte in Bezug auf wohlfahrtspflegerische Fragen und neue sozialpolitische Entwicklungen sowie deren redaktionelle Aufbereitung für die Öffentlichkeit (Degethoff de Campos 1993, S. 43-52, sowie auch Feustel; Koschwitz 2008, S. 371 ff.). Die fortgesetzten Archivierungsarbeiten der seit Jahren gesammelten gedruckten Materialien bildeten den Grundbestand

1910

Die Zentrale für private Fürsorge e.V. registriert in diesem Jahr 150 Anfragen potenzieller Spenderinnen und Spender und setzt sich in ihrem Arbeitsbericht im August 1911 das Ziel, diese Nutzungsrate zu steigern.

des Archivs für Wohlfahrtspflege und führten damit auch zu dem bis heute, vor allem auch wegen seiner wissenschaftlichen Arbeiten, weltweit renommierten Archiv des DZI.

Der Erste Weltkrieg bedeutete mit dem Aufbau einer speziellen Kriegsfürsorge eine nächste Herausforderung für die Berliner Zentrale für private Fürsorge. Wegen des steigenden Betreuungsbedarfs mussten auch neue Fachkräfte geschult werden. Wieder reichte das bisher entwickelte Methodeninstrumentarium der Armen- und Wohlfahrtspflege nicht aus, um die Klientel der Frauen und Kinder in der Rüstungsindustrie betreuen zu können. Hierfür musste die Zentrale einen eigenen Kriegsausschuss einrichten. In einem Tätigkeitsbericht gab Albert Levy für 1916 beispielsweise 68 258 Betreuungen an, die von über 300 ausgebildeten (Betriebs-)Fürsorgerinnen, vor allem von den Ehrenamtlichen, bewältigt werden mussten (Degethoff de Campos 1993, S. 60 f.).

Die Zentrale arbeitete hierfür eng mit dem Nationalen Frauendienst (NF) zusammen. Als Vorstandsmitglied im NF sowie in der Zentrale war inzwischen eine der nächsten Sozialreformerinnen, Siddy Wronsky (1883-1947), mit Bibliothek, redaktioneller Verantwortung für das Graubuch und Forschungsdokumentation betraut worden. Wronsky war Lehrerin für geistig behinderte Kinder, engagierte sich früh auch in der Wohlfahrtspflege und wurde später Nachfolgerin von Albert Levy. Sie redigierte die Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege und war ab 1908 Leiterin des Dokumentationszentrums und Archivs der Zentrale. 1923 erfolgte die Loslösung des Archivs der Wohlfahrtseinrichtungen von der Zentrale für private Fürsorge unter der neuen Namensnennung „Archiv für Wohlfahrtspflege“ als Sammlungs- und Forschungs-Institut, Bibliothek und Auskunftsstelle in der Neuen Friedrichstraße 36. Siddy Wronsky unterrichtete an der Sozialen Frauenschule von Alice Salomon und verfasste in den 1920-Jahren, zum Teil gemeinsam mit Salomon, auch erste Fachbücher für die Fürsorgeausbildung. Wie viele andere ihrer Kolleginnen auch schrieb sie deutsche Fürsorgegeschichte (Konrad 1987, 1993, S. 459 ff., Degethoff de Campos 1993, S. 72-81, Heitz-Rami 1993, S. 183 ff.).



Friedrichstraße,
Ecke Zimmerstraße
1909, Postkarte

Mai 1893 Zimmerstraße 16

Am 6. Mai 1893 konnte die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur drei Räume in der ersten Etage des Hauses Zimmerstraße 16 anmieten: „In denselben Räumlichkeiten wird unter der Leitung der Frau Sanitätsrat Dr. Schwerin die Auskunftsstelle für Wohlfahrtseinrichtungen ins Leben treten“ (Zeitschrift Ethische Kultur 19/1893, S. 154). Bis zum September des folgenden Jahres wurde die Auskunftsstelle „1 113 Mal in Anspruch genommen“ (Schwerin 1894, S. 77) und konnte mit ihrer „Sammlung und Einrichtung von Thatsachen“ (ebd., S. 81) zunächst Hilfebedürftigen selbst und später dann Helferinnen und Helfern aus allen Gebieten der Wohlfahrtspflege zur Seite stehen. Die Etage in der Zimmerstraße beherbergte das Büro, einen Gesellschaftsraum und die bescheidene Bibliothek der Wohlfahrtskommission. Im Tätigkeitsbericht der späteren Zentrale für private Fürsorge aus dem Jahr 1911 wird die spartanische Ausstattung rückblickend als: „ein kleiner, sehr primitiver Bürobetrieb“ (Zentrale für private Fürsorge 1911) beschrieben.

Zu jener Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs bildete das Quartier um die Zimmerstraße den Mittelpunkt des städtischen Lebens in Berlin. Ministerien, Zeitungsverlage, Banken, Agenturen und Versicherungen sorgten tagsüber für regen Betrieb. In den Jahren zwischen 1949 und 1989 lag die Zimmerstraße an der Sektorengrenze zwischen Ost- und Westberlin. Im Oktober 1961 standen sich am unweit entfernt liegenden Grenzübergang „Checkpoint Charlie“ russische und US-amerikanische Panzer gegenüber. Die Auseinandersetzung um den Status Berlins hatte ihren Höhepunkt erreicht, glücklicherweise folgte jedoch keine weitere Eskalation. Erst mit dem Fall der Mauer 1989 erwachte das Quartier aus seinem Dornröschenschlaf und ist bis heute ein touristischer Anziehungspunkt.

1910

Die Zentrale für private Fürsorge e.V. gehört zu den Mitbegründern der Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft und übernimmt deren Geschäftsführung.

Nach Enthebung aller Ämter emigrierte Wronsky bereits Ende 1933 nach Palästina. Hierbei handelte es allerdings, wie bei so vielen anderen ihrer Kolleginnen und Kollegen, nicht um Auswanderung, sondern um Vertreibung. Die 50-Jährige mit beeinträchtigter Gesundheit musste sich im britischen Mandatsgebiet Palästina ohne Ersparnisse und Altersversorgung eine neue Existenz aufbauen. In Akten der Vorstandssitzung des Archivs für Wohlfahrtspflege vom 23. September 1933 wird hinsichtlich des Ruhegehaltsanspruchs der vertriebenen Geschäftsführerin darauf hingewiesen, dass mit ihrer Entlassung am 31. März erstens die Gehaltszahlungen ab Oktober eingestellt würden und die Kollegin zweitens nun im Ausland lebe und es nicht möglich sei, Gelder dorthin zu transferieren. Erst nach einer Rückkehr nach Deutschland könne sie wieder Ruhegehaltsansprüche geltend machen. Es wurde allerdings noch über eine „Existenzhilfe“ nachgedacht. Um das schmale Budget des Archivs nicht zu belasten, hatte Wronsky seinerzeit auf Ruhegehaltsansprüche verzichtet, die denen eines Beamtenverhältnisses gleichgekommen wären. Private Unterstützer des Archivs, wie das Bankhaus Mendelssohn & Co und das Bankhaus Gebr. Arnold setzten sich dafür ein, dass die verdiente Geschäftsführerin 150 Reichsmark aus den von ihnen geleisteten Mitgliedsbeiträgen erhalten sollte und sie somit keine öffentlichen Gelder in Anspruch nähme. Der Vorstand des Archivs kam schließlich zu dem Ergebnis, die Zuwendung „nur jederzeit widerruflich“ zu gewähren und im neuen Geschäftsjahr erneut zur Diskussion zu stellen.

Auf derselben Sitzung wurde zum 1. Oktober der zweiten Geschäftsführerin Sofie Götze (1901-1983) die alleinige Geschäftsleitung übertragen. Trotz des Vorstandsbeschlusses, Wronsky doch noch Geld ins Ausland zu überweisen, wies der Jurist, Nationalsozialist und Staatskommissar für die Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin und spätere, von 1934 bis 1945 amtierende Zweite Berliner Bürgermeister Otto Plath (1879-1968) (Gruner 2008, S. 194) an, das Geld nicht zu überweisen, sondern diese „Angelegenheit“ noch zurückzustellen. Denn man könne davon ausgehen, dass es „Frau Wronsky bei ihrer Persönlichkeit schnell gelingen wird, eine Existenz im Ausland zu finden“ (Aktenvermerk von S. Götze zum Protokoll der Vorstandssitzung vom 23.9.1933, DZI-Archiv, Akte 1933-1946, Blatt 10/11). Es begann ein entwürdigendes

des Hin und Her zwischen dem Staatskommissariat und dem Archivvorstand mit dem Ergebnis, dass, solange Wronsky im Ausland lebe, keine Zahlungen erfolgen würden. Man wolle nun „diese Angelegenheit [...] auf sich beruhen lassen“ und sich der Auffassung des Staatskommissars Plath „fügen“ (Schreiben vom 14.11.1933, DZI-Archiv, Akte 1933-1946, Blatt 14).

Die vertriebene Siddy Wronsky erhielt weder das verdiente Altersruhegeld noch Entschädigungszahlungen oder die Einmalzahlung in Höhe von 150 Reichsmark. Dabei verfügte das Archiv 1934 beispielsweise über einen Jahresetat von zirka 47 000 RM (DZI-Archiv, Akte 1933-1946, Blatt 16).

Schluss

Spätestens seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges waren die Transformationsprozesse auf dem Gebiet der bis dahin herkömmlichen Armenpflege und der ersten Ausbildungskonzepte zu einem gewissen Abschluss gekommen. Von da an bis zum Ende der Weimarer Republik kann von einem grundlegenden Funktionswandel der Fürsorge (Landwehr 1983) durch sozialreformerisch engagierte Persönlichkeiten gesprochen werden, die mit dem Anspruch angetreten waren, eine wichtige Kulturaufgabe zu übernehmen. Der Prozess der Professionalisierung vollzog sich unter Alice Salomons Wirken gradlinig weiter, um nach dem Ersten Weltkrieg mit der Einführung von verbindlichen Ausbildungsplänen und einer staatlichen Anerkennung für die berufliche Fürsorge Inhalte und Strukturen zu präjudizieren, die teilweise bis in heutige Studiengänge der (Fach-)Hochschulen hinein ihre Wirkung entfaltet haben (zum Beispiel Amthor 2003).

Durch den Assimilationsprozess der liberalen Juden seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert kam es in den Folgejahrzehnten ungeachtet seiner tragischen historischen Ambivalenz zu bedeutenden Lebensleistungen deutscher Jüdinnen und Juden für die Entwicklung der Sozialen Arbeit. Dies ist den sozialen Fachkräften heute meist gar nicht bewusst. Grundlagen sozialetischer Prinzipien sind mithilfe dieser Lebenswerke gleichsam auch als Vorbote (internationaler) Ethic Codes für Soziale Arbeit aus der Hebräischen Bibel und den

1911

Die Zentrale für private Fürsorge e.V. zieht
in die Flottwellstraße in Berlin-Tiergarten um.

rabbinischen Weisungen des Talmud in den Prozess der Professionalisierung für die Soziale Arbeit in Deutschland eingeflossen. Die heute weitgehend vergessenen Vorläuferinnen und Vorläufer Sozialer Arbeit haben unter persönlichen Entbehrungen Institutionen aufgebaut, auf deren Fundamenten heutige Institutionen ruhen. Jahrzehntelang und über zwei Weltkriege hinweg wurde ihnen der gebührende Respekt verweigert oder sie sind auch einfach totgeschwiegen worden.

Erst seit dem Beginn der 1980er-Jahre wurde durch zahlreiche einschlägige Publikationen zur Berufsgeschichte der Sozialen Arbeit versucht, dieses historisch längst überfällige und eigentlich unverzeihliche Versäumnis in gewissem Sinne nachzuholen. Lebenswerke wurden und werden Schicht für Schicht freigelegt und sind nun für die nächsten Generationen für weitere Forschungen zugänglich und dies nicht zuletzt auch über das Archiv und die wichtige Bibliothek des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen.

Diese Festschrift zur 125-Jahrfeier des DZI mag ein weiterer Baustein auf diesem Weg sein.



Zur Geschichte des Spendens

Rupert Graf Strachwitz

„If donation is defined as the unsolicited transfer of goods without the possibility of repayment or indirect benefits to the donor, one has to conclude that apes do not make donations. However, if the definition is relaxed to mean a transfer of goods and services that benefits another individual, then the answer is affirmative: apes do make donations“ (Call 2010, S. 189).

Gaben und Spenden

In diesen zwei Sätzen finden sich mehrere, auf den ersten Blick verwirrende Behauptungen. Der Psychologe und Anthropologe Call gibt zunächst einen Hinweis, dass die Spende (engl. donation) nicht so eindeutig definiert ist, wie es zunächst scheinen mag. Darauf wird noch zurückzukommen sein. Zum Zweiten aber behauptet er, zumindest die Menschenaffen (apes) würden schenken oder spenden, sofern man diesen Begriffen eine etwas weitere Definition unterlegt. Diese Behauptung ist inzwischen vielfach von Primatenforschern nachgewiesen worden; Biologen wollen die Neigung zum Schenken auch bei Vögeln beobachtet haben. Wenn also Tiere diese Neigung in sich verspüren, wäre es unsinnig zu behaupten, beim Menschen sei sie nicht von Natur aus vorhanden und müsse diesem über sozialen oder religiösen Druck anerzogen werden. Damit erscheint zumindest die Behauptung vieler Ökonomen, die sich im Bewusstsein der modernen Gesellschaft weitgehend festgesetzt hat, dass nämlich der Mensch stets nur aus Eigeninteresse handle, zweifelhaft. Vielmehr handelt es sich wohl beim Spenden und Schenken um anthropologische Konstanten, um eine Regelform menschlichen Verhaltens, in der Eigeninteresse und Altruismus eine kaum entwirrbare Gemengelage bilden.

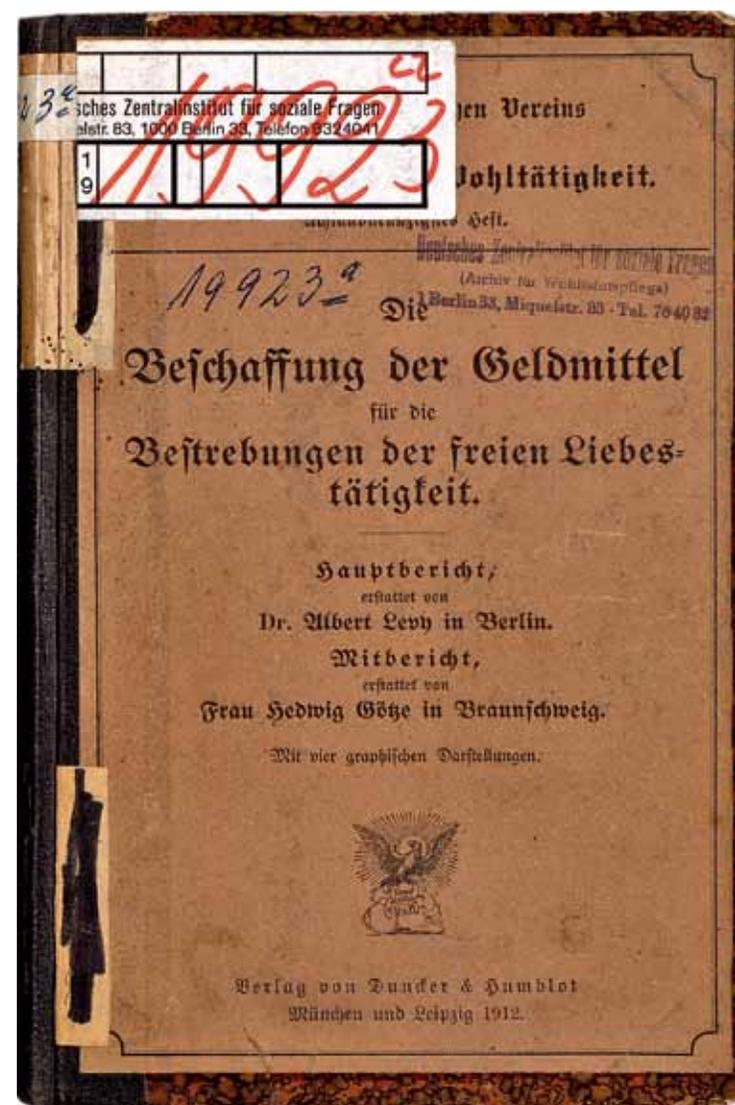
1915

Albert Levy und Siddy Wronsky erwirken eine Bundesratsverordnung, die Spendensammlungen der Kriegswohlfahrtspflege unter staatliche Aufsicht stellt.

Der Begründer des modernen Kapitalismus, Adam Smith, liefert den Ökonomen keinen Beweis des Gegenteils. Sein zweites Hauptwerk, *The Theory of Moral Sentiments*, erstmals 1759 erschienen, beginnt nämlich mit den Sätzen: „No matter how selfish you think man is, it is obvious that there are some principles in his nature that give him an interest in the welfare of others, and make their happiness necessary to him, even if he gets nothing from it but the pleasure of seeing it. [...] This sentiment, like all the other basic passions of human nature, is not confined to virtuous and humane people, though they may feel it more intensely than others do. The greatest ruffian, the most hardened criminal, has something of it“ (Smith 2002, S. 11).

So gesehen, ist die Aufforderung zum Schenken und Spenden, die alle großen Religionen ihren Gläubigen mitgeben, nicht gegen die Natur des Menschen gerichtet, sondern fordert vielmehr dazu auf, in sich hineinzuhören, die eigene Natur zu erkennen und danach zu handeln. Barmherzigkeit, Empathie und Geben sind nicht Korrektur des tierisch-menschlichen Wesens, sondern dessen Erfüllung: „Spenden und Schenkungen, die eine Hilfe für die armen und bedrängten Mitglieder der Gesellschaft bedeuten, sind ein Quell diesseitigen und jenseitigen Segens, weil sie den Erhalt gesellschaftlicher Harmonie und Ordnung gewährleisten“ (Topbas 2006, S.107).

Das von James Andreoni (1990, S. 464 ff.) so benannte Phänomen des warm glow (deutsch in etwa „des herzerwärmenden Gefühls“) macht dies auch in einem säkularen Bezugsrahmen deutlich, stellt aber zugleich darauf ab, dass das Spenden eben nicht mit Altruismus ohne Eigeninteresse gleichgesetzt werden darf, sondern als prosoziales Verhalten zu definieren ist, das sehr wohl eine Reziprozität beinhaltet. Wenn etwa der katholische Malteser-Orden in seiner Verfassung die Ziele des Ordens so definiert: „In Übereinstimmung mit seiner jahrhundertelangen Tradition hat der Orden die Aufgabe, die Ehre Gottes durch die Heiligung seiner Mitglieder, den Einsatz für den Glauben und den Hl. Vater sowie den Dienst am Nächsten zu mehren“ (Souveräner Ritter- und Hospitalorden vom Heiligen Johannes zu Jerusalem von Rhodos und von Malta 1998, S.10), wird dieser Zusammenklang von intrinsischen und extrinsischen Zielen auch in einer religiösen Konnotation deutlich.



Der erste deutsche Spendenbericht, zusammengestellt von Albert Levy 1912

Das Spenden ist historisch in eine Konstellation eingebunden, deren weitere Komponenten die Gabe und das Opfer sind. Dieser Konstellation ist eine prinzipielle Freiwilligkeit gemein, unabhängig davon, dass sozialer Druck oder andere Ziele oft stärker motivieren als ein intrinsisches Bedürfnis. Wie dieser Beitrag zeigen soll, sind Spende und Gabe nicht gleichzusetzen; schon gar nicht ist jede Spende und jede Gabe

1917

Die Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft geht im Archiv der Wohlfahrtseinrichtungen auf.

ein Opfer im kultischen Sinne. Auch ist nicht jedes Opfer eine Spende oder eine Gabe. Dennoch besteht zwischen den drei Ausdrucksformen prosozialen Verhaltens diese enge Korrelation (Müller 2005, S. 18-31). Alle sind Ausdruck des Schenkens, wobei die bekannten gabentheoretischen Fragen (Mauss 1968/1923) nach Altruismus und Erwartungen, intrinsischen und extrinsischen Motiven noch völlig offen bleiben.

Vor dieser Folie soll in diesem Beitrag das Spenden als besonderer Ausdruck des Schenkens unter jeweils verschiedenen historischen Bedingungen beleuchtet werden. Dazu ist allerdings vorab darauf aufmerksam zu machen, dass das Spenden von Vermögenswerten oder gar nur von Geld nicht mehr als einen kleinen Ausschnitt aus den Formen darstellt, die dieses Spenden annehmen kann, und wohl auch nicht dessen erfüllendste Form darstellt. Als diese gilt vielmehr die geschenkte Empathie, traditionell auch als Barmherzigkeit oder Mitgefühl bezeichnet. Auch das Spenden von Gedanken, Kreativität, Wissen, Know-how, Reputation und Zeit sind legitime und vielfach anzutreffende Formen (Strachwitz 2014, S. 132 f.). Insbesondere das Spenden von Zeit, das sich allenfalls in Geldwert quantifizieren und somit mit dem Spenden von Geld oder anderen Vermögenswerten vergleichen lässt, übersteigt dieses um ein Vielfaches (Sprengel; Strachwitz 2008, S. 20). Vieles ist in diesem Zusammenhang noch wenig oder gar nicht erforscht. Der Beitrag, der sich im Übrigen auf die Traditionslinien des Spendens in Deutschland konzentrieren muss, äußert daher immer wieder Vermutungen, deren Beweis noch aussteht.

Spenden und die Anfänge von Gesellschaft

Die Geschichte des Spendens mit der sogenannten Achsenzeit beginnen zu lassen, erscheint nicht abwegig. Diese zuerst von Karl Jaspers (1949) beschriebene und mit dem seither gebräuchlichen Namen belegte Entwicklungsperiode der menschlichen Gesellschaft zwischen etwa 800 und 200 v. Chr. ist unter anderem gekennzeichnet vom weltweiten Aufbruch der Menschen aus unmittelbar familiären Bezügen hin zu einer größeren und komplexeren Gesellschaft (Wagner-Hasel 2000, S. 60 f.), ebenso aber von der Entwicklung einer Vorstellung von Transzendenz, die die Voraussetzung für die prägende Über-

zeugung bildete, durch Spenden das eigene Seelenheil befördern zu können (Borgolte 2017, S. 30). Max Weber spricht angesichts der Verdrängung der Verwandtschaftsbindungen, ohne auf diesen Zusammenhang explizit Bezug zu nehmen, von der Herausbildung einer „Brüderlichkeitsethik“ (Weber 2006, S. 533 ff.), die „zunächst eine Gegenseitigkeit von Gaben und Diensten, gegenseitige materielle Hilfe zum Lebensunterhalt, wechselseitige Unterstützung im Leiden“ impliziert (Hénaff 2009, S. 424).

Karen Armstrong (2006, S. 246), die das Konzept der Achsenzeit wesentlich weiterentwickelt hat, greift auf eine Stelle im Alten Testament zurück, um Spezifika des Spendens zu illustrieren (Nehemia 2, 11-18). Dort wird beschrieben, wie Nehemia mit Genehmigung des persischen Großkönigs um 445 nach Jerusalem reist, weil er gehört hat, dass sich die Stadt in einem desolaten Zustand befindet. Nehemia überzeugt die Priesterschaft und das Volk, dass sie die Stadt gemeinsam wieder aufbauen müssen, und schildert dann, wie alle Baumaterial spenden und mit anpacken, um den Aufbau voranzubringen (ebd., 3, 1-32). Ähnliches ist beispielsweise im alten Ägypten nicht nachzuweisen. Stiftungen – Spenden als finale Akte (Sprengel; Strachwitz 2008, S. 9) –, die es in großer Zahl gab, wirkten nicht oder nicht nur oder nicht unbedingt primär zum Wohle anderer. „Der verstorbene Vornehme, des dauernden Fortbestands seiner Familie [...] keineswegs gewiß, wollte dadurch die ununterbrochene Pflege seines Seelenheils nach seinem Tode sichern. Von Stiftungen zu wohltätigen Zwecken [...] hören wir nichts“ (Bolkestein 1939, S. 26).

Diese Gegenüberstellung ist jedoch nicht so zu interpretieren, dass die jüdische Gesellschaft spendenfreudiger gewesen sei als die ägyptische. Vielmehr geht es darum, dass um die Mitte des ersten vorchristlichen Jahrtausends das Spenden von Empathie und damit auch von Zeit und Vermögenswerten aus der Privatsphäre heraustritt und zu einem gesellschaftlichen Faktor wird. Das Buch Hiob im Alten Testament, in dem viel von den Verpflichtungen gegenüber Armen und Geringen die Rede ist und das damit dem neutestamentlichen Liebesgebot vorausgeht, ist aller Wahrscheinlichkeit nach dem Ende der Achsenzeit, im fünften bis dritten vorchristlichen Jahrhundert entstanden.

1918

In den USA wird das National Charities Information Bureau als unabhängige Spendenauskunftsstelle gegründet.

Andreas Voß hat hierzu im Anschluss an Bolkestein eine orientalische und eine abendländische Ausdrucksform unterschieden. „Die orientalische Form, wie sie sich anhand ägyptischer und israelitischer Quellen darstellt, zeichnete sich durch eine enge Bindung von Religion und Armenpflege aus. [...] Die Unterstützung von Bedürftigen [galt] als ein der Gottheit wohlgefälliges Werk. [...] Ganz anders stellen sich das griechische und römische Modell der Armenfürsorge im vorchristlichen Altertum dar. Im Rahmen der sittlichen Verpflichtung zur Menschenliebe kamen alle Bürger [...] in den Genuß von Unterstützungen. [...] Wohltun hatte nichts mit Armenpflege gemein“ (Voß 1993, S. 7).

Insoweit gilt es, zwischen der Gabe und der Spende insoweit zu unterscheiden, als Letztere nicht das unmittelbare familiäre Umfeld als Empfänger sieht. Vielmehr beinhaltet diese eine Erweiterung des Empfängerkreises und übersteigt die Kategorie der anthropologischen Konstante. Die Spende als gesellschaftliche Kategorie bedarf der Hinführung und Ermahnung. Sie wird, unter anderem bei Cicero (Bolkestein 1939, S. 298), als normatives Postulat und Teil eines Katalogs von Tugenden eines prosozialen Verhaltens dargestellt. Allerdings kann sie dennoch eine intrinsische Dimension enthalten. Diese wird in Rom dort sehr deutlich, wo sich Kandidaten für ein Staatsamt besonders freigebig zeigen, denn „ein einziges Jahr Statthalterschaft über eine reiche Provinz konnte die aufgewandten Kosten reichlich wiedereinbringen“ (ebd., S. 338). „Daß all diesen beneficia nicht ein einziger sozialer Gedanke zugrundelag, ist völlig klar: Nicht Arme, sondern Bürger und Wähler waren die Beneficierten“ (ebd., S. 339). Diese Dimension unterscheidet sich grundlegend von der Dominanz der religiösen Dimension orientalischer Prägung. Diese wirkt gerade dort bis heute fort. Für den modernen, gläubigen Muslim ist das Spenden in allererster Linie religiöse Pflicht.

Spenden als Opfer

„Die ältesten Stiftungen [hängen in Griechenland] mit dem Gottesdienst zusammen: sie dienen dazu, den Kult einer bestimmten Gottheit zu gewährleisten“ (Bolkestein 1939, S. 232). Allerdings kann das dadurch begründete Opfer einen Wohltätigkeitscharakter annehmen, indem beispielsweise das geopferete, das heißt gespendete Fleisch eine Gabe

an die Götter darstellt, tatsächlich „alle Bürger oder Bewohner des Ortes, wo das Heiligtum gestiftet wurde, an der Bewirtung teilhaben; merkwürdigerweise ist das gerade bei den ältesten bekannten Beispielen der Fall“ (ebd., S. 233). Zudem kommt das durch das Opfer erbetene göttliche Wohlwollen allen zugute, nicht nur denen, die das Opfer veranlasst, ausgeführt oder finanziert haben. Einmal mehr erweist es sich insofern als schwierig, zwischen Anlass, Zielen und Folgen des Spendens klare Trennlinien zu ziehen.

Andererseits kann das Opfer zwar theologisch der Spende gleichgestellt werden. „Das was wir heute mit einer ‚Spende‘ meinen [...], heißt im Bibeldeutsch natürlich Opfergabe: hebr. [...] minha“ (Karlson 2010, S. 22). Kulturgeschichtlich ist dies so summarisch aber wohl nicht haltbar. „Die Mittel zu diesen Opfern werden bei anderen Völkern zum größten Teil durch einzelne Gaben frommer Privatleute aufgebracht, und auch in Ägypten wird dies ursprünglich so gewesen sein. Aber der Staat ist hier [...] an die Stelle des Volkes getreten“ (Erman; Ranke 1923, S. 316). Hier wird zugleich eine andere Korrelation deutlich: Staatshandeln und Handeln der Bürger stehen in einem Wechselverhältnis zueinander. Letzteres orientiert sich zwangsläufig auch an dem mit hoheitlicher Gewalt unterlegten Handeln des Ersteren. Durch das Christentum kommt eine neue Konnotation hinzu. Gestützt auf klare Aussagen im neuen Testament (beispielsweise Lukas 10, 25-37 und Matthäus 22, 35-40) soll das christliche Almosen auch Teil kirchlich organisierter Opferhandlungen sein. „Die christliche Armenfürsorge, gleich ob mittelbar oder unmittelbar, gilt als Opfer [...] und Gottesdienst [...]. Wer die Gabe eines Almosens und damit die Hilfeleistung verweigert, ist zu Höllenqualen verdammt. [...] Den Armen, Bedrängten und Bedürftigen kommt eine Sonderstellung zu. Sie gelten als Stellvertreter Jesu auf Erden“ (Voß 1993, S. 10). Wer dafür spendet, nimmt an diesem Opfer teil, auch dann, wenn er lediglich Geld zur Verfügung stellt, mit dem andere den Bedürftigen Hilfe leisten.

Der Opfercharakter der Spende beinhaltete auch, dass die Ziele, für die gespendet wurde, beschränkt waren. Der kaum umstrittene Kanon umfasste, auch darin dem Neuen Testament (Matthäus 25,31-46) folgend, Hunger, Durst, Fremdsein, Nacktheit, Krankheit, Gefangenschaft

1918

Der Erste Weltkrieg endet. Am 9. November wird die Republik ausgerufen. Frauen erhalten erstmals das Wahlrecht.

und schließlich die Beerdigung von Verstorbenen. Daran anknüpfend werden besondere Personengruppen herausgearbeitet, für die mit der Erwartung, dass dies „als verdienstliches Werk, welches dem Schatz im Himmel zugute kommt und damit der Sündentilgung dient“ (Voß 1993, S. 10), das Opfer, die Spende geleistet wird: „Blinde, Ausgezehrte, Gelähmte, Verkrümmte und Verstümmelte, die Stummen bzw. die Taubstummen, die Besessenen, die Aussätzigen, die Witwen und Waisen sowie die Kinder. [...] Diese Ausdrucksformen der Bedürftigkeit [werden] von der theologischen Theorie und Praxis der Armenfürsorge aufgegriffen und durch die Idee der besonderen Heilwirksamkeit der Unterstützung von Personengruppen, die biblische Bedürftigkeitsmerkmale aufweisen, weiter tradiert [...]“ (ebd., S. 11). Die kirchliche Lehre hat in der Spätantike daraus ein komplexes System von Gabentausch und Opfer entwickelt (Borgolte 2017, S. 57).

In Verbindung damit, dass das Christentum ab 391 n. Chr. im Römischen Reich Staatsreligion war, wurde zum einen der Freiwilligkeitscharakter dieser Spenden in der Folgezeit ausgehöhlt. Im sechsten Jahrhundert wurde ein „Zehnter“ als Pflichtabgabe (Oblation) eingeführt und mit der Strafe der Exkommunikation bewehrt (Sternberg 1991, S. 23), was allerdings zu schweren innerkirchlichen Konflikten führte. Zwar blieb das Ideal der Freiwilligkeit formal erhalten, de facto aber hatten die Abgaben den Charakter von Steuern, deren Erhebung die Kirche zumindest teilweise auch durchsetzen konnte. Freiwillig wurden nur noch direkte Leistungen an Bedürftige geleistet, seien diese nun Sach- oder Geldleistungen (Voß 1993, S. 12 f.). Zum Zweiten aber stieß mit der Ausweitung kirchlicher Autorität und Tätigkeit die Beschränkung der Spenden auf die mittelbare oder unmittelbare Unterstützung bedürftiger Menschen an ihre Grenzen. Insbesondere der Bau von Kirchen erforderte freiwillige Beiträge der Mitglieder.

Zum Dritten schließlich versuchte man in der Spätantike, eine Brücke zwischen der orientalischen und der „westlichen“ Auffassung zu schließen. Die religiöse Konnotation des Spendens wurde nicht aufgegeben, aber unter den Bedingungen einer sich zunehmend vereinheitlichenden Religionsausübung dahingehend erweitert, dass die Gemeinschaft insgesamt – und zwar durchaus auch Nichtchristen – von den

Spenden profitieren konnten. In diesem Zusammenhang ist freilich darauf hinzuweisen, dass „die Götter“, später „Gott“ im menschlichen Denken und Handeln der Antike immer dabei waren. Ihre Anrufung war selbstverständlicher Teil jeder Entscheidungsfindung. Bemerkenswert, wenngleich unter diesem Vorzeichen nicht erstaunlich ist, dass auch der im sechsten Jahrhundert entstehende Islam die Spendentradition der Antike weiterführte. Zaqat und Sadaqa, die reinigende Pflichtabgabe (Topbas 2006, S. 182) und die freiwillige Spende, gehören ebenso zur Lebenswelt des Muslimen wie die Erfüllung des Liebesgebots durch Spenden zu der des Christen.

Spendenziele

Am Ende der Antike brach das römische System der Staatsversorgung zusammen. Um so dringlicher erschien es, das Verhältnis zwischen freiwilligen Gaben und Zwangsabgaben neu zu definieren, zumal die verheerenden Seuchenepidemien die staatliche Ordnung überhaupt zum Erliegen brachten (Harper 2017). Die Kirche, als neue Ordnungsmacht etabliert, folgte insoweit der römischen Tradition, als sie versuchte, die Gläubigen unter Berufung auf die kirchliche Lehre zu Abgaben zu zwingen. Zugleich stand sie jedoch vor dem Problem, dass sich diese Lehre nur auf die Bedürftigen bezog und andere Aufgaben wie den Kirchenbau sowie den Unterhalt der Bischöfe, Priester und Mönche bei enger Auslegung ausklammerte. Für das Letztere wurde der Ausweg gefunden, dass „auch Kleriker und Mönche zu den Armen gerechnet“ wurden (Sternberg 1991, S. 25). Spenden für den Gottesdienst galten ebenso als Opfer, wobei offenkundig gegen Missbrauch vorgegangen werden musste: „Das Konzil von Agde (506) legte ausdrücklich fest, daß die Gaben der Gläubigen für deren Seelenheil gegeben würden, nicht zur Bequemlichkeit der Priester“ (ebd.).

Insgesamt entwickelte sich unter religiösem und sozialem Druck ein von der Kirche administriertes Versorgungssystem für Bedürftige, dessen Spendencharakter im Sinne von Freiwilligkeit nicht unbedingt gewahrt war. Der Weg zu dem in karolingischer Zeit, das heißt im achten Jahrhundert, gesetzlich eingeführten Zehnten war vorgezeichnet. Dennoch blieb ein weiter Raum für zusätzliche freiwillige Leistungen. Analog zum Islam (zaqat und sadaqa) bildete sich eine Zweiteilung heraus,

1922

Die Berliner Wohlfahrtsvereinigung konstituiert sich unter Beteiligung der Zentrale für private Fürsorge.

wobei die freiwilligen Zuwendungen einerseits den größeren Teil ausmachten, andererseits aber überwiegend von Todes wegen gewährt wurden und die Form von Stiftungen annahmen, die von der Kirche verwaltet wurden (Sternberg 1991, S. 30 f.). Es scheint sogar, dass seit den Zeiten des Kaisers Konstantin zunehmend nur die Kirche als Empfängerin infrage kam, was theologisch in mehreren Schritten unterfüttert wurde. Unter Berufung auf das Neue Testament (Matthäus 25) wurde Christus mit den Armen gleichgesetzt, die Kirche als einziger Sachwalter Christi auf Erden und alles Kirchengut als Armengut definiert. Andererseits wurde dem Almosen, worunter alle Leistungen an die Kirche subsummiert wurden, Sünden tilgende Kraft zugemessen (Sternberg 1991, S. 31). „Hast du Geld, so kaufe dich frei von Sünden. Gott ist nicht käuflich, aber du selbst bist käuflich; durch deine Sünden bist du verkauft, kaufe dich los durch Werke; kaufe dich los durch dein Geld“ (ebd.). Ausdrücklich war zwar damit nicht eine Preisvorstellung verbunden. Doch ist gaben-theoretisch eine Tauschbeziehung angesprochen, wenngleich es letztlich dem Ermessen des Spenders überlassen blieb, wie viel er spenden wollte. Das Ideal der völligen Vermögenslosigkeit wurde zwar angesprochen, aber nicht letztlich zur Grundlage aller Überlegungen gemacht.

Schon seit dem fünften Jahrhundert musste sich die Kirche mit dem Problem beschäftigen, welcher Anteil für den Unterhalt der Kleriker, unterschieden nach dem des Bischofs und dem seiner Priester, verwendet werden durfte. Der Streit um Verwaltungskosten findet sich in gewissem Sinne schon hier (Sternberg 1991, S. 106). Dazu gab es unterschiedliche Beschlüsse und Regelungen, ebenso wurde immer wieder über Einzelheiten der Vermögensverwaltung gestritten. Relativ einig war man sich darüber, dass zwar der Bischof eine zentrale Stellung einnahm, aber nicht als Eigentümer, sondern als Treuhänder der ihm übertragenen Spenden und Vermächtnisse anzusehen war. Dass er sie auch zur Errichtung von Gebäuden und zum dauernden Unterhalt von Einrichtungen verwenden durfte, war römische Tradition und zum Teil von den Spendern auch ausdrücklich so bestimmt. Zudem ergab sich die Notwendigkeit zur Errichtung von Gebäuden auch daraus, dass die vielfach in Naturalien angebotenen Spenden den Bedürftigen nicht unbedingt zeitnah ausgefolgt werden konnten und daher verantwor-

tungsbewusst aufbewahrt werden mussten. Über diese Brücke kann auch die Förderung von Kunst in die Zwecke eingegliedert werden, für die Spenden eingeworben wurden, indem eine Gestaltung und im Weiteren auch Ausschmückung der Gebäude (zur Verherrlichung Gottes) notwendig und wünschenswert erschien. Zudem hatte insbesondere der Bischof in seinen „quasi-staatlichen Funktionen“ (Sternberg 1991, S. 62) Gastverpflichtungen gegenüber dem König, den er aufnehmen und bewirten musste. Anders als weltlichen Herrschern, die ihre Bauten aus Steuern und Erträgen eigenen Vermögens zu finanzieren hatten, stand aber der Kirche ein Finanzierungsinstrument zur Verfügung, das in moderner Terminologie als crowd funding zu bezeichnen wäre. Die Vielzahl von Ermahnungen zu einfacher Lebensführung und Sparsamkeit und von Darstellungen herausragender positiver Beispiele von Empathie deutet freilich darauf hin, dass Übertreibungen bis hin zum Missbrauch an der Tagesordnung waren. Nach einer Berechnung für das französische Kloster St. Denis bei Paris kamen nur fünf Prozent des Gesamtetats den Armen zugute (Urselmann 2005, S. 127).

Die Säkularisierung der Spende

Die auf Freiwilligkeit beruhende Finanzierung aller möglichen anderen Einrichtungen und Ziele war römische Tradition. Dazu gehörten die Ausbildung von Jugendlichen ebenso wie der Bau von Bädern, Sportstätten, Einrichtungen zur Beherbergung von Fremden (Xenodochien), Bibliotheken, Straßen und Brücken (Borgolte 2017, S. 543 ff.). Mit dem Zusammenbruch des (West-)Römischen Reiches kam dieses korporatistische Versorgungsarrangement zum Erliegen. Wenngleich eine gemeinsame und freiwillige Finanzierung, Herstellung und Unterhaltung von dringend benötigten Gemeinschaftseinrichtungen für das frühe Mittelalter in vielfacher Form angenommen werden kann, so fehlen dazu doch weitgehend Berichte und Zeugnisse. Es verwundert aber nicht, dass sich die Palette der Zwecke auch im mittelalterlichen Europa durchgesetzt hat, obwohl sie zum Teil nur schwer in das Konzept der frühchristlichen Armentheologie einzupassen war.

Interessant ist jedoch die allmähliche Resäkularisierung des Spendenwesens, die wohl im späten zwölften Jahrhundert mit der Festigung der Position der Städte einsetzt. Sie konzentriert sich zunächst auf die

1922

Am 13. März stirbt Albert Levy. Siddy Wronsky wird Leiterin der Zentrale mit dem Archiv für Wohlfahrtspflege.

Einrichtung und Betreuung von sogenannten Hospitälern oder Spitälern. Unter diesem Namen werden unterschiedliche Einrichtungen zur stationären Betreuung von kranken und alten Menschen sowie Fremden zusammengefasst, deren Träger aufgrund der Überforderung der Klöster und der Konzentration der Armut in den Städten die Städte selbst waren. Zwar bleibt die theologische Begründung erhalten; Empfängerin von freiwilligen Zuwendungen ist jedoch nunmehr die Stadt oder sogar die Einrichtung selbst, da diese zunehmend eine eigene Rechtsperson darstellt (Volkert 1991, S. 224), eine der Traditionslinien der heutigen rechtsfähigen, eigentümerlosen Stiftung (ebd.).

Parallel dazu entstanden in den Städten für den Dienst an den Kranken Laienbruderschaften, in denen das aktiv gelebt wurde, was heute als bürgerschaftliches Engagement oder auch als Zeitspende bezeichnet wird. In Italien bilden manche dieser Bruderschaften, beispielsweise die berühmte Misericordia in Florenz, bis heute das Rückgrat der freiwilligen Krankenpflege. Auch hier sehen wir freilich neben dem Motiv, das christliche Liebesgebot aktiv zu verwirklichen, auch selbstbezogene Motive des Handelns und Spendens, beispielsweise die Vorsorge für eigene Gebrechlichkeit und nicht selten auch den Reputationsgewinn. Dankbar wurde jede Spende angenommen; starre Standesgrenzen konnten durch Freigebigkeit gemindert oder aufgelöst werden. Neben diesen Einrichtungen verdanken auch die Universitäten ihr Entstehen und Überleben jedenfalls zum Teil der Spendenfreudigkeit von Bürgern. Die ersten europäischen Hochschulen, in Bologna (1088) und Paris (1200), waren studentische Genossenschaften, die auf Spenden angewiesen waren.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Zeit des Mittelalters und der frühen Neuzeit nicht nur von einer allmählichen Ausweitung der Palette der Spendenziele, sondern auch von einem allmählichen Prozess der Säkularisierung gekennzeichnet ist. Ein Sonderproblem ist der von der Kirche ab dem elften Jahrhundert gewährte Ablass, eine auf Geldspenden gewährte Gegenleistung im Hinblick auf zeitliche Sündenstrafen, beispielsweise Beten und Fasten. Nicht so sehr der später von Martin Luther angeprangerte Ablasshandel ist jedoch im vorliegenden Zusammenhang von Interesse, sondern der erneute Blick auf die

Frage, inwieweit Gegenleistungen für Spenden überhaupt angeboten wurden, motivierend gewirkt haben und eine Abgrenzung der Spende von der Gabe im Allgemeinen ermöglichen.

Das im Mittelalter herausgebildete Konzept der freiwilligen Spende hat jedenfalls viele Jahrhunderte überdauert und ist in Teilen bis heute wirksam. Die Reformation Luthers und Johannes Calvins hat daran nicht so viel geändert, wie oft vermutet wird. Zwar neigt die katholische Lehre der Neuzeit eher einer individualistischen Sichtweise zu undbürdet jedem Christen ein Stück Verantwortung für die Bedürftigen auf, während die protestantische eher einer Vergesellschaftung des Problems das Wort redet. Luther ist gegenüber dem direkten Almosen skeptisch und befürwortet eine gemeindliche Organisation (Kaiser 2005, S. 152). In der Praxis wirken sich diese Unterschiede jedoch zunächst wenig aus; allerdings bereitet die protestantische Auffassung den Weg in den Wohlfahrtsstaat, der es als seine alleinige Aufgabe sieht, für das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Nach wie vor steht die Sorge um Bedürftige im Mittelpunkt der Spendenwerbung, während die Spendenverwendung zunehmend weitere Ziele mit einbezieht (ebd.). Die Finanzierung von Erziehung und Armenhilfe durch unternehmerische Tätigkeit, wie es die Franckeschen Stiftungen seit 1698 sehr erfolgreich praktizierten, blieb ebenso eine Ausnahme wie die Werbung dafür, etwa bei Jakob Mauvillon im späten 18. oder Wilhelm von Humboldt im frühen 19. Jahrhundert. Steuern und Spenden waren die wesentlichen Finanzierungsquellen – und sind es in Deutschland bis heute. Der einmalige Versuch, freiwillige Vereinigungen und Stiftungen und damit auch Spenden vollständig aus der gesellschaftlichen Realität zu löschen, wie er 1791 in Frankreich unternommen wurde, blieb eine erfolglose Episode (Simitis 1989).

Spenden im Wohlfahrtsstaat

Erstmals wurde im 1794 in Kraft getretenen Allgemeinen Landrecht für die Preußischen Staaten die staatliche Verantwortung für das Wohlfahrtswesen normiert. Allerdings wurden schon hier Hauskollekten in das dafür notwendige Finanzierungssystem integriert (Urselmann 2005, S. 131). Schon bald führten aber die Kriegsanstrengungen der Befreiungskriege, die gesellschaftlichen Umwälzungen des frühen 19. Jahr-

hunderts, der rasante Bevölkerungsanstieg (in Deutschland zwischen 1750 und 1900 von 17 auf 53 Millionen Einwohner), die Landflucht, die massiven Krankheitsepidemien der 1830er-Jahre und die beginnende Industrialisierung zu einem so großen Finanzierungsbedarf von Wohlfahrtsleistungen, dass das staatliche Einkünftesystem überfordert war und freiwillige Leistungen mit großer Energie eingeworben wurden. Die 1813 begonnene Werbeaktion „Gold gab ich für Eisen“ kann als Beispiel dafür dienen, wie der Anspruch der Allzuständigkeit des Staates und die Möglichkeiten der Finanzierung auseinanderklafften. Über das, was an Steuern und Abgaben eingesammelt werden konnte, hinaus waren, zumal in den kleineren deutschen Staaten, freiwillige Leistungen der Bürger für das Funktionieren des Staates ebenso unerlässlich wie die Beiträge der Kirchen zur Durchführung der Wohlfahrt. Es verwundert nicht, dass die in Frankreich 1791 vollzogene Enteignung der Kirchen und Abschaffung aller Vereine und Stiftungen in Deutschland nicht nachvollzogen wurde. Im Gegenteil: Besonders die weiblichen Mitglieder der Herrscherhäuser setzten sich an die Spitze von älteren und neuen wohltätigen Einrichtungen und warben aktiv um Spenden.

Der zunehmende innere Vereinigungs- und Zentralisierungsprozess führte im Verlauf des 19. Jahrhunderts zur Gründung von zahllosen Einzel- und vielen Dachorganisationen – vom Centralausschuß der inneren Mission der deutschen evangelischen Kirche (1849), dem heutigen Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung, über den Preußischen Vaterländischen Frauenverein (1867), der bis 1900 auf 844 Zweigvereine mit zirka 140 000 Mitgliedern anwuchs, bis zum Charitasverband [sic] für das Katholische Deutschland (1897). All diese Organisationen finanzierten sich zunächst wesentlich aus Spenden und aus Erträgen eines Vermögens, das wiederum durch Spenden und Vermächtnisse anwuchs. Zudem spiegelte die Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Vereine die Pluralität der Gesellschaft wider (Lingelbach 2009, S. 34 f.). Dem stand die kontinuierliche Herausbildung des Wohlfahrtsstaates gegenüber. In der Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 (1871 wortgleich als Verfassung des Deutschen Reiches übernommen) wurde „die Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes“ erstmals ausdrücklich als Verfassungs- und Bundesziel definiert. Die Reichsverfas-

sung von 1919 verzichtete zwar auf diese Zielbestimmung, normierte aber in Artikel 161: „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“ Damit, so scheint es, war die Sorge für Bedürftige endgültig an den Staat übergegangen. Das Schul- und Hochschulwesen wurde ohnehin weitestgehend verstaatlicht. Damit hätte der Finanzierung wichtiger Leistungen für das Gemeinwohl aus Spenden der Boden entzogen sein können. Die Hyperinflation von 1923 tat ein Übriges, um das freiwillige private Spendenwesen vorübergehend fast zum Erliegen zu bringen.

Spende und Steuer

„Die normalen Mittel, richtig angewendet, würden die wesentlichen Bedürfnisse auch in der Zukunft zu decken imstande sein, selbst wenn es nicht gelänge, neue Wege ausfindig zu machen. Dies vorausgeschickt, muß natürlich gesagt werden, daß es keineswegs abzuweisen ist, immer wieder darauf zu sinnen, wie die bisher beschrittenen normalen Wege weiter ausgebaut und wie noch andere Quellen neben den bisherigen eröffnet werden können, aus denen eine Vermehrung der Geldmittel erhofft werden kann. Hierüber nachzusinnen, ist jeder, dem die Erhaltung und Weiterentwicklung der freien Liebestätigkeit ernstlich am Herzen liegt, berufen“ (Levy 1912, S. 133).

In diesem, in den Schriften des Deutschen Vereins abgedruckten Bericht kommt zweierlei zum Ausdruck: zum einen die Stärke der freien Wohlfahrtspflege und die Spendenfreudigkeit der Bürgerinnen und Bürger kurz vor dem Ersten Weltkrieg, zum anderen aber auch die Sorge vor einem Überhandnehmen staatlicher Wohlfahrtspflege zulasten der Möglichkeiten „freier Liebestätigkeit“. Ob die gesellschaftliche Relevanz der Letzteren allgemein bewusst wahrgenommen wurde, kann dahinstehen. Mit der Herausbildung des Wohlfahrtsstaates trat jedenfalls die Diskussion um die Finanzierung von Maßnahmen zugunsten von Bedürftigen in eine neue Phase. Dies wird noch deutlicher, wenn man diesen als Teil des Konzepts eines Gewährleistungsstaates (west-)europäischer Prägung sieht, nach welchem eine ganze Fülle von Leis-

1923

Das Archiv der Wohlfahrtseinrichtungen löst sich von der Zentrale für private Fürsorge und trägt fortan den Namen Archiv für Wohlfahrtspflege.

tungen – von der Schule über das Theater bis zur sportlichen Betätigung – als originäre Staatsaufgaben zu sehen ist, die aus zwangsweise eingehobenen Beiträgen aller Bürgerinnen und Bürger (Steuern) von deren gewählten Vertretern zu planen, zu erbringen und zu finanzieren sind.

Auch das zur absichernden Legitimierung der freien Wohlfahrtspflege eingeführte Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre geht von einer Finanzierungspflicht der nicht staatlichen Träger aus öffentlichen Mitteln aus. Zugleich aber halten gerade die Kirchen an der Almosen-, das heißt Spendenpflicht der Christen fest. „Trotz hässlicher Herabsetzung des Almosens auf gegnerischer Seite fährt die Kirche als treue Hüterin der christlichen Tradition und Lehre [...] fort, die Pflicht des Almosens einzuschärfen“ (Schilling 1926, S. 43, zitiert nach Müller 2005, S. 249). Trotz dieser deutlichen Sprache ist die Sinnkrise des Spendens nicht von der Hand zu weisen. Allerdings klafften Anspruch und Wirklichkeit staatlicher Finanzierung gerade in den 1920er-Jahren so weit auseinander, dass die Notwendigkeit freiwilliger Gaben weithin unbestritten blieb. „Die Ursache dafür war in den wirtschaftlichen Krisen der Weimarer Zeit zu suchen, die den Wohlfahrtsstaat schnell an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit stoßen ließ. [...] Obgleich die Aussichten, die wirtschaftlichen Einbußen durch Sammlungen zu kompensieren, nicht groß waren, wurden sie neben den Sachspenden zu einer bedeutenden Einnahmequelle“ (Miquel 2005, S. 181).

Das Dilemma der Sinnlosigkeit des Spendens angesichts einer universellen Finanzierung aller Leistungen für das allgemeine Wohl mittels Zwangsabgaben wird durch diese Schwäche der Steuerfinanzierung allerdings im Grundsatz nicht gelöst. Auch die Tatsache, dass keine Staatsmacht in Deutschland im 20. Jahrhundert, weder die Weimarer Republik, noch das Dritte Reich, noch die DDR oder die Bundesrepublik Deutschland, auf die Ermunterung zum Spenden verzichten wollte, kann letztlich diesen Widerspruch nicht auflösen. Spätere Phasen der Geschichte des 20. Jahrhunderts haben überdies gezeigt, dass eine Finanzierung aus Steuern im großen Stil fiskalisch gesehen nicht prinzipiell ausgeschlossen erscheint.



1893 Ziegelstraße 10

Mit dem Umzug aus der Zimmerstraße in das Langenbeckhaus in der Ziegelstraße 10 erhielt die bis dahin informelle Organisation im Sommer 1893 einen offiziellen Namen: Aus den unregelmäßigen Treffen der „Sozialen Gruppe der D.G.e.K.“ ging die „Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ hervor (Zentrale für private Fürsorge 1911, S. 11). Die Aufgaben nahmen zu und konnten nicht mehr nur von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewältigt werden. Daher wurde eine Sekretärin angestellt, ab 1897 zunächst als Halbtags-, später als Ganztagskraft (ebd.).

Das Langenbeckhaus war in den Jahren 1891 bis 1892 von der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie und der Berliner Medizinischen Gesellschaft am Ufer der Spree errichtet worden und war das erste eigene Haus einer wissenschaftlichen Vereinigung in Deutschland. Die gesellschaftlichen Kontakte Jeanette und Ernst Schwerins hatten den Umzug ermöglicht. Doch auch in diesem angesehenen Quartier wurde der Platz knapp und die Räume entsprachen nicht den zunehmenden Anforderungen an die Arbeit der Auskunftsstelle, so dass 1899 bereits der nächste Umzug anstand.

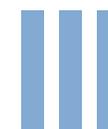
Das alte Langenbeckhaus war im Zweiten Weltkrieg vollkommen zerstört worden. Sehr viel später, in den 1970er-Jahren, wurde das Areal mit Wohn- und Bürohäusern bebaut. Bis heute unterhalten die Humboldt-Universität und die Staatlichen Museen Einrichtungen in der Ziegelstraße. Unter anderem liegt hier das Gästehaus der Universität.

Eher lässt sich diesem Dilemma durch eine fundamentale Kritik an eben diesem Gewährleistungsstaat entgegenzutreten. Ist es richtig, so lässt sich fragen, die Finanzierung von Maßnahmen des allgemeinen Wohls vollständig durch Zwangsabgaben sicherzustellen, damit diese selbst weitgehend in die Entscheidungsmacht staatlicher Funktionsträger zu legen und somit die Bindungen zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft weitestgehend zu entpersonalisieren? „In unseren Gesellschaften ist die Gabe kein notwendiges Mittel mehr, um die Grundstrukturen der Gesellschaft zu produzieren“ (Godelier 1999, S. 291). Und doch ist sie offenkundig diesseits transzendentaler Bezüge Teil der Brüderlichkeitsethik im Sinne Max Webers und gewinnt dadurch und eben gerade nicht durch ihren quantitativen Erfolg ihren Sinn. „In dem Maß, in dem die Menschen zunehmend voneinander abhängig wurden, entfalteten sie ihre Fähigkeiten, selbstlos zu sein. Von der gemeinsamen Sorge um Nachwuchs und Nahrung in der frühen Steinzeit bis hin zu den Geboten der umfassenden Nächstenliebe, die in den Religionen seit etwa 500 v. Chr. auftauchen, war die Geschichte der Menschheit auch eine Entwicklung hin zu stärkeren altruistischen Normen“ (Klein 2010, S. 267).

Hinzu tritt ein demokratietheoretisches Problem, das seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert an Brisanz gewonnen hat. Sollte der Staat Spenden nur

dann durch steuerliche Anreize fördern, wenn diese zur Mitfinanzierung von Aufgaben dienen, die wohlfahrtstaatstheoretisch in den Aufgabenbereich des Staates fallen oder, etwas allgemeiner, im unmittelbaren Interesse des Staates liegen? Oder muss er, dem Gleichbehandlungsgrundsatz nach Artikel 3 des Grundgesetzes folgend, jedem Ausdruck von Gemeinsinn im Sinne einer Brüderlichkeitsethik unparteiisch gegenüberstehen, also beispielsweise auch Spenden zugunsten von staatskritischen Themenanwälten, Wächtern oder politischen Mitgestaltern, wie sie die moderne Zivilgesellschaft in wachsender Zahl und Stärke ausbildet, die gleichen steuerlichen Bedingungen zubilligen?

Die historische Erfahrung lehrt uns auch beim Spenden, dass sich anthropologische Konstanten, wie sie das Spenden, Geben und Opfern darstellen, nicht verdrängen lassen. Sie ruft uns dazu auf, diese Konstanten ernst zu nehmen, nicht zu marginalisieren und nicht mit pejorativen Bezeichnungen wie „Ergänzungen“, „Sahnehäubchen“ und dergleichen zu versehen. Unsere Gesellschaft besteht – wie jede andere vor, neben und nach uns – nun einmal nicht aus abstrakten Konstrukten, sondern aus lebenden Menschen, die sich nur bedingt verwalten, um so mehr aber zu prosozialem Verhalten ermutigen lassen.



Spenden in der DDR

Eckhard Priller

Das Spenden gehörte durchaus zum Alltag der DDR-Bevölkerung, wenngleich das Spendenwesen in der DDR grundsätzlich anders organisiert war als in der BRD. Obwohl weitgehend zentralisiert und oft unter gesellschaftlichen und kollektiven Druck gespendet wurde, bestanden gewisse Freiräume und es existierten unterschiedliche Formen der Spendensammlung durch zahlreiche Organisationen. Da die staatliche Dominanz überwog, gab es keine Organisation ähnlich dem DZI. Für zukünftige Aufgaben des DZI sollten die historischen Faktoren des Spendens in den neuen Bundesländern Berücksichtigung finden.

Vielfalt und Differenziertheit

Das Spenden hat eine lange Tradition und ist für die verschiedenen Gesellschaftsformen in allen Epochen unter jeweils spezifischen Aspekten dementsprechend relevant. Historisch gesehen reicht die Geschichte des Spendens weit in die Vergangenheit zurück. Bereits in den Werken von Platon und Aristoteles finden wir das Bild vom Philanthropen, der Hilfe für seine Mitmenschen leistet (Priller; Sommerfeld 2010, S. 171).

Auch in der DDR hatte das Spenden einen eigenen Stellenwert. Doch selbst wenn, ebenso wie bei vielen anderen Sachverhalten in dieser totalitären Gesellschaft, beim Spenden zumeist staatlicher Druck und Zwang unterstellt wird, ist hier vor allzu pauschalen Bewertungen zu warnen. Genauere Analysen legen die Notwendigkeit zu einer differenzierteren Betrachtung der Spendenthematik nahe, denn im Verlauf der Existenz der DDR veränderten sich die allgemeine Bereitschaft in der Bevölkerung sowie die politischen Positionen zum Spenden: Nach der Gründung der DDR im Jahre 1949, als es noch die direkten Folgen des Zweiten Weltkriegs zu beseitigen galt, und in deren Anfangsphase in den frühen 1950er-Jahren gab es eine hohe Spendenbereitschaft, die weitgehend auf die Linderung von unmittelbar spürbarer Not zielte. In den 1960er-Jahren hingegen, als zwar Mangel herrschte, aber immerhin ein gewisser Wohlstand erreicht war, spielte die internationale

1924

Die Zeitschrift *Die Fürsorge* wird vom Archiv initiiert, bereits 1925 aber von der Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege abgelöst.

Solidarität eine stärkere Rolle. Zudem entdeckte die DDR-Politik in dieser Zeit das Spenden als wichtige Thematik, um in der internationalen Arena an Anerkennung und Einfluss zu gewinnen.

Neben Spendensammlungen, die über die Massenorganisationen erfolgten, waren es stets die Kirchen in der DDR, die Spenden sammelten. Darüber hinaus gab es durchaus unmittelbare Projekte und private Initiativen, die zu Spenden aufriefen, beispielsweise Gruppen außerhalb des staatlichen Systems, die auf internationaler Ebene Solidarität übten oder sich für Umweltaktivitäten in der DDR einsetzten – und sich bei der Zweckbestimmung von Spendengeldern nichts vorschreiben ließen. Oft wurden dabei kirchliche Stellen als Anlaufpunkte gewählt oder es wurde sogar mit offiziellen Organisationen wie dem „Solidaritätskomitee“ kooperiert. Den Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR tut man deshalb letztendlich unrecht, wenn man ihre Spendenaktivitäten nur als unter Zwang und Druck entstanden charakterisiert. Angesichts von Spenden anlässlich von Naturkatastrophen, Epidemien und Kriegen ist durchaus die Freiwilligkeit des Spendens in der DDR-Bevölkerung hervorzuheben. Dies ist ein bedeutsamer Aspekt, den es bei der Betrachtung der Spendenthematik in der DDR zu beachten gilt. Gleichzeitig ist zu konstatieren, dass die Spendenaktivitäten in einem zentralistischen Staat zumeist durch diesen gesteuert und über dessen Massenorganisationen initiiert wurden.

Trotz aller staatlich-zentraler Steuerungsambitionen im Spendenwesen der DDR ergibt sich deshalb insgesamt kein Schwarz-Weiß-Bild, sondern es müssen auch die vielen diversen Facetten des Spendens einbezogen werden: Neben den Veränderungen im Verlauf der Geschichte sind nämlich zugleich sämtliche unterschiedlichen Ebenen – Gesellschaft, Organisationen, Gemeinschaften bis hin zu den Familien sowie die Haltung des beziehungsweise der Einzelnen zu Spendenbereitschaft und Spendenaktivitäten – zu berücksichtigen.

Im vorliegenden Beitrag kann nicht auf alle – aber zumindest auf einige – wesentlichen Aspekte des Spendens in der DDR näher eingegangen werden. Allerdings wird hier offenkundig, dass diese Thematik bislang nicht systematisch und umfassend aufgearbeitet wurde und

verwertbares statistisches Material nur eher spärlich vorliegt. Obwohl es umfangreiche Spendenaktivitäten in der DDR gegeben hatte, die seinerzeit eine breite propagandistische Würdigung der Spendenbeteiligung und der dabei erreichten Beträge in den Medien erfuhren, fand die Spendenthematik in den politischen und wissenschaftlichen Diskursen in der DDR kaum Beachtung; sie wurde nicht hinterfragt und mehr oder weniger als Normalität und Selbstverständlichkeit behandelt.

DDR-Sozialismus und Spenden: War das vereinbar?

Bei der Erörterung der Frage, ob sich das Spenden mit den gesellschaftstheoretischen Grundlagen der DDR und ihrer Politik vertreten ließ, ergibt sich ein ambivalentes Bild. Während das duale Prinzip der damaligen bundesdeutschen Sozialpolitik von öffentlicher und privater Trägerschaft geprägt war, fand dies in der Staatsdoktrin der DDR ideell keine Akzeptanz und kam praktisch nur begrenzt zur Anwendung: Ihre Sozialpolitik war einerseits vor allem durch die Dominanz eines paternalistischen, allgegenwärtigen Staates geprägt. Andererseits beließ politisch der Herrschaftsanspruch der Sozialistischen Einheitspartei (SED), die in einem Block mit den Bündnisparteien von Christlich Demokratischer Union (CDU), Demokratischer Bauernpartei Deutschlands (DBD), Liberaldemokratischer Partei Deutschlands (LDPD) und Nationaldemokratischer Partei Deutschlands (NDPD) agierte, Raum für sogenannte Massenorganisationen, mit denen diese Parteien in einem Bündnis der „Nationalen Front“ zusammenwirkten. Die Organisationen sollten dabei quasi als Transmissionsriemen möglichst große Teile der Bevölkerung beeinflussen und helfen, sie in das gesellschaftliche System der DDR einzugliedern.

Die Massenorganisationen, zu denen unter anderem die im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) vereinigten Gewerkschaften, der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB), der Kulturbund, der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), die Kammer der Technik (KDT) oder die Volkssolidarität (VS) gehörten, deckten jeweils verschiedene gesellschaftlichen Bereiche ab: vom Sport über Kultur bis zum Sozialen. Diese nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten privaten Vereinigungen gerieten erst später stärker unter

staatlichen Einfluss und erhielten einen festen Platz in der DDR-spezifischen Organisationslandschaft (Priller 1997, S. 101). Eine fundamentale politische Ausrichtung bestimmte seitdem in enormem Maße die Arbeit dieser Organisationen.

Die wegen ihren hohen Mitgliederzahlen als Massenorganisationen bezeichneten Organisationen wiesen mehrstufige regionale Gliederungen auf: über Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen bis zu Struktureinheiten auf der Ebene von Betrieben und Einrichtungen. Insofern bestand nicht nur eine umfangreiche, sondern auch eine sehr ausdifferenzierte Organisationslandschaft, die einen festen und integrativen Teil des politischen und gesellschaftlichen Systems bildete. Gleichzeitig entwickelten gerade die Organisationen in den unteren Strukturebenen neben der Beachtung zentraler Vorgaben in ihren Leistungsangeboten vor Ort oft ein gewisses Eigenleben und selbstständige Initiativen. Zur Realisierung dieser zumeist gruppenspezifischen Aktivitäten wurden unter anderem Spenden verwendet, die die Mitglieder zuvor zusammengetragen hatten. Zur Organisationslandschaft der DDR kamen des Weiteren die verzweigten Gliederungen der Kirchen hinzu, die in ihrem Tätigkeitsspektrum staatlicherseits mehr oder weniger geduldet und gleichzeitig, zumindest seit den 1970er-Jahren, in ihrer Eigenständigkeit akzeptiert wurden. Sie finanzierten sich hauptsächlich durch selbst erhobene Kirchensteuern, Sammlungen und Kollekten.

Aber auch die Massenorganisationen der DDR beglichen ihre Ausgaben weitgehend über die Beiträge ihrer zahlreichen Mitglieder, die zumeist einkommensabhängig waren und (außer für Parteien und Gewerkschaften) häufig weit unter einer Mark pro Monat betragen. Aufgrund der hohen Mitgliederzahlen kamen trotzdem beträchtliche Summen zusammen, zumal neben den regulären Mitgliedsbeiträgen in etlichen Organisationen regelmäßig ein weiterer Solidarbeitrag als Spende üblich war. Dennoch entstandene finanzielle Defizite, sodass größere Investitionen der Organisationen zwar nicht automatisch, aber häufig vom Staat durch Entscheidungen auf höchster Ebene oder von wirtschaftlichen Trägerbetrieben vor Ort übernommen wurden. Der Staat sprang in der DDR dabei immer dann ein, wenn er es hinsichtlich seiner politischen Doktrin als zweckmäßig und notwendig erachtete.



Schlafraum im Obdachlosenasyll in der Füsilierstraße

25. November 1893 Füsilierstraße 5

1868 hatte der „Friedrich Werdersche Bezirksverein“ den „Berliner Asylverein für Obdachlose“ gegründet, um ein Haus für wohnungslose Frauen zu bauen. Dem Verein gehörten prominente Bürger wie Rudolf Virchow und Albert Borsig an (Ripp 1991). Das Asyl mit 120 Betten entstand 1870 in der ehemaligen Artilleriewerkstatt nahe dem Oranienburger Tor, im berühmten „Scheunenviertel“. Das Konzept der Einrichtung war für die damalige Zeit ungewöhnlich, heutzutage würde man von einem „niederschweligen“ Angebot sprechen: Den Hilfesuchenden wurden Unterkunft und Verpflegung sowie Waschgelegenheiten ohne Gegenleistung geboten. Sie mussten sich nicht registrieren lassen, die Betreuung erfolgte anonym und geschützt. Die Polizei sollte keinen Zutritt zum Asyl haben.

Um ihren Adressatinnen und Adressaten nahe zu sein, eröffnete die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur am 25.

November 1893, bereits ein halbes Jahr nach der Einrichtung der ersten „Auskunftsstelle“, eine Zweigstelle in dem Heim in der Füsilierstraße. Zu keiner anderen Zeit waren die Vorläuferorganisationen des DZI oder das DZI selbst an einem Ort, der topografisch näher an ihrer Klientel gewesen wäre.

Die Füsilierstraße und auch das Asyl verschwanden im Zuge der Anlage des Babelsberger Platzes, dem heutigen Rosa-Luxemburg-Platz. Das derart verkleinerte Scheunenviertel blieb allerdings bis zur Zerstörung der Bebauung im Zweiten Weltkrieg bestehen (Luisenstädtischer Bildungsverein 2009). Es war erster Anlaufpunkt für viele, vorwiegend aus Galizien zugewanderte Juden und bereits in den 1920er-Jahren Schauplatz antisemitischer Pogrome. Die Einwohner gehörten in der NS-Zeit zu den ersten Berliner Opfern der Deportationen in die Vernichtungslager. Nach 1989 bildete das Quartier um die Volksbühne für einige Zeit das Zentrum der Berliner Bohème der Nachwendzeit und zählt heute zu den begehrtesten Berliner Wohn- und Geschäftslagen.

1925

Die Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege erscheint erstmals.
Herausgebende sind Siddy Wronsky und Oskar Karstedt.

Grundsätzlich hatten Spenden in der DDR eine wichtige Funktion als Finanzierungsquelle der Massenorganisationen: für spezielle Aufgaben der eigenen Arbeit oder für über den eigenen Organisationsrahmen hinausreichende Ziele und Tätigkeiten.

Spenden in der DDR: Anfang und Veränderungen

Spenden und Spendenbeiträge waren in der DDR also durchaus üblich. Ihnen kam aber im Vergleich zur Bundesrepublik, wo sie eine andere politische und sozialpolitische Bedeutung hatten, ein völlig anderer Stellenwert zu. Obwohl den DDR-Organisationen die „Zwischenräume“ zwischen Staat und Markt fehlten, ließ es der paternalistische Staat der DDR – bewusst oder unbewusst – zu, dass die Organisationen die durch Mangel und wirtschaftliche Schwächen verursachten Lücken der staatlichen Versorgungssysteme zu schließen versuchten (Priller 1997, S. 101).

Diese Toleranz hatte im Wesentlichen historische Gründe, denn nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in der DDR die Organisationen als private Vereinigungen gegründet und hatten ein eher traditionelles Verhältnis zum Spenden. Erst im Verlauf der 1950er-Jahre entwickelten sie sich zu quasi staatlichen Einrichtungen. Vor allem in der Nachkriegszeit leistete ein Großteil der Organisationen ihre Arbeit über Spenden, weil es an anderen Finanzierungsmöglichkeiten fehlte. So erbrachte eine Spendensammlung des im Oktober 1945 ins Leben gerufenen Aktionsbündnisses „Volkssolidarität“, die von Ende 1945 bis Ende 1946 durchgeführt wurde, für die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) ein Ergebnis von über 72 Millionen Reichsmark. Die Schwerpunkte der Spendenverwendung lagen auf der Milderung von Notlagen und der Beseitigung von Kriegsfolgen (Winkler 2010). Im damaligen Land Sachsen, für das Angaben zum Verwendungszweck der Gelder aus der Sammlung vorliegen, wurden 70 Prozent der Spenden für die „Überwindung von Not und für den Wiederaufbau“ ausgegeben. Davon entfielen rund 50 Prozent auf die Unterstützung für Notleidende, Heimkehrer, Umsiedler, Ausgebombte und Fürsorgeempfänger. Der Ankauf von Lebensmitteln, Möbeln und Hausgeräten belief sich auf rund 10 Prozent; Beihilfen für Städte und Gemeinden machten mit rund 30 Prozent weitere wesentliche Verwendungspositionen aus.

In den 1950er- und 1960er-Jahren etablierte sich in der DDR ein System von rund 90 Massenorganisationen, die mit ihren Aktionsräumen die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereiche abdeckten. Die in den meisten dieser Organisationen mit Mitgliedsbeiträgen eingesammelten Spenden wurden häufig nicht nur für die eigene Tätigkeit, sondern auch für übergreifende Anlässe und Aktionen verwendet: Die Massenorganisationen nutzten Spenden vor allem, um bestimmte Aufgaben in Not- und Katastrophensituationen zu erfüllen. Die Spendenzwecke veränderten sich im Laufe der Zeit beträchtlich: Nach dem Zweiten Weltkrieg und Anfang der 1950er-Jahre wurden die Solidarität und die Spendenbereitschaft der Bevölkerung häufig in Anspruch genommen, um Hilfe in Katastrophenfällen und in Notsituationen zu gewährleisten. Spendensammlungen wie für die Oder-Flutkatastrophe von 1947, bei der 20 000 Menschen obdachlos wurden, anlässlich der Überflutung der Weißen Elster in Gera von 1954 oder später beim Oder-Winterhochwasser 1981/1982 riefen eine große Hilfsbereitschaft und Solidarität innerhalb der DDR-Bevölkerung hervor. In den 1950er-Jahren und danach nutzten die Organisationen Spendenmittel für Aufgaben, zu deren Erfüllung der Staat nicht in der Lage war oder sich nicht einsetzen wollte: Spendensammlungen wurden auch genutzt, um gravierende Probleme im sozialen Bereich zu mildern oder um keine staatlichen Ressourcen in Anspruch zu nehmen. Zusammengefasst: Obwohl es in der DDR diese Organisationen, die in der kapitalistischen Gesellschaft neben Staat und Wirtschaft als Dritter Sektor bezeichnet werden, sozialökonomisch nicht zu geben brauchte und politisch-ideologisch eigentlich auch nicht geben durfte (Ronge 1992, S. 67), erfüllte sie dort wichtige Funktionen.

Die Spendensammlungen in der DDR zeichneten sich weniger durch hohe Geldzahlungen Einzelner aus, als vielmehr durch die breite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die kleine Beträge gaben, wodurch insgesamt beträchtliche Spendenmittel zusammenkamen. Neben den Spendensammlungen der Organisationen wurden oft Sammlungen in Betrieben und Institutionen (zum Beispiel Brigaden oder Abteilungen), in Schulen, Universitäten und anderen Einrichtungen durchgeführt. Teilweise entwickelte sich dabei ein regelrechter Wettbewerb um möglichst hohe Spendenergebnisse. Beispielsweise organisierte man in

1925

Die Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Sozialberatung wird beim Archiv für Wohlfahrtspflege gegründet.

Betrieben Sonderschichten und Arbeitseinsätze, deren Vergütungen kollektiv gespendet wurden.

Die einzelnen Organisationen agierten hinsichtlich der Spendenaktivitäten durchaus unterschiedlich und entwickelten spezielle Methoden. Verbreitet war vor allem der Verkauf von Spendenmarken, die neben den Marken über gezahlte Mitgliedsbeiträge in die entsprechenden Mitgliedsdokumente eingeklebt wurden.

Das Beispiel „Volkssolidarität“

Die „Volkssolidarität“, deren Vorläufer bereits im Oktober 1945 in Dresden gegründet wurde, richtete ihre Spendensammlungen seit Mitte der 1950er-Jahre zunehmend auf die Unterstützung und Betreuung älterer Menschen. Da ab den 1970er-Jahren die Volkssolidarität unter dem Motto „Tätigsein – Geselligkeit – Fürsorge“ arbeitete, gehörten zu ihren Tätigkeiten u.a. die Instandhaltung von Wohnungen und die Nachbarschaftshilfe für ältere und hilfsbedürftige Personen. Ihr Schwerpunkt lag jedoch auf der Arbeit in Treffpunkten und Klubs, in denen sie es sich zur Aufgabe machte, das geistig-kulturelle Leben von Senioren zu fördern.

Für all diese Aufgaben wurden auch Spendenmittel eingesetzt. Um diese zusammenzubekommen, setzte die Volkssolidarität auf ein spezielles Fundraising: Neben den Beiträgen der Mitglieder wurden Spendenmarken und -karten, Lotterien sowie Listensammlungen als Einnahmequellen genutzt. Legendär sind die jährlichen Haustürsammlungen, die von der Volkssolidarität bis in die heutige Zeit in den neuen Bundesländern erfolgreich praktiziert werden. Ehrenamtliche Mitglieder der Organisation gehen dabei mit entsprechenden Listen von Haustür zu Haustür. Mit den Einnahmen wurde in der DDR vor allem die Tätigkeit der Veteranenklubs der Volkssolidarität unterstützt. 50 Prozent der gesammelten Gelder verblieben bei den jeweiligen Gruppen und konnten für deren Zwecke eingesetzt werden. Die Listensammlungen, an denen sich nicht nur die Mitglieder beteiligten, waren und sind bis in die Gegenwart eine wichtige Finanzierungsquelle des Verbands und überstiegen in der DDR durch die Spenden von Nichtmitgliedern sogar die Höhe der Jahresmitgliedsbeiträge.

In den 1980er-Jahren setzten sich nach Angaben des Bundesverbandes der Volkssolidarität die jährlichen Einnahmen aus Spenden wie folgt zusammen:

- ▶ Einnahmen aus Listensammlungen: rund 20 Millionen Mark der DDR;
- ▶ Einnahmen aus dem Verkauf von Sondermarken: rund 4,5 Millionen
- ▶ Einnahmen aus Spenden und Lotterien: rund 19,5 Millionen Mark.

Die jährlichen Einnahmen aus Spenden beliefen sich damit auf insgesamt rund 44 Millionen Mark der DDR. Dem standen beispielsweise 1988 rund 280 Millionen Mark an Ausgaben für die soziale und kulturelle Betreuung von Senioren gegenüber (Steiner 2006, S. 269 f.), wovon rund 16 Prozent durch Spenden aufgebracht wurden.

Nach 1990 gingen die Mitgliederzahlen der Volkssolidarität und damit das Spendenaufkommen stark zurück. 2011 betrug der Umfang der Mittel, die dem Verband aus Spenden, Listensammlungen und Lotterien zufließen, insgesamt noch rund 3,2 Millionen Euro. Das entsprach einem Anteil an den Gesamteinnahmen (Mitgliedsbeiträge, Zuwendungen, Spenden; ohne Einnahmen aus den wirtschaftlichen Ergebnissen der Dienstleistungsbereiche) von rund 30 Prozent (Winkler 2010).

Spenden für Großveranstaltungen

Weitere Spendenanlässe waren Großveranstaltungen wie die Turn- und Sportfeste mit ihren zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die seit 1954 stattfanden. Die mehrere Tage dauernden sportlichen Ereignisse, die zugleich als propagandistische Plattform und Polit-Bühne genutzt wurden, errangen national und international starke Beachtung. Ab 1969 besuchten neben IOC-Präsidenten internationale Repräsentanten aus dem sozialistischen und dem kapitalistischen Ausland die Turn- und Sportfeste in Leipzig. Zu ihrer Finanzierung riefen nicht nur die Sportorganisationen, sondern auch andere Massenorganisationen zu Spenden auf.

Spezielle Spendenaktionen führte man darüber hinaus im Rahmen bedeutender Feste und Veranstaltungen durch. Das Pressefest des „Neuen Deutschland“ (kurz ND-Pressefest genannt) war über drei

1925

In den Niederlanden wird das Centraal Bureau Fondsenwerving (CBF) als unabhängige Spendenauskunftsstelle gegründet.

Jahrzehnte lang das größte Volksfest in Ost-Berlin und wurde vom publizistischen „Zentralorgan der SED“ ausgerichtet. Als Mischung aus Volksfest und politischer Kundgebung konnten unter der Devise von internationaler Solidarität von Journalisten, Künstlern und weiteren Initiatoren kostenlos bereitgestellte Werke, Reisemitbringsel oder sonstige begehrte Artikel erworben oder ersteigert werden. Pressefeste, die von den Regionalzeitungen organisiert wurden und in den Bezirkshauptstädten oder in anderen Orten stattfanden, erwiesen sich hinsichtlich Spendensammlungen ebenfalls als großer Erfolg. Allein in Berlin kamen jährlich rund 300 000 Menschen zu den mehr als 200 Veranstaltungen auf 30 verschiedenen Plätzen zusammen. Bis zu 400 000 Mark der DDR konnten die Veranstalter dabei als Spenden verbuchen (Daberstiel 2015, S.12).

Spenden als Ausdruck internationaler Solidarität und zur Gewinnung internationaler Anerkennung

Die Spendenthematik war in der DDR stets eng mit dem Grundgedanken der Solidarität verbunden. Als wichtiger historischer Kampfbegriff der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften fand die Idee der Solidarität sogar einen Platz in der Verfassung der DDR (1968, S. 11) und umfasste in ihrer äußeren Komponente die internationale Solidarität. Diese wiederum unterlag stark der Systemauseinandersetzung, was sich besonders in der Konkurrenz auf dem Gebiet der materiellen Solidarität im internationalen Raum äußerte (Sachse 2001, S. 371). Im Kontext der Bemühungen um die internationale Anerkennung der DDR boten Solidarleistungen in Form von Spenden außenpolitisch zum einen die Möglichkeit, zunächst auf die Existenz der DDR aufmerksam zu machen, und zum anderen die Chance, internationale Akzeptanz und Wertschätzung zu erfahren. Schwerpunkte der Aktivitäten betrafen damals in erster Linie Länder der sogenannten Dritten Welt – und dabei vor allem solche Länder, die um ihre nationale Unabhängigkeit rangen oder einen antikapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen hatten, so beispielsweise Vietnam, Laos, Kambodscha, Angola, Mosambik, Äthiopien, Kuba, Chile oder Nicaragua.

Eine nicht unbedeutende Rolle spielte dabei die Tatsache, dass Spendensammlungen volkswirtschaftlich gesehen eine wichtige Res-

source darstellten, um den Staat bei der Finanzierung sozialer und kultureller Aufgaben im In- und Ausland zumindest teilweise zu entlasten. Denn es ging bei den Spendenaktivitäten zumeist um die Bereitstellung zusätzlicher Mittel. Allerdings war es damit in einem System der Plan- und damit Mangelwirtschaft nicht getan. So bedeutete die Bereitstellung materieller Spenden für den internationalen Raum häufig einen Verzicht auf Mittel für die eigene Wirtschaft, für die Versorgung der eigenen Bevölkerung oder für beide Bereiche. Insofern erforderten Spendenaktivitäten unter den Bedingungen von Planwirtschaft und Mangel stets eine gewisse Ausbilanzierung mit den zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen. Die erzielten Erträge aus Sonder-schichten und Arbeitseinsätzen waren deshalb ein wichtiges Instrument, um eine Absicherung der Umsetzung und Realisierung von Spendenaktionen zu gewährleisten.

Aus organisatorischen Gründen, der besseren Planbarkeit wegen und zur Erhöhung der Wirksamkeit des Einsatzes von Spendenmitteln im internationalen Kontext wurde 1973 aus den zunächst sporadisch agierenden aktionsbezogenen und auf einzelne Länder beschränkten Solidaritätskomitees das „Solidaritätskomitee der DDR“ geschaffen (Präsidium des Solidaritätskomitees der DDR 1974). Die Aufgabe zur Mobilisierung der Spendenbereitschaft für internationale Zwecke lag aber weiterhin bei den Massenorganisationen, die sich zur Unterstützung des Solidaritätskomitees verpflichteten und in einem gemeinsamen Rat an Entscheidungen über zu fördernde Projekte beteiligt waren. Darüber hinaus unterhielten die einzelnen Organisationen weiterhin eigene Kontakte und Kooperationen mit ihren internationalen Partnerorganisationen, wofür ebenfalls ein Teil der Spendenmittel eingesetzt wurde. Das Solidaritätskomitee der DDR hingegen war für Abstimmung, Bündelung sowie Zentralisierung der Aktivitäten und Mittel verantwortlich. Formal war es zwar unabhängig, unterstand aber der direkten Kontrolle des Zentralkomitees der SED. Seit seiner Gründung stieg das Volumen des Spendenaufkommens beträchtlich an: In den Jahren 1950 bis 1957 wurden Solidaritätsleistungen aus Spendengeldern in Höhe von insgesamt 60 Millionen Mark erbracht (Sachse 2001, S. 373). Für 1960 belaufen sich allein die Spenden im Rahmen der Solidaritätskomitees auf rund 2,3 Millionen Mark, von

denen 1,5 Millionen Mark wiederum der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) beisteuerte, der aufgrund der Spenden seiner Mitglieder für das Spendenaufkommen insgesamt eine besondere Rolle spielte. Im Jahr 1975 stieg die Gesamtsumme der Spendengelder des Solidaritätskomitees auf 158,4 Millionen Mark (Anteil des FDGB: 95 Millionen Mark), 1985 auf 212 Millionen Mark (Anteil des FDGB: 100 Millionen Mark) und erreichte 1988 mit 254,4 Millionen Mark (Anteil des FDGB: 80 Millionen Mark) den höchsten Wert (Schleicher 1999, S. 80).

Die Verwendung von Spenden im internationalen Kontext konzentrierte sich auf deren Einsatz bei Natur- und Hungerkatastrophen, Notständen in der medizinischen Versorgung, Engpässen in der Versorgung oder auf Hilfeleistungen für die Zivilbevölkerung bei militärischen Auseinandersetzungen sowie auf die Einrichtung von Kindergärten, Schulen, Universitäten und Krankenhäusern. Umfangreiche Mittel wurden außerdem für die berufliche Ausbildung und das Studium von jungen Menschen an Hochschulen und Universitäten bereitgestellt (Sachse 2001, S. 374). Diese immateriellen Leistungen aus Spendengeldern hatten nicht zuletzt den Vorteil, dass sie nicht mit den materiellen Seiten der Planwirtschaft in Konflikt gerieten und somit keine Versorgungsengpässe in der DDR entstehen ließen.

Aus dem Solidaritätskomitee entstand Mitte 1990 der „Solidaritätsdienst International“, der seitdem als eingetragener Verein agiert. Zum Zeitpunkt der Währungsunion am 1. Juli 1990 verfügte der Verein über ein Vermögen von 54,6 Millionen DM, das jedoch von der Treuhand 1992 eingefroren wurde. Nach zähen Verhandlungen wurden davon 33 Millionen DM für die Gründung der „Stiftung Nord-Süd-Brücken“ verwendet. Heute ist der „Solidaritätsdienst International e.V.“ eine Spenden sammelnde Organisation, die das DZI Spenden-Siegel trägt.

Wirksam organisiert, stark eingebunden – und dennoch Freiräume

Hinsichtlich des Spendens funktionierte in der DDR vieles wie auch in anderen Bereichen: programmatisch zentralisiert und gleichzeitig prozessual über Gespräche und Verhandlungen, oft mit Zwischenräumen und zum Teil außerhalb staatlicher Vorgaben und Regelungen.



Unter den
Linden 16

November 1899 bis März 1911 Unter den Linden 16

1896 hatte die DGEK das erste „Graubuch“ unter dem Titel „Die Wohlfahrtseinrichtungen Berlins“ herausgegeben. Spätestens mit der Arbeit an diesem „Führer durch das Soziale Berlin“, der in 17 Auflagen bis 1996 erscheinen sollte, geriet die Auskunftsstelle an die Grenzen ihrer Möglichkeiten und benötigte mehr Platz. Im November 1899 konnten größere Räume im Quergebäude des Hauses Unter den Linden 16 bezogen werden. Die neuen Büros boten Platz für 22 Angestellte und zwölf Beamte. Von hier aus wurden 1906 auch die Gründung des Trägervereins der Auskunftsstelle und die Umbenennung in „Zentrale für private Fürsorge e.V.“ vollzogen. Der Verein konzentrierte sich auf die Zusammenstellung von Informationen über die Berliner Wohlfahrtseinrichtungen in sogenannten Sammelmappen. Auskunftssuchenden – dies waren neben den Hilfebedürftigen in zunehmender Zahl auch ehren- und hauptamtlich Helfende anderer sozialer Einrichtungen – sollte ein

möglichst authentisches Bild der Hilfsorganisationen vermittelt werden. Im Arbeitsbericht für das Jahr 1906 wurden erstmals auch Auskünfte über Spendensammlungen erwähnt.

Die Straßenkreuzung Unter den Linden/Friedrichstraße ist bis heute eine der prominentesten Adressen Berlins. Hier hatten das Café Bauer, das Café Kranzler und das in der Zeit der DDR beliebte Lindencorso ihre Standorte. Die vormals als Parkplatz vor dem Interhotel Unter den Linden genutzte Freifläche mit der Hausnummer 16 ist seit 2008 mit einem Büro- und Geschäftshaus der Architekten von Gerkan, Marg und Partner bebaut.

1928

In Paris wird die erste internationale Konferenz für Soziale Arbeit abgehalten.

Das Spendenwesen in der DDR fand hauptsächlich organisationsgebunden statt – alles lief über die als gesellschaftliche Organisationen oder Massenorganisationen bezeichneten Institutionen, die Spendensammlungen initiierten, organisierten und durchführten. Diese Organisationen waren außerdem für die Verwendung der Spenden und ihre ordnungsgemäße Abrechnung zuständig.

Gleichzeitig aber existierten einige Trägerorganisationen wie Caritas, Diakonie oder Innere Mission, die Spenden sammelten, um sie für eigene Tätigkeiten und Zwecke zu verwenden. Diese Aktivitäten wurden seitens des Staates toleriert, selbst wenn sie keine echten Partner der DDR-Gesundheit- und Fürsorgepolitik waren, aber ganz im Sinne des Systems nützliche Funktionen erfüllten (Kaiser 2006, S. 26). Daher war durchaus eine gewisse Eigeninitiative möglich: So nutzte der Pfarrer Günther Otto als Leiter der Aktion „Brot für die Welt“ den direkten Kontakt zu Kombinat als große Wirtschaftseinheiten, um für Hilfsgüter für Projekte im internationalen Raum zu werben. Obwohl die Beschaffung von solchen Hilfsgütern normalerweise nur über die Plankommission und das Ministerium für Materialwirtschaft möglich war, erhielt Otto zum Beispiel von den Werkstätten Hellerau die Innenausstattung für ein Altenheim in Griechenland und von anderen Kombinat Zelte, Decken und Krankenausstattungen, die teilweise aus Sonderproduktionen dieser Betriebe stammten (Daberstiel 2015, S. 16).

Eine andere private Aktion zur Spendensammlung wurde von Umweltgruppen durchgeführt. Nachdem Unterschriftenaktionen als Protest gegen Belastungen der Umwelt verboten worden waren, starteten Aktivisten des „Christlichen Umweltseminars Rötha“ (CUR) ab Juni 1988 mit einer Listensammlung die Aktion „Eine Mark für Espenhain – Ein Protest bekommt Flügel“, mit der sie jeweils eine Mark sammelten und sich dies quittieren ließen. Insofern kombinierten sie die Möglichkeit der Listensammlung mit der verbotenen Unterschriftenaktion. Espenhain im Süden von Leipzig war durch Braunkohleabbau und als Chemiestandort umweltmäßig stark belastet. Die Spendensumme sollte der Betriebsleitung im Braunkohlenwerk Espenhain übergeben werden und der Reduzierung der Umweltbelastungen dienen. Bis März 1989 kamen hierfür 13 000 Mark der DDR zusammen; insge-

samt wurden 100 000 Mark für Espenhain gesammelt. Das Werk wurde nach der Wende im August 1990 geschlossen. Die nach der Währungsunion verbliebenen 75 000 DM bildeten den Grundstock für die „Zukunftsstiftung Südraum Leipzig“ (Daberstiel 2015, S. 16).

Nachwirkungen und Perspektive: Was blieb und was wirkt weiter

Spenden in der DDR erfüllten auf mehreren Ebenen unterschiedliche Funktionen: Mit ihnen konnten gesamtgesellschaftlich systemstabilisierende Aufgaben übernommen sowie reichlich vorhandene Lücken in sozialen, kulturellen und anderen Bereichen geschlossen werden. Für die Menschen in der DDR waren sie Ausdruck von Hilfsbereitschaft und Zeichen von Solidarität, und zwar sowohl nach innen als auch im internationalen Kontext. Darüber hinaus konnten Spenden einen nicht staatlich kontrollierten, ideologisch unabhängig ausgerichteten und somit freien Bereich unterstützen.

Neben der weitgehend zentralen Steuerung seitens des Staates und der besonderen Rolle der gleichgeschalteten Organisationen gehörten das Spenden und Spendenaktionen zum Alltag der DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Gespendet wurde nicht nur unter Druck, sondern auch aus einem Gefühl von Güte, Barmherzigkeit, Solidarität und Verbundenheit mit Notleidenden und Hilfebedürftigen. Die Spendenthematik in der DDR erscheint damit nicht als starr und monolithisch, sie bildet vielmehr ein breites Spektrum und einen Prozess ab, die im Laufe der Existenz der DDR zahlreiche Veränderungen, Wandlungen und Entwicklungen erfahren haben.

Nach der deutschen Wiedervereinigung ging die Spendenbereitschaft in den neuen Bundesländern zurück und ist bis heute noch immer geringer als in den alten Bundesländern. Dies ist auf zwei wesentliche Faktoren zurückzuführen: Nach wie vor bewegen sich die Einkommen in Ostdeutschland auf vergleichsweise niedrigem Niveau, so dass die wirtschaftliche Situation der Menschen dort durchschnittlich noch immer schwächer ist als in den alten Bundesländern. Eine weitere nicht zu unterschätzende Rolle spielen die Spendererfahrungen in der DDR sowie die Auswirkungen der Umbruchsituation,

die zu einer gewissen Zurückhaltung ehemaliger DDR-Bürgerinnen und -Bürger beim Spenden führen. Durch die Auflösung der meisten Massenorganisationen der DDR sind zahlreiche Mitgliederbindungen verlorengegangen und keine neuen in vergleichbarem Umfang entstanden, zum Beispiel als Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, die in Ostdeutschland weiterhin gering ausfällt, die aber allgemein die Spendenbereitschaft befördert. Auch ist vielfach aufgrund von unerfreulichen Erfahrungen das Vertrauen mancher Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR in die noch verbliebenen oder neu entstandenen Organisationen nur eingeschränkt vorhanden, was die Spendenbereitschaft ebenfalls einschränkt. Und nicht zuletzt haben für sie Werte wie Gemeinschaft, Hilfsbereitschaft und Solidarität an Stellenwert eingebüßt.

IV Katholische Spendenpraxis in der DDR

Interview mit Hellmut Puschmann

Hellmut Puschmann ist katholischer Geistlicher und war in der DDR wie auch dem wiedervereinigten Deutschland in einer Vielzahl verantwortlicher Positionen im Bereich der Kirche und der Wohlfahrtspflege tätig. Dabei ist er oft auch mit der Planung und Durchführung katholischer Spendensammlungen betraut gewesen; so ab 1972 als Caritasdirektor in der Diözese Meißen (ab 1980: Bistum Dresden-Meißen). Seit 1982 oblag ihm als Leiter der Zentralstelle Berlin des Deutschen Caritasverbands zugleich die Geschäftsführung des bischöflichen Werkes „Not in der Welt“, das in der DDR das Pendant zum Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR e.V. in der Bundesrepublik Deutschland war. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands stand Hellmut Puschmann von 1991 bis 2003 als Präsident an der Spitze des Deutschen Caritasverbands e.V. mit Sitz in Freiburg und war seit 1993 auch Vorsitzender des Verwaltungsrates und des Stiftungsrates von Renovabis, der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa.

In dem am 12. September 2018 geführten Gespräch mit Burkhard Wilke, Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter des DZI, berichtet Prälat Hellmut Puschmann über die Entwicklung und die Besonderheiten von Spendensammlungen, die die katholische Kirche in der DDR unter ihren rund eine Million Mitgliedern durchführte.

Burkhard Wilke Herr Prälat Puschmann, wir sind sehr froh, dass Sie sich bereit erklärt haben, den Leserinnen und Lesern unserer Anthologie „125 Jahre DZI“ authentische Eindrücke und Fakten aus der Geschichte der katholischen Spendensammlungen in der DDR zu vermitteln. Damit ergänzen Sie, quasi mit anderen Mitteln, den Artikel von Dr. Eckhard Priller, der die staatlicherseits initiierten und organisierten Spendenaktionen analysiert. Werden Sie sich dabei ausschließlich auf die katholischen Spendensammlungen beziehen oder möglicherweise auch von der evangelischen Seite berichten?

1932

Das International Permanent Secretariat of Social Workers (IPSSW) wird in Berlin gegründet.

Hellmut Puschmann Das wird schon eine ziemlich katholische Angelegenheit bleiben müssen, weil es praktisch keine Veröffentlichungen gibt, die die Entwicklungen des protestantischen Sektors zeigen. Die einzige Dokumentation, der wir gemeinsam Auskunft gegeben haben, entstand zwischen 1992 und 1994 im Rahmen der Enquête-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Sie ist in der sehr informativen roten Taschenbuchreihe des Suhrkamp-Verlags veröffentlicht, die einen ganzen Band den Entwicklungen im kirchlichen Bereich widmet.

Burkhard Wilke Welche wesentlichen Formen der Spendenpraxis gab es in der katholischen Kirche in der DDR?

Hellmut Puschmann Da möchte ich zum besseren Verständnis zunächst den Hintergrund beleuchten, vor dem sich dann ab 1949 katholische Spendensammlungen in der DDR ergeben haben. Katholische Kirche in der DDR war ja immer eine Diaspora-Kirche. Sie war nur wenig institutionell ausgebaut und hatte vor allem in der ersten Zeit nur wenige eigene Einrichtungen wie etwa Kinderheime oder Altersheime. Schon der Aufbau etwa der Diözese Meißen nach ihrer Wiedererrichtung 1921 konnte nicht aus eigenen Mitteln erfolgen, sondern durch Spenden und zum Teil auch Kredite aus dem Ausland. Es gab also schon vor der Gründung der DDR eine große finanzielle Schwäche in der Eigenleistung und das Angewiesensein auf Hilfen aus dem Ausland. Das ist das eine Charakteristikum des Spendenthemas der katholischen Kirche in der DDR: Es wurden dort nicht nur Spenden selbst aufgebracht, sondern sie war mit ihren Strukturen auch ihrerseits auf Spenden aus dem Ausland angewiesen. Hier sind unsere Bischöfe zum Teil zu regelrechten „Bettelpredigten“ im Ausland unterwegs gewesen.

Burkhard Wilke Und wie ging es denn dann nach Gründung der DDR vor diesem geschichtlichen Hintergrund weiter?

Hellmut Puschmann Nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes kamen ja ganze Gemeinden und Einrichtungen, zum Beispiel Altersheime, mit den Flüchtlingstrecks in unseren Pfarrgemeinden an und brauchten Hilfe. Da wurde die Kirche auf einmal nicht nur zahlenmäßig, sondern auch institutionenmäßig größer und musste wieder

anfangen zu betteln und zu sagen „Leute, helft uns!“ Und dann war auch die Frage: Was haben die Gemeinden zu geben? Sie können Spendenkollekten ausrufen, sie können von ihren Diözesen aufgefordert werden – wenn jemand etwas zu vererben hat: Denkt an die Kirche. Bis hin, dass Naturalien gesammelt wurden, die an die verschiedensten Einrichtungen, vom Kindergarten bis zum Krankenhaus, weitergegeben werden konnten. Da entwickelte sich zweifellos auch eine große Nähe zwischen den Einrichtungen und den Gemeinden. Das Ganze beruhte auch darauf, dass die Einrichtungen weitestgehend auf Ordensschwestern aufbauten, die „für ‘n Appel und ‘n Ei“ arbeiteten. So ging es bis Mitte der 1960er-Jahre recht und schlecht auf Basis eigener Spenden, die aus den Gemeinden in der DDR kamen, verstärkt natürlich durch diözesane Kollekten.

Mit steigenden Kosten der Einrichtungen wurde es dann schwieriger, das aus den herkömmlichen Spenden aus den Gemeinden zu finanzieren. Wir haben deshalb versucht, etwas einzurichten, was eigentlich staatlicherseits nicht sein durfte, nämlich Mitgliedschaften zugunsten der Caritas. Wir nannten das „Caritas-Opfer“, also quasi Dauerspenden der Gläubigen, für die wir sogar entsprechende Karten drucken ließen, so dass man sich auf der Basis von Selbstverpflichtungen zu regelmäßigen Spenden verpflichten konnte. Das ist aber nie wirklich richtig zum Zuge gekommen. Im Bistum Dresden-Meißen kamen da jährlich 30 000 bis 40 000 DDR-Mark zusammen. Besser als nichts, aber nicht das, was wir eigentlich gebraucht hätten.

Burkhard Wilke Das heißt, diese Art von „Fördermitgliedschaft“ war also möglich, obwohl der Staat die eigentliche Bildung von nicht-staatlichen Mitgliederorganisationen nicht duldete.

Hellmut Puschmann Unsere Erfahrungen mit den Kommunisten waren ja ganz merkwürdig. Entgegen aller schlimmen Befürchtungen wurden nach dem Ende der Nazi-Herrschaft die Kirchen im sozialen Bereich verhältnismäßig vernünftig behandelt. Man sah nämlich in den Kirchen auch Verfolgte. Die Russen haben dafür gesorgt, dass bestimmte Funktionen im Sozialbereich auch von den Kirchen, wenn bestimmte Voraussetzungen da waren, erfüllt werden konnten. Auch von Seiten der SED-Regierung wurden die Kirchen in den ersten Jahren

in kommunale Gremien einbezogen. Da hieß es: „Wir brauchen jede Hand. Aber wir müssen die Macht behalten.“ Das änderte sich später aber, je mehr der Machtkampf der SED gegen die bürgerlichen Parteien geführt wurde; dann wollte man eben auch die klare Trennung von Staat und Kirche und dokumentieren: „Ihr könnt Eure Spielwiese behalten, aber nicht im großen Topf mitmischen.“

Burkhard Wilke Lassen Sie mich noch einmal kurz zum Thema der Erbschaften zurückkommen, das Sie vorhin ansprachen. Das heißt, Kirchengemeinden und Diözesen konnten in der DDR tatsächlich Erbschaften entgegennehmen und in ihr Eigentum übertragen?

Hellmut Puschmann Das ist eine wichtige Frage, weil die Situation sich im Laufe der Jahre sehr verändert hat. Am Anfang: ja. Aber sehr bald, in den 1950er-Jahren schon, gab es Geheimerlasse, die nie in der Gesetzgebung irgendwo aufgetaucht sind, dass die Kirchen keine Immobilien erwerben durften. Man hat also verhindern wollen, von der Ideologie her natürlich nachvollziehbar, dass die kirchlichen Großgrundbesitzer wieder eine Rolle spielen würden. Also: Geld ja, Immobilien nein. Und da gab es im Laufe der Zeit all die Umwege, dass sich etwa Privatpersonen fanden, die ihren Kopf hinhielten – Pfarrer zum Beispiel. Oder dass man mit Tauschvarianten einen Weg suchte, in den 1970er- und 1980er-Jahren vor allem, als alles etwas vernünftiger wurde. Wenn also zum Beispiel der Staat irgendeine Fläche für eine Straße oder Talsperre brauchte und den Krach vermeiden wollte, der mit einer Zwangsmaßnahme verbunden gewesen wäre, dann zeigte er Bereitschaft, im Gegenzug zuzulassen, dass kirchliche Einrichtungen ererbte Immobilien im entsprechenden Gegenwert in ihr Eigentum überführen konnten.

Burkhard Wilke Wenn die Spendensammlungen der Katholiken in der DDR zu wesentlichen Teilen auf den Bedarf der eigenen Strukturen und Einrichtungen gerichtet waren, stellt sich die Frage: Wurde denn auch für Zwecke im Ausland gespendet?

Hellmut Puschmann Das war ein ganz heißes Thema. 1958 wurde im Westen das Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR gegründet und danach brachte das II. Vatikanische Konzil eine Ausweitung der Verantwortung der Kirchen für die Gesellschaft und das Gemeinwohl. Des-

halb musste irgendwie auch bei uns im Osten etwas passieren. Hinzu kam, dass die evangelische Kirche eher als wir angefangen hatte, die Spendenaktion „Brot für die Welt“ auch in der DDR auf irgendeine Weise auf die Beine zu bringen und merkte, das ging ganz, ganz schwer. Die DDR wollte nicht, dass die Kirchen etwas Eigenes nach außen sichtbar machen. Deshalb musste die evangelische Kirche in der ersten Zeit ihre Spendeneinnahmen für „Brot für die Welt“ an das Rote Kreuz der DDR geben und die haben das als „Solidaritätsspende“ über das Internationale Rote Kreuz verteilt, und die haben immer verheimlicht, dass große Teile dieser Gesamthilfe von der evangelischen Kirche stammten.

Bei uns sah es so aus, dass 1967/68 über unsere kirchenpolitischen Kontakte Sondierungsversuche unternommen wurden, die gar nicht so schlecht ausgingen. Das führte dann dazu, dass die katholische Kirche in der DDR 1970 die Spendenaktion „Not in der Welt“ starten durfte. Sie bestand praktisch aus einer Kollekte am 1. Advent, in der ganzen DDR mit einem gemeinsamen Aufruf der Bischöfe. Dieses Werk hatte einen Bischof als Vorsitzenden, den Magdeburger Bischof Johannes Braun, und einen Geschäftsführer, das war zunächst Prälat Otto Groß, dann Prälat Roland Steinke und dann ich. Wir haben gegenüber dem Staat immer gesagt – das hatte Groß hervorragend verhandeln können – dass wir so etwas brauchen für das Ansehen der DDR nach außen. Da müsse etwas passieren, sonst werde die DDR weltkirchlich immer eine Leerstelle bleiben. Solche Argumente haben bei der Regierung immer „gezogen“. Wir haben letztlich auch erreichen können, dass wir die Mittel innerhalb der weltweiten katholischen Strukturen eigenständig weitergeben durften. Die Bedingungen, die der Staat uns dafür auferlegte, waren: Wir durften zum einen nur Ortskirchen in Ländern unterstützen, die mit der DDR nicht gerade im absoluten „Cliché“ lagen. Da waren vor allem afrikanische Länder geeignet, während die Militärdiktaturen in Lateinamerika nicht in Frage kamen. Das Zweite war, der Transport musste über staatliche Transportorganisationen der DDR abgewickelt werden, damit wir kein West-Geld dafür brauchten, denn wir konnten ja nur mit dem Geld arbeiten, das wir in der DDR gesammelt hatten, und die wollten auch nicht, dass wir das mit dem Westen kombinieren.

1933

Siddy Wronsky wird vertrieben und emigriert nach Palästina. Ihre Stellvertreterin Sofie Quast folgt ihr als Leiterin des Archivs nach.

Burkhard Wilke Das heißt, mit den Geldspenden in DDR-Mark wurden in der DDR Sachgüter gekauft und die wurden dann in die Empfängerländer gebracht?

Hellmut Puschmann Genau. Das war der dritte Punkt: Dadurch, dass die DDR-Mark nicht konvertibel war, mussten es Sachgüter sein, die aber – Stichwort: Mangelwirtschaft – die DDR auch tatsächlich entbehren konnte. Da gab es den schönen Begriff der „Überplanbestände“. Wir haben das natürlich redlich weit ausgelegt – durch die Beziehungen, die wir aufgebaut hatten. Es gab nämlich genug Betriebe in der DDR, die bereit waren, die Produktion so zu steuern, dass da etwas für uns abfiel. Hier mal ein Beispiel, das mich selber „von den Socken gehauen“ hat: Wir hatten in Berlin-Pankow ein Hilfsgüterlager, machten Inventur und stellten einen erheblichen Überschuss fest. Das überprüften wir und stellten schließlich fest, dass er wie folgt entstanden war: In der Textilwirtschaft waren staatlicherseits die Normziele von Tonnen auf Quadratmeter umgestellt worden. Da die Betriebe sich auf diese neue Methode erst einmal einstellen mussten und möglichst genau bei den Vorgaben bleiben wollten, gaben sie die entstandenen, teilweise beträchtlichen Überproduktionen stillschweigend über ihre Fahrer an unser Hilfsgüterlager ab. Denn andernfalls hätte eine solche Überproduktion dazu geführt, dass ihnen die staatlichen Stellen die zu leistende Norm für das nächste Jahr entsprechend erhöht hätten.

Burkhard Wilke Wie entwickelten sich denn die Spendeneinnahmen bei „Not in der Welt“?

Hellmut Puschmann Das steigerte sich über die Jahre kontinuierlich, und Ende der 1980er-Jahre lagen wir so bei jährlich acht Millionen DDR-Mark.

Burkhard Wilke Lässt sich sagen, in welchem Verhältnis das zu den übrigen Spenden stand, die auf katholischer Seite in der DDR gesammelt wurden?

Hellmut Puschmann Ich weiß keine Quelle, bei der man das einmal zusammengestellt hätte. Da gab es ja auch eine gewisse Eifersucht zwischen den Bistümern hinsichtlich ihrer jeweiligen Finanzen, so dass die Karten nicht offen auf den Tisch gelegt wurden.



Ein Haus in unmittelbarer Nachbarschaft der Flottwellstraße 4

senden Bedeutung der Wohlfahrtseinrichtungen im Ersten Weltkrieg aus der „Zentrale“ hervorgegangen. „Eine wesentliche wirtschaftliche Erleichterung erfuhr das Archiv auch dadurch, dass die ‚Zentrale für private Fürsorge‘ ihm fünf Räume fast unentgeltlich zur Verfügung stellt und auf diese Weise keine Mietkosten verursacht, und durch die Bürogemeinschaft mit verschiedenen Wohlfahrtsbetrieben eine wesentliche Ersparnis an Verwaltungskosten ermöglicht wird“ (Archiv für Wohlfahrtspflege 1924, S. 22).

1911 bis Juni 1930 Flottwellstraße 4

Unter Mitwirkung der Zentrale für private Fürsorge wurde die Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft (erstmalig 1918 erwähnt) gegründet und so kam es fast zwangsläufig zur Gründung einer engen Büro- und Arbeitsgemeinschaft beider Organisationen im Haus Flottwellstraße 4. Die Geschäftsleitung lag in den Händen der Zentrale für private Fürsorge (Archiv für Wohlfahrtspflege 1924, S. 2-3). Im zitierten Arbeitsbericht wird erstmals auch das „Archiv für Wohlfahrtspflege“ genannt, das bis zur Umbenennung in „Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen“ diesen Namen tragen sollte. Die Umbenennung erfolgte nach einem Beschluss des Vorstands am 12. Oktober 1964 (Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen 1968, S. 19). Das „Archiv“ war im Zuge der wach-

Das Areal neben der weitläufigen Schöneberger Wiese liegt nahe dem Landwehrkanal und gehörte bis zu dessen Stilllegung im Zuge der Teilung Berlins zum Potsdamer Güterbahnhof. Nur wenige Gebäude, die Anfang des 20. Jahrhunderts am südlichen Ufer des Kanals standen, blieben von den Bombardements des Zweiten Weltkriegs verschont, die verbliebenen Reste des Bahnhofs wurden allerdings erst 2013 abgetragen. Nach der erneuten Bebauung des nördlich gelegenen Areals um den Potsdamer Platz wurde in den vergangenen Jahren auch die Schöneberger Seite von Immobilienunternehmen erschlossen und mit teuren Wohnhäusern, sogenannten Stadtwillen, bebaut.

1934

In der Schweiz wird die Zentralstelle für Wohlfahrtsorganisationen (ZEWÖ) als Spendenauskunftsstelle gegründet.

Burkhard Wilke Das ist ja auch heute noch so, dass die meisten Bistümer bei ihren Finanzen in Punkto Transparenz im Vergleich zu den kirchlichen Hilfswerken unterentwickelt sind ...

Hellmut Puschmann ... dabei muss man ja auch sagen: Die alte kirchliche Finanztradition geht ja immer von selbstständigen Körperschaften aus: Pfarreien, Stiftungen – die werden also „einen Teufel tun“, den anderen auf die Nase zu binden, was ihre „Weinstöcke“ so einbringen.

Burkhard Wilke Das heißt, auch die einzelnen Pfarrgemeinden waren autonom, was die Finanzen angeht?

Hellmut Puschmann Ja, nur bedingt. Das hat man im Laufe der Jahre zunehmend zentralisiert, weil man eine Steuerung brauchte, auch wegen der Gehälter. Wir haben ja das Stichwort Kirchensteuer noch nicht genannt. In der DDR wurde schon kurz nach deren Gründung der in Deutschland seit Langem praktizierte staatliche Einzug der Kirchensteuer gestoppt. Das mussten die Bistümer dann selbst übernehmen und waren hinsichtlich der jeweiligen Gehälter auf freiwillige Eigenangaben der Gläubigen angewiesen. Deshalb wurde immer ein Teil der Kollekten in den Gemeinden zentral angeordnet, damit auch die übergeordneten Strukturen, zum Beispiel in der Caritas, Finanzmittel erhalten konnten. Bei solchen Kollekten – drei bis vier Mal im Jahr – wurde dann die Hälfte der Kollekte an die Diözesancaritas weitergeleitet, und die andere Hälfte konnten die einzelnen Pfarreien für ihre karitativen Aufgaben verwenden.

Burkhard Wilke Vielen Dank, Herr Prälat Puschmann, für dieses spannende Gespräch.

V Die Spenderberatung des DZI

Geschichte und Methoden
Tanja Ibrahim; Christel Neff

Spendensektor und Informationsasymmetrie

Mehr als 600 000 Vereine und knapp 20 000 Stiftungen sind in Deutschland registriert. Tendenz steigend. Nicht alle bitten in der Öffentlichkeit um Unterstützung, aber zunehmend mehr Organisationen treten aus ganz unterschiedlichen Gründen mit herkömmlichen wie innovativen Maßnahmen als Spendensammler in Erscheinung. Mit der steigenden Zahl der Spendenorganisationen und der daraus resultierenden zunehmenden Intensität von Spendenaufrufen wächst bei vielen Marktteilnehmern die Verunsicherung darüber, welche Organisation seriös und vertrauenswürdig arbeitet und welche nicht. Damit verbunden sind die Sorge und das Risiko, dass die freiwillige Gabe nicht wie gewünscht den Weg zum eigentlichen Ziel findet. Hinzu kommt, dass der Spendensektor in Deutschland nur in geringem Maße durch Gesetze und staatliche Kontrollen reguliert wird. Es besteht keine Veröffentlichungspflicht für Spendenorganisationen, weshalb in der Öffentlichkeit ein großer Bedarf an verlässlichen Informationen und Entscheidungshilfen besteht. Derartige Auskünfte und Einschätzungen über das Geschäftsgebaren und die Vertrauenswürdigkeit von Spendenorganisationen liefert die Spenderberatung des DZI seit nunmehr 125 Jahren.

Von der „Unüberschaubarkeit des Spendenmarktes“ schreibt Anfang der 1980er-Jahre der Leiter Informations- und Pressearbeit im Diakonischen Werk Berlin und spätere Geschäftsführer des DZI Lutz E. Worch. Er sieht durch die Undurchsichtigkeit des Spendensektors die bestehende „positive Grundeinstellung vieler Millionen Spender“ gefährdet. Zur Lösung schlägt Worch einen Kontrollmechanismus vor, der „dem einzelnen Spender hilft, die notwendigen Entscheidungen vorzubereiten und ihm in verständlicher Form näherzubringen“ (Worch 1982, S. 31). Diese Vorstellung wird zehn Jahre später mit der Einführung des DZI Spenden-Siegels in die Tat umgesetzt. Die Informationsasymmetrie, der

1934

Siddy Wronsky beginnt Ende 1934 in Palästina mit Jahreskursen zur Ausbildung künftiger Fürsorgerinnen, aus denen später die erste Sozialschule Jerusalems hervorgeht.

dieses Vertrauensinstrument entgegenwirkt, beschreibt Worchs Nachfolger beim DZI, Burkhard Wilke, wie folgt: Die meisten Spenderinnen und Spender „sind einerseits (im Unterschied etwa zu Großspendern) nicht ‚mächtig‘ genug, um verbindliche Rechenschaft zu verlangen, und sind andererseits nicht kompetent genug – oder nicht willens – die von den Gemeinnützigen offerierte Transparenz auf Verlässlichkeit hin zu prüfen“ (Wilke 2005, S. 183). Andreas Ortmann, einer der wenigen Wirtschaftswissenschaftler, der über die „Vertrauensfrage“ im Spendenwesen forscht, bringt das Kernproblem letztlich wie folgt auf den Punkt: „We call the problem of asymmetric information in the context of donative nonprofits the fundraising problem“ (Ortmann u.a. 2005, S. 3).

Historische Anfänge

Bereits 1911 beklagt Dr. Albert Levy, Gründungsmitglied und zweiter Leiter der DZI-Vorläuferorganisation, das wirre Durcheinander beim Spendensammeln. Die jährlich stattfindenden Aktionen wie Bazare und Wohltätigkeitsfeste bezeichnet er als „Spendenunwesen“ (Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge 1911, S. 18). Als Verfechter der geordneten „Bestrebungen der freien Liebestätigkeit“ lehnt er Wohltätigkeitsveranstaltungen zum Amusement ihrer Teilnehmer entschieden ab und setzt sich dafür ein, diese unter Aufsicht zu stellen und zu regulieren. Nach Levys Auffassung ist es erforderlich, Spendenaktionen kritisch zu hinterfragen, unseriöse Organisationen klar zu benennen und somit denen „die Augen zu öffnen, die ihnen gedankenlos gegenüberstanden“. Betrügerische Sammlungen sollen verstärkt benannt werden, weil durch unseriöse Marktteilnehmer „jährlich viele tausend Mark den Vereinen entzogen (werden), die eine wirklich segensreiche Tätigkeit entfalten“ (Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge 1911, S. 84). Levy erwirkt gemeinsam mit seiner Nachfolgerin Siddy Wronsky eine Bundesratsverordnung, die am 22.7.1915 in Kraft tritt und Spendensammlungen der Kriegswohlfahrtspflege unter staatliche Aufsicht stellt (Degethoff de Campos 1993, S. 42).

Die leitende Idee der am 6. Mai 1893 von sozial engagierten Persönlichkeiten in Berlin eröffneten „Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ besteht zunächst darin, Menschen in Not mit Informationen zu versorgen, die zu einer Verbesserung ihrer Lebens-

Z. 1. Hrg. 11 Berlin, Anfang November 1894. 5. Heft.

Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur.

Erscheint in monatlicher
Heft.

Herausgegeben
im Namen

Von diesem Heft
Dr. W.

Abdruck, jedoch nur mit
Angabe der Quelle, ge-
hattet.

des Hauptvorstandes
der

Den Mitgliedern wird je
ein Exemplar unentgeltlich
geschickt.

Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur.

Für die Redaktion verantwortlich: Prof. Wilhelm Goerker, Berlin.

Verlag der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur.

Inhalt: Darlegungen einzelner Mitglieder hinsichtlich leitender Gesichtspunkte und wesentlicher Bethätigungen der Gesellschaft: Frau Jeannette Schwerin. Die Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur. — Prof. W. H. Goerker. Betrachtungen am zweiten Jahrestage der Begründung der D. G. K. — Angelegenheiten der Gesellschaft: Beschlüsse des zweiten ordentlichen Mitgliedertages. Berichte aus den Abteilungen. — Gesellschaftliches.

Darlegungen einzelner Mitglieder hinsichtlich leitender Gesichtspunkte und wesentlicher Bethätigungen der Gesellschaft.

Die Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur.
Von Frau Jeannette Schwerin.

Die seit dem 6. Mai 1893 von der D. G. K. eingerichtete
Auskunftsstelle über Wohlfahrtseinrichtungen in Berlin

ist bis zum 1. September 1894 1113 Mal in Anspruch genommen worden. Da aber von den Auskunft Suchenden nicht bloß allein stehende Personen, sondern auch ganze Familien in den Akten je eine einzige Register-Nummer erhielten, so ist die Zahl 1113 mehr ein kollektiver Ausdruck als ein numerisches Bild der gesamten Thätigkeit der Auskunftsstelle.

Ursprünglich von dem Gedanken ausgehend, eine Zentrale zu schaffen, welche die Berliner Wohlfahrtseinrichtungen zur Kenntnis derjenigen Menschen bringen könnte, die für sich oder Andere Rat und Hilfe suchen, drängte die Arbeit der Auskunftsstelle sehr bald über das anfangs gesteckte Ziel hinaus. Es stellte sich bei den Hilfesuchenden beider Kategorien eine solche Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse heraus, eine derartige betäubende Energielosigkeit, die zum Teil auf Unwissenheit beruhte, zum Teil die natürliche Folge großen Elends war, daß die Mitarbeiter der Auskunftsstelle selbstthätig eingreifen mußten, wenn sie ihre Arbeit im Bureau nicht zu einer mechanischen und daher fruchtlosen Herabdrücken wollten. Von Anfang an arbeitete die Auskunftsstelle ohne Geldmittel, und sie will keineswegs ein Unterstützungs-Verein in dem

Zwischenbericht von
Jeanette Schwerin über
die Auskunftsstelle

1936

Die Zentrale für private Fürsorge e.V. wird aufgelöst.

situation beitragen. Die anfängliche Aufgabe der Auskunftsstelle beschreibt Jeanette Schwerin, Gründerin und erste Leiterin, wie folgt: „[...] eine Zentrale zu schaffen, welche die Berliner Wohlfahrtseinrichtungen zur Kenntnis derjenigen Menschen bringen könnte, die für sich oder Andere Rat und Hilfe suchen [...]“ (Schwerin 1894, S. 77).

Infolge der massiven sozialen Probleme wurden im 19. Jahrhundert zahlreiche Organisationen, Vereine und Einrichtungen auf dem Gebiet der privaten Wohltätigkeit gegründet. Ein Miteinander oder gar eine Verbundenheit dieser Akteure im Wohlfahrtsbereich existierte allerdings nicht. Vielmehr war die Situation dadurch gekennzeichnet, dass „eine bunte Reihe von Vereinen [...] ohne Kenntnis voneinander zusammenhanglose ‚Wohltätigkeit‘ übte“ (Simon 1932). Ziel der neuen Auskunftsstelle ist es, dieser unüberschaubaren und unzulänglichen Situation entgegenzutreten, indem die Bedürftigen selbst aufgeklärt und über vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten unterrichtet werden. Schwerin schildert den offensichtlichen Hilfs- und Informationsbedarf wie folgt: „Es stellte sich bei den Hilfesuchenden [...] eine solche Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse heraus, eine derartige betrübende Energielosigkeit, die zum Teil auf Unwissenheit beruhte, zum Teil die natürliche Folge großen Elends war“ (Schwerin 1894, S. 77). Damit Bedürftige an geeignete Wohlfahrtseinrichtungen vermittelt werden können, ist es notwendig, die erforderlichen Informationen zusammenzutragen, zu ordnen, zu systematisieren und bei Bedarf nach außen zu geben. Zu diesem Zweck erscheint 1896 die erste Zusammenstellung über „Die Wohlfahrtseinrichtungen Berlins und seiner Vororte“, das spätere und bis 1996 vom DZI herausgegebene „Graubuch“. Als Ergebnis der Sammeltätigkeit enthält das allererste Verzeichnis bereits 1017 Nachweise öffentlicher und privater Einrichtungen.

Die Auskunftsstelle trifft mit ihrer Organisationendokumentation den Bedarf der Zeit und entwickelt sich schnell zum kompetenten Ratgeber für Notleidende. Ihre Sinnhaftigkeit zeigt sich darin, dass sie bereits 15 Monate nach Aufnahme ihrer Tätigkeit über 1 100 Anfragen verzeichnet. Darüber hinaus leistet die Auskunftsstelle auch Einzelfallhilfe und unternimmt selbstständige Erkundigungen bei Hilfesuchenden. In Ausnahmesituationen hilft die Stelle auch selbst, wenn andere

„Einrichtungen Lücken zeigen oder gänzlich versagen“ (Schwerin 1894, S. 77-78). Von Beginn an wird die Dokumentations- und Auskunftstätigkeit methodisch unterlegt. Mit Gründung der Auskunftsstelle werden erste Richtlinien und praktische Ratschläge für Hilfeleistungen erarbeitet. Sie zielen auf die Wirksamkeit des Leistungsangebots der Auskunftsstelle ab. So gibt es beispielsweise eine „Anleitung für Erkundigungen“ bei Bedürftigen.

Unter ihrem auf Jeanette Schwerin folgenden Vorsitzenden Albert Levy wird die Auskunftsstelle weiter ausgebaut und 1906 in „Zentrale für private Fürsorge e.V.“ umbenannt. Eine erste hauptamtliche Mitarbeiterin ist bereits 1897 eingestellt worden. 1911 verfügt die Zentrale über 22 Büroangestellte und weitere zwölf „Beamte für den Außendienst“ (Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge 1911, S. 11). Hinzu kommen 106 ehrenamtlich Tätige. Alle in „Großberlin“ ansässigen sozialen Einrichtungen werden erfasst und begutachtet, auch ihre Aktivitäten zur Sammlung von Spenden. Der Umfang des „Archivs der Wohlfahrtseinrichtungen“, wie diese Abteilung der Zentrale genannt wird, wächst stetig. Um das Material aktuell zu halten, werden 17 Fachblätter gelesen, acht Tageszeitungen und täglich zwischen zehn und 30 Notizen und Artikel dem Archiv zugeführt (Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge 1911, S. 80).



Albert Levy
(1862-1922)

Levy sieht in der Materialsammlung Verpflichtung und Chance zugleich: Einerseits geht es darum, seriösen Wohlfahrtseinrichtungen, die wertvolle Arbeit leisten, Unterstützer zuzuführen und andererseits „vor zweifelhaften Unternehmungen zu warnen“. Diese inhaltliche Orientierung bestimmt die Tätigkeit der Zentrale zunehmend und wirkt bis heute in den Zielsetzungen des DZI nach. Levy ist es auch, der das methodische Profil der Zentrale schärft. Es soll keine Beschränkungen auf einzelne Kategorien von Hilfsbedürftigkeit geben. Das Archiv steht allen Einrichtungen unabhängig von ihrer Weltanschauung und dem

1937

Das Archiv für Wohlfahrtspflege wird für kurze Zeit in Archiv für öffentliche Wohlfahrtspflege umbenannt, firmiert spätestens ab 1941 aber wieder unter dem vorherigen Namen.

jeweiligen Tätigkeitsschwerpunkt offen. Die Zentrale verhält sich neutral. In der Satzung von 1906 heißt es, dass die Zentrale „anderen Wohlfahrtseinrichtungen jeder Art und Richtung [...] gern die Hand zu planmäßiger, gemeinsamer Arbeit [bietet]“. In Wahrung der ethischen Grundsätze der Gründungsmitglieder ist sie geprägt von einem respektvollen und wertschätzenden Umgang miteinander. Außerdem steht die Zentrale nicht in Konkurrenz zu bestehenden Einrichtungen. Vielmehr ist sie bestrebt, deren Bedeutung und Bekanntheit durch die Aufnahme in das Archiv zu befördern.

Mittler zwischen Hilfsbedürftigen und Helfenden

Aus dem Datenpool über Arbeitsinhalte und Zuständigkeiten sozialer Einrichtungen entwickelt sich als logische Folge ein neues wesentliches Tätigkeitsgebiet der Zentrale für private Fürsorge, nämlich die Beratung potenzieller Geber. Diese Ergänzung des Leistungsangebots findet in der Satzung von 1906 wie folgt Berücksichtigung: So gehört es zu den Aufgaben der Auskunftsstelle, „Hilfsbedürftigen aller Kreise beizustehen durch schriftliche oder mündliche Beratung und durch eine von sozial-ethischen Gesichtspunkten getragene persönliche Fürsorge, die sich auf sorgfältige Prüfung der Verhältnisse stützt. [...] Personen, die Anderen Hilfe leisten wollen, über die hierzu geeigneten Mittel und Wege zu unterrichten [...] Alle auf die Wohlfahrtseinrichtungen von Groß-Berlin bezüglichen Drucksachen, Berichte, Mitteilungen usw. planmäßig zu sammeln, zu Veröffentlichungen zu fassen und das Publikum anzuregen, von diesem Material ausgiebig Gebrauch zu machen“.

Der Satzungstext von 1906 ist wegweisend für die Zukunft der Spenderberatung: Spendende sollen bei der Auswahl der geeigneten Organisationen unterstützt, die nachweislich seriös arbeitenden Hilfswerke gefördert und Spendengelder weg von Sammlern gelenkt werden, die nicht im umfassenden Sinne als förderungswürdig einzuschätzen sind.

Auskunftsbiten potenzieller Unterstützerinnen und Unterstützer erreichen die Zentrale 1910 erst in relativ geringer Zahl. 150 Anfragen von Personen, die Wohlfahrtseinrichtungen durch ihre Beiträge fördern wollen, gehen ein, was im Tätigkeitsbericht der Zentrale wie folgt

bewertet wird: Die „Benutzung des Archivs durch das Publikum ist zwar im Steigen begriffen, doch eine größere Inanspruchnahme wäre dringend erwünscht“ (Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge 1911, S. 80).

Das ändert sich durch die Kooperation der Zentrale mit der Industrie und dem Handel, die von Levy stark befördert wird. Denn mit der steigenden Anzahl und Vielfalt der im Archiv vorhandenen Informationen über Spenden sammelnde Organisationen wächst auch das Interesse der Wirtschaft an diesen verlässlichen Entscheidungshilfen. In der damaligen Zeit wurden Spendenbitten im besonderen Maße an die offenen Ladengeschäfte herangetragen, weshalb der Berliner Kaufmann Heinrich Grünfeld mit Unterstützung des Archivs für Wohlfahrtseinrichtungen 1910 die „Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft“ gründete. Um die Spenden in die richtigen Hände zu lenken, übernimmt die Zentrale für private Fürsorge die Geschäftsführung der „Wohltätigkeitszentrale“ und wird mit ihrem Expertenwissen von dieser regelmäßig als Beratungsstelle in Anspruch genommen (Degethoff de Campos 1993, S. 45). Diese Verbindung zu Vertretern von Industrie, Gewerbe und Handel markiert den Beginn einer langjährigen Kooperation und setzt sich bis heute in der Form fort, dass der Deutsche Industrie- und Handelskammertag im Vorstand der Stiftung DZI vertreten ist.

Im Tätigkeitsbericht von 1911 heißt es, dass das Material „als Maßstab und Wertmesser dienen [müsste], wenn es gilt, neue Wohlfahrtseinrichtungen zu begründen, oder schon bestehende durch Beiträge zu unterstützen“. Außerdem wird das Ziel formuliert, das Material einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, um das Interesse auf die „wertvolleren Einrichtungen“ zu lenken und „somit eine größere Konzentration der Geldmittel an solchen Stellen stattfinden möchte, wo ernste, selbstlose und zielbewußte Arbeit geleistet wird“ (Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge 1911, S. 81).

Bereits während des Ersten Weltkriegs wächst die Arbeit der Zentrale über eine Berliner Sammlung hinaus. Das Archiv hatte begonnen, Materialien zur Kriegswohlfahrtspflege überregional zu sammeln. Mit Verlegung des Deutschen Vereins nach Frankfurt und der Auflösung der

1943

Das Gebäude Neue Friedrichstraße 36, mit den Räumen des Archivs, wird durch einen Bombenangriff zerstört. Als Notquartier werden Räume in der Saarlandstraße 14, der heutigen Stresemannstraße, bezogen.

Zentralstelle für Volkswohlfahrt im Jahr 1920 wurde es als notwendig erachtet, „in der Reichshauptstadt, am Sitz der Reichs- und Staatsbehörden, das Material über die gesamte Wohlfahrtspflege in Deutschland möglichst lückenlos vorhanden zu haben. Insbesondere hatten die neugegründeten Reichs- und Staatsbehörden, denen wohlfahrtspflegerische Aufgaben oblagen, ein Interesse an der Ausgestaltung des Archivs zu einer allgemeinen deutschen Einrichtung“ (Archiv für Wohlfahrtspflege, Arbeitsbericht 1923/1924, S. 3 f.). Im Ergebnis wird das bisherige „Archiv für Wohlfahrtseinrichtungen“ als „Archiv für Wohlfahrtspflege“ 1923 mit eigener Verwaltung als selbstständige wissenschaftliche Organisation neu konstituiert.

Der Arbeitsbericht 1927/28 stellt fest, dass die Sammlung des Archivs in systematischer Weise angelegt worden ist und „Material über alle Wohlfahrtsorganisationen, die sich auf das Reichsgebiet erstrecken, und zwar sowohl der Spitzenverbände, wie der Fachverbände [...] und der Selbsthilfebestrebungen“ umfasst (Archiv für Wohlfahrtspflege, Arbeitsbericht 1927/28, S. 7). Auskünfte und Einschätzungen über die Berechtigung und Zweckmäßigkeit von Wohlfahrtseinrichtungen werden beim Archiv in steigendem Maße angefordert. Sie wenden sich insbesondere an Handels- und Industriekreise, die über die Zuverlässigkeit von Einrichtungen, mit denen sie ideelle oder materielle Verbindungen unterhalten, unterrichtet sein wollen.

Es gibt Hinweise, wonach das Archiv für Wohlfahrtspflege durch seine langjährige Zusammenarbeit mit Industrie und Handel die eigene existenzielle Gefährdung während der NS-Zeit abwenden konnte. Tatsächlich gibt es verschiedene Planungen, das Archiv mit anderen Einrichtungen zusammenzulegen oder ganz aufzulösen. Im Arbeitsbericht von 1933 heißt es, dass „Änderungen [...] in Vorstand und Geschäftsführung eingetreten sind“. Hinter dieser lapidaren Feststellung steht, dass ab 1933 der nationalsozialistische Einfluss in den staatlichen Trägerstrukturen des DZI unter anderem dazu führt, dass die langjährige Geschäftsführerin Sidy Wronsky wegen ihres jüdischen Glaubens fristlos entlassen wird. Auch ihre Nachfolgerin, Dr. Sofie Quast, gerät während der NS-Zeit unter Druck. Degradiert zur Archivangestellten übersteht sie diese schwierige Zeit. Zwar liegen für den Zeitraum 1937 bis

1945 keine Arbeitsberichte vor, die das konkrete Leistungsangebot in diesen Jahren beschreiben würden. Nach Auffassung von Hering steht zu vermuten, dass die Materialien und Erfahrungen des Archivs für die Wirtschaft von großem Nutzen waren, weshalb aus diesem Sektor, auch „gegen politischen Druck, die schützenden Hände über die Einrichtung gehalten“ wurden (Hering 2018).

Der Neubeginn

Ab Sommer 1945 beginnt der Wiederaufbau des 1943 ausgebombten Archivs. Am 8.1.1952 lebt die alte Organisationsform des Archivs für Wohlfahrtspflege wieder auf. Die Materialsammlungen der Spenderberatung setzen sich zu Beginn der 1950er-Jahre zusammen aus den Unterlagen der sogenannten „Berliner Sammlung“, die alle Sozialbehörden und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege in Berlin nachweist, der Sammlung „Bundesgebiet und sowjetisch besetzte Zone“ sowie der Sammlung „Ausland mit Untergliederung, „Internationale Arbeit“. Bereits 1952 gilt die „Berliner Sammlung“ als „wieder voll hergestellt“, so dass im Juli desselben Jahres der „Führer durch das soziale Berlin“ (Graubuch) zum achten Mal herausgegeben werden kann (Archiv für Wohlfahrtspflege, Arbeitsbericht 1952, S. 3).

Die Datensammlungen der Spenderberatung umfassen Statuten, Jahresberichte, Hausordnungen, Verwaltungs- und Presseberichte sowie Baupläne, Grundrisse, Bilder und Zeitungsausschnitte. Die Dokumentation von „Kostenberechnungen“ wird erstmals im Arbeitsbericht von 1962 erwähnt. Für das Ausland beschränkt sich die Sammlung auf wichtige typische Organisationen. Das katalogisierte Material wird Anfang der 1950er-Jahre als „beachtlich“, wenn auch nicht „lückenlos“ beschrieben (Archiv für Wohlfahrtspflege, Arbeitsbericht 1952, S. 3). Inhaltlich umfassen die Aufgaben der Spenderberatung „Gutachterliche Äußerungen über Organisationen und Arbeitsweisen“ sowie die Mitarbeit an der Durchführung des Sammlungsgesetzes.

Die Beratung von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden in Spendenfragen wird Anfang der 1950er-Jahre noch intensiviert. Der Bedarf aufseiten der Wirtschaft, bei ihr eingehende Spendengesuche auf ihre Seriosität hin zu überprüfen, Qualitätseigenschaften von Organisatio-

1945

Das Archiv nimmt in der Privatwohnung von Sofie Quast in der Mansfelder Straße 32 den Betrieb wieder auf.

nen sowie förderungswürdige Maßnahmen zu identifizieren, ist hoch. Das zeigt sich unter anderem darin, dass das Archiv im Zeitraum 1954/1955 etwa 4 000 Auskünfte an Wirtschaft und Handel erteilt. Zudem ist es seit 1953 Fachmitglied im Arbeitskreis Spendenwesen der deutschen gewerblichen Wirtschaft, den Vertreter der Spitzenverbände der westdeutschen Wirtschaft zwei Jahre zuvor gegründet haben. Eine Maßnahme des Arbeitskreises ist das 1954 erarbeitete „Spenden-Alphabet“, ein „vertrauliches“ Nachschlagewerk, das Verbände, Einrichtungen und Einzelpersonen nennt, die sich mit der Bitte um Förderung an die Wirtschaft gewandt haben. Die erste Ausgabe des Spenden-Alphabets enthält Angaben zu 1 500 als förderungswürdig erachteten Organisationen. Nicht berücksichtigt sind die 719 Fälle mit einer negativen Beurteilung, 150 ausgesprochene Warnungen und 400 Fälle, die Anlass zu Bedenken geben. In einem Merkblatt von 1967 heißt es, dass Organisationen „hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Förderungswürdigkeit nur insoweit beurteilt“ werden, als dies zweckmäßig erscheint (DZI-Archiv, Spenden-Alphabet 1967). Die Begutachtung erfolgt in gemeinsamen Sitzungen. Die Bewertungskriterien des Arbeitskreises Spendenwesen sind vielfältig und umfassen Aspekte wie beispielsweise: „keinerlei Tätigkeit für den angegebenen Zweck erkennbar“; „zu hoher Kostenaufwand (Werbeprovision, Verwaltungsausgaben usw.)“; „amtliche Warnung“; „Organisation legt trotz mehrmaliger Aufforderung Unterlagen nicht vor“ oder „fachlich ohne Bedenken“ (DZI-Archiv, Spenden-Alphabet Verschlüsselung 1954, S. 2). Durch seine Mitarbeit im Arbeitskreis Spendenwesen erhält das DZI auch die Möglichkeit, sich bei der Entwicklung seiner Spenderberatung international auszutauschen und gründet 1958 zusammen mit Spendenauskunftsstellen in anderen Ländern das International Committee on Fundraising Organizations (ICFO). Diese internationalen Kontakte entwickeln sich in den folgenden Jahrzehnten zu einer wichtigen Quelle für die organisatorische und methodische Weiterentwicklung der DZI Spenderberatung (Wilke 2004, ICFO 2013).

Öffentlichkeitsarbeit

In der Öffentlichkeitsarbeit geht die Spenderberatung des Archivs für Wohlfahrtspflege neue Wege. In Kooperation mit der Berliner Wirtschaft veranstaltet das Archiv seit 1945 jährlich in der Vorweihnachts-



Neue Friedrichstraße

Juli 1930 bis November 1943 Neue Friedrichstraße 36

Zwischen 1923 und 1926 war das Archiv für Wohlfahrtspflege eine halbamtliche Stelle des Reichsarbeitsministeriums (Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen 1968, S. 10). 1926 wurde das Archiv unter dem Vorsitz des Berliner Magistrats, der Stellvertretung durch den Deutschen Städtetag, der Beordnung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin und der Zentrale für private Fürsorge als (nicht eingetragener) Verein konstituiert. Diese Trägerstruktur, die bis in unsere Zeit Bestand hat, brachte eine erhebliche Ausweitung und Aufwertung der Arbeit mit sich. Hierzu zählte neben der allgemeinen Archivarbeit die Herausgabe der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“, der heutigen Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“. Zusätzlich zu diesen und weiteren Aufgaben, etwa der betrieblichen Sozialberatung in der 1925 gegründeten Arbeitsgemeinschaft Betriebsfürsorge, wurde in Kooperation mit dem Reiseveranstalter HAPAG sogar ein Reisebüro für Studienreisen eingerichtet.

Größere Räume mussten bezogen werden und es traf sich gut, dass im Haus Neue Friedrichstraße 36 ausreichend Platz für die Zentrale für private Fürsorge und das Archiv war. Die Zentrale für private Fürsorge musste 1936 ihre Arbeit beenden. Die Akten – mehr als 386 000 Fälle waren seit 1893 dokumentiert worden – wurden vernichtet, um sie vor dem Zugriff der Gestapo zu schützen (ebd., S. 13).

Das Quartier um den Hackeschen Markt ist heute vor allem von Touristen frequentiert, denn die zahlreichen Restaurants sowie auch die nahe gelegene Museumsinsel üben große Anziehungskraft aus. Die zentrale Lage und die Nähe zu Ministerien und Verbänden machen das frühere Scheunenviertel heute auch als Büro- und Geschäftsadresse begehrt. Die Neue Friedrichstraße verlief von der Friedrichsbrücke bis zur Dircksenstraße, das entspricht dem heutigen Straßenverlauf der Anna-Louisa-Karschstraße und der Rochstraße.

1946

Das Archiv zieht in die Berliner Straße 4-9.

zeit eine Pressekonferenz, die unter dem Motto „Wem sollen wir geben“ steht. In diesem Rahmen werden Fragen vor allem zur Spendenwerbung aufgegriffen (Archiv für Wohlfahrtspflege, Arbeitsbericht 1954/1955, S. 10). Die Konferenz zielt zudem darauf ab, neben der Wirtschaft und Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung weitere wichtige Marktteilnehmer auf die Informationsmöglichkeiten des Archivs hinzuweisen. Mit ihrem Spezialwissen wird die Spenderberatung immer häufiger von Rundfunk- und Fernsehsendern zu Themen rund um das Spendenwesen befragt. So wird im Januar 1960 beispielsweise beim Berliner Radiosender RIAS das Format „Haben Sie 5 Minuten Zeit für die Klingel an Ihrer Haustür?“ eingeführt, das sich unter anderem mit Aspekten wie „unerwünschter Briefwerbung oder Altkleiderspenden“ befasst. Mit der zunehmenden Medienpräsenz der Spenderberatung wird die Aufklärungsarbeit von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen. Dies führt dazu, dass die Anfragen zur Förderungswürdigkeit sozialer Einrichtungen ab Mitte der 1960er-Jahre zwar noch immer primär von der Wirtschaft, aber in stärkerem Maße auch von Privatpersonen gestellt werden.

Im Februar 1957 wird das Archiv für Wohlfahrtspflege im Zusammenhang mit dem Erwerb des ersten eigenen Institutsgebäudes in eine Stiftung privaten Rechts umgewandelt. 1964 wird es in Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) umbenannt. Neben der verstärkten Medienpräsenz führt auch die Abschaffung des einheitlichen bundesdeutschen Sammlungsgesetzes im Normenkontrollverfahren 1964 zu steigenden Anfragen an die Spenderberatung. Die Folgen dieser Liberalisierung sind vielfältig. Spendenbriefe dürfen weitgehend genehmigungsfrei versandt werden, wodurch Spendenbitten erheblich zunehmen. Zuvor regional begrenzte Sammlungen werden zunehmend auf das ganze Bundesgebiet ausgeweitet. Zahlreiche Organisationen werden neu gegründet. Die Konkurrenz auf dem Spendenmarkt steigt. Mit der zunehmenden Zahl von Spendenaufrufen erhöht sich auch die Gefahr missbräuchlicher Verwendungen, weshalb Anfang der 1970er-Jahre in einigen Bundesländern spezifische Sammlungen unter Genehmigungspflicht gestellt werden (DZI, Arbeitsbericht 1971/1972, S. 9). Das DZI setzt sich für eine Vereinheitlichung der Sammlungsgesetzgebung ein und baut seine Zusammenarbeit mit den

für die Sammlungen zuständigen Landesbehörden aus, die durch einen Erlass des Bundesministeriums des Innern vom 10.9.1975 zusätzlich befördert wird. Darin wird das DZI als Stelle empfohlen, die verlässliche Entscheidungshilfen zur Seriosität einer Organisation erteilt mit der Folge, dass in den Begründungen oder teilweise in den Ausführungsvorschriften der Sammlungsgesetze einiger Bundesländer auf die Existenz des DZI in der Form verwiesen wird, dass das Vorhandensein einer solchen Stelle es rechtfertigt, Briefwerbung und andere Sammlungen dauerhaft genehmigungsfrei zu lassen (DZI, Arbeitsbericht 1975, S. 11).

Der Spendensektor ist im Umbruch und die hieraus resultierenden Entwicklungen bleiben nicht ohne Auswirkung auf die Arbeit der Spenderberatung. So rücken beispielsweise die Werbekosten und ihr Verhältnis zu den satzungsgemäßen Ausgaben stärker in den Fokus, wenn es um Aussagen zur Förderungswürdigkeit einer Organisation geht. Zudem stellt das DZI eine veränderte Erwartungshaltung der Öffentlichkeit fest. Statt der Bereitstellung einfacher Informationen werden qualifizierte Einschätzungen und klare Stellungnahmen erwartet. 1968 wird in den Aufzeichnungen des DZI erstmals der Wunsch der Öffentlichkeit nach einer „Liste der förderungswürdigen Einrichtungen“ erwähnt (DZI, Arbeitsbericht 1968, S. 11). Das DZI publiziert Mitte der 1960er-Jahre Angaben zur Größenordnung unseriöser Spendensammler und stützt sich dabei auf seine Erfahrungen aus dem Arbeitskreis Spendenwesen, demzufolge von 100 Spendengesuchen mindestens 40 nicht zu empfehlen sind. In seiner Öffentlichkeitsarbeit warnt es „vor dem Geschäft mit dem Mitleid“.

Mit der steigenden Anzahl privater Nachfragen dient die Spenderberatung zunehmend dem Verbraucherschutz. Die für die spendende Öffentlichkeit erarbeiteten Auskünfte beinhalten im Kern das jeweilige Ziel und die Art der Mittelverwendung einer Organisation. Das DZI beurteilt nicht die Art der Hilfeleistung. Es bewertet, ob eine Organisation „spendenwürdig“, „nicht spendenwürdig“ oder „bedingt spendenwürdig“ ist.

Während die Beratung der Wirtschaft als problemlos charakterisiert wird, gilt die Beratung von Privatpersonen als schwierig. Dies wird damit begründet, dass diese auf Spendenbitten oft emotionaler reagieren

und dem „Schwindel oder der unseriösen Werbung nachzugeben bereit sind“. Hinzu kommt, dass die Beantwortung der Anfragen individuell erfolgt und damit aufwendig ist.

Systematisieren, Strukturieren, Standardisieren

Die über die Jahre immer weiter zunehmenden Anfragen (1981: 14 054) führen das DZI zu Beginn der 1980er-Jahre an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit und zwingen das Institut zu einem ersten Umdenken in der Spenderberatung. So beginnt das DZI im Jahr 1981 damit, Ratschläge (Tipps) zu erarbeiten, die es Spenderinnen und Spendern bereits im Vorfeld einer individuellen schriftlichen Beratung durch das DZI erleichtern sollen, selbstständig zu entscheiden, ob und wem sie spenden wollen. Von dem aufklärenden Charakter der DZI-Ratschläge erhofft sich das Institut einen Rückgang der Anfragen (DZI, Arbeitsbericht 1981, S. 4). Bereits im Folgejahr muss man feststellen, dass die Ratschläge nicht zu der gewünschten Eindämmung der Anfragen geführt haben. „Verstärkte Aktivitäten gemeinnützig tätiger Organisationen, neue Werbemethoden bei oft unpräziser Angabe des Sammlungszwecks und negative Berichte über die Verwendung gespendeter Gelder haben dazu beigetragen, daß der Spender verunsichert wurde und deshalb das DZI um Rat und Auskunft bat“ (DZI, Arbeitsbericht 1982, S. 5).

Im gleichen Zeitraum erarbeitet das DZI in Anlehnung an internationale Standards aus den USA und der Schweiz „Grundsätze zur Einschätzung der Förderungswürdigkeit von spendensammelnden gemeinnützigen Organisationen“. Durch die einheitliche Bewertung von Hilfsorganisationen insbesondere im Hinblick auf ihre Organisationsstruktur, ihre Werbemethoden sowie eine zweckgerichtete Mittelverwendung beabsichtigt das DZI, seine Bewertungen für die Öffentlichkeit und die Organisationen transparent und damit nachvollziehbar zu machen (DZI, Arbeitsbericht 1981, S. 4). Die Grundsätze sollen zudem der Öffentlichkeit im Sinne eines Selbst-Checks dabei behilflich sein, die Seriosität einer Organisation eigenständig einzuschätzen.

Im Dezember 1982 erscheint in der Verantwortung des damaligen DZI-Geschäftsführers Rainer Borgmann-Quade das Handbuch „Stich-

wort Spendenwesen“, das neben zahlreichen Beiträgen zu grundsätzlichen Fragen des Spendenwesens sowie zu aktuellen Spendenthematen und Rechtsfragen auch Einzelportraits zu 43 Organisationen enthält. Ein bei der Planung des Buchs verfolgtes Ziel war es, durch eine qualifizierte Informationsschrift die stetig steigenden Anfragen an die Spenderberatung, 1982 waren es 19 761, deutlich einzudämmen (DZI, Arbeitsbericht 1983, S. 23 f.). Ein nachhaltiger Rückgang der Anfragen konnte hierdurch jedoch nicht erreicht werden. Die Situation auf dem Spendenmarkt wird im Arbeitsbericht 1984 des DZI wie folgt beschrieben: „Die im Sammelbereich besonders aktiven Unternehmen sahen sich auch 1984 einer zunehmenden Konkurrenz gegenüber. Das Ergebnis war u.a. immer größer, greller und zwangsläufig auch teurer werdende Werbung. [...] Über die Mitgliederwerbung ergaben sich aufgrund eklatanten Mißbrauchs viele Nachfragen beim DZI. Grund dafür war im Gegensatz zur sogenannten Spenderpflege die schnelle Ausbeutung von meist nur überredeten Hilswilligen“ (DZI, Arbeitsbericht 1984, S. 6). Das Konzept des Buchs „Stichwort Spendenwesen“ wurde zwei Jahrzehnte später wieder aufgegriffen: Seit 2003 gibt das DZI jährlich den Spenden-Almanach heraus, der sich inzwischen als wichtigstes Nachschlagewerk für das deutsche Spendenwesen etabliert hat.

Aufgrund der sich verändernden Werbeaktivitäten auf dem Spendenmarkt und des daraus resultierenden komplexeren Informationsbedarfs der Öffentlichkeit werden Art und Inhalt der Spenderberatungstätigkeit im Jahr 1986 konzeptionell überarbeitet. Um die Vergleichbarkeit der Organisationen zu wahren und eine möglichst aktuelle Bewertungsgrundlage zu schaffen, verschickt das DZI einen Fragebogen mit 29 zum Teil weiter untergliederten Fragen zur Organisationsstruktur, zur Arbeit der Organisation, zur Mittelbeschaffung und -verwendung, zur Spendenwerbung und zur Rechnungslegung und bittet zugleich um Übermittlung wichtiger Unterlagen wie der Satzung, dem Vereinsregisterauszug, dem Freistellungsbescheid, der Rechnungslegung und von Werbematerialien, die für die Auskunftstätigkeit der Spenderberatung erforderlich sind (DZI, Arbeitsbericht 1986, S. 4). Dabei werden in einem ersten Schritt rund 1 000 besonders häufig nachgefragte Organisationen angeschrieben (DZI, Arbeitsbericht 1987, S. 6). Laut einer vom Berliner Senator für Inneres beauftragten Organisationsuntersuchung des

1948

Das Archiv für Wohlfahrtspflege wird als nicht politische Organisation im Britischen Sektor von Groß-Berlin zugelassen.

DZI war die „für die Organisationen-Dokumentation zuständige Sachbearbeiterin [...] mit der Bewältigung des ‚waschkörbeweise‘ eingehenden Materials überfordert und verlor den Überblick“ (Der Senator für Inneres Berlin 1988, S. 46). Dennoch ist es dem DZI bereits 1987 möglich, anhand der auf freiwilliger Basis eingereichten Unterlagen 150 sogenannte Standardauskünfte zu erarbeiten, die neben einer formalisierten Beschreibung der Organisation sowie Informationen zu ihren Tätigkeitsbereichen, Werbemethoden und ihrer Mittelverwendung auch eine Einschätzung zur Förderungswürdigkeit beinhalten (DZI, Arbeitsbericht 1987, S. 5 f.).

Konzentrieren auf das Wesentliche

Das DZI hat es sich bei seiner Gründung 1893 zur Aufgabe gemacht, alle bestehenden Sozialeinrichtungen in Berlin zu erfassen und diese Zusammenstellung zu veröffentlichen. Die Materialsammlung der sogenannten Berliner Abteilung umfasst Behörden, Organisationen und Institutionen sowie Bürger- und Betroffeneninitiativen, die in Berlin tätig sind. Die gleiche Sammlung wird für Einrichtungen angestrebt, die auf sozialen oder sozialverwandten Gebieten in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR tätig sind. Die Sammlungen werden durch eine alphabetische Namenskartothek und eine systematische Zusammenstellung erschlossen, die die einzelnen Institutionen nach Sachgebieten ausweist (DZI, Arbeitsbericht 1980, S. 7 f.). Im Jahr 1981 werden erste Planungen für eine Revision und Datenneuaufnahme mit dem langfristigen Ziel erarbeitet, den Bestand zu präzisieren und das aufbereitete Datenmaterial zu einem späteren Zeitpunkt elektronisch zu erfassen. Zunächst sollen dabei die Daten von denjenigen Organisationen aktualisiert werden, die die häufigsten Nachfragen beim DZI auslösen (DZI, Arbeitsbericht 1981, S. 11, DZI, Arbeitsbericht 1982, S. 6 und 14).

Dieser Ansatz wird im Jahr 1988 erneut aufgegriffen. Da die Spenderberatung über viele Jahre hinweg an chronischer Unterbesetzung leidet, die Auskünfte aber häufig einen hohen Änderungsbedarf haben und außerdem die Qualität der Auskünfte nur so gut sein kann, wie es die zur Verfügung stehenden Unterlagen zulassen, stellt sich – auch vor dem Hintergrund, dass das DZI längst nicht mehr die Aufgaben

Statistik von März 1982 (Zahl der Org.-Mappen)
u. der Berlin Mappen)

Org.-Mappen	Übertr.===== 6693Ma.	Berl.-Mappen
I = 270 Mappen	B VIa = = = = 135Map.	I =====75 Mappen
IIa 474 " " "	B VIb 282" "	IIa 139 " " "
IIId 541 " " "	B VIc 52" "	IIId 176 " " "
IIe 379 " " "	B VIId 40" "	IIe 167 " " "
IIIf 25 " " "	B VIe 165" "	IIIf 6 " " "
IIg 4 " " "	B VIIf 133" "	IIg 6 " " "
	B VIIf 42" "	
III 153 " " "		III 47 " " "
IV 465 " " "	C 275" "	IV 99 " " "
V 382 " " "	C I 69" "	V 74 " " "
VI 281 " " "	C Ia 168" "	VI 63 " " "
VII 119 " " "	C Ib 399" "	VII 29 " " "
VIII 119 " " "	C IIa 69" "	VIII 43 " " "
AI 31 " " "	C IIb 100" "	A I 21 " " "
AII 60 " " "	C IIc 368" "	A II 20 " " "
AIIa 110 " " "	C III 33" "	A III 80 " " "
AIIb 1296 " " "	C IIIa 281" "	A IIIb 110 " " "
AIIc 35 " " "	C IIIb 121" "	A IV 40 " " "
AIV 89 " " "	C IIIc 43" "	A IVa 11 " " "
AIVa 24 " " "	C IIId 197" "	A V 42 " " "
AV 135 " " "	C IV 65" "	A VI 64 " " "
AVI 176 " " "		A VII 25 " " "
AVII 24 " " "	D I 75" "	A VIII 7 " " "
AVIII 11 " " "	D II 56" "	
B 28 " " "	D III 43" "	B 11 " " "
B I 213 " " "	D IV 37" "	B I 32 " " "
B II 247 " " "	D V 58" "	B II 62 " " "
B IIIa 8 " " "		B IIIa 9 " " "
B IIIb 312 " " "	X A 363" "	B IIIb 22 " " "
B IV 24 " " "	X B 235" "	
B IVa 89 " " "	X C 189" "	B IV 13 " " "
B IVb 2 " " "	X D 296" "	B IVa 18 " " "
B IVc 233 " " "	X E 76" "	B IVb 3 " " "
	X F 279" "	B IVc 85 " " "
B Va 94 " " "		B Va 18 " " "
B Vb 49 " " "	Org.-Mappen= 4287Mappen	B Vb 4 " " "
B Vc 59 " " "	Übertrag -----6693" "	B Vc 8 " " "
B Vd 8 " " "	zusammen===== 10980Mappen	B Vd 4 " " "
B Ve 12 " " "		B Ve 2 " " "
B Vf 18 " " "		B Vf 6 " " "
B Vg 55 " " "		B Vg 35 " " "
B Vh 39 " " "		B Vh 10 " " "
-----6693 Mappen		-----
		Berl. Mappen= 1698 Mappen

Weitere Berlin Mappen und
Übertrag Siehe Blatt Nr. 2

Aktenstatistik der
Organisations-
dokumentation aus
dem Jahr 1982

eines Archivs im Sinne einer Sammelstelle erfüllt – die Frage, welche Organisationen zum originären Aufgabengebiet der Spenderberatung gehören und dokumentiert werden sollten (DZI, Arbeitsbericht 1988, S. 5 und 7 f., Arbeitsbericht 1989, S. 4 f.). „Grundlegende Voraussetzung jeder Innovation in der Organisationendokumentation mußte deshalb die Erarbeitung eines heute vertretbaren Selbstverständnisses sein und die möglichst schnelle Umsetzung in die Praxis, und darunter beispielsweise auch die Beseitigung von Ballast aus vergangenen Jahrzehnten, der heute in seiner fragmentarischen Form [...] weder den an sich

selbst gestellten Ansprüchen des DZI genügen kann noch seiner Identität dienlich ist“ (DZI, Arbeitsbericht 1989, S. 5). Und so entscheidet sich das Institut, die Organisationendokumentation auf humanitär-karitative Organisationen zu beschränken, die sich überwiegend aus Spenden finanzieren. In den Jahren 1989 und 1990 erfolgt eine umfassende Bereinigung der Bestände um arbeitsfremde beziehungsweise nicht aussagekräftige Unterlagen. Die hierdurch erreichte deutliche Reduzierung von geschätzten 20 000 auf rund 3 000 Akten sowie die damit einhergehende Einführung einer neuen Systematik ermöglichen in den folgenden Jahren eine bessere Pflege des Bestands. Aufgrund der konsequent nachfrageorientierten Aussonderung und Aufnahme von Organisationen dokumentiert die Spenderberatung heute rund 1 100 Organisationen. Seit dem Jahr 1991 werden alle für die Auskunftserteilung relevanten Informationen in eine Organisationendatenbank (ODABA) eingepflegt, mit der das DZI erstmals die Möglichkeit hat, EDV-gestützt Recherchen und statistische Auswertungen vorzunehmen (DZI, Arbeitsbericht 1991, S. 3).

DZI Spenden-Siegel

In den 1980er-Jahren haben sich die Rahmenbedingungen auf dem Spendenmarkt verändert. Aufgrund der wachsenden Zahl Spenden sammelnder Organisationen und einer damit einhergehenden Professionalisierung der Spendenwerbung haben sich der Wettbewerb um Spendenmittel verschärft und die Transparenz des Spendenmarktes verschlechtert. Diese unübersichtliche Situation begünstigt das Auftreten unseriöser Organisationen. Gleichzeitig verändert sich das Bewusstsein der Spender, die die Arbeit und die Spendenwerbung von Hilfsorganisationen zunehmend kritisch betrachten. Anknüpfend an die von ihm bereits im Jahr 1981 erarbeiteten „Grundsätze zur Einschätzung der Förderungswürdigkeit von spendensammelnden gemeinnützigen Organisationen“ schlägt der damalige Geschäftsführer des DZI Borgmann-Quade im Jahr 1982 eine freiwillige Selbstkontrolle von Spenden sammelnden Organisationen vor. „Eine solche Selbstkontrolle [...] würde das DZI doch erheblich entlasten und besser funktionieren als jede staatliche Prüfanstalt“ (DZI-Archiv 1982). In diesem Zusammenhang kündigt er die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus ausgewählten Spendenorganisationen an, die sich über die Grundsätze



Spenden-Siegel-
Emblem: 1992 bis
2011 (links),
seit 2011 (rechts)
Entwurf:
J. Mücke-Verwohlt

dieser Selbstkontrolle austauschen sollen. Im März 1983 fordert die Arbeiterwohlfahrt öffentlich einen „Spenden-TÜV“ und eine „Spenden-Plakette“, die durch das DZI vergeben werden könnte (Arbeiterwohlfahrt 1983).

Erst im Jahr 1987 greift der damalige Geschäftsführer Lutz E. Worch diese Initiative wieder auf und stellt sie im Rahmen einer Sitzung des Arbeitskreises Spendenwesen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) vor. Es beginnt ein intensiver Diskussionsprozess, in dessen Ergebnis die BAGFW im Oktober 1988 erste „Leitlinien für die Selbstverpflichtung spendensammelnder Organisationen mit humanitärer und sozialer Zielsetzung“ verabschiedet, die die Vergabe eines Gütesiegels durch das DZI vorsehen (BAGFW 1988). Es folgen drei Jahre unzähliger und zum Teil zäher Gespräche mit Hilfsorganisationen und deren Spitzenverbänden, in denen für die Einführung eines Siegels geworben und die konkrete Ausgestaltung eines solchen Prüfverfahrens diskutiert wird. Begleitet wird dieser Prozess durch Beratungen mit Rechtsanwälten und anderen Fachleuten sowie insbesondere durch die fachliche Einbeziehung der Universität Trier unter Leitung von Prof. Dr. Dietrich Dickertmann bei der Entwicklung des Prüfverfahrens. Am 28.11.1991 verabschiedet der Vorstand des DZI schließlich die

1949

Im Mai tritt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft;
im Oktober erfolgt die Gründung der DDR.

„Leitlinien und Ausführungsbestimmungen“ zum Spenden-Siegel und stellt im Rahmen einer Pressekonferenz das DZI Spenden-Siegel als Zeichen für Vertrauen vor. Wesentliche Prüfkriterien sind angemessene Planungs- und Kontrollmechanismen, eine ethische Spendenwerbung, eine sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung, die Vorlage einer aussagekräftigen und geprüften Rechnungslegung sowie angemessene Vergütungen. Unmittelbar nach der offiziellen Einführung des Spenden-Siegels sieht sich das DZI über viele Jahre hinweg mit kritischen Stimmen aus dem Kreis von Dachverbänden und Organisationen konfrontiert, die unterschiedlichste Vorbehalte gegen die neue Kontrollinstanz äußern. Das DZI führt sein Vorhaben aber unbeirrt fort, darin auch bestärkt von vielen positiven Reaktionen in den Medien, bei Spenderinnen und Spendern sowie von zahlreichen Spenden sammelnden Organisationen. Bereits im ersten Jahr werden 42 Organisationen mit dem Siegel ausgezeichnet.

Eine erste inhaltlich überarbeitete Fassung der Leitlinien tritt 1996 in Kraft. Im selben Jahr veröffentlicht das DZI die erste Fassung seines Berechnungskonzepts „Zur Abgrenzung der Werbe- und Verwaltungsausgaben bei spendensammelnden Organisationen“ und bietet damit erstmals eine klare Orientierungshilfe für einen Wirtschaftlichkeitsindikator, der von besonderer Bedeutung für die methodische Entwicklung und den Wirkungsgrad der Spenderberatung ist. Dieses Konzept bildet die Basis für eine vereinheitlichte Kostenberechnung bei den Hilfswerken einerseits und dem DZI andererseits, und es dient einer transparenten Berichterstattung über die Mittelverwendung.

Nach verschiedenen kleineren Anpassungen der Spenden-Siegel-Leitlinien setzt das DZI nach einem 2007 begonnenen, umfangreichen und partizipativen Diskussionsprozess im Jahr 2011 umfassend überarbeitete Prüfstandards in Kraft (DZI 2016). Wesentliche Neuerungen betreffen insbesondere die Leitungs- und Aufsichtsstruktur sowie Regeln zur Wirkungsbeobachtung und Transparenz. In den Folgejahren scheiden rund 20 Prozent der früheren Siegelträger aus, weil sie die weiterentwickelten Standards nicht erfüllen wollen oder können. Heute tragen rund 230 Organisationen mit einem jährlichen Spendenvolumen von etwa 1,4 Mrd. Euro das DZI Spenden-Siegel. Seit seinen Anfängen

hat sich das Spenden-Siegel gegen Kritiker sowie Wettbewerber behauptet, die Vertrauenswürdigkeit mit deutlich niedrigeren inhaltlichen Anforderungen signalisieren wollen. Intention des Siegels war und ist es, nicht nur die Beurteilung von Hilfswerken zu erleichtern, sondern diese zugleich zur Weiterentwicklung im Sinne von Nachhaltigkeit, Transparenz, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit zu motivieren und das Vertrauen der Öffentlichkeit somit langfristig zu sichern. Es hat sich als das Gütesiegel für seriöse Spendenorganisationen in Deutschland etabliert (Neff 2016, S. 28).

Kriterien, Dokumentation und Prüfung

Das DZI dokumentiert heute grundsätzlich nur als steuerbegünstigt anerkannte Organisationen mit Sitz in Deutschland. In einzelnen Ausnahmefällen nimmt es auch zu nicht gemeinnützigen Einrichtungen Stellung, etwa dann, wenn diese aufgrund ihrer Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung als Spendenorganisationen wahrgenommen werden. Neben Organisationen mit sozialer Zielsetzung sind seit 2004 nach einer entsprechenden Satzungsänderung auch Natur- und Umweltschutzorganisationen in den Auskunftsservice des DZI einbezogen und im Rahmen des Spenden-Siegel-Verfahrens sogar alle gemeinnützigen Spendenorganisationen. Das DZI führt seine Dokumentation von Spendenorganisationen nachfrageorientiert, das heißt, es werden nur die Organisationen intensiver dokumentiert, zu denen das Institut regelmäßig eine Mindestanzahl von Anfragen erhält. Dies trifft in aller Regel nur auf Hilfswerke zu, die bundesweit um Spenden werben. Dieses Vorgehen ermöglicht eine bedarfsgerechte Auswahl der dokumentierten Organisationen, die im zweijährigen Rhythmus um die Zusendung aktueller Unterlagen gebeten werden, soweit sie diese nicht bereits von sich aus übermittelt haben.

Das DZI erfasst alle Anfragen an seine Spenderberatung systematisch. Auskünfte zu Organisationen mit DZI Spenden-Siegel erstellt es auf der Grundlage des freiwilligen jährlichen Prüfverfahrens. Treffen innerhalb eines Jahres regelmäßig und unabhängig voneinander Anfragen zu einer bestimmten Organisation ohne Spenden-Siegel ein, bittet das DZI die Organisation um die Zusendung von aktueller Satzung, neuestem Freistellungsbescheid des Finanzamts, Vereinsregisterauszug

(bzw. Handelsregistereintrag oder Stiftungsgenehmigung), jüngstem Jahres- und Finanzbericht sowie von aktuellem Werbe- und Informationsmaterial.

Nach Auswertung dieser Informationen erarbeitet die DZI Spenderberatung Auskünfte, die in der Regel eine Beschreibung der Organisation und eine Einschätzung durch das Institut beinhalten. Die Kriterien zur Bewertung von Spendenorganisationen lehnen sich an die Standards des DZI Spenden-Siegels an und lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Ziele der Organisation sind in der Satzung eindeutig dargestellt und entsprechen in angemessener Weise der Tätigkeit der Organisation. Leitung und Aufsicht sind angemessen strukturiert und voneinander getrennt. Werbung und Information sind klar, wahr, sachlich und offen gestaltet und setzen die Umworbenen nicht unter Druck. Die Darstellung der Finanzangaben ist angemessen detailliert und wird ab einer bestimmten Größenordnung extern überprüft. Die Werbe- und Verwaltungsausgaben sind nachvollziehbar ausgewiesen und betragen nicht mehr als 30 Prozent der jährlichen Gesamtausgaben (DZI, Jahresbericht 2017, S. 4). Die nach diesen Kriterien erarbeiteten Auskünfte stellt das DZI allen Interessierten kostenlos zur Verfügung. Auch für die betreffenden Organisationen sind diese Basisauskünfte mit keinen Gebühren verbunden.

Erhält die DZI Spenderberatung nach ihrer ersten Bitte um Auskunftserteilung von einer Organisation keine Unterlagen, erneuert sie diese Bitte noch maximal zweimal im Abstand von jeweils zwei Wochen. Wird der wiederholten Bitte nicht entsprochen und sind auch der begleitenden, vom DZI vorgenommenen Internet-Recherche keine entsprechend aussagekräftigen Informationen zu entnehmen, ordnet das DZI die Organisation der Rubrik „Einschätzung nicht möglich“ zu.

Die Auskünfte der Spenderberatung werden gegebenenfalls um Aspekte ergänzt, die sich durch eine eigene, weitergehende Recherche der DZI Spenderberatung (unter Umständen aufgrund von Hinweisen durch Spenderinnen und Spender) ergeben haben. Diese Drittinformationen werden sorgfältig auf ihre Aussagekraft, Zuverlässigkeit und gegebenenfalls auch Zitierfähigkeit geprüft, so zum Beispiel Schreiben



von Spendenden (insbesondere Beschwerden), Hinweise unter anderem von Staatsanwaltschaften, Polizeidienststellen, Ordnungsämtern und anderen vergleichbaren Einrichtungen (unter Einhaltung des Datenschutzes), vom DZI eingeholte Auskünfte von Drittquellen sowie Medienberichte.

Die Entscheidungsabläufe der Spenderberatung haben im Verlauf ihrer 125-jährigen Geschichte zahlreiche Änderungen in ihrer Auskunftsmethodik erfahren. Die Spenderberatung ist in einem ständigen Wandel begriffen und der Wandel ist dabei zugleich auch erklärtes Ziel, weil er letztlich Garant ist für das Interesse der Öffentlichkeit an den Informationen der Spenderberatung. Die anspruchsvolle Aufgabe der Fortentwicklung zielt deshalb auch klar darauf ab, die Spenderberatung an die jeweiligen Bedürfnisse anzupassen und kontinuierlich zu verbessern. Dazu gehört es, offen für „Neues“ zu sein und zugleich die Auskunftsmethodik und die eigenen Beurteilungsmaßstäbe kritisch zu hinterfragen und auf den Prüfstand zu stellen. Anregungen aus dem Kreis seriöser Spendenorganisationen bezieht das DZI hier ebenso ein wie aktuelle Diskussionen (etwa zur Ethik im Spendenwesen), politische Entwicklungen (wie die Abschaffung der Sammlungsgesetze mit dem Argument des Bürokratieabbaus), Veröffentli-

1951

Die Fachzeitschrift Soziale Arbeit wird auf Initiative des damaligen Vorsitzenden des Archivs, Berlins Regierendem Bürgermeister Ernst Reuter, gegründet.

chungen aus Fachkreisen (beispielsweise zum Thema „Transparenz“) oder auch jüngste Entwicklungen im Online-Fundraising. Zudem hat das DZI in den letzten Jahren seine Vernetzung in der deutschen Zivilgesellschaft deutlich ausgebaut, etwa durch die Mitwirkung in Beiräten, Steuerungskreisen, Kooperationsprojekten sowie bei Fortbildungsveranstaltungen.

Digitalisierung und Ausbau der Organisationendatenbank

Mit der Ausbreitung digitaler Medien ergeben sich für Spendenorganisationen wie für Spendende neue, schnellere und bessere Wege der Kommunikation sowie des Mitteltransfers. Die Qualität von Veröffentlichungen im Netz ist jedoch nicht zuverlässig erkennbar. Deshalb sind vor allem geprüfte, vertrauenswürdige Informationen wichtig, die am besten im selben Medium bereitgestellt werden, in dem Organisationen zu Spenden aufrufen und sich Spenderinnen und Spender informieren.

Vor diesem Hintergrund trafen sich Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Praxis im Juli 2008 zum Expertenkolloquium „Mehr Schutz für Spender – Die Weiterentwicklung der DZI-Spenderberatung“, das in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) ausgerichtet wurde. Sie diskutierten über die Notwendigkeit und Möglichkeiten einer Stärkung der DZI-Spenderberatung. Die Ergebnisse des Expertenkolloquiums lassen sich wie folgt zusammenfassen: Mit seinem Fachwissen zu Spendenorganisationen ist das DZI nicht nur zu einem Maßstab und Meinungsbildner, sondern zu einem ordnungspolitischen Faktor im deutschen Spendenwesen geworden. So trägt die Spenderberatung dazu bei, bundesweit die Markttransparenz zu vergrößern, das Vertrauen in Spenden sammelnde Organisationen zu stärken, die Spendenbereitschaft insgesamt zu fördern und auch die Arbeit von öffentlichen Institutionen in diesem Sektor zu unterstützen. Vonseiten der Öffentlichkeit wird dem DZI nicht zuletzt wegen seines unabhängigen Status und seiner strengen Prüfkriterien ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit („Expertenfunktion“) zugemessen (Alscher; Neff 2008). Voraussetzung für einen zukünftig noch wirksameren Schutz vor unseriösen Organisationen sei, dass das DZI Bekanntheitsgrad und Außendarstellung seiner Spenderberatung

erhöht und die Zugänglichkeit seiner Auskünfte, Einschätzungen und Informationen erleichtert. Vor dem Hintergrund knapper Personalkapazitäten und eines begrenzten Budgets für Öffentlichkeitsarbeit könnten die Auskunftangebote auf die „Tops und wFlops“ des deutschen Spendenmarkts beschränkt werden.

Als wesentliche erste Maßnahme folgt der Ausbau der DZI-Website zur Plattform der Spenderberatung. Mit der Neugestaltung der Website Ende 2011 können nahezu alle Auskunftsformen der Spenderberatung von Interessierten schnell, leicht, flächendeckend und somit äußerst wirksam abgerufen werden. Zuvor hatte das DZI seine Auskünfte zu meist nur auf Anfrage per Brief oder E-Mail bereitgestellt. Alle erarbeiteten Einzelportraits zu den vom DZI dokumentierten Spendenorganisationen können direkt auf der Website eingesehen und ausgedruckt werden. Eine Datenbanksuche ermöglicht den Nutzern die Recherche nach Namen, Arbeitsgebiet, Tätigkeitsfeldern oder Sitz einer Organisation. Spendenauskünfte mit negativen Einschätzungen und Warnungen sind seit Einführung der neuen Website mit der Unterseite „Das DZI rät ab“ deutlich leichter, nun auch durch Suchmaschinen, auffindbar. Auch unzureichend transparente Organisationen werden offensiv benannt. Der verbesserte Zugang zu den DZI-Auskünften trägt erheblich dazu bei, den Wirkungsgrad und die Qualität der Spenderberatung zu erhöhen (Wirkungsbericht der DZI Spenderberatung 2017, S. 13).

Schlussbemerkungen

Zieht man ein Resümee nach 125 Jahren DZI Spenderberatung, so ist der Spendenmarkt in weiten Teilen noch immer dadurch gekennzeichnet, dass der Öffentlichkeit wesentliche Informationen nicht zugänglich sind, die zur Beurteilung der Leistung einer Organisation und damit zur Vertrauensbildung notwendig sind. Zugleich bringt die rasante Digitalisierung Informationsfluten mit sich, die kaum überschaubar sind und die Orientierung für Spenderinnen und Spender erschweren. Diese Schiefelage erklärt den Bedarf zahlreicher Marktteilnehmer an verlässlichen Informationen und Entscheidungshilfen. Der qualifizierte Nachweis über die Vertrauenswürdigkeit einer Organisation sowie die Bereitstellung unabhängiger Einschätzungen durch einen fachkundigen Akteur sind auch im digitalen Zeitalter unerlässlich.

1952

Am 8. Januar wird durch Generalrestitution der Satzung des Archivs für Wohlfahrtspflege vom Oktober 1926 die damalige Organisationsform wieder hergestellt.

Das DZI ist in Deutschland die neutrale Institution, die Orientierung, Entscheidungshilfe und Aufklärung im Spendenwesen bietet. Seine Spenderberatung leistet qualifizierte Seriositätskontrolle und sorgt für geprüfte Transparenz. Sie liefert fundierte einheitliche Standards und strukturierte Analysen, mit deren Hilfe es gelingt, in ihrer Zielsetzung, Ausrichtung und Größe höchst heterogene Organisationen vergleichbar zu machen (DZI, Jahresbericht 2017, S. 4). Mit ihren Empfehlungen gibt die Spenderberatung Sicherheit, mit ihrer Kritik warnt sie vor Missständen und schwarzen Schafen. Intention der Spenderberatung ist es aber seit jeher, nicht nur die Beurteilung von Spenden sammelnden Organisationen zu erleichtern, sondern mit Standards, Konzepten und Arbeitshilfen die qualifizierte Weiterentwicklung des Sektors zu unterstützen. Auf diese Weise ist die Spenderberatung Maßstab und unabhängiger Meinungsbildner und trägt dazu bei, das Vertrauen in Spenden sammelnde Organisationen auszubauen, die Spendenbereitschaft zu fördern und letztlich die Zivilgesellschaft insgesamt zu stärken.

VI „Der Nationalsozialismus konnte an den Materialien und Erfahrungen des Archivs nicht vorbeigehen.“

(Sofie Quast 1968)

Sabine Hering

Einleitung

Der Beitrag folgt im Wesentlichen Sofie Quasts¹ Aussagen über ihre Erfahrungen und Haltungen in der Zeit des Nationalsozialismus, die sie in einem Interview zum Thema „Wie die Deutschen Hitler zur Macht verhalfen“ (Brodersen u.a. 1983) zu Protokoll gegeben hat. Da Sofie Quast nach der Entlassung ihrer Vorgängerin und Mentorin Siddy Wronsky im Frühjahr 1933 die maßgebliche Akteurin im Archiv für Wohlfahrtspflege war, sind ihre Aussagen von besonderer Bedeutung, auch wenn sie natürlich als subjektive Darstellung der Vorgänge bewertet und gedeutet werden müssen. Auch ist der Umstand zu berücksichtigen, dass Sofie Quast zum Zeitpunkt des Interviews bereits 80 Jahre alt war.

Ich habe mich trotz dieser Vorbehalte dazu entschlossen, ihre Aussagen aus dem Jahre 1982 zum roten Faden meiner Darstellung² zu machen, diese aber durch eine ganze Reihe von Exkursen zu kontextualisieren und wo nötig zurechtzurücken.³



Sofie Quast 1962

Wer war Sofie Quast, geborene Götze, eigentlich?

Zu Beginn des Interviews stellt sich Sofie Quast ausführlich vor: „Ich bin Sozialarbeiterin, Volkswirtin und habe Medizin studiert. Bin im Krieg aus der Schule, dem einzigen staatlichen Mädchengymnasium,

¹ Nach ihrer Heirat im Jahr 1935 hatte die 1901 in Berlin geborene Sofie Götze den Namen Sofie Quast angenommen; sie wird in diesem Beitrag durchgehend unter diesem Namen aufgeführt.

² Die Originalzitate aus dem Interview mit Sofie Quast sind kursiv gesetzt.

³ Ich danke Heidi Koschwitz für die große Geduld und Sachkenntnis, mit der sie meine Arbeit an diesem Beitrag begleitet hat.

1953

Am 17. Juni wird der Aufstand der Arbeiter in Ost-Berlin und der DDR niedergeschlagen.

herausgegangen, weil wir, die guten Schüler, aufgefordert wurden, die Plätze der Eingezogenen einzunehmen. [...] Als der Krieg zu Ende war, wollte ich Armenarzt werden. Ich hatte nicht die Absicht, in die Wirtschaft zu gehen, obwohl mein Vater mir dringend zuriet. Der war Großkaufmann hier in Berlin und sagte: Das ist die einzige nette Chance, die Du je in Deinem Leben haben wirst. Worauf ich kühl sagte: Ich bin begabt genug, ich werde schon Chancen genug haben. [...] Ich ging dann an die soziale Frauenschule von Alice Salomon. Unsere Lehrerin für Sozialarbeit, Frau Wronsky, leitete damals das Archiv für Wohlfahrtspflege. Sie riet mir sehr, zu ihr zu kommen. [...] Ab 1922 war ich stellvertretende Geschäftsführerin des Instituts, und als Frau Wronsky dann im September 1933 wegging, übernahm ich die Leitung und habe sie bis zum Schluß innegehabt“ (Brodersen u.a. 1983, S. 196 f.).

Exkurs 1

Sofie Quast stellt sich von Anfang an als hochbegabte höhere Tochter dar, die über beste Beziehungen verfügt und durch ihre besonderen Qualitäten zu Höchstleistungen fähig ist. Eindeutig nachgewiesen ist ihre Ausbildung an der sozialen Frauenschule, welche sie nicht zuletzt ihrer Mentorin Siddy Wronsky verdankte, bei der sie während des Studiums gewohnt hat und die – so zumindest eine der Quellen⁴ – auch ihr Studium bezahlt hat.

Nachgewiesen ist auch ihr Abschluss als „Diplomvolkswirt“ im Jahre 1932, den sie in einem späteren Teil des Interviews erwähnt. Eine entsprechende Urkunde findet sich in ihren Unterlagen zwar nicht – ebenso wie es auch keine Nachweise eines Medizinstudiums gibt. Angesichts des Umstands, dass ihr gesamter persönlicher Nachlass verloren gegangen ist, überrascht das Fehlen dieser Dokumente aber nicht.⁵ Ihre Promotion, die sie 1933 abgeschlossen hat, erwähnt sie ganz

⁴ Der Hinweis auf die gemeinsame Wohnung und die Übernahme der Studienkosten findet sich in einem Schreiben der deutschen Arbeitsfront, Abteilung Information vom 28.5.1937. Die gemeinsame Wohnung wird von Quast selbst bestätigt, die Kostenübernahme durch Wronsky hat sie bestritten.

⁵ Den Hinweis auf den Verlust des persönlichen Nachlasses von Sofie Quast verdanke ich ihrem Sohn, Paul Quast, dem ich an dieser Stelle herzlich für seine Auskünfte danken möchte.

nebenbei ebenfalls an späterer Stelle, obwohl sie generell nicht dazu neigt, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Ihre Dissertation mit dem Titel „Grundlagen und Voraussetzungen der heutigen Wohlfahrtsarbeit“ weist gewisse Ähnlichkeiten mit einem der Hauptwerke von Siddy Wronsky „Leitfaden für die Wohlfahrtspflege“ (1921) auf, ein Umstand, der in der Beziehung zwischen den beiden offenbar keine große Rolle gespielt hat. Auf jeden Fall hat es bis zum Tod von Siddy Wronsky im Jahr 1947 keine Zerwürfnisse zwischen ihnen gegeben.⁶

Allerdings ist die Aussage von Sofie Quast nicht zutreffend, dass sie nach der Entlassung von Wronsky die Leitung des Archivs „bis zum Schluß“ innegehabt hätte. Mit Sicherheit ist sie durchgehend die „Seele“ und die Triebkraft der Einrichtung gewesen. Wie sehr sie und der damalige Vorstand jedoch um ihre Position unter dem politischen Druck in der NS-Zeit kämpfen mussten und wie viele Demütigungen und Degradierungen sie hat hinnehmen müssen, gehört zu den aufschlussreichsten Kapiteln über die schwierige Situation des Archivs in der NS-Zeit, über die später noch ausführlich zu sprechen sein wird.



Siddy Wronsky
1947

Das Archiv für Wohlfahrtspflege 1933

Über die Ausgangssituation des Archivs zu Beginn der NS-Zeit berichtet Sofie Quast in ihrem Rückblick aus dem Jahre 1982 relativ wenig. Ihre Kommentare über diese Phase der Entwicklung beschränken sich zunächst vor allem auf Personalia: „Schlimm war es, dass der Vorstand in diesen Jahren außerordentlich häufig wechselte [...] Schon vor 33 schieden entscheidende Leute aus dem Vorstand aus, weil sie sagten, wir sehen, was auf uns zukommt. Sie wurden zum Teil durch einige,

⁶ Heidi Degethoff de Campos (1993, S. 97) erwähnt ein Zerwürfnis, das in erster Linie auf politischen Meinungsverschiedenheiten beruht haben soll. Der Sohn von Sofie Quast, Paul Quast, ist sich dagegen ganz sicher, dass es bis zum Schluss enge freundschaftliche Beziehungen zu „Tante Siddy“ gegeben habe. Er verweist dabei unter anderem auf den Umstand, dass Siddy Wronsky ihm als Junge zahlreiche Briefe mit bunten Briefmarken aus Palästina geschickt hat, die aber ebenfalls verloren gegangen sind.

1953

Am 29. September stirbt Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter. Er war seit 1952 auch Vorsitzender des Archivs für Wohlfahrtspflege.

dem Nationalsozialismus anhängende Leute – nicht immer Mitglieder – ersetzt. Aus Klugheitsgründen haben wir einen Arzt, der gleichzeitig Obersturmbannführer der SA war, in den Archivvorstand geholt, unmittelbar nachdem Hitler Reichskanzler geworden war. Wir sagten zwar, wie kann ein Arzt so unklug sein, daß er zu Hitler geht, aber wir holten ihn in den Vorstand. Er war als Leiter der AOK Berlin von den Nazis eingesetzt worden.⁷ Wir dachten: Also dann, lieber Freund, komm zu uns. Und er hat uns vielfach geschützt und behütet“ (Brodersen u.a. 1983, S. 198).

Exkurs 2

Vergleicht man diese Aussagen aus dem Jahr 1982 mit einem offiziellen Bericht von Sofie Quast aus dem Herbst 1933 und anderen Dokumenten aus dem Jahr, so verdeutlichen sich ihre Andeutungen ebenso wie ihre „Auslassungen“.

Die Wechsel in der Zusammensetzung des Vorstands und des Beirats lassen sich auf der Grundlage des Protokolls der Beiratssitzung vom 23. Januar 1933 (!) und den nach der Machtergreifung stattgefundenen entsprechenden Sitzungen gut rekonstruieren. In der Sitzung, die in der letzten Woche der Weimarer Republik am 23.1.1933 stattfindet, sind vom Vorstand anwesend: „Stadtr. i.R. Wutzky, Beigeordneter Dr. Memelsdorff, Synd. Dr. Weisbart, Rechtsanw. Dr. Schmidt, Min. R. Ruppert als Gast.“ Vom Beirat sind anwesend: „Obermag. R. Dr. Kobkrak, Dr. Mittelstädt, Prof. Dr. Norden, Dr. Friedrich Ollendorff, Dr. Karl Reutti, Beigeordneter Zengerling, Prof. D. Siegmund-Schultze“ (DZI-Archiv 1933-1939)

Um zu verdeutlichen, wie prominent die Gremien im Archiv für Wohlfahrtspflege über die bereits genannten Personen hinaus am 23. Januar 1933 noch besetzt waren, hier auch die Liste der Entschuldigten: „Prof. Dr. Eulenburg, Heinrich Grünfeld, Prof. Dr. Jastrow, Dr. Paul Kempner, Geheimrat Prof. D. Mahling, Stadtrat Dr. Muthesius, Prof. Dr. Niklisch, Min. R. Schollen, Dr. Schmiljan, Dr. Dr. h.c. Alice Salomon, Direktor Stern, Lic. D. Ulrich.“ Aus dem Kreis der Geschäfts-

⁷ Bei dem neuen Vorstandsmitglied handelt es sich um Dr. med. Otto Walter.

führung und der Mitarbeiter werden im Protokoll genannt: „S. Wronsky, Dr. S. Götze, V. Linger, Ch. Kaunliowen“ (DZI-Archiv 1933-1939). Zentrale Themen der Beiratssitzung am 23.1.1933 sind die – mit sehr viel Lob verbundenen – Glückwünsche zum zehnjährigen Bestehen des Archivs (in der jetzigen Organisationsform) und die Sorge um die für die Erweiterung der Bestände nicht ausreichenden finanziellen Mittel der Einrichtung. Der als Gast anwesende Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Morgenstern, lobt die „prompte, schnelle und zuverlässige Auskunftserteilung“ vonseiten des Archivs und bedauert, gegenwärtig noch keine verbindlichen Zusagen zugunsten einer umfangreichen Unterstützung des Archivs vonseiten der Unternehmen machen zu können. Dass sich in dieser Sache unter den neuen Bedingungen im NS-Staat erhebliche Veränderungen ergeben, wird später zu erörtern sein. Die Geschäftsführerin, Siddy Wronsky, bedankt sich für die große Anerkennung, die der Arbeit des Archivs zuteil wird, und für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen öffentlichen und privaten Institutionen – wenige Wochen später ist die „Jüdin Wronsky“ entlassen (DZI-Archiv 1933-1939).

Im Herbst 1933 verfasst ihre Nachfolgerin, Sofie Quast, inzwischen promoviert und zur Geschäftsführerin ernannt, einen Bericht über die Situation des Archivs 1933 (Götze 1934). Hieraus zitiere ich folgenden längeren Abschnitt. Das Archiv hat „auch im Jahre 1933 seine Aufgaben auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege, der Sozialpolitik und aller Grenzgebiete, die die Wohlfahrtspflege berühren, durchführen können. [...] Der Vorsitz liegt in den Händen des Magistrats der Stadt Berlin, vertreten durch Herrn Bürgermeister Plath; der stellvertretende Vorsitz beim Deutschen Gemeindetag, vertreten durch Herrn Vizepräsidenten Dr. Zeitler. Als neues Vorstandsmitglied ist 1933 Herr Dr. med. Otto Walter, jetzt Beauftragter des Amtes für Volksgesundheit bei der Deutschen Arbeitsfront und NS.-Volkswohlfahrt, in das Archiv eingetreten. Die Tatsache, dass Vorsitz und stellvertretender Vorsitz in den Händen des Magistrats der Stadt Berlin und des Deutschen Gemeindetages liegen, gewährleistet, dass mit allen zuständigen Behörden und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, der Sozialversicherung und der Wirtschaft [...] enge Verbindung gehalten wird“ (ebd., S. 215).

1954

Das „Spenden-Alphabet“ erscheint, ein „vertrauliches“ Nachschlagewerk des Arbeitskreises Spendenwesen der deutschen gewerblichen Wirtschaft.

Wie Sofie Quast es in ihrem Interview bereits angedeutet hat, gehören viele derjenigen, die „voraussahen, was auf Deutschland zukommen würde“, jetzt nicht mehr zum Vorstand und Beirat, darunter einige der ganz prominenten Persönlichkeiten wie Ignaz Jastrow, Professor für Staatswissenschaften an der Humboldt Universität, Friedrich Ollendorff, Geschäftsführer der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, oder Alice Salomon, Direktorin der sozialen Frauenschule in Berlin.

Sie verliert allerdings kein Wort darüber, dass es auch einen Wechsel in der Geschäftsführung gegeben hat, oder – um es deutlicher zu formulieren – dass Wronsky als Jüdin fristlos und ohne Bezüge entlassen worden ist. Das mag aus Gründen der Opportunität im Jahr 1933 nachvollziehbar sein, völlig unverständlich ist es, dass sie das Thema auch in dem Interview im Jahre 1982 auslässt. Angesichts der großen Verdienste, die sich Wronsky um die Förderung ihrer Schülerin und Stellvertreterin erworben hat, und auch angesichts der persönlichen Nähe und Verbundenheit der beiden, ist es irritierend, dass die Entlassung nicht als solche benannt und kritisiert wird, sondern dass der Vorgang auch 50 Jahre später in nebulösen Worten wie „als Wronsky wegging“ verhüllt und verharmlost wird.

Das damals übliche Bekenntnis zum „neuen Staat“ fällt bei Sofie Quast im Herbst 1933 allerdings vergleichsweise verhalten aus. Sie schreibt: „In einem Augenblick, der Altes verschwindet und Neues an seine Seite treten lässt, der Gutes erhalten und Schlechtes ausmerzen will, können die gesammelten Erfahrungen einer solchen Arbeitsstelle [sie meint das Archiv – SH] Ansatzpunkte und Unterlagen für die Ausgestaltung und Formung von Arbeitsgebieten geben. Teilweise wurde durch die Umgestaltung die Möglichkeit geschaffen, die Reformen, welche die Fachstellen lange erstrebt hatten, endlich durchzuführen“ (Götze 1934, S. 215).

Zum Vergleich: Die Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt“, nunmehr herausgegeben vom Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt in der Deutschen Arbeitsfront, präsentiert ein großformatiges Zitat von Hitler auf der Titelseite des Blattes vom 15. Juli 1933: „Die soziale Tätigkeit hat ihre Aufgabe nie und nimmer in ebenso lächerlichen wie zwecklosen

Wohlfahrtsduseleien zu erblicken, als vielmehr in der Beseitigung solcher grundsätzlicher Mängel in der Organisation unseres Wirtschafts- und Kulturlebens, die zur Entartung einzelner führen müssen oder wenigstens verleiten können (Adolf Hitler)“.

Solche Rituale der Unterwerfung vermeidet Sofie Quast bis zum Ende der Nazizeit, sie hat allerdings auch kaum noch Gelegenheit dazu, da ihr die Leitung des Archivs entzogen und in die Hände des Parteigenossen Dr. Ralf Zeitler vom Deutschen Gemeindetag gelegt wird. Dieser für die Situation im Archiv einschneidende Vorgang soll im Folgenden ausgeführt werden.



Ralf Zeitler
(1903-1953)

Wer leitet das Archiv in der NS-Zeit?

In ihrem Interview aus dem Jahre 1982 sagt Sofie Quast: „Ich habe 51 Jahre lang das Archiv für Wohlfahrtspflege geleitet.“ Und auch in der von ihr verfassten Festschrift „75 Jahre Soziale Arbeit in Deutschland – gesehen im Spiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen“ erwähnt sie mit keinem Wort, dass die Geschäftsführerin (also Sofie Quast) in der NS-Zeit eigentlich entlassen werden sollte und nur unter erheblichem Einsatz der neuen Leitung⁸ als „technische Archivangestellte“ weiterbeschäftigt werden konnte. Was ist passiert?

Exkurs 3

Am 27. Mai 1934 ergeht folgende Pressemitteilung: „Archiv für Wohlfahrtspflege: Der Vizepräsident des Deutschen Gemeindetages, Dr. Ralf Zeitler, hat den Vorsitz des Archivs für Wohlfahrtspflege übernommen. Das Archiv für Wohlfahrtspflege ist die zentrale Sammelstelle für das Gesamtgebiet der Wohlfahrtspflege.“

Am 4. Oktober 1935 findet sich folgender Vermerk in den Unterlagen des Archivs: „Mit Fräulein Dr. Götze hat der Unterzeichnete [Dr. Zeitler] heute verabredet, dass von einer Änderung der Satzung des Archivs für Wohlfahrtspflege fürs erste abgesehen werden soll.

⁸ Zeitler verfasste eine neun Seiten lange Stellungnahme, um die Entlassung von Sofie Quast zu verhindern.

1955

Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege tritt in die Trägerschaft und somit in den Vorstand des Archivs für Wohlfahrtspflege ein.

Eine Änderung der Organisation des Archivs soll nur insofern eintreten, dass der Unterzeichnete die Geschäftsführung und Leitung übernehmen soll. [...] Mit Rücksicht darauf, dass Fr. Götze hinsichtlich ihrer fachlichen Eignung im Augenblick unersetzlich ist, habe ich ihr zugesagt, dass der Deutsche Gemeindegtag sich für ihre Weiterbeschäftigung einsetzen wird“ (DZI-Archiv 1933-1939). Dieser Vermerk zeigt, dass Zeitler – ein Parteigenosse und SA-Mann – nicht nur den Berliner Bürgermeister Plath im Vorstand des Archivs abgelöst hat, sondern nun auch die Leitung des Archivs anstelle von Sofie Quast übernehmen wird.

Trotzdem gehen die Anschuldigungen weiter. Sowohl das Reichsfrauenamt, die Deutsche Arbeitsfront, der Gaufachschaffswalter „Volkswohlfahrt“, vor allem aber die NSDAP-Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt, verlangen wiederholt die Entlassung von Sofie Quast wegen „politischer Unzuverlässigkeit“. Der Leiter des Hauptamtes für Volkswohlfahrt, Hermann Althaus, fordert für sie am 9.12.1937 sogar ein Schreibverbot in der „Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“. Erst als sich Zeitler mittels der Befragung einer langjährigen Mitarbeiterin und „eigener Nachforschungen“ mit Nachdruck für Sofie Quast einsetzt, lassen die Vorwürfe nach. Zeitler schreibt am 7.12.1937 an das Hauptamt für Volkswohlfahrt: „Obwohl besondere Gründe für eine Änderung der Geschäftsführung nicht vorlagen, hat der Vorstand schon vor mehr als einem Jahr den Unterzeichneten zum Geschäftsführer bestellt und damit dem Archiv eine klare nationalsozialistische Führung gegeben. Frau Dr. Quast-Götze versieht seit dieser Zeit unter meiner Verantwortung lediglich die technische Leitung der Archivarbeit“ (DZI-Archiv 1933-1939).

Sowohl die Aussagen der „langjährigen Mitarbeiterin“, die wiederholt betont, dass Wronsky und Quast auf politischem Gebiet grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen vertreten haben und dass alle fachlichen Entscheidungen ausschließlich von Wronsky getroffen wurden, als auch die von Zeitler hervorgehobene „nationalsozialistische Führung“ des Archivs haben ihren Zweck nicht verfehlt. Ob diese Darstellungen den Tatsachen entsprochen haben, auf Verleumdungen beruhten oder nicht eher als Solidaritätsmaßnahme für Sofie Quast gedacht waren, muss offen bleiben. Diese hat ihrerseits die Unterstüt-

zung durch „ihren Chef“ offenbar nicht besonders dankbar zur Kenntnis genommen. Sie beschwert sich vielmehr darüber, was sie alles an Zuarbeit für ihn leisten musste. In dem Rückblick aus dem Jahr 1968 schreibt sie: „Der Vizepräsident [des Deutschen Gemeindegtages – SH], Dr. Ralf Zeitler, bediente sich der Mitarbeit des Archivs so, als ob es seine eigene Dienststelle war“ (Quast 1968, S. 13). Dass es in der Tat – aufgrund seiner Funktion als erster Vorsitzender, Geschäftsführer und Leiter – nicht ihre, sondern seine Dienststelle war, hat sie offensichtlich auch Jahrzehnte später weder realisieren noch akzeptieren können.

Das Archiv als Zufluchtsort

Die Aussagen von Sofie Quast über den Schutz, den das Archiv Bedrohten und Verfolgten geboten hat, sind widersprüchlich: „Daß die Leute, die jetzt das Sagen hatten, Juden schon nicht mehr reinnahmen, das hat sich ja so allgemein vorher angebahnt. Innerhalb des ersten Jahres der Hitlerzeit durften keine Juden und keine SPD-Leute eingestellt werden. Wir hatten aber eine ganze Menge SPD-Leute, Juden hatten wir nicht. In der Zentrale für private Fürsorge⁹ waren Leute, die ein paar Stunden am Tag Zeitungen ausschneiden und ablegten. Wir brauchten andere. Wir haben dann junge Leute reingenommen, natürlich wohl oder übel keine Juden. Jedenfalls haben wir uns elegant durchgeschlängelt. [...] Es gab zwar eine Menge jüdischer Leute in der Fürsorge, aber keine Geeigneten für die Arbeit im Archiv. Es ist ein ganz anderer Typ Menschen gewesen“ (Brodersen u.a. 1983, S. 198 f.).

Diese Aussage über die rassistisch grundierte Personalpolitik des Archivs steht im krassen Gegensatz zu Einzelfällen, über die Sofie Quast ausführlich zu berichten bereit ist. „Herr Dr. K.¹⁰, der jüdische Obermagistratsrat, konnte sich nicht entschließen, [Deutschland zu verlassen], und die Frau hat unter Tränen gebeten, könnt Ihr ihn nicht beschäftigen, sonst geht er ein. – Sahen wir ein. Wir haben den Mann

⁹ Das „Archiv für Wohlfahrtspflege“ ist aus der „Zentrale für private Fürsorge“ hervorgegangen. Beide Einrichtungen standen bis 1933 unter der Leitung von Siddy Wronsky. Die „Zentrale für private Fürsorge“ hat Hilfesuchende ebenso wie private Hilfsorganisationen beraten.

¹⁰ Es handelt sich um den Obermagistratsrat Dr. Richard Kobrak, vor 1933 Mitglied des Beirats im Archiv für Wohlfahrtspflege.

1957

Das Archiv für Wohlfahrtspflege wird eine Stiftung bürgerlichen Rechts und kann durch Mittel der Berliner Zahlenlotterie sein erstes eigenes Institutsgebäude in der Miquelstraße 83 erwerben (1956) und beziehen (1957).

dann in Betrieb genommen und natürlich nicht in unseren Listen geführt. Wir hätten ja jede Menge Ärger bekommen, und das, wo die uns so schon haßten“ (Brodersen u.a. 1983, S. 199).

Die Beschreibung von erfolgreichen Einsätzen für Bedrohte geht aber noch weiter: „Soweit die Betroffenen noch lebten, haben wir uns mit Liebe und Leidenschaft bemüht, sie über Catchpool¹¹ freizukriegen. Ich habe ihn in solchen Fällen angerufen und habe gesagt: Du, hör mal, hier ist jemand seiner politischen Einstellung wegen verhaftet worden, den schieben sie binnen zwei Tagen bestimmt nach Oranienburg ab. Erst hat sich Catchpool selbst bemüht, aber wenn es ums Rausholen ging, hat er mich gebeten, mitzukommen. Wir hatten uns häufig über Goebbels ein Papier besorgt, daß der Betroffene freizulassen ist. Das zeigten wir vor – und dann bekamen wir ihn“ (Brodersen u.a. 1983, S. 214).

Exkurs 4

Der politische Einfluss von Sofie Quast, die sich einerseits als Regimegegnerin, andererseits aber auch als Schützling bedeutender Persönlichkeiten darstellt, ist schwer einzuschätzen. „Jedermann wußte, dass ich eine Hauptgegnerin war von Hitler. Das war stadtbekannt. Ich hatte in meinem Zimmer bis zum Schluß kein Hitlerbild aufgehängt. Ich hatte die ‚betenden Hände‘ von Dürer in meinem Arbeitszimmer hängen und bin stets dafür angemockert worden. Wir haben schließlich ein Hitlerbild in der Bibliothek aufgehängt, da wo die Heizung abblies. Wir haben im Institut auch nie ‚Heil Hitler‘ gesagt, was sie uns bis zuletzt schwer angekreidet haben. Wir haben ‚Guten Tag‘ gesagt und sehr ungern und mal gelegentlich ‚Heil Hitler‘, wenn wir wußten, es drohte zu viel Gefahr“ (Brodersen u.a. 1983, S. 211).¹²

Es gibt in den Beständen des DZI sehr wohl Unterlagen über die Bemühungen des Vorstands und der Geschäftsführung, die Unterhaltungen für Siddy Wronsky zu genehmigen und ins Ausland, nach

¹¹ Corder Catchpool war ein Bekannter von Sofie Quast, der im Auftrag der Quäker in Deutschland arbeitete.

¹² Ihre Briefe hat Quast allerdings überwiegend mit „Heil Hitler“ abgeschlossen.



Saarlandstraße 1944, Passanten lesen die Notverordnung bei Fliegeralarm

summe wurde auf mindestens zwei Millionen Reichsmark geschätzt. Statt der beantragten Vorauszahlung von 200 000 RM erhielt das Archiv zunächst 50 000 RM zur Wiederbeschaffung der Bibliotheksbestände und ein Notquartier in der Saarlandstraße 14 in Kreuzberg. Hier hatte der Deutsche Gemeindetag eine zweite Geschäftsstelle und konnte dem Archiv Räume zur Untermiete anbieten.

In der Saarlandstraße konnte das Archiv jedoch nur kurze Zeit bleiben. Das Haus Nr. 14 wurde in den letzten Kriegstagen im Frühjahr 1945 durch Beschuss zerstört, wieder gingen Teile der Bibliothek und des Archivs verloren (Archiv für Wohlfahrtspflege 1948). Der Grad der Zerstörung kann nicht mehr ermittelt werden. Obwohl die Geschäftsstelle ausziehen musste, firmierte das Archiv noch bis zur Übersiedlung in die Räume in der Berliner Straße 4-9 in Charlottenburg im Jahr 1946 unter der Adresse in der Saarlandstraße.

Die Saarlandstraße trägt heute wie bereits zwischen 1930 und 1935 den Namen des früheren Außenministers Gustav Stresemann. An der Stelle des Häuserblocks in der Stresemannstraße, an der sich auch die frühere Hausnummer 14 befand, steht heute die Parteizentrale der SPD.

24. November 1943 bis April 1945 Saarlandstraße 14

Das Haus in der Neuen Friedrichstraße 36 war bei einem Bombenangriff am 22. November 1943 vollständig zerstört worden. Die Archivalien wurden trotz einer vor der Bombardierung durchgeführten Evakuierung weitgehend zerstört. Bei einem nächtlichen Angriff auf den Eisenbahnzug, der das Archiv in das Ausweichquartier St. Andreasberg im Harz transportieren sollte, verbrannten große Teile des Bestands (Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen 1968, S. 14).

In ihrem Antrag auf Entschädigung nach der Kriegssachschädenverordnung führte Sofie Quast als Generalsekretärin – so die damalige Amtsbezeichnung der Archivleiterin – den Verlust von 70 000 Büchern und mehreren Millionen Akten und anderen Materialien an. Dieser betraf vor allem die verbliebenen Fallakten und die Kartotheken. Die Schadens-

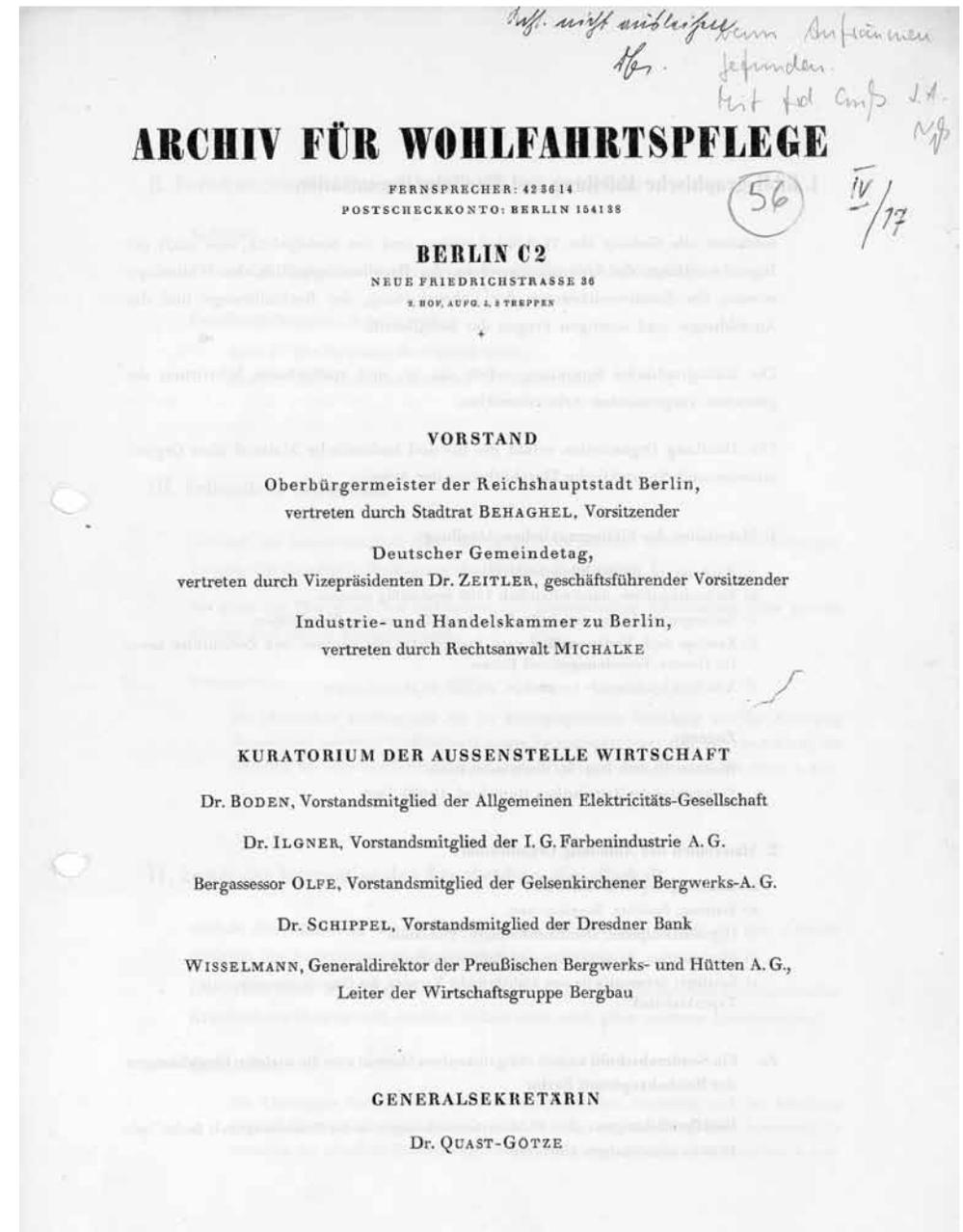
1958

Der Verein zur Förderung der Stiftung Archiv für Wohlfahrtspflege wird gegründet.

Palästina, zu transferieren, auch wenn dieser Einsatz im Endeffekt erfolglos war.¹³ Es gibt, wie bereits erwähnt, Unterlagen über die Zusammensetzung von Vorstand und Beirat vor und nach 1933, welche die „Machtübernahme“ auch innerhalb des Archivs widerspiegeln. Verständlicherweise gibt es jedoch keine Unterlagen über illegal Beschäftigte. Wer alles kurzfristig oder auf längere Dauer im Archiv „Unterschlupf“ gefunden hat, lässt sich nicht mehr nachprüfen. Ob die Beschreibung der Belegschaft des Archivs als Gemeinschaft von Rettern und Gehorsamsverweigerern „[...] wir haben nie ‚Heil Hitler‘ gesagt, [...] wir haben immer gesagt, wie kann man nur so dumm sein, zu Hitler zu gehen [...]. Man hat immer wieder versucht, uns für die Idee des Nationalsozialismus zu gewinnen, aber wir waren eisern [...]“ der Realität entspricht, ist ebenfalls nicht mit Sicherheit zu sagen. Vermutlich hat der Druck von außen die Belegschaft tendenziell zusammenrücken lassen. Nachgewiesen ist wie bereits erwähnt aber auch, dass es aus dem Haus Spitzelberichte über Sofie Quast gab, auch wenn diese ihr im Endeffekt zum Vorteil gereicht haben.

Sofie Quast selbst beschreibt aber nicht nur Gehorsamsverweigerung und Kritik am Regime. In zahlreichen Passagen erwähnt sie, wie viele man habe retten können, wie vielen sie selbst zur Flucht verholfen hat. In diesem Zusammenhang sind vor allem an ihren Behauptungen, man habe mal eben „über Goebbels“ Papiere erhalten können, um politische Gefangene freizubekommen, Zweifel anzumelden. Auch gibt der Umstand zu denken, dass es bis zum Tod von Sofie Quast im Jahre 1983 – also fast 40 Jahre nach dem Ende der Nazi-Zeit – keine Hinweise auf ihre Würdigung als Retterin von Verfolgten oder Dankesbriefe der von ihr Geretteten gibt. Soweit es tatsächlich Rettungen gegeben hat, sind diese mit Sicherheit auf der Grundlage der persönlichen Netzwerke von Sofie Quast erfolgt und nicht als Aktionen des Archivs für Wohlfahrtspflege zu verbuchen.

¹³ Auf der Vorstandssitzung am 23.9.1933, deren einziger Tagesordnungspunkt das „Ruhegehalt Wronsky“ ist, wird einstimmig beschlossen, dieses – wenn auch jederzeit widerruflich – zu genehmigen. Im November wird dieser Beschluss aber widerrufen, weil dadurch „Schwierigkeiten für das Archiv“ entstehen würden – so ein Schreiben von Dr. Schmidt, der mit dem Vorgang beauftragt wurde, an den Vorsitzenden, Stadtrat Plath (DZI-Archiv 1933-1939).



Organisationsstruktur
des Archivs für Wohlfahrtspflege 1938

1958

Das International Committee on Fundraising Organizations (ICFO) wird unter Mitwirkung des Archivs für Wohlfahrtspflege als weltweiter Zusammenschluss unabhängiger Spendenauskunftsstellen gegründet.

Was macht das Archiv in der NS-Zeit so wichtig?

Die Aussage von Sofie Quast, dass „der Nationalsozialismus nicht an den Materialien und Erfahrungen des Archivs vorbeigehen konnte“ (Quast 1968, S. 13), verweist aus meiner Sicht in erster Linie auf den erheblichen Einfluss, den die Wirtschaft auf die Partei gehabt hat. In anderen Worten: Die Wirtschaft konnte an den Materialien und Erfahrungen des Archivs nicht vorbeigehen, weil sie von großem Nutzen für sie waren, und hat deshalb immer wieder, auch gegen politischen Druck, die schützenden Hände über die Einrichtung gehalten.

Exkurs 5

Das Archiv für Wohlfahrtspflege ist seit 1933 von unterschiedlichen politischen Gremien angegriffen worden. Es gab zahlreiche Vorschläge, es mit anderen Institutionen zusammenzulegen oder ganz zu schließen. Bereits am 23.2.1934 wird der Vorschlag vorgelegt, das Archiv mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge zusammenzulegen.¹⁴ Die Reichsleitung – Hauptamt für Volkswohlfahrt schlägt weitergehend am 29.4.1936 vor, „im Interesse einer einheitlichen Zielsetzung eine Verbindung zwischen dem Archiv für Wohlfahrtspflege und dem Hauptamt für Volkswohlfahrt herzustellen“. Im Januar 1937 erfolgt der Vorschlag, das Archiv zukünftig „Archiv für öffentliche Wohlfahrtspflege“ zu nennen – ganz offensichtlich ein Affront gegenüber der privaten Wohlfahrt.¹⁵ Das ist alles aber nicht erfolgt. Das Archiv hat sich über all die Jahre als selbstständige Einrichtung erhalten und finanziell und personell eher ausweiten können. Als die Bestände 1943 durch Bombenangriffe zerstört wurden, gelang es Sofie Quast sogar – mitten im Krieg bei strikter Beschränkung aller Ressourcen – 50 000 Reichsmark zum Wiederaufbau bewilligt zu bekommen.

Deshalb stellt sich die Frage: Wer hat das Archiv genutzt – und welche Vorteile haben einflussreiche Institutionen davon gehabt? Eine besondere Bedeutung haben ganz offensichtlich die guten Ver-

¹⁴ Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge (vor 1919: Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit) versteht sich als Zusammenschluss der öffentlichen und freien Träger zum Zweck der fachlichen Optimierung Sozialer Arbeit.

¹⁵ Alle diese Hinweise finden sich in dem Ordner zur NS-Zeit im DZI.

bindungen des Archivs zur Wirtschaft gehabt, die nicht zuletzt durch die Beratung und Qualifizierung von Betriebsfürsorgerinnen vonseiten des Archivs für Wohlfahrtspflege zustande gekommen waren. In ihrem Rückblick aus dem Jahre 1968 schreibt Sofie Quast: „Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wurde nach 1933 durch die Gründung einer ‚Außenstelle Wirtschaft‘ intensiviert. [...] Das Kuratorium der Außenstelle bestand aus: Dr. Boden, Vorstandsmitglied der AEG, Dr. Ilgner, Vorstandsmitglied der I.G. Farbenindustrie, Bergassessor Olfe, Vorstandsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Dr. Schippel, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, und Wisselmann, Generaldirektor der Preußischen Bergwerks- und Hütten AG, Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau“ (Quast 1968, S. 13).

Auf der Grundlage dieser „Außenstelle Wirtschaft“ und der hochkarätigen Zusammensetzung ihres Kuratoriums lässt sich nachvollziehen, wie die anfänglich bereits zitierte Absichtserklärung des Vertreters der Wirtschaft am 23.1.1933 unter den neuen politischen Verhältnissen umgesetzt worden ist. „Wir haben Mitgliedsbeiträge gehabt, hohe Mitgliedsbeiträge, u.a. von AEG, Bosch, Osram. Den Rest deckten dann die Vereinsmitglieder. Und ein weiterer Teil – natürlich kein großer, kam herein durch die immerhin 30.000-40.000 Anfragen, die wir im Jahr bearbeitet haben. [...] Ich erinnere mich, dass Bosch oder Daimler Benz uns mal sagten: Kinder, Eure Auskünfte sind uns Millionen wert. Worauf ich kühl zurückschrieb: Würdet Ihr das bitte bei der Zahlung des Beitrags in Zukunft berücksichtigen? [...] Unsere Auskünfte waren ausschließlich Sachauskünfte auf Anfragen wie: In Kenia fordern die Leute Unterstützung für den Bau eines Krankenhauses. Bewilligen oder nicht bewilligen?“ (Brodersen u.a. 1983, S. 200).

Exkurs 6

Diese Aussage wirft weitere Rückfragen nach der Verbindung zwischen Archiv und Wirtschaft auf. Wieso zahlen große Industrieunternehmen „Mitgliedsbeiträge“ in erheblicher Höhe – und welche Auskünfte erhoffen sie sich? Und wie kommen sie zum Beispiel auf die Idee, ein Archiv für Wohlfahrtspflege in Berlin könne ihnen gesicherte Informationen über das Gesundheitswesen in Kenia zur Verfügung stellen?

1960

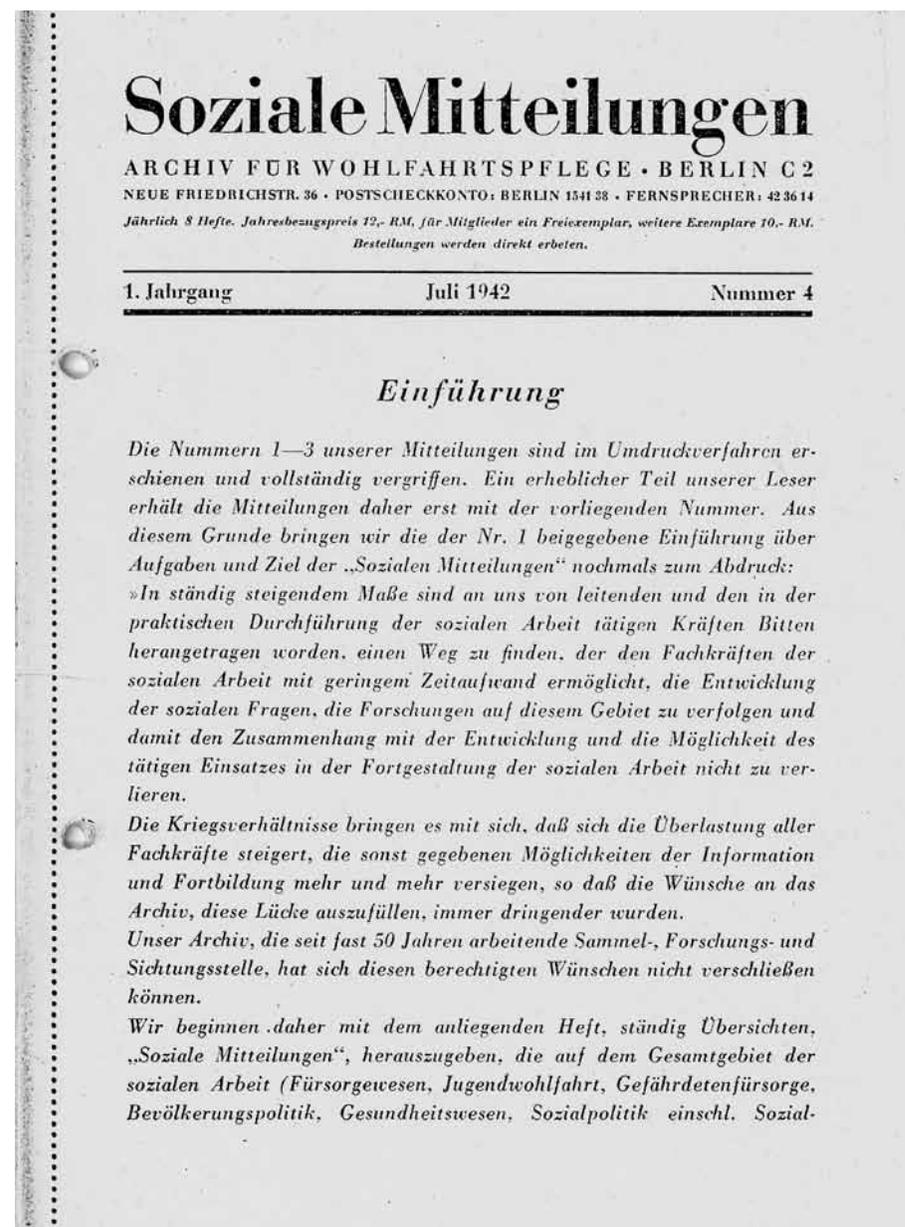
Der Radiosender RIAS und das Archiv für Wohlfahrtspflege informieren über Spendenthemen in der Sendung „Haben Sie 5 Minuten Zeit für die Klingel an Ihrer Haustür?“

Auf diese Fragen lässt sich nur in Form von Hypothesen antworten:

► Die erste Hypothese verweist auf die offensichtlich damals bereits erfolgten Auskünfte des Archivs bezüglich der Spendenwürdigkeit von Initiativen und Organisationen – also auf die Vorläufer des „Spendensiegels“. Informationen darüber, dass bestimmte Einrichtungen es wert sind, finanzielle Unterstützung vonseiten der Wirtschaft zu bekommen, mag sich damals auch auf die „Sozialwerke“ der Partei wie „Kraft durch Freude“, „Winterhilfswerk“, „Hilfswerk Mutter und Kind“ erstrecken haben, aber das ist Spekulation. Auf jeden Fall würde die Befürwortung einer Förderung dieser Organisationen im Interesse der Partei, der Wirtschaft und des Archivs gelegen haben.

► Die zweite Hypothese bezieht sich auf die explizite Parteinahme des Archivs gegen die Gewerkschaften und für die Arbeitgeberseite. Sofie Quast stellt das folgendermaßen dar: „Aber das Institut [= das Archiv] war eigentlich eine von den Arbeitgebern geförderte Institution, die zwar der Wohlfahrtspflege dient und damit eigentlich weniger den Arbeitgebern als den Arbeitnehmern. Aber die Empfänger oder die Gegenstände ihrer Arbeit waren nicht so sehr auf der Arbeitnehmerseite, denn die soziale Arbeit wird ja letzten Endes aus Steuermitteln bezahlt, und da sagen natürlich die Arbeitgeber, wir sind diejenigen, die euch bezahlen“ (Brodersen u.a. 1983, S. 215). Sofie Quast bekennt sich damit zu der Priorität wirtschaftlicher Interessen bei der Ausübung Sozialer Arbeit und – infolgedessen – ebenfalls bei der Beratung der Wirtschaft durch das Archiv, auch wenn ihre Argumentation sachlich absolut nicht stichhaltig ist. Dass diese Haltung aber vermutlich die einzige Überlebenschance des Archivs in der NS-Zeit war, ist zwar auch nur eine Spekulation, entbehrt aber angesichts des Verlaufs der Ereignisse nicht einer gewissen Wahrscheinlichkeit.

► Die dritte Hypothese knüpft an die Frage an, weshalb spendenwillige Unternehmen davon ausgehen sollten, ein Archiv für Wohlfahrtspflege in Berlin könne ihnen gesicherte Informationen über das Gesundheitswesen zum Beispiel in Kenia zur Verfügung stellen. Einen möglichen Aufschluss darüber gibt der Hinweis von Sofie Quast auf die „Korrespondenten“, die das Archiv in aller Welt gehabt haben soll. „Das Archiv hatte etwa 100 eigene Korrespondenten, davon nur 20 in Deutsch-



Die Zeitschrift
Soziale Mitteilungen
vom Juli 1942

1961

Am 13. August wird die Mauer zwischen Ost- und West-Berlin errichtet.

land, aber 80 im Ausland. Das Archiv für Wohlfahrtspflege war ja eine internationale Stelle. Und diese Korrespondenten trugen uns Nachrichten zu“ (Brodersen u.a. 1983, S.197). Wenn es tatsächlich ein solches Netzwerk gab, könnte das Archiv in der Tat Zugang zu Informationen gehabt haben, die damals auf offiziellem Wege nicht verfügbar waren.¹⁶

Die „geklaut“ Zeitschrift

„Wir gaben vom Institut eine Zeitschrift heraus, die ‚Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege‘. Das Innenministerium, die Partei nahm uns diese Zeitschrift einfach weg. Wir haben dann zwei eigene Zeitschriften – zwei verbotene – gedruckt [...] Mit dem Ergebnis, dass ich eines Tages eine Aufforderung bekam, zu Herrn Goebbels zu kommen. Ich sah meinen Kopf schon unterm Arm, sagte mir aber, mit dem Mann muss ja zu reden sein. Beschwerde mich also mit Leidenschaft, dass sie uns die Zeitschrift gestohlen hätten, ich besinne mich noch, wir sagten ‚gestohlen‘. Und dann wischte er alles weg und sagte: Ich brauche Eure Zeitschrift fürs Ausland und wünsche, dass sie in besserer Form erscheint. Das Geld könnt Ihr bei mir abfordern“ (Brodersen u.a. 1983, S. 201).

Exkurs 7¹⁷

Eins nach dem anderen: In der Tat ist ein rabiater Umschwung in der Herausgeberschaft der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“ im Oktober 1934 zu verzeichnen. Nachdem die Zeitschrift im Januar 1933 noch von Siddy Wronsky (Archiv der Wohlfahrtspflege), Fritz Ruppert (Reichsministerium des Inneren) und Dr. Memelsdorff (Deutscher Städtetag) herausgegeben wurde, firmieren als Herausgeber im März 1933 bereits: Fritz Ruppert, Dr. Memelsdorff und Dr. Sofie Götze für das Archiv für Wohlfahrtspflege – man beachte die Reihenfolge! Im Februar 1934 steht wiederum eine Veränderung an. Herausgeber sind nun: Dr. O. Walter (als Vertreter der Krankenkassen), Dr. Sofie Götze und Fritz Ruppert – auch hier ist die Reihenfolge überaus interessant.

¹⁶ Da es später keine Korrespondenten im Archiv mehr gegeben hat, lässt sich bislang nicht aufklären, wie sich diese Kontakte damals ergeben haben und welche Personen im Ausland daran beteiligt waren.

¹⁷ Für die Hinweise zu diesen Ausführungen habe ich Martin Schmidt vom DZI zu danken.

Der angekündigte Umschwung erfolgt – wie gesagt – im Oktober 1934. Nun werden folgende Personen beziehungsweise Institutionen als Herausgeber der Zeitschrift benannt: Hermann Althaus (Amt für Volkswohlfahrt), Fritz Ruppert und Dr. Ralf Zeitler (Deutscher Gemeindegtag). Das Archiv für Wohlfahrtspflege ist nicht mehr aufgeführt, obwohl Zeitler sich sehr leicht zu diesem Zeitpunkt auch als Vertreter des Archivs hätte ins Spiel bringen können. Das Archiv ist also bereits zirka eineinhalb Jahre nach der Machtübernahme aus der offiziellen Herausgeberschaft der Zeitschrift ausgeschlossen. Um die Worte von Sofie Quast zu benutzen: „Die Zeitschrift ist dem Archiv geklaut worden.“ Dass – vor allem Sofie Quast – nach wie vor für die Zeitschrift Beiträge geschrieben hat, geht nicht zuletzt aus der Forderung von Hermann Althaus hervor, ihr endlich Schreibverbot zu erteilen. Erst 1942 finden sich Hinweise darauf, dass das Archiv in seinen Kellerräumen beginnt, ein eigenes (illegales?) Mitteilungsblatt zu verbreiten. Daraufhin erfolgt – so die Darstellung von Quast aus dem Jahre 1982 – die Einladung in das Büro von Goebbels. Über die Absprachen, die damals getroffen wurden (siehe oben), gibt es keine anderen Aussagen als die bereits erwähnten, die Quast in dem Interview zu Protokoll gegeben hat.

Unabhängig davon, ob das Geld dafür tatsächlich von Goebbels zur Verfügung gestellt worden ist oder nicht, erscheinen die Mitteilungen nach den ersten Nummern in sehr viel ansprechender Form. Ob sie tatsächlich als Botschaft des „guten Deutschlands“ in großer Zahl ins Ausland geschickt worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Nachweisbar ist, dass es Sofie Quast mit großem Elan und viel Erfolg geschafft hat, diesen „Mitteilungen“, die nun endlich wieder von ihr allein verantwortet wurden, auf der Ebene der Fachorganisationen ein breites Auditorium zu verschaffen. Dass sowohl die „Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“ als auch die „Sozialen Mitteilungen“ im Herbst 1944 eingestellt werden mussten, ist als eine der vielen Kriegsfolgen zu verbuchen.

Zerstörung und Wiederaufbau

In ihrem Rückblick aus dem Jahre 1968 schreibt Sofie Quast: „Mit Beginn des 2. Weltkrieges wurde eine neue Frage akut. Archive und Institute suchten auf Wunsch des Reichsministers des Inneren Aus-

Bereits am 29.3.1944 schreibt Sofie Quast folgenden Brief an das Kriegssachschädenamt: „Wir haben mit Schreiben vom 26.1. eine vorläufige Anmeldung des erlittenen Schadens beim Angriff vom 22.11.1943 in Höhe von insgesamt 2 Millionen Reichsmark eingereicht. Hierunter befinden sich rund RM 420.000.– Schadenforderungen für unsere Bibliothek mit etwa 70.000 Bänden, die mit einem Durchschnittspreis von RM 6.– pro Band bewertet worden waren“ (DZI-Archiv 1940-1949). Sofie Quast muss mehrfach nachhaken, um die Bestätigung des Schadens zu bekommen. Auch ihre zahlreichen Bitten um Material und finanzielle Unterstützung erweisen sich angesichts der Umstände zu Ende des Krieges als aufwendig. Vom Caritas-Verband in Freiburg bekommt sie 2 000 Reichsmark zum Wiederbaubau zur Verfügung gestellt. Auf andere Anfragen kommen erschütternde Antworten. Der Berliner Buchhändler Karl Buchholz zum Beispiel schreibt ihr am 26.1. 1944: „Meine Buchhandlung und auch mein Antiquariat sind fast ganz ohne Bestände, da beide Geschäfte in Flammen aufgegangen sind“ (ebd.).

Im Endeffekt werden Sofie Quast aber 50 000 Reichsmark für den Wiederaufbau der Bibliothek bewilligt. Angesichts der zeitlichen Umstände eine enorme Leistung. Mit diesen Mitteln macht sie sich an den Wiederaufbau dessen, was heute das DZI ist¹⁹ – in einer 110 qm großen Wohnung, mit zwei Söhnen, zwei einquartierten „Untermieterinnen“ und einem täglich anwachsenden Berg von Akten, die von ihr und den Getreuen sortiert und als Grundlage eines neuen Archivs wiederbelebt werden.

Noch vor Kriegsende wird mit dem Wiederaufbau begonnen. In dem Interview von 1982 schlägt sie den Bogen zurück zum Anfang des Untergangs. Sie erinnert sich, dass sie bereits 1933 den innigen Wunsch verspürt hat: „Möge es uns gelingen, dass wir den Kopf einziehen und durchkommen. Mit dem Institut durchkommen. Wir haben es ja auch geschafft“ (Brodersen u.a. 1983, S. 209). Sie hat es in der Tat geschafft!

¹⁹ Die nach dem Krieg erfolgte Umbenennung in „Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen“ geht nicht zuletzt auf die Initiative von Sofie Quast zurück.

VII Die Funktion der sozialen Literatur für Praxis, Ausbildung und Forschung zur Sozialen Arbeit

Wolf Rainer Wendt

Einleitung

Soziale Literatur war und ist Medium der Bearbeitung der sozialen Frage in all ihren Facetten. In Publikationen wird informiert, orientiert, dokumentiert, reflektiert und ausgelegt, analysiert und kritisiert, wie es um das Soziale in seinen Vorgängen und seinen Verhältnissen bestellt ist. Die Literatur ist selber eine Dimension des sozialen Lebens; sie gibt Fakten aus deren Wirklichkeit wieder, umschlossen von den Narrativen, in denen man sich diskursiv auf das Soziale und auf die in ihm und für es zu leistende Arbeit verstehen will.

Als die Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur 1896 ihr Graubuch „Die Wohlfahrtseinrichtungen Berlins. Ein Auskunftsbuch“ herausgab, sollte es allen in der Armenpflege Tätigen, an ihr Interessierten und Hilfebedürftigen als Register dienen. Heute geben elektronisch gespeicherte Verzeichnisse Auskunft und die Informationsversorgung und Recherche nach Wissen verläuft in erster Linie online über Suchmaschinen und in virtuellen Bibliotheken. Die gedruckte Literatur hat dennoch ihre Funktion als Anker der Orientierung und mediale Basis für den Diskurs in sozialen Fragen nicht verloren. Die Literatur verbindet und vergegenwärtigt, in welcher Form sie auch vorliegt und genutzt wird, in der Diachronie des Geschehens vergangene, bleibende und neue Vorstellungen, Konzepte, Anleitungen und Befunde zur Sozialen Arbeit und trägt sie weiter.

Kommunikation vermittelt Literatur

Das Soziale braucht Kommunikation, die schriftliche wie die mündliche. Ohne sie kommt das Soziale nicht zustande. Retrospektiv war das so, als zu Zeiten der Aufklärung unter Bürgern erstmals vom Sozialen die Rede war, und das bleibt so in unseren Tagen medialer Auflösung des Flechtwerks gesetzter Literatur. Ihre andauernde Funktion lässt sich in der Arbeit an sozialen Problemen verfolgen und damit kann auch

die Bedeutung erfasst werden, welche der Austausch über Publikationen in der Evolution der sozialen Profession gespielt hat. Es wurden zivile, ideologische und wissenschaftliche Positionen bezogen, mit denen Soziale Arbeit begründet und von denen aus ihre Praxis reflektiert werden konnte.

Anfangen sei mit der Erörterung von Funktion und Rolle der Literatur im Vorfeld der Verberuflichung Sozialer Arbeit, die um 1900 ihren Anfang nahm. Beginnend mit der europäischen Aufklärung wird das Soziale in einem öffentlichen Diskurs wahrgenommen. Die Herstellung von Öffentlichkeit und die Reflexion sozialer Probleme in ihr gelingen nicht ohne ein Gerüst an Texten. In der Kommunikation zur sozialen Frage wurde mit Schriften über die Ursachen von Verarmung, über die Ausgestaltung der Armenpflege und über die Notwendigkeit einer Sozialpolitik gestritten.

Nachfolgend stießen Kontexte sozialer Bewegungen (der frühen Sozialisten, der christlich-konservativen Erneuerer, der Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Frauenbewegung) die Fortschritte an, in denen die Profession sich ausbilden konnte. Zu bedenken ist dabei der Einfluss, den jenseits der Armenpflege erschienene gesellschaftspolitische Publikationen und ihre Diskussion auf die Praxis der Armenpflege und Wohltätigkeit und ihre fachlichen Debatten nahmen. Im 20. Jahrhundert fundierte Literatur disziplinäre und berufliche Welten der Verständigung, von denen sich manche im 21. Jahrhundert in Datenwolken auflösen und in informationeller Selbstgenügsamkeit zu verschwinden scheinen.

Vorweg in Antworten auf die soziale Frage

Beginnen wir mit dem Sozialen in der Selbstverständigung von Bürgern. Die Einführung des Begriffs erfolgte schriftlich – und so ist sie in der Literatur festgehalten. Die französische Encyclopédie der Aufklärer vermeldete 1765 unter dem Buchstaben S zwischen „Soziabilität“ („l’homme sociable est le vrai citoyen“) und „Sozietät“ das Adjektiv social: mot nouvellement introduit dans la langue, pour désigner les qualités qui rendent un homme utile dans la société, propre au commerce des hommes: des vertus sociales.

In Gebrauch kam der Begriff des Sozialen durch Rousseaus „Contrat social“ von 1762, ein Stück Literatur mit enormer politischer Wirkung. Ihre soziale Tüchtigkeit bewiesen die Bürger in den gemeinnützigen Gesellschaften des 18. Jahrhunderts, begleitet durch eine Menge von Publikationen und öffentliche Erörterungen. In ihnen wurde in – Beziehung der Gesellschaft auf ihre Zustände – Armut, Elend und Ausbeutung – die soziale Frage formuliert und nach Antworten auf sie gesucht. So von Malthus in seinem einflussreichen „Essay on the Principle of Population“, in der Pauperismuliteratur der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Wendt 2016a, S. 104 ff.), in den frühsozialistischen Publikationen, den Veröffentlichungen der konservativen Erneuerer von Edmund Burke bis Thomas Chalmers und Johann Hinrich Wicherns „Fliegende Blätter aus dem Rauhen Haus zu Horn bei Hamburg“ und in liberalen Texten unter anderem mit pädagogischer Intention von Adolph Diesterweg bis Friedrich Fröbel.

Die Literatur gewinnt hier praktische Bedeutung für die Armenpflege. In Reflexion gesellschaftlicher Zustände und menschlicher Natur werden Handlungsempfehlungen erstellt, wie zum besseren Ergehen Einzelner und zu allgemeinem Wohl geholfen werden kann. Die Art sozialer Belange bringt mit sich, dass erst über sie nachgedacht wird und dass der Austausch über sie klärt, wen sie betreffen und was mit ihnen den Handelnden aufgegeben ist. Es gehört zur Problembearbeitung, dass die Praxis dem Diskurs folgt und nicht umgekehrt. Texte, welche die Armenpflege thematisierten, wurden von Gebildeten im Bürgertum, in reformwilligen Kreisen und in den Vereinen und Gremien gelesen, die mit der Gestaltung von Hilfen befasst waren. Im 19. Jahrhundert gab es in der Armenpflege von Joseph Marie de Gérandos „Armenbesucher“ (Gérando 1820, deutsch 1830) bis in die Schriftenreihe des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit (ab 1886) eine paradigmatische Übereinkunft, worauf es im Umgang mit Armen und in der Hilfe für sie ankommt. Man musste unterscheiden zwischen wirklich Bedürftigen und solchen, die eine Unterstützung nicht verdienten. Die Beziehung zu ihnen war selbstverständlich eine paternalistische. Über Bedürftigkeit befanden Akteure, die „fein heraus“ waren. Publikationen unter dem Motto „Tue Gutes und rede darüber!“ boten den Wohltätern allemal Gelegenheit zur Selbstbestätigung.

1964

Das Archiv für Wohlfahrtspflege erhält den Namen
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen
vormals Archiv für Wohlfahrtspflege.

Zu den Rezipienten sozialer Literatur gehörte nicht die Klientel, über die geschrieben wurde. Wobei aber populäre Bücher und die erbauliche Literatur zu praktizierter Nächstenliebe und Wohltätigkeit in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden sollen. Zuweilen wirkten Beschreibungen des Lebens der armen Bevölkerung wie die Romane von Charles Dickens skandalisierend auf die Armenpflege zurück, während Schriften wie „Sybil, or the Two Nations“ von Benjamin Disraeli in England oder von Emile Zola in Frankreich die Gegensätze von Reich und Arm anprangerten und für ihre Überbrückung warben. Romanciers schaffen Erkenntnis (Alkemeyer 2007, S. 16 ff.). Wissenschaftlich trugen zu ihr in Deutschland die Schriften der Historischen Schule der Nationalökonomie und des „Vereins für Sozialpolitik“ bei, wiederum in England die Publikationen der Fabier, darunter „Life and Labour of the People in London“ mit den Erträgen der empirischen Sozialforschung von Charles Booth und die Schriften von Sydney und Beatrice Webb (Wendt 2016a, S. 394 ff.).

Soziale Reform und Wegbereitung der Profession

Texte inspirieren Bewegung in der Gesellschaft und soziale Bewegungen generieren Texte. Die Debatte über Reformen, die ab etwa 1890 international lebhaft wurde, stellt einen Kontext zur gleichzeitig einsetzenden Professionalisierung Sozialer Arbeit dar. Einfluss nahmen die Universitätsausdehnungsbewegung und die Settlement-Bewegung erst in Großbritannien und dann in den USA, die Bewegung für ethische Kultur und vor allem die Frauenbewegung. Der zeitlich parallele Beginn einer eigenständigen Ausbildung zum Sozialberuf in den „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ in Berlin, im „Ons Huis“ in Amsterdam und an der Columbia University in New York zeugt von dem Austausch unter den Protagonistinnen des sozialen Frauenberufs in den USA und in Europa (Schüler 2004).

Gleichzeitig ist in Deutschland das Konstrukt der Sozialpädagogik in einer Reihe von Publikationen erstellt worden, und zwar bevor eine mit dem Begriff zu belegende Praxis vorhanden war. Die soziale Pädagogik wurde zur schulischen Erziehung zur Gemeinschaft durch Gemeinschaft (Paul Natorp) angefordert und nach und nach reformpädagogisch und sodann außerschulisch in Jugendpflege und Jugend-

fürsorge realisiert (Wendt 2016b, S. 16 ff.). Die Literatur vermittelte mit der Sozialpädagogik das gesellschaftliche Anliegen in die Praxis, den einzelnen Menschen, insbesondere den heranwachsenden, nicht allein zu lassen in den Verwerfungen der Moderne, gegenüber sozialistischen Verführungen und in der gesichtslosen Masse Mensch.

Interessanterweise ist die Einführung der Wohlfahrtspflege, in deren dienstlichen Rahmen sich erst die Sozialarbeit der Fürsorgerinnen und dann auch die Sozialpädagogik in der Jugendhilfe wiederfanden, kaum durch einschlägige Publikationen vorbereitet worden. Die Politik und interessierte Organisationen (wie zum Beispiel die Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen) nahmen sich vor dem Ersten Weltkrieg des Begriffs an (Wendt 2014, S. 37 ff.) und während des Krieges konnte man sich mit der Wohlfahrtspflege von der Armenpflege absetzen. Die neue Ausrichtung wurde in erster Linie organisatorisch betrieben. Der soziale Beruf passte sich den Strukturen an, die seiner Betätigung zugewiesen wurden. Die Sozialarbeiterinnen hießen fortan Wohlfahrtspflegerinnen beziehungsweise Fürsorgerinnen – und mussten sich 1933 in die Volkspflege der Nazis fügen.

Getrennte Diskurslinien

Trotz allem internationalen Austausch in sozialen Belangen und zu ihrer Bearbeitung verliefen die Wege sozialer Berufstätigkeit für Frauen und Männer speziell in Deutschland unterschiedlich. Die sozialpädagogische Diskurslinie mündete in den Weimarer Jahren in die Praxis der Jugendfürsorge und der Jugendpflege, während sich die Frauen um Alice Salomon um die Methodik der sozialen Einzelfallhilfe im Rahmen der ihnen vorgegebenen Familienfürsorge und amtlichen Wohlfahrtspflege kümmerten. Während die Sozialpädagogen um Herman Nohl nach der Nazizeit für Kontinuität sorgen konnten, mussten die Protagonistinnen der weiblichen Sozialarbeit emigrieren und zusehen, wie ihr Werk von der nationalsozialistischen Volkspflege verdorben wurde.

Nach dem Krieg erweckte die Sozialarbeit in Westdeutschland den Anschein eines Imports aus Amerika. Die Publikationen aus den USA, die rezipiert wurden, waren zu einem guten Teil solche, die deutsche

1968

In Medienberichten wird erstmalig der Bedarf an einer Liste der förderungswürdigen Einrichtungen für die deutsche Öffentlichkeit thematisiert.

Emigrantinnen und Emigranten dort geschrieben hatten oder von dort bei ihrer Rückkehr mitbrachten. Erwähnt seien „Casework in USA“ von Hertha Kraus (1950), „Soziale Gruppenarbeit“ von Gisela Konopka (1968) oder „Grundbegriffe und Methoden der Sozialarbeit“ von Walter Friedländer (1966). Die Tatsache, dass die professionelle Sozialarbeit insgesamt wesentlich von Frauen auf den Weg gebracht worden war, konnte anhand der Literatur erst nach 1970 auf dem Beweggrund der zweiten Frauenbewegung wieder entdeckt werden.

Orientierung auf den Wandel

Die Neuen sozialen Bewegungen in den 1960er- und 1970er-Jahren waren interessengeleitet und ideologiegebunden. Der diskursive Zusammenhang ihrer Themen wurde in vielen Zeitschriften, in der Alternativpresse, anderer grauer Literatur und in Büchern verschriftlicht, die auch noch lange nach ihrer zeitgenössischen Wirksamkeit gelesen werden und wissenschaftlich anschlussfähig bleiben. Man denke an Theodor W. Adornos und Max Horkheimers „Dialektik der Aufklärung“ (1947) oder an Herbert Marcuses „Der eindimensionale Mensch“ (1967). In der Frauenbewegung gibt es Diskurslinien von Betty Friedans „Der Weiblichkeitswahn“ (1966) über Alice Schwarzers „Der kleine Unterschied und seine großen Folgen“ (1975) bis zu Judith Butlers dekonstruktivistischem „Unbehagen der Geschlechter“ (1991). Die Ökologiebewegung hat ihre Anstöße unter anderem von der Veröffentlichung „Grenzen des Wachstums“ (1972) des Club of Rome empfangen. Für die Soziale Arbeit lassen sich Linien der Argumentation und Orientierung von der Bürgerrechtsbewegung bis in das Selbstverständnis der „Menschenrechtsprofession“ ziehen.

Auseinandersetzungen über gesellschaftliche Praxis und institutionell-fachliche Praxis wirkten sich auf die soziale Profession aus. So die lange nachwirkende Kontroverse von Kritischer Theorie und Systemtheorie in der Habermas-Luhmann-Diskussion (1971), die Herausforderungen der antiautoritären 68er-Bewegung bis hin zu einer Antipädagogik (Braunmühl 1975), die Kampagne der Antipsychiatrie, die zu Reformen mit der nachhaltigen Einsicht „Irren ist menschlich“ (Dörner; Plog 1978) beitrug, die „Bewegung der Hinterhöfe“ von Saul Alinsky, die für einige Jahre eine aggressive Sozialarbeit anregte. Später war

Gegenrede zum Neoliberalismus, zur Privatisierung von Diensten und zum Managerialismus fällig. Die neoliberal konnotierte neue Steuerung der sozialen Leistungserbringung seit den 1980er-Jahren ist in der Literatur viel kommentiert, analysiert und kritisiert worden. Die „normativen Diskurse der neuen Wohlfahrtspolitik“ stellten, um nur eine Stimme zu zitieren, eine „konzeptionelle Neujustierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft“ dar und hätten auf der Makroebene die „sozialpolitischen Rahmenvorstellungen“ und auf der Mikroebene „die Erwartungen an die Profession“ transformiert (Maaser 2003, S. 17).

Der Wandel war ein paradigmatischer. Er betrifft das Grundverständnis der Akteure im sozialen Handlungsfeld. Zu beobachten war und ist eine Umstellung in den leitenden Orientierungen – auf das System der Dienstleistungen einerseits und auf individuelle Lebensführung andererseits. Nach Thomas Kuhn ist ein Paradigma dasjenige, das „die verhältnismäßig unproblematische Kommunikation einer wissenschaftlichen Gemeinschaft erklärt“ (Kuhn 1976, S. 193 f.). Ihre Mitglieder verständigen sich laufend untereinander, lesen die gleiche Fachliteratur, und auf dieser Grundlage ergibt sich „eine relative Einheitlichkeit ihrer Fachurteile“ (ebd., S. 188 f.). In der sozialen Praxis und ihrer Theorie ist diese Einheitlichkeit immer weniger vorhanden. Es gibt diverse Paradigmen und getrennte Kreise, in denen ihnen gefolgt wird. Umso wichtiger ist die textgestützte Kenntnisnahme voneinander.

Theorie versus Praxis

Im Spannungsfeld von akademischer Theoriebildung und Berufspraxis ist stets aufs Neue Verständigung gefragt. Der praktischen Sozialarbeit konnte Theorielosigkeit vorgeworfen werden, als ab den 1960er-Jahren an den Hochschulen, einigermaßen praxislos, ein Theorieboom in der Erörterung der gesellschaftlichen wie der persönlichen Verhältnisse einsetzte. Die Studentenbewegung übernahm eine tragende Rolle in deren Diskussion, in der sich für sie „die Revolution in Textarbeit verwandelte“ (Felsch 2015, S. 50). Der Theoriekonsum war enorm, hatte aber mit der Aufgabenerledigung in der Sozialarbeit seinerzeit wenig zu tun. Gelesen und diskutiert wurde vor allem soziologische Literatur, angefangen bei der Kritischen Theorie von Horkheimer und Adorno. Die Interpretation des Marxismus stand zur Debatte, nicht ohne Ein-

1968

21 Jahre nach ihrem Tod ehrt der Staat Israel Siddy Wronsky auf ihrem Grabstein mit der Inschrift „Gründerin der Sozialarbeit in Erez Israel“.

mischung der Psychoanalyse. Insbesondere Herbert Marcuse als Vor- denker der Neuen Linken verband die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse mit psychoanalytischer Interpretation.

Die Sozialarbeit wurde ab 1970 an den Hochschulen als Betätigungs- feld entdeckt und gleich kritisch destruiert. Wie zwiespältig sie auch in den akademischen Diskursen wahrgenommen wurde, Soziale Arbeit gewann an Charakter für alle, die sich in ihr engagierten. „Diskurse üben Macht aus, da sie Wissen transportieren, das kollektives und individuelles Bewusstsein speist. Dieses zustande kommende Wissen ist die Grundlage für individuelles und kollektives Handeln und die Gestaltung von Wirklichkeit“ (Jäger 2001, S. 87). Es spricht für die Wirkung der Diskurse jener Jahre samt ihrer Literatur, dass die etablierten Institutionen der Sozialen Arbeit den theorielastig ausgebildeten Nachwuchs erst gar nicht haben wollten und ihn dann doch zur dringlichen Qualifizierung der Dienste und Einrichtungen anforderten. Der Bedarf bot nachfolgend Gelegenheit, Soziale Arbeit fachwissenschaftlich zu fundieren.

Binnenwelten der Verständigung

Die Profession hatte sich bereits in ihren Anfängen nach 1900 auf eine eigene Wissensbasis verständigt. Das Bemühen um sie ist nachzulesen in den amerikanischen Publikationen von Edward T. Devine bis Mary Richmond und in den deutschen Texten dazu von Alice Salomon. Die akademische Sozialpädagogik in Deutschland ignorierte aber dieses Herkommen und reklamierte im erziehungswissenschaftlichen Rahmen nach 1970 die wissenschaftliche Disziplin des Handlungsfeldes für sich gegenüber der Sozialen Arbeit, die als fürsorgerische Praxis akademisch kaum vertreten war. Ausdruck dieses einseitigen Anspruchs auf Wissenschaft und Forschung war der Titel, den Gängler und Rauschenbach 1996 ihrer Auseinandersetzung mit der Sozialarbeitswissenschaft gaben: „Sozialarbeitswissenschaft‘ ist die Antwort. Was aber war die Frage?“ (Gängler; Rauschenbach 1996, S. 157).

Inzwischen etabliert, bleiben Wissenschaft und Forschung in der Sozialen Arbeit darauf angewiesen, sich immer wieder ihrer Aufgaben zu vergewissern und sie in Schleifen der Reflexion zu begründen, aus-

zulegen und auf neue Erfordernisse hin zu diskutieren. Es liegt am Charakter des Sozialen, aus einem unbestimmten und unfertigen Zustand erst dadurch definitiv in Erscheinung treten zu können, dass es sozial „ausgemacht“, identifiziert und fixiert wird. Seinen Konstruktcharakter teilt es mit Leitkategorien wie Gesellschaft, Schicht und Klasse, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, Integration, Exklusion und Inklusion oder auch Gender und Diversity. Mag sich bei deren zu diskutierender Konstruktion die Anteilnahme des Publikums oft schon darin erschöpfen, sich in politisch korrekter Sprache zu üben, eine tiefer schürfende Untersuchung verfolgt das Herkommen, die Ingebrauchnahme und die Perspektiven der Diapositive, Begriffe und Theoreme, in denen das Soziale und von denen die Soziale Arbeit bewegt wird.

In ihrer diachronen und synchronen Verknüpfung konstruieren und rekonstruieren Texte Wissen und Verständnis. Es sind insbesondere Zeitschriften und andere Periodika, die Wissensstränge flechten und bestimmte Diskurslinien verfolgen. Die Journale haben ihre Leserschaft und das ist bei den Fachzeitschriften im Sozialwesen beziehungsweise zur humandienstlichen Versorgung eine durchaus zu unterscheidende Leserschaft. Wer fachlich in Praxis, Theorie und Forschung mit Pflege befasst ist, interessiert sich kaum für die Kinder- und Jugendhilfe – und deren Akteure haben in ihrer Praxis, Theorie und Forschung wenig gemein mit den Sachwaltern Sozialer Arbeit im Gesundheitswesen oder in der rechtlichen Betreuung. Indes haben an der Gestaltung von sozialer und gesundheitsbezogener Versorgung generell die Vertreterinnen und Vertreter öffentlicher und freigemeinnütziger Wohlfahrts- pflege, die administrative Ebene und die sozialpolitischen Akteure ein gemeinsames Interesse. Sie verfolgen darum auch die Debatten zu dieser Thematik.

Zugenommen hat die Menge und mit ihr die Eile, in der Information verarbeitet werden. Literatur bedarf der Verwahrung, gerade weil über sie schnell hinweggegangen wird, man aber wiederholt auf sie zugreifen will. Wo heutzutage Blogs und Kurznachrichtendienste den Gang der Dinge anzeigen und kommentieren, gab es vor ein paar Jahrzehnten Periodika wie etwa Enzensbergers „Kursbuch“, die zu gründlichem Lesen anhielten. Es waren Publikationen, die in Teilöff-

1970

Andreas Baader wird bei einem Haftausgang in der DZI-Bibliothek von Komplizen befreit. Die Tat gilt als Entstehungsdatum der „Baader-Meinhof-Bande“, später Rote Armee Fraktion.

entlichkeiten maßgeblich zur Meinungsbildung beitragen. Man wollte und konnte sich mit ihr perspektivisch positionieren. Wer in den 1970er-Jahren „Betrifft: Erziehung“ oder die „Neue Praxis“ abonnierte, studierte selten den „Nachrichtendienst“ des Deutschen Vereins. In der sozialberuflichen Fachwelt überschneiden sich auch nach Ende der ideologischen Konfrontation beziehungsweise des Theorie-Praxis-Dissenses die Horizonte der Autoren, Autorinnen und der Leserinnen, Leser von Frühförderung-, Jugendhilfe-, Jugendarbeit-, Psychotherapie-, Behindertenhilfe- und Sonderpädagogik-Periodika nicht sehr. Diese Auffächerung hält wiederum dazu an, sich der fachlichen, disziplinären und transdisziplinären Zusammenhänge in der Sozialen Arbeit zu vergewissern und diese Zusammenhänge in der Generalistik der Ausbildung zu betonen.

Für Produzenten und Rezipienten von Literatur kann sich eine „Textvernetzung“ (Jakobs 1999) ergeben. Auf vorhandene Literatur wird zurückgegriffen, auf sie verwiesen, an sie angeknüpft. Texte beziehen sich auf Texte. Sie werden in Fachdiskursen ausgewählt, um mit ihnen in einen Dialog zu treten, sich mit Standpunkten auseinanderzusetzen, Annahmen zu bestätigen, um an ihnen Weiterführungen zu verankern. Man braucht gefasste Quellen. Das Tröpfeln in sozialen Medien ersetzt Quellen nicht, die andauernd materialisiert zu finden und zu nutzen sind. An Primärtexte schließen viele Sekundärtexte in der Forschung, im Studium und auch in der sozialpolitischen und fachpolitischen Praxis an, wenn Interessen und Forderungen begründet und Neuerungen mit in der Literatur erörterten Konzepten belegt werden sollen.

Die Semantik des Sozialen

Soziale Literatur prägt die Semantik des Sozialen und hält dadurch fest, was in ihm bedeutsam ist und „Sinn macht“. Natürlich kann man auch ohne schriftlich fixierte Texte wissen, was sozial und was darin fachlich relevant ist, aber die Ausdifferenzierung des Sozialen lässt sich angesichts seiner Komplexität auf Dauer nicht ohne Texte darstellen. Die Semantik der schriftlichen Kommunikation verteilt Bedeutung, transportiert Sinngehalte und strukturiert das ganze Feld, in dem die Sachverhalte des Sozialen sprachlich präsentiert werden.

Die leitenden Vorstellungen, hier zur Sozialen Arbeit, werden in den semantischen Konstruktionen der Texte untergebracht beziehungsweise an die in ihnen gewählten Begriffe geknüpft. Hernach ist die Kommunikation in der Fachwelt an Texten geschult, in denen auf bestimmten sprachlichen Formen bestanden wird: Wie man sich eben ausdrückt. Die „Ausdrücke“ werden verfügbar gehalten. Man kann und muss immer wieder „nachlesen“ und nachvollziehen, was in Texten vorgedacht worden ist. Literatur erschließt, was ohne sie verborgen bliebe, und will erschlossen werden (zu sozialer Literatur als Ethnographie Van de Poel-Knottnerus; Knottnerus 1994, Alkemeyer 2007). Das Potenzial der Literatur ist der Baustoff für Forschung, für Theorie und für eine argumentative Herstellung von Konsens – erst in der wissenschaftlichen Gemeinschaft und dann über die Ausbildung des Berufsnachwuchses und über Weiterbildung unter Praktikerinnen und Praktikern. Der Konsens hat seine Zeit, er ist nicht beständig, fordert andere Meinungen und damit den Dissens heraus.

Auf Literatur kann in der Praxis gebaut werden. Was in ihr daraus wird, kann den Texten nicht immer angelastet werden. In den 1970er-Jahren war zum Beispiel Alexander Neills „Summerhill“ ein Bestseller, in dem die Anhänger freier Erziehung ihr Vorbild fanden. Ein Modell antiautoritärer Erziehung ist Summerhill nie gewesen, wurde aber eine Weile dafür gehalten. Ein anderes Beispiel: Der Begriff „Multikulti“ war positiv gemeint, als er eingeführt wurde (Leggewie 1990), und man hat ihn seinerzeit auch so gewertet. Inzwischen gibt es das negativ besetzte Schlagwort „Multikulturalismus“. In Abkehr von ihm soll es nun, offen für Vielfalt und Differenz jeder Art, im sozialwissenschaftlichen Diskurs der Begriff „Diversität“ richten (Kosnick 2014, S. 297).

In der sozialen Literatur ist ein Wandel der Sprache und der Austausch leitender Begriffe öfter vorgekommen – von der Armenzucht über die Fürsorge zur sorgenden Begleitung im Case Management, zu psychisch Kranken vom „Idiotenfreund“ (der ersten Fachzeitschrift zur Thematik) zum Psychiatrieerfahrenen, in der Geistigbehindertenpädagogik von der Hilfsschule über die Sonderschule zur Förderschule und inklusiven Schule, in der Jugendhilfe von der Psychopathie als Veranlagung zur Wahrnehmung vielfältiger sozialer Benachteiligung.

1972

Das Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR regelt den freien Zugang nach West-Berlin.

In der qualitativen Forschung zur Sozialen Arbeit gibt es inzwischen viele Materialien, in denen und mit denen rekonstruiert wird, wie die Klientel der Sozialprofessionellen objektiv lebt und ihr Dasein subjektiv erfährt. Die Forschung bezieht narrative, soziografische, ethnografische und biografische Literatur zu den Lebensverhältnissen von Menschen und an Orten ein. Man denke an „Die Arbeitslosen von Marienthal“ (Jahoda u.a. 1933) oder an Günter Wallrafs Enthüllungsreportagen („Ganz unten“, 1985) und an Bourdieus „Elend der Welt“ (Bourdieu u.a. 1997). Solche viel diskutierten Texte haben ihre Bedeutung für die Fachwelt auch darin, dass sie weitere Studien und empirische Untersuchungen nach sich ziehen und andere Forschungsarbeiten anregen. Sie beeinflussen die Praxis auch direkt, indem sie das Augenmerk auf Tatsachen richten, die ohne ihre musterhafte Beschreibung in der Routine des beruflichen Alltags nicht erkannt werden oder unterschätzt bleiben.

Relevanz und Wirksamkeit

Wenn wir die Relevanz von sozialer Literatur, also von Schriften zu sozialen Problemen (dem Gegenstandsbereich Sozialer Arbeit) und ihrer Behandlung erkunden, müssen wir zunächst fragen, worauf sich die Relevanz beziehen soll – auf die Gesellschaft, auf ein Fachpublikum beziehungsweise die scientific community, auf die Forschung oder auf die Problematik selbst, und insoweit Lösungen für sie angeboten oder gar geleistet werden. Für die Soziale Arbeit sind alle diese Bezüge wichtig, denn sie ist in der gesellschaftlichen Befassung mit der sozialen Frage verankert; es gibt Fachdiskurse, die mit Ideen und Argumenten gefüttert sein wollen; für methodisches Handeln werden Anleitungen gebraucht und die Reflexion der Erfahrungen bei ihrer Anwendung.

Soziale Literatur ist auf verschiedenen Ebenen relevant und wird auf unterschiedlichen Ebenen rezipiert – auf politischer und ziviler Ebene, beruflich und fachlich oder bloß privat zur Unterhaltung. Die Spannweite reicht, um zu den bereits genannten deutschsprachigen Beispielen weitere aus den letzten Jahrzehnten zu nennen, von der „Dialektik der Aufklärung“ von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer über und Carl Rogers' „Entwicklung der Persönlichkeit“ bis zu Hermann Hesses „Siddhartha“ oder Heinrich Bölls „Die verlorene

Ehre der Katharina Blum“. Während die einen Werke relevant für die Gesellschaft allgemein sind, nimmt Fachliteratur im engeren Sinn – aus der Sozialen Arbeit für die Soziale Arbeit – naturgemäß Einfluss nur auf die Fachöffentlichkeit und über sie auf die beruflich in den Feldern der Sozialen Arbeit und in der Ausbildung für sie Tätigen. Dabei handelt es sich nicht um eine einheitliche Szene. Diesseits der generellen Orientierung in der Sozialen Arbeit und an Entwicklungen und Auseinandersetzungen in der Sozialpolitik lesen Erzieherinnen und Erzieher praxisorientiert andere Bücher und Zeitschriften als Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Ämtern und Beratungsstellen, Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter, Fachkräfte in einem klinischen oder therapeutischen Kontext sowie der Bewährungshilfe oder Berufsbetreuung. Führungskräfte bilden und informieren sich in den einschlägigen Publikationen zum Sozialmanagement und zur Sozialwirtschaft.

Nach allem hängt die Performanz respektive die Verwendbarkeit und Wirksamkeit von Publikationen von ihrer kontextuellen Einbettung ab. Diese ist auf der Individualebene, wenn ich Rat in Fragen meiner täglichen Praxis suche, eine andere als auf der Organisations- oder Betriebsebene, auf der es um die Konzeption eines Projekts oder um die Gestaltung von Leistungsprozessen geht, und wieder eine andere auf der Makro- und Metaebene der Erörterung von gesellschaftlichen Problemen oder von politischen Strategien, von Werten und Bewertungen. Texte in diesem thematischen Horizont können bedeutsam sein für andere Texte, die sich auf ihn beziehen, und ohne direkte Wirksamkeit in der beruflichen Praxis einen Diskurs generieren, mit dem eine reale Bewegung in sozialen Belangen angestoßen und unterhalten wird.

Soziale Literatur in ihrer Performanz. Ein Fazit

Das Soziale existiert im Miteinander und im Austausch. Diese Transaktion spielt sich beim gedruckten Wort (auch bei digitaler Übermittlung) in den Köpfen der Leserinnen und Leser ab, fortgesetzt in Diskussionen, die sich auf Texte stützen. Als materiale Basis und in ihrem Gehalt als immaterielle Ausstattung des Denkens bewegen Texte zum Handeln. Soziale Literatur hat die Soziale Arbeit seit ihren Anfängen begleitet und bleibt zu ihrer Reflexion und Problemerkörterung ein Teil

1972

Zum 31.12.1972 beendet die Geschäftsführerin Sofie Quast ihre insgesamt 51-jährige hauptberufliche Tätigkeit beim DZI.

von ihr. Zum sozialen Werk gehören Skripte. Die Literatur hat normative, orientierende und erklärende, idiografische und narrative und analytisch-kritische Funktionen – und erfüllt in der Regel nicht eine Funktion allein. Sie füttert und kontrolliert die Sprache der in der Sozialen Arbeit Tätigen. Die Literatur ist, im doppelten Sinn des Wortes, ihr Ausdruck.

Bleibt sie das in Zeiten der Digitalisierung? Umgeben von Wolken der Information werden ganze Bücher in Fachkreisen und von Studierenden weniger gelesen. Aber im gewandelten Zustand und zunehmend in der Auflösung, in der wir sie online dargeboten finden, werden Texte sogar mehr als früher genutzt. Die Art und Weise ihrer Verarbeitung mindert jedenfalls ihre Bedeutung nicht. Selbst eine „digitale Vollautomatisierung des Sozialen“ (Faßler 2014, S. 232) wird der beständigen Zurüstung mit Texten bedürfen, die soziales Geschehen verdichten, analysieren und klären, auf Begriffe bringen und neu auslegen.

Zur Inszenierung Sozialer Arbeit und der vielen Vorhaben mit ihr und in ihr gehören Skripte. Ohne sie wäre der Bedeutungszusammenhang nicht erfahrbar und nachvollziehbar, in dem professionell, organisatorisch und politisch spannungsreich und widersprüchlich gemacht ist, was in der Sozialen Arbeit geschieht und erfolgen soll. Es wird unter diesem Titel in der sozialen Literatur aufgeführt. Ihre Textur überzieht die Vielfalt der Tatbestände und Intentionen mit schriftlicher Strukturierung, in der sie im Programm für Praxis, Ausbildung und Forschung beisammen gehalten und als Soziale Arbeit begriffen werden können.

1 Einleitung

Dieser Beitrag beschreibt die historische und technische Entwicklung der Literaturdokumentation im Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) und seiner Vorläuferorganisation. Der Ursprung des DZI-Fachthesaurus und der inhaltlichen Literaturschließung des DZI kann aus der Sichtung der historischen Arbeitsberichte des Instituts auf das Jahr 1923 datiert werden. Die technische Entwicklung begann 1978/79 mit den Anfängen der Großrechner-Technologie im DZI, der „Geburt“ der Literaturdatenbank DZI SoLit, und mündet in deren überregionaler Nutzung durch das Fachpublikum im Internet. Zum inhaltlichen Verständnis der folgenden Ausführungen sei der Unterschied zwischen einem Bibliothekskatalog und einer Fachsystematik vorausgeschickt. Der Bibliothekskatalog, heute üblicherweise als Online Public Access Catalogue (OPAC) digital abrufbar, dient als Verzeichnis über den Bestand aller Medien (Zeitschriften, Monographien, E-Books oder anderer Sammlungsobjekte) und deren Standorte (Signatur) in einer Bibliothek. Die Fachsystematik und inhaltliche Erschließung der Literatur mit einem kontrollierten Vokabular (zum Beispiel Schlagwort-Norm-Datei, Thesaurus) hingegen erzeugt einen inhaltlichen Mehrwert zur thematischen Wiederauffindbarkeit nach Suchbegriffen. Das frühe Ineinandergreifen beider Arbeitsweisen im DZI vereinte deren Vorteile und prägt durch die Spezialisierung auf die Zeitschriftendokumentation bis heute das Alleinstellungsmerkmal der DZI SoLit.

2 Methodische Entwicklung der Literaturschließung und Katalogisierung seit den frühen Anfängen

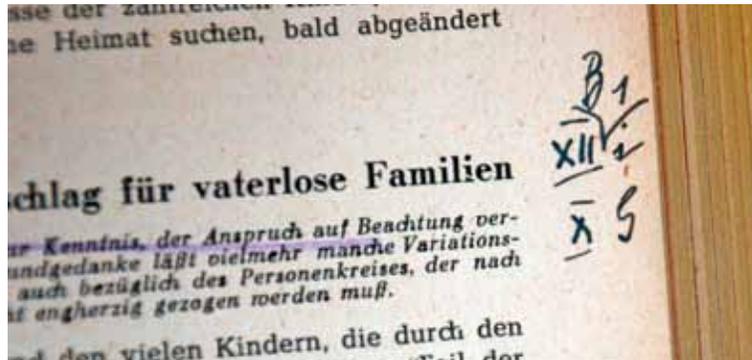
2-1 Die Katalogkarte und die Fachsystematik als analoges Erschließungsinstrument

Die heutige Literaturdokumentation des DZI nahm ihren Ursprung im Jahr 1922. In den Jahren davor seit Gründung der Vorläufereinrichtung des DZI im Jahr 1893 wurde zwar Fachliteratur gesammelt, jedoch vermutlich noch nicht systematisch inhaltlich erschlossen. Siddy Wronsky

1973

Zum 1. Januar folgt Ilse Bueren, bisher stellvertretende Geschäftsführerin, Sofie Quast als Geschäftsführerin des DZI nach.

übernahm im Jahr 1922 die Leitung des Archivs für Wohlfahrtspflege, so der damalige Name des DZI, und erweiterte es zu einem Dokumentationszentrum, das über die Grenzen Berlins hinaus Fachzeitschriftenaufsätze, Monographien, Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Unterlagen über Wohlfahrtseinrichtungen des Deutschen Reiches mit dem Anspruch der Vollständigkeit sammelte. Wunsch oder Wirklichkeit der effizienten Literaturbeschaffung fanden 1928 Ausdruck in Siddy Wronskys stolzen Worten: „Die fachliterarische Abteilung verfügt über einen systematisch geordneten Katalog von etwa 100 000 Karten, der es ermöglicht, jede Zusammenstellung in der Fachliteratur in wenigen Minuten herzustellen“ (Wronsky 1928, S. 50). Bereits im Jahr 1923 verfügte das Archiv über eine Fachsystematik zur Erschließung des Materials, die im Anhang des Arbeitsberichts aus diesem Jahr abgebildet ist und auf die im Kapitel 3-1 „Entwicklung von Ordnungssystemen und der DZI-Fachsystematik“ noch näher eingegangen wird (Archiv für Wohlfahrtspflege 1924).



Eine Notation nach der bis 1979 gültigen Systematik

Die damalige Fachsystematik mit den zirka 2 000 Kategorien entwickelte sich im Laufe der Jahre weiter, jedoch fehlen hierfür protokol- larische Zeugnisse. Beim Betrachten der Originalliteratur vor der Digitalisierung fallen am Rande ausgewählter Beiträge lediglich kleine handschriftliche Notationen auf, die einer seit den Anfängen bis 1978/79 fast unverändert praktizierten Literaturschließung dienten. Mit einer Kombination von römischen und lateinischen Ziffern sowie lateinischen Buchstaben wurde der Text einer oder mehreren Systematikstellen zugeordnet, was im Kapitel 3-1 dieses Beitrags an einem historischen

Fachzeitschriftenartikel beispielhaft erläutert wird. Denkt man an Wronskys Worte, stand damals schon die schnelle Literaturbeschaffung für das Fachpublikum im Fokus. Allein die Mittel, derer man sich bedienen konnte, setzten die Grenzen für die Erschließungstiefe. Es konnten mit der alten Systematik lediglich allgemeine Hinweise etwa auf die Zielgruppe, die Träger der Leistungen, die Art der Hilfe oder auf andere Kategorien gegeben werden. Die Pflege der historischen Fachsystematik erfolgte mutmaßlich bedarfsorientiert und eine notwendige Ergänzung lag in der jeweiligen Verantwortung der Dokumentarin oder des Dokumentars (DZI 1980). Schreibkräfte übertrugen die bibliographischen Angaben zusammen mit den ziffern- und buchstabenkodierten Kennzeichnungen der Originaltexte mittels Schreibmaschine auf die dazugehörigen Katalogkarten.



Auf über 800 000 Karteikarten wurde bis 1979 dokumentiert.

Die Entschlüsselung der Codes und deren inhaltliche Auflösung waren vor 1979 ausschließlich mithilfe einer ausgedruckten Systematikliste möglich. Sowohl für die in der Dokumentation und Bibliothek Tätigen als auch für das Publikum gehörte dieser (Um-)Weg zum Alltag des Informationsgeschehens. Die Literaturschließung diente zwei wesentlichen Zielen: der Auswahl relevanter Literatur für sowie der intellektuellen Einordnung dieser in das Sammelgebiet. Diese Form der Bearbeitung einzelner Aufsätze – vor allem aus Fachzeitschriften – war zukunftsweisend, da sie bereits weit über das rein Bibliothekarische hinausging und den Grundstein für den besonderen Charakter der Datenbank DZI SoLit legte.

2-2 Digitalisierung der Bibliothek und Literaturdokumentation des DZI

Im Jahre 1978 beantragte das DZI Finanzmittel beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) und bei der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin für das Projekt „EDV-gestützte

1975

Das DZI wird in einem Erlass des Bundesministeriums des Innern als Stelle empfohlen, die verlässliche Entscheidungshilfen zur Seriosität einer Organisation erteilt.

Dokumentation von Periodika, Monographien und Graue Literatur“ zur Periodika-Dokumentation (PERIODOK). Mit den für zwei Jahre bereitgestellten Projektmitteln von 280 000 DM finanzierte das DZI ein Kleinrechnersystem SICOMP 10C von Siemens mit Nadeldrucker und nahm erste Systemtests vor. Zusätzlich wuchs die Abteilung Literaturdokumentation um eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle und zwei halbtags beschäftigte Datatypistinnen. Am 17.7.1979 begann die Testphase im Realbetrieb und bis November 1980 waren bereits zirka 7 000 Dokumentationseinheiten erfasst und auf Floppy Disk oder Magnetplatten für die digitale Zukunft gespeichert.

Wesentliche Projektziele waren:

- ▶ die Qualitätsentwicklung der Informations- und Dokumentationsarbeit durch Nutzung der Regeln der alphabetischen Katalogisierung (RAK) und eines Fachthesaurus;
- ▶ die Speicherung der Literatur- und Thesaurusdaten (Maschinenthesaurus) zur Angebotsweiterung wie zum Beispiel für Bibliographielisten;
- ▶ die Rationalisierung der dokumentarischen und bibliothekarischen Abläufe wie Karteikartenerstellung durch Automatisierung (DZI 1980).

Schnell stieß der projektfinanzierte Kleinrechner mit der wachsenden Datenmenge an seine Grenzen. Der Aufbau des Deutschen Forschungsnetzes (DFN) seit Beginn der 1980er-Jahre auf der Basis öffentlicher Übertragungsnetze erwies sich für das DZI als glückliche Fügung. Die Nutzung dieses neuen institutionellen Informations- und Kommunikationssystems ebnete den technischen Weg zum ersten externen Hosting der DZI-Daten. Im Rahmen des DFN realisierte das Institut die Erfassung und Speicherung der Literaturdaten über eine Postleitung zur Datenfernübertragung (DFÜ) in Kooperation mit dem Großrechenzentrum (GRZ) des Konrad-Zuse-Instituts Berlin. Die kostenlose Nutzung des dortigen Großrechners mit dem Betriebssystem BS2000 und dem Retrievalprogramm GOLEM der Firma Siemens startete im Jahr 1982. Im gleichen Jahr entstand durch die Kooperation mit dem Informationszentrum Sozialwissenschaften Bonn (IZ) ein neues Regelwerk für die Datenerfassung als eine Mischung aus den Regeln des IZ, den damaligen DIN-Vorschriften und den RAK mit 65 Kategorien.

Begann das DZI seine Literaturdatenverarbeitung im Jahre 1984 mit drei BS2000-Terminals mittels sogenannter zeilenorientierter Editoren und dem Listendruck am Rechenzentrum, so wuchs die Hardwareausstattung in den folgenden Jahren auf fünf Datensichtgeräte, zwei Bildschirmdrucker und einen Großnadeldrucker an. Grün flimmernde Zeilen auf tief schwarzem Hintergrund und der Lärm surrender Nadeldrucker prägten nun den Bibliotheksalltag. Der Druck von Korrekturlisten, Karteikarten, Thesaurus- und Bibliographielisten und der Literaturdokumentation erfolgte auf Endlospapier direkt in der Bibliothek. Publikumsrecherchen im Printformat erweiterten die Dienstleistungspalette.

Die erste externe Nutzung mit dezentraler Leseberechtigung für die Recherche in der DZI-Datenbank wurde im Jahr 1989 zwischen der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin und dem DZI mit einem Kooperationsvertrag besiegelt. Die schnelle Verfügbarkeit der DZI-Daten beim „Großkunden“ wurde auf eine Weise gewährleistet, die einen heute schmunzeln lässt: Einmal im Monat fuhr man mit der U-Bahn zur Technischen Universität (TU) und transportierte die aktuelle Poolkopie auf einem Großmagnetband mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Rechenzentrum der TU zu dem der Freien Universität (FU, ZEDAT), mit dem die Fachhochschule über eine Postleitung (DFÜ) verbunden war.

2-3 Aufbau der technischen Infrastruktur in der Bibliothek und Literaturdokumentation des DZI

Neue Formen der externen Literaturdatennutzung verwirklichte das DZI schon zwei Jahre später 1991 mit dem Aufbau eines hausinternen SINIX-Netzwerkes. Durch einen Filetransfer vom TU-Großrechner über Stationskopplung mit dem DZI-Server (MX300) entstanden die ersten sogenannten PC-Bibliotheken „Sozialarbeit/Sozialpädagogik“ und „Pflegeberufe“. Durch den Erwerb einer PC-Bibliothek auf mobilen Datenträgern (Disketten) konnte ein Auszug (zirka 4 000 Quellen) aus der DZI-Datenbank an Computerarbeitsplätzen in Hochschulbibliotheken oder am heimischen PC durchsucht werden.

Die Ankündigung des Rechenzentrums der TU, seine Host-Aktivitäten zum Ende des Jahres 1995 einzustellen, forcierte schließlich den Schritt in die technische Selbstständigkeit von Bibliothek und Literatur-

1979

Die Datenbank für soziale Literatur DZI SoLit wird in Betrieb genommen.

dokumentation des DZI. Unter Zeitdruck entstand ein hausinternes Novell-Netz, Bibliotheksprogramme wurden auf Herz und Nieren geprüft und schließlich erste Tests mit der Software BISLOK der Firma Dabis GmbH durchgeführt. Die Konvertierung der DZI-Großrechnerdaten in das neue Datenformat stellte dabei eine besondere Herausforderung dar, was im Kapitel 4 „Die Datenbank DZI SoLit“ näher erläutert wird. Die Implementierung der neuen Software im Bibliotheksbetrieb im Mai 1996 modernisierte fast alle bibliothekarischen und dokumentarischen Arbeitsabläufe schlagartig. Neben Katalogisierung, Recherche, Erfassung, Druck, Datensicherung und Export konnte das Team von Bibliothek und Dokumentation zum ersten Mal die Suche und Pflege der Thesaurusbegriffe am Bildschirm erledigen. Der Großnadeldrucker mit seinem Endospapier wich einem Laserdrucker-Modell mit DIN A4-formatigen Einzelblättern, und das Publikum stellte die Recherchefähigkeiten am Online-Katalog (OPAC) im Lesesaal auf die Probe. Bald schon folgte die Einbindung der Buchausleihe mit BISLOK und die manuelle Zeitschriftenverwaltung mit Karteikarten erhielt mit dem Programm ACCESS ein modernes, papierloses Handling.

Mit dem unerwarteten Konkurs des BISLOK-Anbieters Dabis im Jahr 1997 stand das DZI nach nur kurzer Atempause erneut vor der Notwendigkeit eines Software-Umstiegs. Die ExLibris GmbH, schon damals ein Global Player auf dem Markt für Bibliothekssoftware, übernahm die Dabis GmbH samt personellem Know-how und Software und bot den verunsicherten BISLOK-Kunden eine technische Weiterentwicklung: ALEPHINO. Der Jahrtausendwechsel mit zwingender Aufrüstung der DZI-Technik und die kurze Zeit später vorgenommenen drastischen Zuwendungskürzungen des Landes Berlin ließen jedoch keinen finanziellen Spielraum für eine weitere Investition. Über zwölf Jahre dauerte der funktionsfähige, aber technische Stillstand (ohne Updates und Support) der Bibliothek und Literaturdokumentation an bis der im Jahr 2009 unterschriebene Kaufvertrag über die Software ALEPHINO dem „ungepflegten“ Zustand ein Ende setzte.

Nach gründlicher Analyse technischer Alternativen sprachen folgende Gründe für die Kaufentscheidung:

- ▶ Als Folgeprodukt der Software BISLOK vereinfachte ALEPHINO den

technischen Umstieg und die Datenkonvertierung.

- ▶ Die erforderliche Funktionalität im Bibliotheks- und Dokumentationsbereich (Thesaurusverwaltung und -pflege) wurde erfüllt.
- ▶ Der Hersteller ExLibris mit seiner weltweiten Markterfahrung für Bibliothekslösungen qualifizierte sich als zuverlässiger Support- und Zukunftspartner.
- ▶ Im Unterschied zur Verarbeitung traditioneller Bibliotheksdaten unterstützte ALEPHINO schon damals spezifische Verknüpfungen (wie Thesaurus-Terme, Exemplarsätze der jeweiligen Zeitschrift etc.), die für den Großteil der DZI-Daten (80 Prozent dokumentierte Zeitschriftenaufsätze) noch heute unverzichtbar sind.

Die Spezialisierung der Zeitschriftendokumentation als Besonderheit der DZI-Literaturschließung und die Darstellung in der gewohnten qualitativen Tiefe sollten erhalten bleiben. Auch der fortschreitende Vertrieb der DZI-Datenbank als Einnahmequelle schloss längerfristig kostenfreie Alternativen wie die Integration in einen Bibliotheksverbund, zum Beispiel den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV), aus.

In den Jahren 2003 bis 2008, also noch vor ALEPHINO, konnten in Kooperation mit der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft KommTreff GmbH zirka 1 Million Katalogkarten der Zeitschriftendokumentation in eine lokale Datenbank übertragen werden. Dieser digitalisierte „Altbestand“ für den Zeitraum von 1890 bis 1979 ist derzeit im DZI mithilfe unseres Bibliotheksteams recherchierbar und soll in Zukunft mit Suchfunktionen auf der DZI-Website zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Schritt in Richtung Digitalisierung des DZI-Bibliotheksbestandes wurde 2017 mit dem Projekt „Digitalisierung der Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege (Jahrgänge 1924 bis 1944)“ eingeläutet. Das Projekt wurde von der Berliner Senatskanzlei für Kulturelle Angelegenheiten für ein Jahr mit dem Ziel gefördert, Objekte des kulturellen Erbes Berlins öffentlich verfügbar zu machen. Die digitalisierten Daten sollen in die Deutsche Digitale Bibliothek www.deutsche-digitale-bibliothek.de integriert werden. Eine weiterführende Beteiligung an Projekten dieser Art wird auch in Zukunft angestrebt.

Das DZI arbeitet heute mit dem Release 5 von ALEPHINO. Gegenüber dem DOS-basierten BISLOK mit zeilenorientierter Menüführung und Funktionstasten bot diese Software bei ihrer Implementierung eine neue Performance. Der Sprung von der zeilenorientierten Bedienung in die neue mausgesteuerte Welt graphischer Oberflächen steigerte im Jahr 2009 gleichermaßen die Effizienz der dokumentarischen Abläufe wie die Autonomie des Publikums. Der zuverlässige und schnelle Datenexport für die termingerechte Bereitstellung der DZI SoLit im Internet wurde durch die bessere Performance von ALEPHINO wesentlich erleichtert.

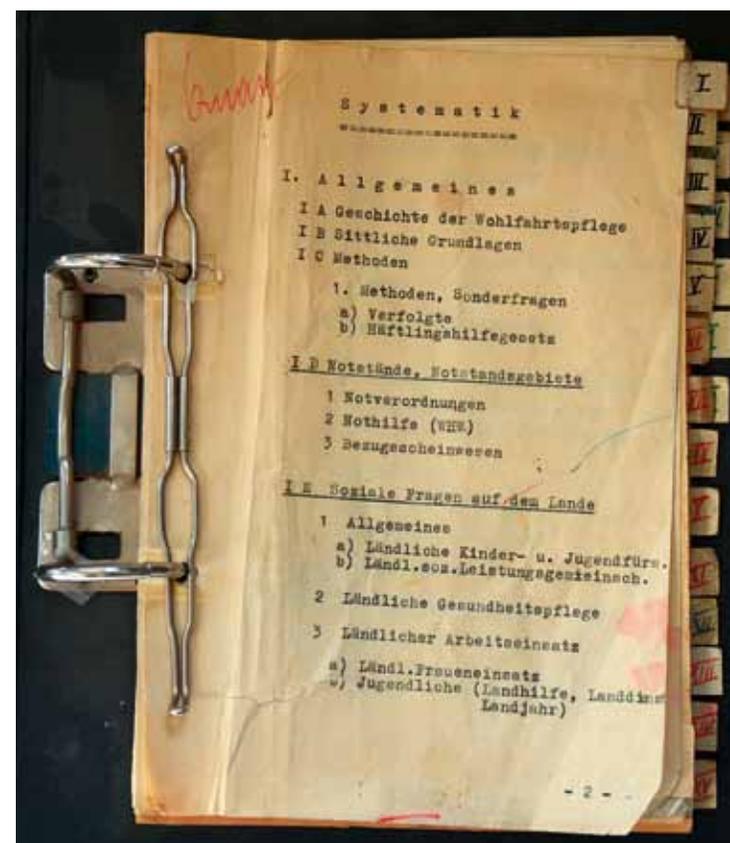
3 Literaturdokumentation mit Fachsystematik und DZI-Thesaurus

3-1 Die Entwicklung von Ordnungssystemen und der DZI-Fachsystematik

Die Geschichte des Sammelns von Literatur und der Entwicklung von Ordnungssystemen zur effizienten Wiederauffindbarkeit beginnt in der Antike. Die Ninive-Bibliothek des assyrischen Königs Assurbanipal (668-627 v. Chr.) umfasste schätzungsweise um die 10 000 Tontafeln mit etwa 1 500 Texten in akkadischer Keilschrift und wird als erste Bibliothek bezeichnet, weil sie schon ein gewisses Ordnungssystem aufwies (<http://www.buecher-wiki.de/index.php/BuecherWiki/Bibliotheks-geschichteDerAntike>).

Je größer die Sammlung umso notwendiger wurden Systeme, die Ordnung schafften und den Standort des Informationsträgers eindeutig beschrieben. Zur Entwicklung eines allgemein anerkannten oder gar international verbreiteten einzigen Systems kam es, der fortschreitenden Wissensspezialisierung geschuldet, leider nie. Es existieren aber weit verbreitete Systeme wie die amerikanische Dezimalklassifikation aus dem Jahr 1876, die für den Europäischen Gebrauch verändert und weiterentwickelt wurde (Hacker 1973).

So war es nicht ungewöhnlich, dass sich auch die Vorgängerinstitution des DZI mit einer Eigenkreation in die Fülle der Klassifikationen zur Bestandserschließung einreichte. Im Arbeitsbericht vom 1.1.1923 bis 30.7.1924 wurde die erste „Systematik der Gesetzessammlung und



Ein von Sofie Quast verwendetes Exemplar der Systematik

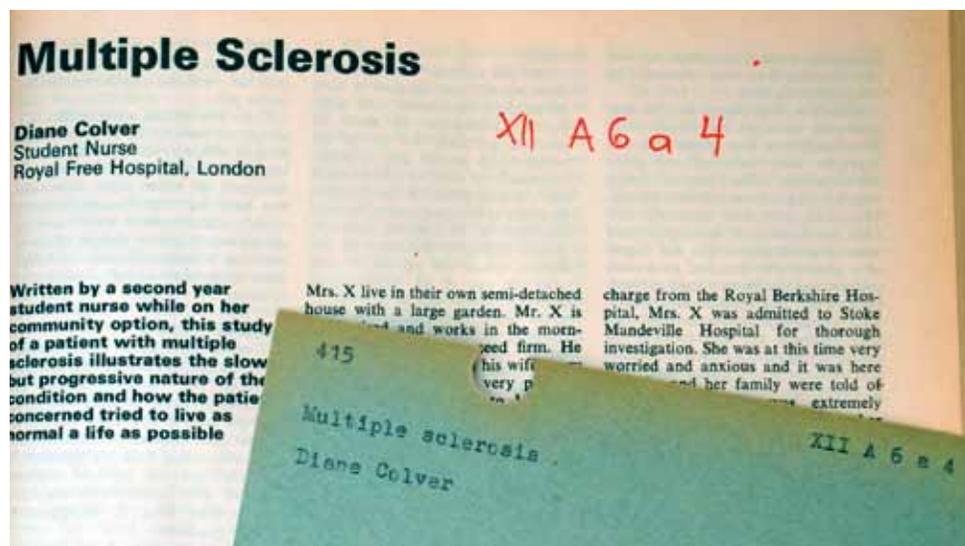
Fachbibliographie des Archivs für Wohlfahrtspflege“ erwähnt. Sie war in 20 übergeordnete Systematikstellen unterteilt und reichte von I) Allgemeines über VI) Hilfswesen oder VII) Jugendwohlfahrt bis XX) Berufsorganisationen der Wohlfahrtspflege. Diese Systematik ordnete das Fachgebiet der damaligen Sozialfürsorge durch die Kombination lateinischer Großbuchstaben mit lateinischen und römischen Ziffern in einer Tiefe von vier inhaltlichen Ebenen.

Die wesentliche Struktur des heutigen DZI-Thesaurus ist auf diese Fachsystematik zurückzuführen. Seit den 1920er-Jahren wurde die Literaturdokumentation mit nicht natürlich-sprachlichen Codierungen vorgenommen. Die Decodierung entsprach übergeordneten Begrifflichkeiten in der „natürlichen“ Fachsprache ihrer Zeit. Diese Methode

1981

Das DZI veröffentlicht Grundsätze zur Einschätzung der Förderungswürdigkeit von spendensammelnden gemeinnützigen Organisationen.

wurde bis zum Ende der 1970er-Jahre im Archiv und der Bibliothek des DZI praktiziert. Die bibliographische Sammlung umfasste im Jahr 1976 zirka 80 000 Bände und 2 000 laufende Fachzeitschriften (In- und Ausland), Gesetze, Verordnungen, Erlasse des Bundes und der Länder sowie eine umfangreiche Sammlung von Zeitungsausschnitten. Alle diese Medien wurden sowohl durch eine alphabetische Verfasserkartei als auch nach einer fachlich geordneten Systematik erschlossen und „verkartet“. Die ursprüngliche Systematik wurde in den folgenden Jahren auf 21 Kategorien mit einer Erschließungstiefe von fünf Stufen erweitert. In der damaligen Praxis wurden beispielsweise einem Beitrag zum Thema Multiple Sklerose handschriftlich am Rand des Originaltextes die Codierungen „XII A 6 a 4“ (XII – Gesundheitswesen, A Allgemeines, 6 Krankheiten, a Verschiedenes, 4 Multiple Sklerose) zugefügt.



Ein Zeitschriftenaufsatz aus der *Nursing Times* von 1973 mit der dazugehörigen Dokumentation auf einer Karteikarte

Dies gewährleistete die inhaltliche Zuordnung dieses Dokuments in einem systematischen Katalog unabhängig von dem Standort im Archiv. Leider war für den bibliothekarischen Laien der Code nicht ohne Systematik interpretierbar, was den Suchvorgang aus heutiger Sicht schwerfällig gestaltete. Laien benutzten bei der inhaltlichen Suche zunächst den Stichwortkatalog, um zu der entsprechenden Systematikstelle geführt zu werden. Für die Tätigen in der Literaturdokumentation

ging der Weg umgekehrt: In der Systematik hangelte man sich bis zum Namen der Krankheit und entnahm der Liste die vereinbarte Zeichenfolge „XII A 6 a 4“ als dokumentarisches Äquivalent.

3-2 Die Geburtsstunde des DZI-Thesaurus und seine Digitalisierung

Erst mit Einführung der EDV in der Literaturdokumentation Ende der 1970er-Jahre wurde der Aufbau eines natürlich-sprachlichen Fachthesaurus möglich und erforderte gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit der Menge und Vielfalt des zu dokumentierenden Materials des Sammlungsgebiets der DZI-Bibliothek. Als Konsequenz wurde im Rahmen des BMJFG-geförderten Projekts PERIODOK seit dem Oktober 1978 eine strenge Revision der 1076 Fachzeitschriften durchgeführt. Die verbliebenen Periodika wurden in fünf „Wichtigkeitsstufen“ unterteilt und nur die Stufen I und II erhielten eine digitale dokumentarische Zukunft. Bis zum Jahr 1979 waren allerdings schon zirka 1,2 Millionen Karteikarten in traditioneller Weise angelegt worden und deren schwere Stahlschränke bezeugen noch heute den außerordentlichen Dokumentationseifer der prädigitalen Zeit.

Ein weiterer Bestandteil des Projekts war eine achtköpfige Arbeitsgruppe Thesaurus (23.10.1978), die die Null-Version des DZI-Thesaurus nach dem Strukturmodell des Sammelgebiets SOZIALE ARBEIT im DZI erarbeitete. Ein Blick in die Literaturdaten der Anfänge des EDV-Einsatzes zeigt, dass die Unsicherheit im Umgang mit den Thesaurus-Termen noch groß war, weshalb die Anzahl der vergebenen Begriffe zwischen drei und 20 pro Dokumentationseinheit schwankte. Seit den frühen 1980er-Jahren beruhte die Pflege des neuen Wortguts inhaltlich auf der Maßgabe der jeweils aktuellen Ausgabe des Fachlexikons der Sozialen Arbeit (Hrsg.: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.). Die multiple Kombinierbarkeit der Begriffe bei der Literatursuche entsprach nun der Qualität eines modernen Informationsdienstleisters.

Unsere Bibliothek übernahm im Rahmen eines Kooperationsvertrags 1981 eine Auftragsdokumentation für das IZ Sozialwissenschaften in Bonn. Diese stieß im DZI bald an ihre Kapazitätsgrenzen. Lange Zeit wurde parallel mit zwei Thesauri (IZ und DZI) dokumentiert, was

1982

Das Handbuch „Stichwort Spendenwesen“ erscheint im Dezember 1982.

Bibliothek und Dokumentation zunehmend belastete, wie es im DZI-Arbeitsbericht aus dem Jahr 1985 hieß. Mit dem Ende dieser institutionellen Zuarbeit im Jahr 1986 bündelte der Arbeitsbereich vornehmlich die eigenen Kräfte und schob ein zweijähriges ABM-Projekt zur Weiterentwicklung des Thesaurus zum Fachgebiet Sozialarbeit/Sozialpädagogik an – die Grundlage für den heutigen Thesaurus. Die zirka 2 000 Deskriptoren wurden, der schwerfälligen Großrechnerumgebung geschuldet, leider nur selten und oft handschriftlich gepflegt. Dies änderte sich mit der Implementierung des Bibliotheksprogramms BISLOK, das ein Modul zur Verwaltung und Pflege von Thesaurus-Daten vorsah.

Nach knapp 20 Jahren (1978-1996) des Blätterns in alphabetischen oder systematischen Wortlisten gehörte nun die Bedienung der Tastatur bei der Bildschirmrecherche im digitalen Thesaurus zur Routine der Literaturdokumentation. Durch die Konvertierung aller DZI-Thesaurusdaten traten jedoch die Mängel seines ersten Strukturentwurfs und die Folgen des 20-jährigen „Dornröschenschlafes“ überdeutlich zutage. Im Rahmen eines Dokumentationspraktikums entstand daher die Idee, den kompletten DZI-Thesaurus einmal von A bis Z zu überarbeiten. Frau Dagmar Otto, eine damalige Praktikantin in der Literaturdokumentation, brachte im Rahmen ihrer Fortbildung zur Wissenschaftlichen Dokumentarin mit einer Teilanalyse des DZI-Thesaurus den Stein für diesen Schritt ins Rollen. In ihrer Hausarbeit „Überarbeitung und Pflege des sozialwissenschaftlichen Thesaurus des DZI“ (Otto 1998) erstellte sie 1997 eine kleine Bestandsaufnahme des DZI-Thesaurus und erarbeitete für das Kapitel 01.01.01 „Sozialphilosophie/Sozialgeschichte“ eine neue Systematik und Vorschläge zur Qualitätsentwicklung. Bis 1999 überarbeitete Frau Otto auf Honorarbasis in kleinen Einzelprojekten 432 Terme der damals 3 026 Fachbegriffe.

Die neuen technischen Möglichkeiten zur Gesamtanierung des Thesaurus konnten in den Folgejahren jedoch aus finanziellen und personellen Gründen nur sporadisch genutzt werden. Der heutige DZI-Thesaurus umfasst eine Zahl von 3 539 Deskriptoren und Nichtdeskriptoren. Ohne Projektfinanzierung können nicht mehr als 60 bis 80 Terme im Jahr detailliert überarbeitet beziehungsweise neue Bezeichnungen eingeführt werden. Die Aktualisierung eines Begriffs (Definition, Recht-



schreibung etc.) mit der terminologischen und der begrifflichen Kontrolle (wie Ober- und Unterbegriffe, verwandte oder synonyme Terme) ist oft komplex und aufwendig und macht immense Titelkorrekturen in der Datenbank erforderlich, die sich meist nicht automatisieren lassen.

Einer der zahlreichen im DZI noch vorhandenen Karteischränke

Die theoretische Grundlage des DZI-Thesaurus bildet die Deutsche Norm zur Erstellung und Weiterentwicklung von Thesauri – die DIN 1463. Danach ist ein Thesaurus im Bereich der Information und Dokumentation eine geordnete Zusammenstellung von Begriffen und ihren Bezeichnungen, die einem Fachgebiet zum Indexieren, Speichern und Wiederauffinden (Retrieval) dienen. Die Vielfalt der natürlichen Sprache wird zu diesem Zweck auf eine möglichst einfache und einheitliche Grundlage reduziert. So verwendet der DZI-Thesaurus in der Regel nur die Singularform (wie „Kind“ 07.01.00, „Jugendlicher“ 07.02.00, „alter Mensch“ 07.13.00 etc.), obwohl inhaltlich die gesamte Zielgruppe gemeint ist. Die darüberliegende Systematik mit über- und untergeordneten Kapiteln ordnet die einzelnen Begriffe den jeweiligen

1983

Der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. fordert in einer Pressemitteilung die Einführung eines „Spenden-TÜV“ in Deutschland.

Systemgruppen und deren zugewiesenen Notationen zu. Komposita können aus zwei einzelnen Termen zusammengesetzt werden wie beispielsweise im Fall der Säuglingsforschung (Säugling und Forschung). Die Verwendung von Abkürzungen (WHO, DDR, ADHS und ähnliche) als Synonym, Fachbegriff oder historischer Fachbegriff orientiert sich am zeitgenössischen Sprachgebrauch der Texte. Die Pflege und Überarbeitung der Termini des Wortguts gleicht einer Sisyphos-Aufgabe, deren Ergebnisse teilweise kurz nach „Redaktionsschluss“ von der Dynamik der Publikationssprache im Fachgebiet überholt werden. Als Seismograph fachsprachlichen Wandels der Sozialen Arbeit durchläuft der DZI-Thesaurus eine kontinuierliche Metamorphose und konserviert die Begriffe parallel zum dokumentierten Schriftgut. Die aktuelle alphabetische Fassung befindet sich auf der DZI-Homepage unter <http://www.dzi.de/dzi-institut/downloads/>.

3-3 Die Praxis und Funktionalität der Literaturdokumentation und -recherche

Die Kernaufgabe der Dokumentarinnen und Dokumentare des Archivs für Wohlfahrtspflege und des späteren DZI bestand vornehmlich in der Auswahl relevanter Fachliteratur für die Soziale Arbeit, deren formaler und inhaltlicher Erschließung und der Gewährleistung der Kontinuität des Sammelgebiets. Parallel zum Wandel der Dokumentationsmethodik veränderte sich das Empfinden von Aktualität als Zeitspanne zwischen dem Erscheinungsdatum des Mediums und seiner dokumentarischen Erschließung im digitalen Bestand. Das Anfang der 1980er-Jahre mit der Digitalisierung der Bibliothek und Literaturdokumentation auch „Ängste“ entstanden, beschrieb ein damaliger Mitarbeiter mit den Worten: „Außer auf Erfassungsprotokollen oder Datenerfassungsbogen gibt es keine separaten Abbildungen der DE [Dokumentationseinheiten] als Listen oder Karten. Dieser Sachverhalt ist zunächst etwas beängstigend für Menschen, die es gewohnt sind, nur in sortierten Listen oder Karteien nachzuschlagen“ (Hornemann 1983, S. 48).

Der Aufbau der Literaturdatenbank DZI SoLit bewirkte beim elektronischen Retrieval zwei wesentliche Fortschritte: Schnelligkeit und Vielfalt. Bei der Titelsuche wurde gleichzeitig der gesamte Datenbestand

durchsucht. Die neue Kombinierbarkeit der Suchbegriffe unter Verwendung boolescher Operatoren (UND, ODER, NICHT) erhöhte zudem die Ergebnisqualität. Ein Blick auf die Fachzeitschrift „Unsere Jugend“, die seit 68 Jahren zum Bibliotheksbestand gehört und kontinuierlich bis heute dokumentiert wird, soll im Folgenden die historische und aktuelle Dokumentationspraxis vergleichen.

Der 1949 erschienene Beitrag „Das Flüchtlingskind“ von Johann Peter Ruppert wurde nach damaligen Richtlinien mit den Codierungen VA 5 e Thema „Kinder – Kindersuchdienst“ und VI F 3 B „Gefährdeten- und Verwahrlostenfürsorge“ in ein sehr grobes inhaltliches Raster eingefügt. Der Textinhalt selbst enthält Fallbeispiele heimatvertriebener Kinder und Jugendlicher mit deren persönlichen Erlebnisberichten über Flucht, Entwurzelung, Hunger und Tod während des Zweiten Weltkriegs, die Auseinandersetzung mit der Rolle der Pädagogik und die psychologische Sichtweise des Autors. „Die psychologische Forschung wird die Nachwirkung solcher massiven Erlebniskomplexe, ihren möglichen Abbau und ihre Verarbeitung im Auge behalten müssen“ (Rupert 1949, S. 2).

Die heutige Indexierungspraxis mit dem DZI-Thesaurus bietet für diesen Artikel eine Auswahl von folgenden Begriffen an: Trauma, Vertriebener, Flüchtling, Kind, Jugendlicher, Zweiter Weltkrieg, Fallbeschreibung, Erleben, psychische Folgen, Integration, Jugendhilfe, berufliches Selbstverständnis, Erzieher, Psychologie. Seit Beginn der digitalen Literaturdokumentation wurde die Vergabe von zirka fünf bis zehn natürlich-sprachlichen Begriffen pro Aufsatz und optional die Verwendung freier Schlagworte praktiziert.

Im Vergleich zur alten Erschließung verdichtet die heutige Indexierung den Inhalt zum Beispiel durch Eingrenzung der Zielgruppe und des historischen Kontexts, durch die Benennung von Problematik, Maßnahme und Methode der jeweiligen Profession oder des Fachgebiets. Umgekehrt kann die Suchstrategie mit den gleichen Begriffen präzise formuliert werden. Die Ergebnislisten selbst können erweitert oder begrenzt werden, zum Beispiel durch die Suche in nur einer Quelle (hier: Unsere Jugend) oder durch Verwendung nur eines Suchmerkmals (TRM=Flüchtling).

1983

Am 20. Februar stirbt die langjährige Geschäftsführerin Sofie Quast kurz vor Vollendung ihres 82. Lebensjahrs.

Die Schlagworte Migration, Minderjähriger, Flüchtling, Krieg oder Verfolgung genießen heute leider wieder traurige Aktualität. Allein in der Zeitschrift „Unsere Jugend“ finden wir zwei Artikel aus den 1980er-Jahren und 13 Artikel seit dem Jahr 2013 mit diesen Deskriptoren. Eine allgemeine Suche nach der Zielgruppe „Flüchtling“ ohne weitere Kombinationen ergibt insgesamt 2 220 Treffer in der DZI SoLit. Wer kreativ mit den booleschen Operatoren jonglieren kann, filtert sich aus dieser Liste passgenaue Beiträge nach eigenen Schwerpunkten heraus. Die UND-Verknüpfung mit „Minderjähriger“ verringert die nachgewiesenen Titel auf 422. Die weitere Eingrenzung der Suche (UND) mit Worten wie „Trauma“ oder (ODER) „psych*“ (für psych*ische Folgen, psych*ische Störung, Psych*otherapie und anderen Variationen) reduziert die Treffermenge auf eine Essenz von nur noch 71 Titeln. Retrievalprofis formulieren dies in einer einzigen Anfrage: (TRM=minderj* UND TRM= Flüchtl* ODER SWT=unbegleiteter mind*) UND (TRM=trauma ODER TRM=psych*). Laien kommen mit mehreren einfachen Suchschritten, der Suchhistorie und einzelnen Kombinationsfolgen zum gleichen Ziel.

Die Literaturdokumentation des DZI erfüllt auf der Informationsebene gleichzeitig mehrere Funktionen: Sie spiegelt die verschiedenen Sichtweisen und Disziplinen innerhalb des Fachgebiets wider, trägt der fachlichen Relevanz der Literatur Rechnung und dokumentiert den historischen Wandel der Fachsprache.

Das wichtigste Instrument der Literaturdokumentation, der Fachthesaurus, ist in seiner Beobachterrolle von Theorie und Praxis sprachlich zwangsläufig nie ganz up-to-date. Das „Fehlen“ relevanter Begrifflichkeiten kann vielfältige Ursachen haben: Möglicherweise gab es das Forschungsgebiet noch gar nicht, die Fachsprache beziehungsweise das Thesaurus-Vokabular wurde erst später aktualisiert oder der gesellschaftliche Blick hatte seine „Scheuklappen“ noch nicht abgelegt. Noch in den 1950er- und 1960er-Jahren gehörte es zu den amtlichen Aufgaben der „Verwahrlostenfürsorge“ und „Fürsorgeerziehung“, der „Fehlentwicklung“ ihrer „Zöglinge“ (Sozialwaisen, Schwererziehbare u.a.) entgegenzuwirken. In der heutigen Literatur setzen „Streetworker“ auf „Empowerment“ und bieten „benachteiligten Jugendlichen“

in „niedrigschwelligen“ Angeboten „akzeptierende Jugend- oder Drogenarbeit“ an. Der Diskurs über den diskriminierenden oder entmündigenden Gehalt von Begriffen, die sowohl das zeitgenössische Menschenbild als auch das berufliche Selbstverständnis repräsentieren, muss zunächst im Fachgebiet der Sozialarbeit/Sozialpädagogik selbst geführt werden (Wagner 2017).

Die professionelle Literaturdokumentation ist frei von Wertung und hält sich im Hintergrund. Im DZI hinterlässt sie bis heute für die Nachwelt auf den bearbeiteten Materialien nur kleine analoge Arbeitsspuren (Bleistift-Kennzeichnungen für die Datenerfassung). In der Datenbank selbst bleibt der dokumentarische Prozess unsichtbar, nur die Ergebnisse wären nicht von dieser Qualität, gäbe es ihn nicht. Hier entfaltet sich die Wirkung der fachlichen Kompetenz, mit der die in der Literaturdokumentation und Bibliothek des DZI Tätigen das komplexe, in den Texten enthaltene Fachwissen für die Literatursuchenden auffindbar machen. Allein die Auswahl einer Monographie, einer Fachzeitschrift und die des einzelnen Textes und seiner fachlichen Relevanz lässt eine sorgfältig angelegte Sammlung entstehen, die in ihrer Gesamtheit auf das Fachgebiet zurückstrahlt. Im Unterschied zur Literatursuche in Open-Access-Dokumenten, bei denen eine fachliche Selektion und Qualitätsprüfung in der Regel nicht stattfindet, erzeugt das DZI für die Wissensorientierung in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik täglich einen intellektuellen Mehrwert.

4 Die Datenbank DZI SoLit

4-1 Vom Lesesaal ins Großrechenzentrum

Die Geschichte der DZI SoLit nimmt ihren Ursprung im bereits erwähnten EDV-Projekt PERIODOK. Bis Ende 1979 wurden 3 500 Dokumentationseinheiten (DE) aus Kernzeitschriften mit dem ersten DZI-Kleinrechner erfasst. Auch Dateien mit Thesaurusbegriffen („Maschinenthesaurus“), freien Schlagworten und Periodikatiteln wurden für deren digitale Pflege und Reproduzierbarkeit angelegt. Sie dienten als Grundlage späterer technischer Entwicklungen und Arbeitsabläufe. So stellten die damaligen IT-Verantwortlichen bald die Produktion der Monatsbibliographie für die Soziale Arbeit auf automatisierte Verfahren um. Mit dem Hosting der DZI-Literaturdaten im Konrad-Zuse-Institut wuchs

der Datenbestand schnell auf 15 000 dokumentierte Quellen aus Fachartikeln an. Der „Grundstock für den einzurichtenden Literatur-Pool“ war gelegt, wie es im Arbeitsbericht des Jahres 1982 lautete. Zwei Jahre später folgte die digitale Verarbeitung von Monographie-daten. Arbeitsgrundlage zur Datenerfassung mit dem Großrechnerprogramm GOLEM war ein Schema aus 24 Kategorien bibliographischer Angaben mit eigenen Feldern für Thesaurus-Terme und freie Schlagworte.

In der Bibliothek recherchierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Publikum nun direkt am Datensichtgerät und druckten unmittelbar oder auf schriftliche Anfrage „Individuelle Bibliographien“ gegen Gebühr aus. Häufig gefragte Themen wurden als sogenannte „Aktuelle Bibliographien“ regelmäßig aktualisiert und vorgehalten, was dem heutigen Angebot von Literatur-Profildiensten beziehungsweise Alert-Diensten in vielen Bibliotheken schon sehr nahe kam.

4-2 Die technische Entwicklung der dezentralen Nutzung

Schon 1983 entwickelten die EDV-Verantwortlichen Gedanken zur Realisierung eines dezentralen Zugriffs auf die DZI-Daten und zu deren Vorteilen, wie der Einsparung der „Zeit-Wege-Kosten“ und der Versandgebühren oder der „Suchstrategieformulierung vor Ort“ (Hornemann 1983, S. 51). Sechs Jahre später wurde diese Vision technische Realität und die Alice-Salomon-Fachhochschule sicherte sich als erster Kunde einen direkten Zugriff auf die gehostete DZI SoLit mit ihren 60 000 Datensätzen.

13 Jahre überlebte der Software-Dinosaurier GOLEM in der Großrechnerumgebung der Berliner Rechenzentren. Mit dessen Ende und dem Beginn des ersten Novell-Server-Systems in DZI-eigener Administration im Jahr 1996 begann die Ära der Vervielfältigung und der überregionalen Nutzung der DZI-Datenbank. Die Evangelische Fachhochschule Hannover übernahm hierbei die Vorreiterrolle. Bei der Konvertierung der Literaturdaten aus der Großrechner- in die MS-DOS-Welt für die Software BISLOK erhielt das DZI kompetente Unterstützung von der Bibliotheksleitung der Fachhochschule. Diese glückliche interkollegiale Unterstützung mündete in einer Kooperation zur regelmäßigen

Datenlieferung des DZI für die niedersächsische Hochschulbibliothek. Im vierteljährlichen Turnus wurden Diskettendaten der DZI SoLit in die erste überregionale Fachbibliothek importiert und aktualisiert.

1998 erwarb das DZI eine Lizenz zur Vervielfältigung einer BISLOK-Suchoberfläche (OPAC) und begann mit der eigenen CD-ROM-Produktion zum Vertrieb der Literaturdatenbank. Bis Jahresende traten bereits 20 kleine, schillernde DZI-SoLit-Scheiben mit dezentralem OPAC ihren Postweg zu den sozialen Fachhochschulen an. Die Kunden der ersten Stunde kamen aus Hannover, Hildesheim, Nürnberg und mit der Fachhochschule für Sozialarbeit in Bern überquerte das Interesse sogar die Alpen. Die CD-ROM-Recherche lieferte zu dieser Zeit bereits Ergebnisse aus über 100 000 Quellen sozialer Literatur und wurde im Halbjahres-turnus aktualisiert. Die Fachhochschulen erkannten schnell das Potenzial der Erschließung von Teilen ihres eigenen Bibliotheksmaterials und den großen Nutzen für ihr Publikum. Sie investierten damals 2 500 DM für ein Drei-Jahres-Abonnement beziehungsweise 1 000 DM für eine Ein-Jahres-Lösung.

Im Jahr 2001 eroberte die DZI-SoLit mithilfe des professionellen Hosts „Gesellschaft für betriebswirtschaftliche Informationen mbH/ GBI“ (heute GENIOS) als Alternative zur CD-ROM das weltweite Netz. Zwei Jahre später nutzte das DZI die neuen Vertriebswege der GBI und wurde Datenproduzent für das Datenbank-Paket SOWI in WISO-Net (www.wiso-net.de). Realisierten im Jahr 2002 noch zehn Kunden einen Internetzugang zu unseren Daten, so konnten 2005 bereits über 100 Fachbibliotheken direkt oder über das SOWI-Paket bei GENIOS auf die DZI SoLit zugreifen.

Das Interesse an schneller und erschwinglicher Informationsversorgung wuchs jetzt in den sozialen Fachkreisen rasant. Es entstanden Fachportale, die ihre sozialwissenschaftlichen Inhalte (zum Beispiel Datenbanken, thematische Dokumentationen, fachrelevante News, Linklisten etc.) über eine gemeinsame Suchoberfläche anboten. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt INFOCONNEX des Informationszentrums Sozialwissenschaften in Bonn (heute GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften) ver-

1988

Aus Anlass der 24. Internationalen Konferenz des ICSW in Berlin gibt das DZI das Buch „Internationale Wohlfahrt. Ursprünge und Entwicklung des ICSW“ heraus.

einte in seinem Namen Partner wie das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA), die Universitätsbibliothek Köln, die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und das DZI als moderne Informationsdienstleister im Internet.

Mit der Beteiligung des DZI an INFOCONNEX und seiner Weiterentwicklung SOWIPORT (2006) gewann die Literaturdatenbank eine neue, breite Zielgruppe: die anonymen Individualkunden. Die Nutzung der DZI-Daten verzeichnete im Jahr 2009 mit etwa 145 000 Vollansichten ein Rekordhoch und hatte sich innerhalb eines Jahres um 80 Prozent gesteigert. Bis zum Jahr 2013 kehrte sich dieser Trend jedoch um und die Abfragen reduzierten sich auf ein gutes Drittel (55 000). Ursache war vermutlich die kostenlose Bereitstellung der SOWIPORT-Daten des Projektpartners GESIS seit 2010. Auch die Umorientierung des Hosts GENIOS auf Volltextdatenbanken könnte den Trend forciert haben. Von 2014 bis 2017 bot das DZI daher, dem Geschäftsmodell der GESIS folgend, auch seine Literaturquellen über SOWIPORT kostenlos an.

Der Anstieg der Nutzung ließ nicht lange auf sich warten. Die Gesamtnutzung aller Kunden (über GENIOS, SOWIPORT und im Direktvertrieb) wuchs von 51 400 Vollansichten im Jahr 2014 auf beachtliche 231 600 im Jahr 2017. Leider stellte das Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften die Oberfläche SOWIPORT zum Jahresende 2017 ein und so sind wieder kreative Lösungen zur Zukunftsfähigkeit im Bereich Soziale Literatur des DZI gefragt.

Mit Stand vom Dezember 2017 enthält die Datenbank DZI SoLit 235 000 Literaturdaten und ist die umfangreichste Sammlung zum Thema Sozialarbeit und Sozialpädagogik im deutschsprachigen Raum. Die Qualität der Datenbank ermisst sich sowohl aus ihrer Spezialisierung auf die Zeitschriftendokumentation als auch aus der Tatsache, dass alle nachgewiesenen Quellen im DZI-Magazin vorgehalten werden und auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden können.

4-3 Die Zielgruppe der DZI SoLit und Perspektiven

Die Zielgruppen der Bibliothek und Literaturdokumentation des DZI entwickelten sich im Lauf der Institutsgeschichte parallel zur Herausbil-

dung sozialer Berufsbilder und deren Ausbildungsinstitutionen. Heute bilden die Studierenden sozialer Studiengänge an staatlichen und privaten Hochschulen, Schülerinnen und Schüler von Erzieherfachschulen sowie Auszubildende und Studierende in der Pflege die Mehrheit der DZI-SoLit-Nutzer. Ende 2017 verfügten insgesamt 212 Bibliotheken und Bildungseinrichtungen über ein Abonnement zur Nutzung der DZI-Datenbank für ihr Publikum. Der Ausbildungssektor sozialer und pfliegerischer Berufe wird aufgrund des akuten Fachkräftemangels und bildungspolitischer Maßnahmen in den nächsten Jahren noch wachsen. Dies betrifft auch die Zahl der Lehrenden, Forschenden und in der Praxis Tätigen, die auf effiziente Literatursuche und -beschaffung angewiesen sind.

Sylvie Johner-Kobi, Dozentin und Forscherin am Departement Soziale Arbeit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, schrieb 2016 zu ihrer Literaturrecherche: „Für sämtliche Forschungsprojekte recherchiere ich seit Jahren unter anderem in der Datenbank Wiso-Net. In der Regel grenze ich meine Suche hierbei auf Literaturnachweise >Sozialwissenschaften und bei Bedarf auch auf die DZI SoLit Datenbank ein (insbesondere dann, wenn ich sehr spezifisch nach sozialarbeitsrelevanter Literatur suche).“

Trotz steigender Nutzung, unverminderter Qualität und der Herausbildung des Alleinstellungsmerkmals der DZI SoLit ist diese Dienstleistung des Instituts kein Selbstläufer. Die Toleranzgrenzen seiner Personalentwicklung sind aktuell mangels gesicherter Finanzierung bereits erreicht und äußere Einflüsse wie zum Beispiel das Ende von SOWIPORT, die Open-Access-Bestrebungen und die fortschreitende Automatisierung von Informationsprozessen erhöhen den Druck auf den internen Handlungsspielraum. Vor diesem Hintergrund und der anlässlich des 125-jährigen Jubiläums gebotenen Selbstreflexion seiner Arbeit veranstaltete das DZI am 7.6.2018 erstmalig das DZI-Forum Soziale Literatur und Dokumentation. Ziel des Forums war es, Repräsentantinnen und Repräsentanten der Bereiche Bibliothek (Alice Salomon Hochschule, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Evangelische Hochschule Berlin, Fachhochschule Potsdam, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin), Literaturdokumentation/Fachinformation (Berliner Arbeits-

kreis Information, Deutsche Gesellschaft für Information und Wissen e.V.) und Wirtschaft (GBI-GENIOS Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH) zusammenzubringen, um zukünftige Entwicklungen von Fachliteratur über die Grenzen des DZI hinaus zu diskutieren.

Ein interessantes Ergebnis der Tagung war, wie unterschiedlich das Ende von SOWIPORT aufgenommen wurde und welche Konsequenzen daraus für die jeweils eigene Informationsvermittlungspraxis gezogen wurden. Auch die große Vielfalt heutiger Informationsanforderungen und -kompetenzen der Zielgruppen wurde thematisiert, jedoch hatten nur wenige der Teilnehmenden bereits praktische Erfahrungen mit Nutzerbefragungen. In der Optimierung des eigenen Angebotschnitts durch Medienarten wie E-Paper, E-Books, Infografiken, Statistiken oder Ähnliches sah die Mehrheit eine große und wichtige Herausforderung für die Zukunft. Die wichtigste Erkenntnis für das DZI und die Standortbestimmung seiner Literaturdokumentation war, dass die Forumsgäste die Dokumentation einzelner Zeitschriftenaufsätze und einzelner Aufsätze aus Sammelwerken als besonderes Alleinstellungsmerkmal der DZI SoLit hervorhoben. Ein ausführlicher Bericht über das DZI-Forum Soziale Literatur und Dokumentation findet sich im Veranstaltungskalender der Homepage unter <https://www.dzi.de/dzi-institut/veranstaltungen/>.

IX Organisation und Finanzierung des DZI

Margrit Gensing; Burkhard Wilke

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen, dessen Ziel es seit nunmehr 125 Jahren ist, die Soziale Arbeit und das bürgerschaftliche Engagement für Spenden sammelnde Organisationen durch Kompetenzbildung und die Bereitstellung verlässlicher Informationen zu stärken, ist selbst durch eben dieses bürgerschaftliche Engagement entstanden. Das wirkt sich – bis in die heutige Zeit – auf die Organisation und die Finanzierung des Instituts aus.

Frauen und Männer um Jeanette Schwerin, Albert Levy und Wilhelm Foerster haben die Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur (DGEK) ab 1893 durch ihren persönlichen, ehrenamtlichen Einsatz aufgebaut. Erst 1923 wurde mit Sidy Wronsky erstmals eine hauptamtliche Geschäftsführerin bestellt. Sie war seit 1914 bereits ehrenamtlich im Vorstand der DZI-Vorläuferorganisation Zentrale für private Fürsorge e.V. tätig. Den tragenden Persönlichkeiten gelang es durch ihre oft bestens ausgebauten privaten und beruflichen Netzwerke – und sicher nicht zuletzt auch die Überzeugungskraft der „Mission“ der Auskunftsstelle – schon nach wenigen Jahren, auch staatliche und private Institutionen für die regelmäßige Unterstützung des Instituts zu gewinnen.

Keine der bedeutenden Trägerinstitutionen oder Förderer hat aber je eine alleinige, dominierende Funktion in der Organisationsstruktur des DZI inne gehabt. Die Diversität der Trägerschaft war und ist vielmehr ein Garant für die Unabhängigkeit und fachliche Neutralität des Instituts. Der „Preis“, den Leitung, Mitarbeiterschaft und nicht zuletzt auch die Nutzerinnen und Nutzer hierfür zu zahlen hatten und immer noch haben, ist eine latente, mitunter erhebliche Unsicherheit der finanziellen Ressourcen. Über die mehr als zwölf Jahrzehnte seiner Existenz hinweg meisterten die Verantwortlichen im DZI und in seinen verschiedenen Trägerinstitutionen diesen Balanceakt, indem sie neben den finanziellen Ressourcen auch die Organisationsstruktur immer wieder

1989

Das DZI verschlankt seine Organisationen-Dokumentation von ca. 20 000 auf rund 3 000 Akten.

– und bis heute erfolgreich – weiterentwickelten. Das drückte sich auch darin aus, dass in den ersten Jahrzehnten die operative Arbeit zwar noch weitgehend durch den Vorstand und die vielen weiteren ehrenamtlich Mitarbeitenden getragen wurde, sich die Verantwortung für die fachliche Arbeit aber dann nahezu vollständig auf das insofern unabhängig handelnde hauptberuflich tätige Personal der Geschäftsstelle verlagerte. Die Einführung einer hauptamtlichen Geschäftsführung ab 1923 spielte dabei eine entscheidende Rolle. Dem bis in die heutige Zeit ehrenamtlich tätigen Vorstand obliegen seitdem die strategisch wichtigen Entscheidungen und eine Art Aufsichtsfunktion gegenüber der Geschäftsführung.

Die wichtigste Informationsquelle für die Entwicklung des DZI sind seine Arbeitsberichte, die (erst) ab 1972 lückenlos archivierten Jahresabschlüsse sowie die 1993 im DZI-Eigenverlag erschienene und maßgeblich von Heidi Degethoff de Campos erarbeitete Chronik „Von der Armenpflege zum Sozialstaat. 100 Jahre Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen im Dienste der praktischen Wohlfahrtsarbeit“.

Arbeitsberichte des DZI bzw. seiner Vorläufereinrichtungen sind im Archiv des Instituts mit kleineren Lücken ab dem Bezugsjahr 1909 und ab 1952 lückenlos jährlich vorhanden; detaillierte Finanzinformationen enthalten sie aber erst ab 1984. Der erste umfassende Arbeitsbericht vom August 1911 bezieht sich im engeren Sinne (Finanzdaten) zwar nur auf die Jahre 1909 und 1910, zeichnet hinsichtlich der fachlichen und organisatorischen Entwicklung aber die gesamte Zeit seit dem Gründungsjahr nach. Der damalige Vorsitzende Dr. Albert Levy thematisiert gleich zu Beginn der Einleitung die besondere Schwierigkeit der Berichterstattung – in der Selbstwahrnehmung der damals Verantwortlichen (Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge 1911, S. 7): „Wenn es uns schon häufig aus den Kreisen unserer Freunde heraus zum Vorwurf gemacht worden ist, daß wir bisher keine regelmäßigen Jahresberichte über unsere Arbeit herausgegeben haben, so müssen wir die Berechtigung eines solchen Vorwurfs anerkennen. [...] Es liegt eben an der Art unserer Tätigkeit selbst, wenn die Erstattung eines Jahresberichts Schwierigkeiten darbietet, wie sie kaum in einem anderen Verein vorhanden sein dürften.“

Namen, Trägerschaft und Rechtskörper

Das heutige DZI hat sich aus einer ganzen Reihe von Vorläuferorganisationen entwickelt und in mehreren Phasen seiner Existenz überkommene Organisationsformen oder Rechtskleider abgeworfen, wie im Folgenden stichwortartig dargestellt wird. Unverändert geblieben ist aber das zentrale Ziel, den Helfenden zu helfen.

1893 **Auskunftsstelle** der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur e.V. (**rechtlich unselbstständig**)

1906 Die Auskunftsstelle wird unter dem Namen „**Zentrale für private Fürsorge e.V.**“ als neu gegründeter eingetragener Verein rechtlich selbstständig. (**eingetragener Verein**)

1923 Das **Archiv für Wohlfahrtspflege**, bisher als „Archiv der Wohlfahrts-Einrichtungen“ ein rechtlich unselbstständiger Arbeitsbereich der Zentrale für private Fürsorge e.V., wird unter Führung des Reichsarbeitsministeriums als „halbamtliche Einrichtung“ verselbstständigt. (**nicht eingetragener Verein**)

1926 Um eine vom Reichsarbeitsministerium unabhängiger Organisationsform zu erlangen, erhält das **Archiv für Wohlfahrtspflege** eine Satzung, die den Senat von Berlin, den Deutschen Städtetag, die Industrie- und Handelskammer zu Berlin und die Zentrale für private Fürsorge e.V. als im Vorstand vertretene Institutionen festschreibt. Die Eintragung im Vereinsregister ist laut Satzung zwar vorgesehen, wird aber nicht vollzogen.

1937 Umbenennung für kurze Zeit in „**Archiv für öffentliche Wohlfahrtspflege**“, spätestens ab 1941 firmiert das Archiv aber wieder unter dem vorherigen Namen.

1946 Der Deutsche Caritasverband und der Zentralausschuss für die Innere Mission errichten ein Notstatut, mit dem das Archiv nach Kriegsende zunächst weiterarbeiten kann, denn ein Teil seiner Trägerorganisationen muss nach dem Ende des NS-Regimes selbst neu konstituiert werden. (**Notstatut**)

1952 8. Januar: **Generalrestitution** der Satzung des „Archiv für Wohlfahrtspflege“ vom Oktober 1926. Da die Zentrale für private Fürsorge e.V. 1937 aufgelöst wurde, besteht der Vorstand und damit die Mitgliedschaft nur noch aus Vertretern von drei Institutionen: Senat von Berlin, Deutscher Städtetag, Industrie- und Han-

1990

Am 27. Februar beruft der Berliner Senat Ingrid Stahmer, Senatorin für Gesundheit und Soziales, zur Vorstandsvorsitzenden des DZI.

delskammer zu Berlin. Die Eintragung ins Vereinsregister kann wie schon 1926 wegen Formmängeln nicht vollzogen werden. **(nicht eingetragener Verein)**

1955 Am 22. März tritt die **Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege** dem Vorstand und damit dem Mitgliederkreis des Archivs bei.

1957 26. Februar: Das Archiv für Wohlfahrtspflege wird in eine **Stiftung bürgerlichen Rechts** umgewandelt. Am 28. Juni wird der nicht eingetragene Verein „Archiv für Wohlfahrtspflege“ durch Beschluss des Vorstands bzw. der Mitgliederversammlung aufgelöst.

1964 Seit dem 12. Oktober lautet der Name **Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen** vormals **Archiv für Wohlfahrtspflege**.

1973 Am 4. Juli tritt das **Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit** dem Vorstand bei.

2002 Am 11. April wird die Satzungsänderung wirksam, durch die der Namensteil „vormals Archiv für Wohlfahrtspflege“ gestrichen wird.

2006 Am 2. August tritt anstelle der Industrie- und Handelskammer zu Berlin nunmehr der **Deutsche Industrie- und Handelstag** dem Vorstand des DZI bei.

Finanzierung

Die Finanzressourcen des DZI und seiner Vorläuferorganisationen erlebten im Laufe der 125 Jahre zahlreiche teils schubhafte, teils allmähliche Veränderungen. Zwei Konstanten bleiben aber bestehen:

1. Das Institut strebt im Sinne der Wahrung seiner Neutralität und Unabhängigkeit eine angemessene Vielfalt der Geldquellen an. Nur einmal bewegte sich die Einrichtung diesbezüglich im „Grenzbereich“: Nachdem sich das Archiv 1923 von seiner damaligen Trägerorganisation Zentrale für private Fürsorge e.V. getrennt hatte und „halbamtliche“ Einrichtung des Reichsarbeitsministeriums wurde, das fortan sogar den Haushalt aufstellen sollte, erfolgt schon drei Jahre später die Kurskorrektur. Das Archiv gab sich eine neue Satzung, die die gemeinsame Trägerverantwortung von vier Institutionen aus den Bereichen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft festschrieb, von denen sich drei zugleich auch ausdrücklich zur Zahlung jährlicher Mindestzuwendungen bereit erklärten.

2. Die bewusst gewählte, diverse Finanzierungsstruktur ist über die ganze Geschichte des DZI hinweg mit einer tendenziellen Unterfinanzierung verbunden. Es gibt kaum einen Arbeitsbericht, in dem die schwierige Herausforderung, eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen, nicht thematisiert wurde.

Die Frühphase – Forschen und Fördern

Von der Gründung 1893 bis zur Verselbständigung als Archiv für Wohlfahrtspflege im Jahr 1923 verfolgte die Auskunftsstelle zwei Hauptziele: Zum einen die fachliche Information der in der Fürsorge Tätigen sowie der an Spenden interessierten Öffentlichkeit, und zum anderen die direkte Beratung und auch materielle Unterstützung Bedürftiger in Berlin. Dementsprechend warb die Einrichtung auch für beide Aufgaben Mittel ein. Während der eigentliche Haushalt die Einnahmen für die Dokumentations- und Auskunftsarbeit ausweist, wird daneben auch ein Budget für Unterstützungszahlungen geführt. Für die Kriegsjahre 1915-1917 sind im Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge 1916-1918 folgende Gesamtsummen für diese beiden Einnahmearten ausgewiesen:

	1915	1916	1917
(Angaben in Mark)			
Einnahmen Geschäftsstelle	117.882	116.841	154.427
Einnahmen Unterstützungszahlungen	148.950	157.000	248.000

Trägerfinanzierung

Wurden die Einnahmen in den Jahren davor jeweils vor allem von einer größeren Zahl von Mitgliedern aufgebracht, so übernehmen in der Satzung von 1926 erstmals drei der vier im Vorstand vertretenen Trägerinstitutionen ausdrücklich die Verpflichtung zur Zahlung eigens vereinbarter Zuwendungen an das Archiv. Dieser Trägerfinanzierung kommt im Laufe der folgenden Jahrzehnte eine immer größere Bedeutung zu, ab 1973 zusätzlich forciert durch die Aufnahme des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit in den Trägerkreis. Der Deutsche Städtetag hingegen scheidet mit seiner Wiedergründung im Jahr 1945 zwar nicht aus der DZI-Trägerschaft, wohl aber aus dem Kreis der Zuwendungsgeber aus. Seit 2003 erhält das DZI auch vom

1990

Die DDR tritt der Bundesrepublik Deutschland bei, der 3. Oktober wird zum Nationalfeiertag.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) jährlich Projektmittel für seine Spenderberatung, ohne dass das BMZ jedoch Mitglied im Vorstand geworden wäre. Den Höhepunkt erreichte die trägerzentrierte Finanzierungsphase in den 1980er und frühen 1990er-Jahren, als das DZI zu 90 Prozent von vier seiner Trägereinrichtungen finanziert wurde und zu 10 Prozent durch Eigeneinnahmen, vor allem aus dem Vertrieb seiner Veröffentlichungen.

Stärkung der Eigeneinnahmen

Die Einführung des Spenden-Siegels Ende 1991 erschloss dem DZI eine neue Quelle für eigene Umsatzerlöse, die schnell eine immer größere Bedeutung für das Institut erlangte. Seit 2001 wird das Siegel als steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb geführt. In den ersten zehn Jahren, bis 2002, erlaubten diese zusätzlichen Einnahmen der Spenderberatung vor allem die Stärkung der fachlichen Qualität und des Wirkungsgrads ihrer Arbeit.

Im Jahr 2002 entschied das Land Berlin wegen der eigenen Haushaltsnotlage, seine Zuwendung an das DZI von bisher rund 467 000 Euro ab 2004 auf nur noch 185 000 Euro zu reduzieren. Durch intensives politisches Lobbying insbesondere der DZI-Vorsitzenden Prof. Ingrid Stahmer gelang es immerhin, eine vollständige Einstellung der Landesförderung zu verhindern. Auch konnte das BMZ ab 2003 für die Spenderberatung als zusätzlicher Zuwendungsgeber mit zunächst 50 000 Euro jährlich und derzeit (2018) 90 000 Euro hinzugewonnen werden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) behielt seinen Zuwendungsbetrag (239 000 Euro) zunächst bei, entschied aber, ihn ab 2003 ausschließlich auf Zwecke der Spenderberatung zu beziehen, während die institutionelle Förderung des Landes Berlin seitdem ausschließlich den Bereich Soziale Literatur finanziert. Zwischen 2006 und 2010 senkte auch das BMFSFJ im

Überblick – Finanzierungsstruktur des DZI *

Währung	Jahr	Berlin	Bund	BAGFW	IHK Berlin/DIHK (ab 2007)	weitere Länder	Förderer-/Mitglieder beiträge/Spenden u.a.	Eigeneinnahmen (inkl. Zuw. FöV)	Gesamteinnahmen
M	1909								53.155
M	1910								51.785
M	1915	10.000					101.747	6.135	117.882
M	1916	10.000					99.386	7.454	116.840
M	1917	15.000					130.768	8.659	154.427
RM	1940/41	18.050	6.500		3.600	18.000	30.911	28.826	
RM	1946	17.000	12.500		10.000	10.000			
DM	1953/54	15.000	7.000						
DM	1955	20.000	6.000	2.000	2.000				
DM	1961								100.000
DM	1962								140.000
DM	1963								160.000
DM	1968	80.000	35.000	7.500	3.000	3.840	29.586	63.801	222.727
DM	1973	203.525	80.000	15.000	10.000	13.540	25.235	129.704	477.004
DM	1978	430.204	165.000	18.000	10.000	26.860	54.660	107.088	811.812
DM	1983	743.600	335.000	18.000	10.000	24.910	1.000	103.329	1.235.839
DM	1988	918.554	375.153	18.000	10.000	23.860	1.680	133.943	1.481.190
DM	1993	1.118.153	449.339	18.000	10.000	19.460	484	339.333	1.954.769
DM	1998	1.012.000	467.000	26.000	11.000	18.210	0	545.740	2.079.950
Euro	2002	467.321	238.773	13.294	5.624	7.442	6.456	320.522	1.059.432
Euro	2003	300.000	289.000	13.294	5.624	7.305	56.546	327.914	999.593
Euro	2004	185.000	334.000	13.294	5.624	7.275	6.703	408.941	960.837
Euro	2007	185.000	265.000	13.294	5.624	5.486	0	530.560	1.004.964
Euro	2012	185.000	320.000	20.000	20.000	4.286	0	752.196	1.301.482
Euro	2017	285.000	360.000	20.000	25.000	2.497	10.000	733.346	1.435.843

M = Mark (1871-1923), RM = Reichsmark (1924-1948), DM = Deutsche Mark (1948-2001),

Euro (seit 1999 als Buchgeld, ab 2002 als Bargeld eingeführt)

* Die Tabelle bildet bis 1968 alle uns vorliegenden Finanzinformationen ab. Danach liegen die Daten zwar jährlich vor, im Interesse der Übersichtlichkeit werden sie in der Tabelle aber nur im Fünf-Jahres-Rhythmus abgebildet, oder hiervon abweichend in Jahren mit besonderen Entwicklungen.

Rahmen der so genannten „Koch-Steinbrück-Kürzungen“ im Bundesetat seinen DZI-Betrag um jährlich 10 Prozent und erhöht ihn erst danach wieder auf heute (2018) 270 000 Euro. Die Finanzierungslücke insbesondere im Arbeitsbereich Soziale Literatur, aber auch beim zuwendungsfinanzierten Teil der

Spenderberatung wurde in den Folgejahren durch die Gewinne des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs, insbesondere also das Spenden-Siegel, querfinanziert. Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung 2013, als der Bereich Soziale Literatur 73 000 Euro und die zuwendungsfinanzierten Spendenauskünfte 38 000 Euro aus dem Gewinn des Geschäftsbetriebs erhielten. Erst 2016, zwölf Jahre nach der drastischen Kürzung, erhöhte das Land Berlin seine institutionelle Förderung wieder – um 100 000 Euro auf nunmehr 285 000 Euro – und korrigierte damit ein Stück weit die 2003 entstandene Schieflage in der Finanzierung. Das BMFSFJ und das BMZ erhöhten ihre Förderbeträge seit 2010 in mehreren kleineren Stufen.

In dieser finanziell sehr schwierigen Phase zwischen 2003 und 2015 musste das DZI keine Beschäftigten kündigen, konnte aber auch frei werdende Stellen nicht oder nur mit reduzierten Stellenanteilen wieder besetzen. Dies ist neben der inhaltlich und wirtschaftlich erfolgreichen Entwicklung im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb und einer grundsätzlich stabilen und wertschätzenden Beziehung zu den öffentlichen Zuwendungsgebern auch dem großen Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken. Sie mussten im Zeitraum 2003 bis 2009 analog zu den Angestellten im öffentlichen Dienst des Landes Berlin, außerdem Lohn- und Arbeitszeitkürzungen – je nach Vergütungsgruppe – von acht bis zwölf Prozent hinnehmen.

Fazit

Die Planung und Bewirtschaftung des DZI-Haushalts sind durch die zunehmende Zweckbindung der einzelnen öffentlichen Zuwendungen und zusätzliche betriebswirtschaftliche Steuerung des steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs heute wesentlich komplexer und aufwändiger als in der Phase stabiler Trägerfinanzierung bis 2002. Die derzeitige Relation zwischen der Zuwendungsfinanzierung (45%) und den Eigeneinnahmen (55%) trägt einerseits zur Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Finanzierungsquellen bei. Sie wird andererseits von Vorstand und Geschäftsführung des DZI insofern als grenzwertig eingeschätzt, als die Unabhängigkeit des Instituts nur dann gewährleistet erscheint, wenn sich beide Einnahmeformen mittelfristig in etwa die Waage halten und in diesem Rahmen auch im nötigen Maße wachsen.

X Quellen und Querelen des Sozialen in der DDR

Frieder Burkhardt

Vorbemerkung

Der Autor dieser Abhandlung hat die DDR in zurechnungsfähigem Alter von Anfang bis Ende erlebt. Was er hier vorbringt, ist lückenhaft. Er ist einer von 17 Millionen Menschen, die da lebten und wirkten, wo Außenstehende eine „Zone“ verorteten. Er war in keiner Blockpartei der Nationalen Front der DDR, nicht bei der Nationalen Volksarmee, nicht bei den Jungen Pionieren und auch in keinem Jugendwerkhof. Nicht ohne Einschränkungen lässt sich die Lebens- und Berufslandschaft, aus der hier Erfahrungen rekonstruiert werden, Freiraum nennen. Die Kirchen stellten, nicht überall, aber vielerorts, ihre Räume zur Verfügung. In solchen Freiräumen kam der Autor mit Hunderten Menschen in Verbindung. Fragen nach Freiheit und gelungenem Leben kamen hier zur Sprache und verlangten nach einer sozialen und politischen Gestalt. Soziale Arbeit verstand sich in der DDR anhaltend und weitgehend als Fürsorge. Im Initiativraum einer organisierten Volkssolidarität gab es seit 1945 vielfach Hilfreiches. Zur kritischen Reflexion der Helfertätigkeit kam es selten. Der vormundschaftliche Staat diktierte den sozialistischen Gang in der Lebens- und Arbeitswelt.

Der Autor, der Sozialarbeit von der Praxis und der Lehre her kennt, legt hier aus der Rückschau ein paar Miniaturen vor. Die Erörterung des Sozialen steht immer wieder vor Neuanfängen. So lange Menschen mit wenig Einkommen sozial Schwache genannt werden und solche, die unpopuläre und verrückte Wege gehen, Asoziale und Eliten natürlich (!) nicht in Sozialwohnungen leben, solange ist das Soziale fraglich und fragil. Soziale Gerechtigkeit taugt nicht pauschal für Wahlversprechen.

Die DDR hat ihren Sozialismus am Siegen gehindert. Wer dem auf die Spur kommen will, sei auf herausragende belletristische Literatur der letzten Jahre verwiesen. Ich wähle einige Ausschnitte, die dem eigenem Erleben und eigener Umsicht entstammen. In solchem Kleinformat zeigen sich mir die Ambivalenzen des Sozialen nicht gnadenlos.

1991

Die Datenbank für Spenden sammelnde Organisationen ODABA wird in der DZI Spenderberatung eingeführt.

1969 – Ein Teufelsmädchen wird zwanzig

1969 hatte die DDR Halbzeit. Das Ende ergab sich erst 1989. Ein „Frühling“ war 1968 in Prag militärisch verhindert worden. Von paktierenden Brüdern. Uns Entsetzten stand der Sinn aber weder nach einer bleiernen Zeit noch nach ewigem Klassenkampf oder kaltem, gehässigen Krieg. In einem Studentenkabarett ließen wir die DDR als semi-kesse 20-Jährige im Minirock Zusammengereimtes vorbringen:

Ich bin von Mutter Erde das allerliebste Kind.
Weil ich nun zwanzig werde, macht man jetzt soviel Wind.
Ich heiße nicht Jaqu'line, bin ja nicht irgendwer.
ich bin ,ne kesse Biene und heiße DEDE ER ...

Wir wünschten uns die Rückkehr von Humor. Von Häme und Hass hatten wir genug. Die DDR schickte sich an, auf populären Nebengleisen Grandiosität zu entwickeln:

Im Sport bin ich befähigt. Wer wollte es verhehlen?
Ich kann schon kaum mehr richtig die Goldmedaillen zählen.

Ostdeutschland, nicht wenige beharrten auf „Mitteldeutschland“, wurde von westlichen „Wunderkindern“ und ihren mischfarbenen Vorfahren als so etwas wie Niemandsland behandelt. Da lebten zwar Brüder und Schwestern. Die DDR selbst bezeichnete ihre Problemwelten als Kinderkrankheiten und Übergangszeit:

Am Anfang war's nicht leicht. Die Übergangsepochen,
die lagen mir noch lange ... in den Knochen.
Zuerst hatt' ich die Röteln, dann Asthma in der Brust
und die Gewichtsabnahme vor'm dreizehnten August.
Doch war nie allein: beschützt zu allen Zeiten
von meinem großen Bruder, in Freuden und in Leiden.

Selbst eine flüchtige Rekonstruktion der Wirklichkeit des Sozialen in Ost und West wäre gut beraten, Fraternität präzise im Auge zu behalten. Wer war mit wem verbrüdet? Worin waren sich Schwesterparteien einig? Wie führten sich sogenannte große Brüder im Blick auf die klei-



Mansfelder
Straße 32

6. Dezember 1945 bis 30. September 1950 Mansfelder Straße 32

Mit dem Ende des „1000-jährigen Reiches“ wiederholt sich quasi die Gründungsgeschichte des Archivs. So wie Jeanette Schwerin die „Auskunftsstelle“ in ihrer Privatwohnung gegründet hatte, nahm Sofie Quast den Betrieb des Archivs nach dem Krieg in ihrer Wohnung in der Mansfelder Straße 32 in Wilmersdorf auf.

Nach ihrer Rückkehr aus der Evakuierung im Harz bezog Sofie Quast gemeinsam mit ihren beiden Söhnen und zwei einquartierten Frauen die Familienwohnung in Wilmersdorf. Die Wohnung war beschädigt, konnte aber „wohnlich und für das Büro erträglich“ hergerichtet werden. Sofie Quasts Ehemann war nicht aus dem Krieg zurückgekommen. Schreibutensilien sowie Bücher aus ihrem Privateigentum bildeten den Grundstock für den Wiederaufbau der Geschäftsstelle und der Bibliothek des Archivs, das bereits im Dezember 1945 seine Arbeit wieder aufnehmen konnte (Archiv für Wohlfahrtspflege 1948).

Die Wohnung liegt in unmittelbarer Nähe zum Gebäude, das für die Hauptverwaltung der Deutschen Arbeitsfront als letztes größeres Berliner Bauvorhaben unter der nationalsozialistischen Herrschaft errichtet wurde. Zwischen 1954 und 2014 diente der Rundbau als Rathaus des Berliner Bezirks Wilmersdorf. Das bürgerliche Quartier ist heute vom Hauptsitz der Deutschen Rentenversicherung und der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung geprägt.

Berliner Straße 4-9



1946 Zusätzliche Räume in der Berliner Straße 4-9

Im Januar 1946 wurden dem Archiv dank der Unterstützung durch Hans Schmiljan, Referatsleiter im Deutschen Gemeindetag (DGT) und späterer Berliner Sozialsentor, zwei Arbeitsräume mit sechs Arbeitsplätzen im Haus des Deutschen Gemeindetages in der Berliner Straße 4-9 zugewiesen. Das Haus wurde 1938 bis 1942 nach Plänen des Berliner Architekten Walter Schlempp errichtet und war durch Fliegerbomben zum großen Teil zerstört worden, sodass nach Kriegsende lediglich 26 Dienstzimmer genutzt werden konnten (Beseler; Gutschow 1988). Welchen Raum das Archiv hier einnehmen durfte, kann heute nicht mehr rekonstruiert werden. Die Postadresse der erhaltenen Korrespondenzen aus dieser Zeit weist jedoch darauf hin, dass das Archiv vorwiegend von der Wohnung in der Mansfelder Straße aus verwaltet wurde.

Die Berliner Straße in Charlottenburg wurde 1953 in „Straße des 17. Juni“ umbenannt, das in unmittelbarer Nähe zum Charlottenburger Tor liegende Haus des Deutschen Gemeindetages erhielt nach Ernst Reuters Tod im September 1953 dessen Namen. Heute ist es der Sitz des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung.

neren Geschwister auf? Die DDR holte sich ihre diplomatische Anerkennung aus östlichen Fernen ab, bevor klügere Politik Wandel durch Anerkennung für richtig hielt:

Es gibt genug Verehrer. Die steh'n mir gerne bei:
in Jemen und Kambodscha und in der Mongolei.

Als unsere Kommilitonen im Westen den „Muff von 1000 Jahren unter den Talaren“ verscheuchen wollten, hatten wir, Studierende der Karl-Marx-Universität, nur geringe Hoffnung, der Sozialismus könne zu weniger „Ismus“ und zu mehr Sozialem finden. Der Sieg des Sozialismus wurde zur Behauptung. Eine historische Gesetzmäßigkeit werde ihn herbeiführen. Kaum verwunderlich wäre es gewesen, wenn die reale Agitation „Sozialissimus“ angesagt hätte.

In unserem Studentenkabarett gab es Ängste. Die DDR-Repräsentanten waren nicht als Spaßversther hervorgetreten. Die universitäre Kaderschmiede witterte postwendend Provokation und Zersetzung: Die DEDE ER als „Teufelsmädchen“! Du lieber Himmel! Das war ein vorletztes emotionales Angebot!

Hunger, Schnaps und Freitisch 1945 ff.

Man kann das Soziale als die Art und Weise, wie Hunger und Durst gestillt werden, erörtern. Soziale Arbeit wäre demnach eine umsichtige Betätigung, grundlegende Lebensbedürfnisse, von Gier unterscheidend, im Blick zu haben. Was braucht ein Mensch zum Leben?

Ernst Bloch war Philosophieprofessor in Leipzig. Er hatte 1 600 Seiten über „docta spes“ geschrieben und in der DDR publiziert. Hoffnung – nicht schwindelhaft, sondern begriffen. Bloch wurde in Leipzig isoliert und blieb 1961 im Westen. Er hatte den Hunger als „die älteste bedürftige Stelle unseres Daseins“ bezeichnet. „Dem Hungernden glaubt man sein eigenes Unglück; selbst der Frierende, selbst der Kranke, gar erst der Liebeskranke wirken dagegen luxushaft. Auch die hartherzigste Hausfrau vergisst gegebenenfalls den Ärger ihres Geizes, wenn ein Bettler die geschenkte Suppe isst“ (Bloch 1990, S.72).

In meinem Elternhaus waren etliche Ausgebombte und Vertriebene einquartiert. Die Verteilungsgerechtigkeit funktionierte leidlich, aber es wurde auch gestohlen. Einige nahmen sich mehr heraus. Das war bitter. 1948 kamen Pakete von weither auch in unser Dorf. „Hekid“ hieß die Absenderin. Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland. Frauen aus dem Dorf organisierten eine Kinderspeisung. Ich erinnere mich an Grießbrei mit Rosinen. Rosinen! Irgendwo auf der Welt wuchsen also Weinreben! In Westberlin fielen die Rosinen vom Himmel, aus „Bomben“. Das erfuhr ich später.

Seit dem Gründungsjahr von BRD und DDR war ich Schulkind. Mein leerer Magen knurrte. In der Elfuhrpause gab es ein halbes Brötchen mit Jagdwurst, fünf Millimeter dick die Scheibe. Meine Gegenliebe zur Arbeiter- und Bauernmacht, die mir das auftrichtete, war zieloffen.

Aber manches war verwirrend. Die Wismut war verwirrend. Als ob das sehr wichtig sei, entstanden an vielen Stellen in Sichtweite Bergwerke. Viele fanden hier Arbeit. Sie arbeiteten unter Tage. Zusehends entstanden über Tage künstliche Berge mit Abraum. Die Wismut war eine gewaltige Firma, die vom großen Bruder, der Sowjetunion, ins Werk gesetzt wurde. Nach Uranerz wurde geschürft. Von den Abraumhalden hieß es indifferent, dass sie strahlten. Der Sozialismus, vom dem viel geredet wurde, müsse geschützt werden. Das ginge nicht mehr ohne Uranerz. Die unter Tage Tätigen hießen Kumpel. Für sie gab es gesonderte Läden. Billig gäbe es dort Schnaps. Die Kumpel waren in der Beurteilung der Leute im Dorf „fremdes Volk“. Eines Nachts stahlen sie uns die Hühner aus dem Stall und hinterlegten ein hämisches Gedicht.

Ab Herbst 1955 ging ich in eine Großstadtgrundschule. Sie hatte die Nummer 48. Ich bekam einen „Freitisch“, weil ich die militärgrünen Essenkübel, die etwa zehn Eimer Speise fassten, von der Straße zur Essensausgabe im Kellergeschoss tragen half. Es gab nicht jeden Tag Rotkohl, Salzkartoffeln und Szczeciner Gulasch. So hieß man uns, die Bezeichnung der Fleischspeise exakt im Munde zu führen. Hauptsache das Essen schmeckt, hieß es oft.

1991

Am 28. November verabschiedet der DZI-Vorstand nach mehrjähriger Vorbereitung die Leitlinien und Ausführungsbestimmungen für das DZI Spenden-Siegel. Sie treten zum 1. Januar 1992 in Kraft.

Warum ist das hier erwähnt? Weil das Soziale sich sichtbar an Tischen und Theken ereignet und nicht erst dann Aufmerksamkeit verdient, wenn jemand unter dem Tisch liegt. Oder in einer Gosse.

Sozialistisch leben. Haussegen. 1958/59

Der Erste Sekretär des ZK der SED traf sich im April 1958 in Halle und im Juni 1959 in Dresden mit Angehörigen der Intelligenz und Brigaden der sozialistischen Arbeit. Er referierte über „Frieden, Sozialismus und die Intelligenz“ und über „Fragen der sozialistischen Bewusstseinsbildung“ (Ulbricht 1959). Das Buch dokumentiert auch zahlreiche Diskussionsbeiträge, Akklamationen, gezügelte Reklamation. Der Arbeiter Dieter Locher aus dem VEB Maschinenbau berichtete von seiner Brigade, die alle Staatstitel bereits erkämpft hatte: „Gearbeitet hatten wir zum Teil sozialistisch, aber jetzt kam ein Klotz, ein mächtiger Klotz, nämlich: sozialistisch leben und lernen. Das wollte uns nicht in den Kopf. Es kamen auch solche Meinungen auf wie zum Beispiel: ‚Um Gottes Willen, da müssen wir ja alle in die Partei eintreten‘“ (ebd., S. 157).

Locher berichtete vom „Wettbewerbsvertrag“ der Brigade: „Wir hatten uns vorgenommen, aus unserer Bücherei Bücher zu lesen. Einige wollten wieder danebentreten, auch unser Egon. Egon hat nie ein Buch in der Bücherei ausgeliehen. Wir haben gestichelt und gehetzt, bis er endlich doch hinging“ (Ulbricht 1959, S. 158). Locher brachte dann vor den Ohren des obersten Parteifunktionärs etwas aus der Schnittmenge von „Haussegen“ und „sozialistisch leben“ zu Gehör: „Wenn unsere Brigade ausgezeichnet wurde, standen wir mit einem lächelnden Gesicht vorn, haben Blumen und Urkunden in Empfang genommen, und die Frauen saßen zu Hause am Kochtopf. Anschließend gingen wir dann unser Gläschen Bier trinken. Bei einem ist es nicht geblieben, es wurden mehr, und nachts um zwei sind wir heimgekommen, und der Haussegen hing schief, obwohl gerade unsere Frauen einen ganz großen Anteil an unseren hohen Auszeichnungen und überhaupt an unseren Produktionserfüllungen hatten“ (ebd., S. 158). Als einige von Lochers Brigade im Blick auf den ständigen Wettbewerb die Ansage machten: „Das geht auf unsere Knochen, wir müssen eine Pause machen“, entgegneten andere: „Eine Pause, jetzt, wo

wir dem Kapitalismus die letzte große Schlacht liefern, ihn übertreffen wollen – das geht nicht“ (ebd.).

Wenn die Ruhe dem Bürgertum als erste Pflicht galt, so herrschte in der DDR von Anfang an eine bleierne Unruhe, ein Wettbewerb ohne absehbares und sinnvolles Ende. Wir Schulkinder kannten alle das Foto des Megaaktivisten Adolf Hennecke. Es zeigt ihn, wie er mit einem einer Maschinenpistole ähnlichen Gerät Steinkohle aus unterirdischen Flözen hämmerte. Er überfüllte sein Soll um 387 Prozent und bekam den Nationalpreis. Kein Mensch traute sich zu sagen, jedenfalls nicht öffentlich: He, Adolf, was soll der Spuk? Mir erschien der Kohlenstaubbedeckte wie ein farbiger Sklave. Die letzte Schlacht gegen den Kapitalismus kostete viele Opfer. Das Gemetzel wurde von beiden Seiten weitgehend mit spitzer Zunge und militantem Gerede ausgefochten.

Lebensweisen. Lange Arme. Kurze Beine

In den „Antworten auf Fragen der Arbeiter und Intelligenz“ von 1958/59 meldete sich ein Dresdner Chefarzt mit einem Diskussionsbeitrag. Er machte auf den „Ausfall von annähernd 500 000 arbeitsfähigen Menschen“ aufmerksam. „Die riesigen Geburtenausfälle von 1946 bis 1949 werden sich in der nächsten Zeit grausam bemerkbar machen. Wir können nicht Menschen importieren [...]“ (Ulbricht 1959, S. 187). Der Chefarzt wusste wohl, dass zusätzlich unzählige arbeitsfähige Menschen von Ost nach West geflohen waren. Der Hilferuf eines Chefarztes zwei Jahre vor dem Bau der Mauer wandte sich, wie mir scheint mit sokratischer Ironie, an den Ministerpräsidenten: „Man muss dann aber eine Hilfe bekommen, und zwar durch den längsten Arm, und den hat der Herr Ministerpräsident. Wir können nur unsere Vorschläge vorbringen [...]“ (ebd., S. 187).

„Eins ist zunächst die Lebensweise. Wir leben praktisch in vielen Dingen noch genauso wie vor 100 oder vor 150 Jahren. Wir leben im Osten genauso falsch wie drüben im Westen [...] in der Lebensweise machen wir dasselbe genau noch so verkehrt wie früher [...] Und man findet sich immer noch am Stammtisch zusammen, und dort wird noch immer geraucht, getrunken und dumm geredet [...]. Wohlstand, das ist so ungefähr für den kleinen Mann das, dass er sagt, ich muss viel

Butter essen können und Fleisch, ich muss viel Weißbrot essen, nicht das graue Vollkornbrot, ich muss möglichst viel Alkohol trinken und Zigarren und Zigaretten bei mir tragen, dann bin ich wohlgestellt [...] es gibt heute noch Leute, auch unter uns Akademikern, die nach solchen Vorhaltungen zu mir gesagt haben: ‚Wozu leben Sie denn überhaupt noch!?‘ [...] Es gibt Leute [...], für die das Leben praktisch nur aus dem Magen besteht und aus nichts anderem. Hier muss aber eine neue Lebensweise, eine sozialistische Lebensweise, wirklich einen Wandel bringen, und wir müssen den Mut dazu haben, wir müssen dazu wirklich auf etwas verzichten lernen, was uns vielleicht aus alter Gewohnheit sympathisch war“ (Ulbricht 1959, S. 187 f.).

Der Arzt kam „auf die Fettfrage“, auf Brot, das „Obstbeschaffungsprogramm“, auf Getränke und Tabak zu sprechen. Über Deutschland ginge eine „Zigarettenautomatenwelle“. „Leibesübungen“ seien nötig. „Sonderbetriebe“ für Menschen, die nicht mehr voll leistungsfähig sind, wären wünschenswert. „Wir brauchen diese Menschen aus wirklich staatlich-ökonomischen Gründen, wir brauchen sie aber auch weiter deshalb, weil der Mensch im Grunde – von Faulenzern abgesehen – arbeitswillig ist. Wenn wir ihn zurückweisen, wird er allmählich zum Krüppel und Unzufriedenen gestempelt, obwohl er doch arbeiten will [...] Die Arbeitszeit könnte für sie so gelegt werden, dass sie nicht gerade in den schrecklichen Stunden zwischen 5 und 7 Uhr auf der Straßenbahn fahren müssen“ (Ulbricht 1959, S. 191).

Dieser relative Klartext verweist nicht nur auf ein Hilfehandeln durch den „längsten Arm“, den eines Generalsekretärs und stellvertretenden Ministerpräsidenten. Das erinnert an vormundschaftliches Handeln, welches sich durch die Sozialgeschichte der DDR zog. Dass eine „neue Lebensweise“ proklamiert wurde, trifft sich dagegen mit einer Orientierung, die ich als Hauptanliegen meines Berufslebens wiedererkenne. Soziale Arbeit liegt kaum falsch, wenn ein aufgeklärter Blick auf Lebenswelten und Lebensweisen trifft. Die Zuständigkeit für den eigenen Lebenslauf ist ein gutes Lernziel.

„Der Mensch im Grunde“ und beschränkte Fesselung. 1966

Politik, Soziale Arbeit, Für- oder Selbstsorge im Blick auf menschliche Existenz ist gut beraten, wenn sie ihr Menschenbild bedenkt. Dass Menschen im Grunde arbeitswillig seien, war im sich sozialistisch wählenden Deutschland eine Beschwörungsformel.

Nachzufragen bei Sophokles, Sokrates, Herder, Kant, Kierkegaard, Nietzsche, Scheler und vielen anderen, wäre möglich gewesen. Nicht, dass es keine „Proletarier“ gegeben hätte, die sich dieser Mühe entzogen haben.

Als selbst Suchender und ermüdet von der agitatorischen Lektüre des „Wissenschaftlichen Kommunismus“ wurde ich auf Adam Schaff aufmerksam, einen Philosophieprofessor in Warschau. Seine Essays begleiteten mich bei der Mühsal dieser Rückschau. Das Buch „Marx oder Sartre?“ nennt als Untertitel „Versuch einer Philosophie des Menschen“ (Schaff 1964).

„In den grundlegenden Problemen des sozialen Lebens der Menschen verraten die uns mit ihrer ‚Originalität‘ verblüffenden Philosophen oft eine ganz gewöhnliche Ignoranz“ (Schaff 1964, S. 74).

Interessant ist die Auseinandersetzung mit dem Existenzialismus. In der kenntnisreichen Ablehnung der nach Schaff falschen Auffassung vom „autonomen Individuum“ oder von der „Problematik des Einzelmenschen“ ist vieles in Erfahrung zu bringen, was ein uniformiertes Menschenbild sprengt. „Der Mensch kann nicht aus seinem gesellschaftlichen Rahmen herauspringen“ (Schaff 1964, S. 74). Kurz vor dieser marxistischen Determination ist zu lesen: „Das Problem besteht vielmehr darin, die Fesselung des Menschen durch die Gesellschaft zu überwinden und in manchen Situationen zu beschränken (was negative Folgen haben kann...)“ (ebd., S. 72).

Soziale Arbeit und sozialpädagogische Praxis führen häufig in soziale Landschaften, in denen die Fesselung des Menschen fatal erscheint. Kant hatte den Mut, denen Faulheit und Feigheit zu unter-

1993

Mit der 16. Auflage des Graubuchs werden zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Wohlfahrtseinrichtungen im wiedervereinigten Berlin erfasst.

stellen, die nicht den Mut aufbrachten, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Ich zitiere das hier bewusst aus dem Kopf, weil es mir dahin gehört. Es ist mir auch bis in die Gegenwart hinein nicht fremd, dass wir Menschen, wie Marx es tat, in ihrem „Ensemble“ ausfindig zu machen sind. Das bedeutet nicht blinde Gefolgschaft, sondern aufeinander abgestimmte Eigenheit. Zu den Denkkzetteln an den Wänden meiner Räume gehörte immer auch Sartres Ermutigung, aus dem etwas zu machen, was man aus mir gemacht hat. Von Karl Jaspers halte ich mir bleibend vor Augen: „Es ist ein Sprung, wenn das Ich als seiner selbst bewusst den Anderen und seiner Welt sich gegenüberstellen kann“ (Jaspers 1994, S. 51). Adam Schaff hatte ein solches Herauspringen aus dem Dasein zum Selbstsein nicht für möglich gehalten.

Sozialpädagogische Naherlebnisse. 1957-1965

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Neulehrer nötig. Seit meinem Schuleintritt gehörten sie zu meinem pädagogischen Gegenüber. Ich erinnere mich an ihre Namen. Ältere Lehrerinnen und Lehrer erschienen mir oft entfärbt. Was auf sie von der Mischfarbe der Nazizeit abgefärbt hatte, war abgewaschen worden. Etwas Blasses, Novemberfarbnes war geblieben. Manche waren pädagogisch ruiniert. Sie sangen nur zögerlich die Nationalhymne mit: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt [...]“. Ein Neulehrer forcierte sein Brüllen, wenn ich mich nicht untertänig verhielt.

Als zwölfjähriger Dörfler kam ich, wie gesagt, in die 48. Grundschule von Leipzig. Im Würfelspiel meines Lebens war das einer der besten Varianten des Geworfenseins. Die Lehrerin, der ich anvertraut wurde, säte in mir das entscheidende Ferment meiner Individuation: Selbstvertrauen. Schulische Schwächen waren ihr Anlass, mir mein Tempo beim Wachsen zu lassen. Ihren Part sah sie in Geduld und Zutrauen. Es hätte Gründe gegeben, mich zum Objekt von ideologischen Korrekturen zu machen, war ich doch nicht formell organisiert wie fast 100 Prozent der Kinder und Jugendlichen ringsum. Verstände ich unter Sozialisation so etwas wie ein Zurechtfinden in der Gemeinschaft der Mitschülerinnen und -schüler, ein Geben und Nehmen und eine absolut freundliche Bezogenheit aufeinander, so lernte ich diese Partitur bei dieser exzellenten Dirigentin meiner Klasse. Sie setzte uns so zusammen, dass eine

Wechselseitigkeit entstand, ohne dass die einen die Schwachen, andere die maßgebend Starken genannt wurden. Sie brachte mich mit einer Schülerin zusammen. Ich konnte mich kaum satt sehen an ihr, während ich mich ihr mit Mathe näherte. Die Pädagogin verhalf mir auf eine Erweiterte Oberschule. Meine Herkunft sprach dagegen. Ihre Fürsprache war beherzt und entschieden.

Leider endete diese sozialpädagogische Initiation nicht ohne ein deprimierendes Zwischenspiel. Am 5. Januar 1959 wurden meine Lehrerin und ihr Mann vom Mittagstisch in einem Ferienheim weg verhaftet. Auch zwei andere Lehrer kamen in Untersuchungshaft. Sie wurden beschuldigt, durch staatsgefährdende Propaganda und Hetze die ideologischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR angegriffen zu haben, indem sie faschistische Propaganda gegen die Arbeiter- und Bauernmacht betrieben hätten. Im Mai 1959 fand ein Schauprozess statt. Meine Lehrerin wurde zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie war mit ihrem dritten Kind schwanger. Ihr war in der Untersuchungshaft angedroht worden, sie würde ihre Kinder nie wiedersehen, wenn sie ihre „staatsfeindliche Untergrundarbeit“ nicht zugeben würde. Andreas Pehnke hat den Widerstand Leipziger Lehrerinnen und Lehrer gründlich recherchiert und hierzu veröffentlicht (Pehnke 2012, S. 201-215).

Die transsubjektive Unbefangenheit einer sozialpädagogischen Umsicht im Blick auf 40 Jahre DDR ist dahin, wenn die Emotionalität zwischen die Zeilen sickert. Das ist bei der hier gewählten Methode einer subjektiven Rekonstruktion traurig, aber wahr.

Ein ebenfalls biografisch zu erschließender Erzählstrang liefert einen ganz anderen sozialpädagogischen Fokus. In der Zeit meiner Adoleszenz hatte ich das Glück, in einem Sportclub das zu finden, was zu Fairness und körperlicher Entschlaffung führte. Leichtathletik! Der Leiter unserer Übungen in Sprint und Weitsprung war hochgradig einfühlsam. Ihm war wichtig, dass wir heil aus einem Wettkampf hervorgingen. Siege waren zweitrangig. Er kannte unsere Ressourcen gut. Er mied das Anfeuern mittels Gebrülle. Dass Training nicht nur sprachlich mit Askese einherging, wusste er genau. Nie hätte er uns ein Auf-

putschmittel verabreicht. Wann immer der DDR-Sport am Pranger steht, leider nicht zu Unrecht, stelle ich mich vor diesen einzigartigen, stillen Sportpädagogen und lasse nicht zu, dass ihm Ehrenrühiges nachgesagt wird. Ich wurde am 28. Juni 1959 Bezirksmeister der B-Jugend im Hürdenlauf. Bei den Deutschen Jugendmeisterschaften kam ich ins Stolpern. Aber: Hürden im Lauf zu nehmen, war eine gute Ausstattung für einen Lebenslauf in der DDR.

Volkssolidarität

Mir hätte Solidarität als Bezeichnung für das gereicht, was viele junge und ältere Menschen zwischen Rügen und Riesa als gesellschaftliche Tätigkeit zu tun bereit waren. Eine imaginäre Maßeinheit war der „Soli“, ein briefmarkenkleines Papier, auf dem eine gespendete Geldsumme vermerkt war. Wenn das Volk auf den Plan gerufen wurde, wurde es oft pathetisch und unpräzise, aber machtvoll: Im Namen des Volkes. Das ist das Blendwerk von allen generalisierten Singularen, die der Masse Mensch etwas Einheitliches verpassen. Ich fühlte mich nie wirklich gemeint und wiedererkannt, wenn es „Liebe Genossen!, Jugendfreunde!, Kameraden!“ oder „Liebe Schwestern und Brüder!“ hieß.

Die Volkssolidarität entstand im Oktober 1945 und verstand sich als ein Zeugnis der Menschlichkeit und eine breite, planmäßige Volksbewegung. Die folgende Aufzählung von Hilfeorten soll dazu beitragen, Solidarität anschaulich zu machen: Volks- und Waschküchen, Wärme- und Nähstuben; Kinderkrippen, -gärten, -heime; Umsiedler-, Flüchtlings- und Heimkehrerlager; Heime für Kranke, Schwerbeschädigte, Pflegebedürftige, unterernährte Kinder und alte Menschen.

Es ist bekannt, dass in den 1950er-Jahren auch internationale Solidaritätsaktionen im Kampf um den Frieden stattfanden. Koreanischen Kindern und Hilfebedürftigen in Vietnam, Algerien, Albanien, Griechenland und anderswo wurden Hilfe und Beachtung zuteil.

Eine etwas groteske Situation ist mir aus den 1970er- und 1980er-Jahren in Erinnerung, als Jugendlichen, die als systemkritisch und ausreisewillig galten, zwei Arbeitsfelder offenstanden: kirchliche Friedhöfe und Hauswirtschaftspflege im Rahmen der Volkssolidarität. Vielleicht

findet sich in Berlin noch ein Ort für ein Denkmal zur Erinnerung an die Pflegerinnen und Pfleger von Gräbern und an die, die Versorgung zu einem Akt vitaler Zuwendung machten, beherzt und intergenerativ.

Wenn ich nicht loskomme von Erinnerungen, die Solidarität vermissen lassen, so bitte ich die um Pardon, auf die das nicht zutrifft. In meinem Kindheitsdorf hieß es in Hungerjahren, wenn die Städter als Bettler kamen: Stadtvolk frisst alles. Und als ich neu war in der Großstadt, das war ab 1955, fragte mich einer aus gut geltendem Hause, ob ich wisse, was FDGB heiße. Ich wusste es halb, etwas mit frei und Gewerkschaft. Mein Klassenkamerad fand seine Version witziger: Führer, dich grüßt Berlin. Das war nicht der einzige Witz dieser Art. Das entstammte der Sickergrube der braunen Pest.

Von Wegen

Sozialarbeit weiß um Wege, die zu beschreiten und gemeinsam wegsam zu machen sind. In dem Fremdwort Methode äußert sich das versteckt. Nach dem Weg (griechisch: hodos) fragen, das ist eine Navigation gegen Abwege. Sich als wegweisend erachtende Funktionäre gefielen sich in der Beschwörung: Unser Weg ist richtig!

Die eingeschlagenen Wege wurden zu wenig falsifiziert. Das hätte bedeutet, dass auf Schritt und Tritt solche Fragestellungen an Würde gewonnen hätten: Was machen wir falsch? Wo liegen wir schief? Was läuft dumm?

Sozialismus galt weitgehend als eine „Sache“. Als gut galt, was der Sache des Sozialismus dient. Ich erinnere mich, oft gesagt bekommen zu haben, man könne sich nicht um jeden Einzelnen lang und breit kümmern.

Wie ein einzelner Mensch Tag für Tag seinen Lebenslauf schreibt, dieses Wie gewann bei denen, die Menschen nicht über einen Kamm scheren, an Bedeutung.

Ging einer als Seelsorger auf Menschen zu, bekam er in seinem Studium zu hören, Menschen bräuchten befreienden Zuspruch. Auch

der Einsiedler aus Hermann Hesses Glasperlenspiel fand Erwähnung. Der machte nicht viele Worte, wenn Einzelne aus der Stadt in Scharen zu ihm kamen. Seine Methode war die des aufsaugenden Zuhörens. Fürsorgerinnen und Fürsorgern wurde ein psychologisches Grundwissen vermittelt. Freilich war hier und da im Kontakt mit Vertretern des Staates zu hören, man möge ihnen nicht mit Psychologie kommen, wenn Standpunkte oder Treue zur Sache gefragt seien. Ich wage nicht, mir auszumalen, was jemand, der sozialistische Persönlichkeiten formte, erwidert hätte, wäre man ihm mit case work gekommen. Niemand möge darauf beharren, dass die Kollektivierung im Osten Deutschlands einen filigranen Blick auf Dasein und Existenz einzelner Menschen generell verhindert hätte.

Gruppenarbeit war erwünscht in den formellen Strukturen sozialistischer Eingruppierung. Pionier- und FDJ-Gruppen kannte ich nur vom Hörensagen. Meine Trainingsgruppe beim Sportclub war mir Hafen und Hort in adoleszenter Erregung. Von Brigade-Ereignissen hörte ich manches Beklemmende und Exzessive. Alkohol spielte eine Rolle. Das Klassenkollektiv in der Erweiterten Oberschule gefiel sich offiziell in Anpassungsleistungen. Im Schatten dieser Gehorsamsstrukturen gab es altersüblichen Widerpart.

Literatur über Gruppendynamik, Gemeinwesenarbeit und später über die methodische Ausdifferenzierung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik konnte der Eiserne Vorhang zwischen Ost und West nicht von uns fernhalten. Mitunter war es deprimierend, dass wahrhaft hilfreiche Erhellungen im Blick auf die Spiele der Erwachsenen, die Analyse von Transaktionen, das Lernziel Solidarität, eine Theorie der Gerechtigkeit und vieles mehr zuerst im Westen publik wurden. Wer im Osten theoretisch wach und methodisch innovativ war, musste nicht im Trüben fischen.

Der Friedhof unserer Pläne. 1975

1975 erschien im Heft 5 der Literaturzeitschrift „Sinn und Form“ die „Unvollendete Geschichte“ von Volker Braun. Ein hoher Funktionär sagt hier: „Der Wettlauf mit den Toten, wir Totengräber jagen dem Kapitalismus nach über den Friedhof unserer Pläne. Die Leiche legt einen

Zahn zu, und wir können uns einen ziehn. Der Weg zur Überlegenheit: vor zurück zur Seite ran und undsoweiter“ (Braun 1975, S. 967). Diese Geschichte soll hier als Fallerzählung paraphrasiert werden.

Karin ist die Tochter eines Kreisratsvorsitzenden in der DDR. Ihr Vater hielt ihren Freund Frank für einen Verbrecher. Sie solle sich von ihm trennen. Karin rief Frank an. Sie ginge wieder mit Danny. Danny war aber eigensüchtig und kalt. Karin begann ein Volontariat in einer Bezirksredaktion. Sie traf sich wieder mit Frank. „Ich darf dich nicht sehen.“ – Frank war Fernmeldeelektriker. Er hatte Briefe von drüben erhalten. Ein Schulfreund war von den Grenztruppen abgehauen. Karin wohnte vorübergehend bei ihrer Schwester. Deren Kinder reagierten nur auf Schläge. Weil sie keine Wohnung bekam, zog Karin wieder zu Frank. Er sei seit dem dortigen Militärputsch Chilene, sagte er. – Ihr Vater fing Karin vor der Redaktion ab. Sie habe seine Offenheit missbraucht. Sie solle die Briefe von drüben an Frank beschaffen. Karin zog wieder zu ihrer Schwester. Franks Vater hatte gebrüllt: Wir sind nicht ihr Milieu! Karin und Frank trafen und liebten sich in einem kahlen verwahrlosten Garten. Frank händigte ihr die Briefe aus. Karin musste dem Parteisekretär Westverbindungen melden. Sie wurde bestellt. Ein junger Mann war zugegen. Der riet ihr, die Beziehung sofort zu beenden. Das habe sich gefährlich angehört. – Frank brachte Karin zum Bus. Der Bus fuhr an einer Schonung vorbei. Die Bäume, dachte sie, werden hier geschont. – Karin sah zu Hause ein, dass sich die Zeitung keine Mitarbeiterin erlauben könne, die ein Fragezeichen war. – Als sie ihre Sachen von Frank abholen wollte, fand sie ihn taumelnd und schwankend. „Mach mir keine Schwierigkeiten, Frank – es geht nicht anders.“ Sie ließ ihn zurück. – Als sie ihrer Mutter sagte, sie kriege ein Kind von Frank, antwortete diese beleidigt: „Ach, jetzt musst du auch noch ins Krankenhaus.“ – Franks Mutter rief an, ihr Sohn habe den Gashahn aufgedreht. Mit ihren Eltern fuhr Karin in die Klinik. Frank lag am Ende eines langen Flurs hinter einer Spanischen Wand. – Der Kaderleiter in der Redaktion sagte, als er von Karin erfuhr, Frank habe sich vergiftet: „Na wir wissen ja, was wir von solchen Reaktionen zu halten haben.“ – Karin ging jeden Tag ins Krankenhaus. Ihr Vater erzählte dem Bezirkssekretär, was vorgefallen war. „Solche Geschichten höre ich oft [...]“, sagte der Übergeordnete. – Am fünften Tag kam die

Nachricht, Frank sei aufgewacht. Tags darauf fuhren Karin und Franks Eltern zu ihm. Die Ärzte hatten Frank erzählt, er sei bei einem Verkehrsunfall verunglückt. – In der Redaktion erfuhr Karin aus dem Mund des Chefredakteurs, der Fall werde niedergeschlagen, Karin solle nicht über die Sache reden. Mit Frank konnte sie nichts besprechen. Sie hatte einen Traum: Eine Arbeiterin befragte den Kaderleiter, den Chefredakteur und Karins zerknirschten Vater. Der grinsende Kaderleiter bekam von der Arbeiterin in die Fresse, als er sagte, er habe sich nichts gedacht. Der Traum endete mit brüllendem Lachen und Sauferei. – Karin wurde gekündigt. Sie setzte sich nicht zur Wehr. Sie wartete auf das Kind. Sie bewarb sich für eine neue Arbeit. Die Zusagen wurden zurückgezogen, wenn Karin sagte, sie sei schwanger. – Als sie wieder zum Krankenhaus fuhren, kam ihnen Frank in einem gelben Pullover entgegen.

Detaildiagnose: DDR 1975

Diese Fallerzählung hat ein Schriftsteller zu Papier gebracht. Sozialarbeit kann sich bei der deskriptiven Erfassung ihrer Fälle die Achtsamkeit guter Literatur leihen. In Volker Brauns Geschichte wird die Aufmerksamkeit der erstaunten Leser, zu denen ich 1975 gehörte, auf etliche Details gelenkt, deren Aktualität mich verblüfft.

Glaubwürdigkeit. Karin stellte sich, als sie sich auftragsgemäß von ihrem Freund trennte, „so dumm“ dar, „dass es sich nicht lohnt, ihr nachzuweinen.“ Aber „eins wusste sie, dass sie nicht glaubwürdig gewesen war“ (Braun 1975, S. 943).

Nicht-zu-sich-Kommen. Eine Arbeiterin beschrieb „die genaueren Umstände ihres sozialistischen Lebens“. In ihren Ausführungen heißt es: „Es war keine Freude, morgens aufzustehen [...] ich konnte viele Nächte nicht schlafen [...] Man kam nirgends zu sich. Es war kein vernünftiges Leben“ (ebd., S. 947). Das wurde in der Zeitung nicht gedruckt.

Plätze und Positionen. In der Funktionärswelt der DDR gab „es nur zwei Plätze im Leben [...]. Auf der einen [Position] waren die, die überzeugt waren [...]. Auf der anderen – die mussten überzeugt werden [...]. Es gab noch eine dritte Position, aber die war ganz verloren. Das war die feindliche. Mit dem Feind diskutierte man nicht“ (ebd., S. 946).

Zusammenziehen. Karin war nie „aus der Reihe getanz“ (ebd., S. 951). Sie hatte „sich durchbeißen müssen“. Sozialistische Sitten zogen definitive Trennlinien, wo soziale Bezogenheit hätte beginnen können. Karin zog es immer wieder zu Frank. Gegen allen Druck.

Tun und Lassen, Empathie. Karin wurde am Beginn ihrer beruflichen Karriere gefragt, sie wisse wohl gar nicht, was sie zu tun und zu lassen hätte (ebd., S. 953). Als gäbe es ein Drehbuch oder eine Partitur, in der das festgeschrieben sei. Viele redeten sich nach dem Ende der DDR damit heraus: „Wir wurden gelebt.“ Karin sagt, mit ihrer Mutter sei nie zu diskutieren gewesen. „Sie dachte sich nie in etwas anderes hinein. [...] Das Leben sei doch die Funktion“ (ebd., S. 955).

So weit. Einmal sagt der väterliche Funktionär: „Mein Gott.“ Es ist zu vermuten, dass es sich um eine Floskel handelt. Der unerwünschte Freund seiner Tochter hatte den Gashahn aufgedreht. „Mein Gott, musste es soweit kommen?“ Soziale Fragen betreffen immer auch Enge, Angst, Grenzziehungen, Auswege und Weitschweifigkeit aller Art.

Hilfloser Zorn. Das war seit der Antike ein wichtiges Thema: De ira. (Über den Zorn). Soziale Kompetenz und soziale Intelligenz – kennt sie sich aus mit Zorn, Wut etc.? Karin hatte nicht wissen wollen, „was weiter“ in Frank vorgeht. „Sie kam sich oberflächlich, dumm, unmenschlich vor. [...] Ein hilfloser Zorn schlug in ihr hoch“ (ebd., S. 960 f.).

Die Leute. Häuser. Fahrzeuge. Alle Äußerungen über die Leute, das Volk, die Gesellschaft sind bestenfalls ungenau und stimmungsabhängig. Karin kam wie „betrunken“ aus der Klinik, schlenderte ziellos. „Sie sah die neuen Häuser, die aussah wie aus einer vergangenen Zeit, die Fahrzeuge schnell und plump, die Leute beieinander oder aneinander vorbei, arbeitsam und beschäftigt, beschäftigt“ (ebd., S. 963). Karins Eltern dachten „nur noch politisch. [...] Andere Leute dachten nur an sich [...] Die zogen ihr blödes Privatleben vor“ (ebd., S. 972). Karin kannte viele Leute. „Es waren die besten Leute der Welt, und sie konnten ihr alle nicht helfen“ (ebd., S. 973). „Ohne unter den Leuten zu sein, zu reden, zu arbeiten, war das Leben tödlich leer“ (ebd., S. 978).

Wer ist normal? Der Schriftsteller weiß um Paradoxien und um das „verrückte Leben“: „Nicht außer sich geraten, um bei sich zu bleiben.“ Mit Blick auf Frank, der sich „herumgetrieben hatte“, heißt es: „Und wenn einer tiefer empfindet, der findet sich nicht wieder“ (ebd., S. 965).

Märchen. „Die Wechselfälle der Welt“ gehörten nicht zur „Informationspolitik“ von Karins Eltern. Die Funktionärseltern vertraten für Karin den Staat. „Der Staat, in dem fast alles gut ist oder gutgeht. In dem man auf die anderen hören kann, nur hören muss. Es war ein schönes Märchen, das fast wissenschaftlich klang. Das konnte sie glauben, bis zur Gedankenlosigkeit“ (ebd., S. 968).

Beamte. „Diese dicken oder dünnen Beamten, denen der Schweiß ausbricht, wenn sie etwas verantworten sollen! Denen ihr Amt lieber ist, als Gebrauch davon zu machen“ (ebd., S. 971).

Ein einzelner Mensch. Resignation. Urlaub von der Welt. Mitten im Gewühl war es Karin recht, „dass sie ein einzelner Mensch war. Den etwas allein betraf. Der etwas auf sich nahm [...]“ (ebd., S. 973). „Karin beunruhigte nur die Resignation, die sie befahl, weil sie in ihrer eigensten Sache nicht gefragt worden war. Sie spürte eine ungewohnte, exotische Versuchung – sich vom gesellschaftlichen Leben abzuwenden“ (ebd., S. 976). „Es war ein Selbstmord, nicht des Körpers, sondern des Denkens [...]. Sich um das politische Leben bringen. Sich dieses Leben nehmen“ (ebd., S. 977).

Dumme Sorge. Karins Vater stieß an eine Grundfrage aller reflektierten Helfertätigkeit: „Wo wurde es dumm? [...] Er hatte so sehr aufgepasst, dass er nicht mehr aufpasste, was wirklich passierte. Sein Mittel vernichtete den Zweck, womöglich, die Sorge um den Menschen brachte den Menschen um – oder um was, wer fragt schon was“ (ebd., S. 973).

1975 reimte ich für eine DDR-Popgruppe: Du hattest gelernt, dass Arbeit weniger müde macht, wenn alle die Früchte genießen. Du wolltest tanzen und lachen und ein Mädchen liebevoll umarmen. Deine Kinder sollten in Häusern wohnen, die keine Säрге sind, wo man be-

graben lebt. Mit deinen Freunden wolltest du trinken auf den Frieden und auf die Liebe. (Soldat vom Don, „Lift“)

Episoden von Entfesselung und Offenheit. 1970-1990

Was sich zwischen Rostock und Karl-Marx-Stadt ereignete, hatte für uns hauptsächlich zwei Optionen. Unter der Überschrift „Offenheit“ mühten wir uns um Begegnungen vieler mit vielen. Begegnungen schließen Gegnerschaft nicht aus, ein Hören aufeinander, ein Lernen voneinander ein. Die DDR war keine offene Gesellschaft. Das hat bis heute schlimme Auswirkungen.

Mit Entfesselung meinten wir eine Einübung von Freiheit. Insofern wir von flankierter Entfesselung sprachen, lag uns daran, der Freiheit eine Form und Gestalt zu geben, die die Menschenrechte vor Augen hat und den Maximen entspricht, die mit Verantwortung und Gerechtigkeit gepaart sind.

Am 30. Oktober 1970 trafen sich in einer Dresdner Vorstadtkirche 70 Jugendliche. Sie kamen auf eine Einladung hin, die eine offene Kette zeigte. Das Thema war „Freiheit 1970“. Die Kette hatte eine rote Farbe.

Am 5. Juli 1975 trafen sich abends 300 Jugendliche auf einer Wiese vor der Kirche zu „Noch sind wir jung“. Eigene Lieder erklangen, Texte wurden verlesen. In der Dämmerung wurde getanzt. Die Polizei erschien. Es gebe keine Anmeldung. Es gebe Beschwerden. Wer denn der Verantwortliche sei? Die Jugendlichen umringten die Polizei von allen Seiten: Wir alle sind verantwortlich. Die Polizei zog ab. Es gab ein Ordnungsverfahren.

Am 19. Juni 1982 spielte eine Jugendgruppe aus dem Erzgebirge im Dom von Güstrow ihr Kabarettprogramm „Wir kommen auf (k)einen grünen Zweig“. Das Waldsterben durch den sauren Regen hatte uns alarmiert. Es kam zu 30 Aufführungen in der ganzen DDR. In dem Sketsch „Der Drache“ rückten Märchenfiguren gegen das Ungeheuer an. Es trug den Namen „Pershing 20“ und hatte 7mal70 Sprengköpfe. Rotkäppchen beschimpfte und vertrieb den hirnerbrannten Drachen.

Im Rahmen des Lernblocks „Der junge Mensch“ fand 1989 in der Ausbildungsstätte für Gemeindediakonie und Sozialarbeit (AGS) in Potsdam ein Punkkonzert statt. Eine sehr große Zahl Jugendlicher war zugegen. Sie fühlten sich für eine halbe Nacht im ehemaligen „Civil-waisenhaus“ wie zu Hause. Dass der kirchliche Vermieter der Ausbildungsstätte danach kündigte, ließ sich rückgängig machen. So war auch möglich, dass sich die Antifa-Gruppe weiterhin wöchentlich im Zimmer des Leiters treffen konnte.

Am 4. Dezember 1989 kam während eines morgendlichen Seminars in der AGS ein Anruf vom Neuen Forum. Die Kreis- und Bezirkszentrale des Ministeriums für Staatssicherheit sei unter Polizeischutz zugänglich. Ob wir mit Studentinnen und Studenten kommen könnten? Wir kauften auf dem Weg dorthin weißes Kreppband und fertigten Armbinden. Die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes waren mit dem Vernichten von Akten beschäftigt. Wir untersagten ihnen das. Sie hörten auf uns, als hätten wir etwas zu sagen. An anderen Stellen in der Stadt und im Umland ging es um Waffenlager und Entmachtungen aller Art.

Sozialarbeit? Gemeinwesenarbeit? Quartiersmanagement? Wende? Friedliche Revolution? Ja, aber

XI Europäische Dimensionen in der Sozialen Arbeit – Die Rolle der Hochschulen

*Christine Labonté-Roset;
Walter Lorenz*

Soziale Arbeit hat als akademische Disziplin einen eigenartigen Doppelcharakter, der kaum mit dem anderer Disziplinen zu vergleichen ist. Einerseits stecken die nationalen sozialpolitischen Bedingungen und Besonderheiten ganz klar den Rahmen ab, innerhalb dessen die Kenntnisse und Kompetenzen dieser Professionengruppe definiert und gelehrt werden müssen, was eine unmittelbare Parallele zu Disziplinen wie Jurisprudenz bedeuten würde, wo ebenfalls auf ganz bestimmte Besonderheiten der jeweiligen nationalen Traditionen der Gesetzgebung Bezug genommen werden muss und eine internationale Dimension erst durch Vergleiche ins Spiel kommt. Andererseits geht es in der Sozialen Arbeit grundsätzlich um menschliche Bedürfnisse, die sich in interpersonellen Beziehungen manifestieren, bei denen wohl kulturell bedingte, aber hauptsächlich allgemein psychologisch und ethisch definierte Prinzipien und Prozesse zum Ausdruck kommen und der nationale Bezugsrahmen daher unbedeutend ist beziehungsweise gerade deshalb relativiert werden muss. Diesen Doppelcharakter hatten schon die Pionierinnen dieser Profession klar erkannt und sich daher in der Gestaltung der Wissenschaftlichkeit dieser Disziplin und in Bezug auf ihre Professionalisierung deutlich bemüht, der Ausbildung einen internationalen Charakter zu verleihen. Moderne soziale Tätigkeiten konnten sich nur dadurch Professionalität und Legitimität verleihen, indem sie sich auf universale Prinzipien beriefen und damit Menschen aus der Willkür des Almosengebens befreiten, die dem emanzipatorischen Anspruch der Moderne grundsätzlich widersprach.

Internationale Austauschbemühungen hatten schon die erste Phase der systematischen Organisation sozialer Hilfeleistungen charakterisiert, in der die traditionellen, vorindustriellen Organisationsformen der Kirchen und der Gemeinden an ihre Grenzen gelangten. Wohltätigkeit beziehungsweise Wohlfahrt mussten völlig neu konzipiert werden, obwohl auf bestehende Organisationsformen, vor allem die der Kirchen,

1998

Als erstes Bundesland schafft Nordrhein-Westfalen zum 1.1.1998 sein Sammlungsgesetz ab.

zurückgegriffen werden konnte. So war etwa die katholische Kirche immer stark international ausgerichtet und es verbreiteten sich die karitativen Tätigkeiten verschiedener Orden oder Neugründungen, wie etwa die Gesellschaft des St. Vincent de Paul, 1831 von Frédéric Ozanam in Paris gegründet, schnell auch in anderen Ländern und tauschten schon im 19. Jahrhundert ihre Erfahrungen aus.

Aber auch auf humanistisch-philanthropischer Seite waren soziale Tätigkeiten von einem universalen Anspruch geprägt, der die soziale Hilfe als ethisch-rationale Verpflichtung definierte. Bemerkenswert in dieser methodologischen Hinsicht war etwa der Austausch zwischen der britischen Charity Organisation Society und der Stadt Elberfeld, in dessen Verlauf sich das Prinzip der systematischen Fallarbeit entwickelte als teils pädagogisch angelegte, teils wirtschaftlich rationalisierende und kontrollierende Maßnahme zur Überprüfung der Verwendung erteilter finanzieller Unterstützung an Familien, die von Armut bedroht waren. Aber auch andere Städte, die ein systematisches öffentliches Fürsorgesystem einführten (wie etwa Straßburg und Hamburg) orientierten sich an Entwicklungen in anderen industriellen Großstädten jener Zeit.

Aber über diese handlungsmethodischen Fragen hinaus war die Entwicklung von systematischen Lehrgängen für die Mitarbeiterinnen der sich neu formierenden sozialen Initiativen der öffentlichen und der privaten Art geprägt durch die Suche nach einer grundsätzlichen normativen Orientierung, die sich teilweise aus bürgerlichen, teilweise aus sozialistischen Bewegungen ergab. Auf der bürgerlichen Seite standen Reformbewegungen im Vordergrund, die auf die Neugewinnung sozialer Ordnung durch die Anwendung wissenschaftlicher Rationalität im Bereich der Gesellschaft und auch der Wirtschaft abzielten. Beispielgebend dafür war etwa der „Verein für Socialpolitik“, der sich 1873 in Deutschland mit dem Ziel bildete, „auf der Grundlage der bestehenden Ordnung die unteren Klassen soweit zu heben, zu bilden und zu versöhnen, dass sie in Harmonie und Frieden sich in den Organismus einfügen“ (so der langjährige Vorsitzende Gustav Schmoller¹). Die briti-

¹ <https://www.socialpolitik.de/De/geschichte-des-vereins-für-socialpolitik>

sche Fabian Society, 1884 gegründet, orientierte sich in gewisser Weise am Verein für Socialpolitik als sozialpolitische Reformbewegung auf wissenschaftlicher Grundlage, nahm aber eine klarere sozialdemokratische politische Position ein, in deren Rahmen quantitative wissenschaftliche Forschung zum strukturellen Verständnis der Ursachen von Armut betrieben wurde (Charles Booth). Sie führte auch zur Gründung der London School of Economics, an der dann auch 1910 einer der ersten Hochschulstudiengänge für Sozialarbeit entstand.

Der universale Charakter von Prinzipien der modernen Wohlfahrt kam auch in den Deklarationen zum Ausdruck, die von der 1892 gegründeten Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur (DGEK) als Grundlage ihrer Tätigkeiten formuliert wurden. Aus der 1893 von der DGEK errichteten Auskunftsstelle über Berliner Wohlfahrtseinrichtungen ist das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen hervorgegangen. In einer Deklaration der DGEK heißt es: „Die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur bezweckt, im Kreise ihrer Mitglieder und außerhalb derselben als das Gemeinsame und Verbindende, unabhängig von allen Verschiedenheiten der Lebensverhältnisse, sowie der religiösen und politischen Anschauungen, die Entwicklung ethischer Kultur zu pflegen. Unter ethischer Kultur als Ziel ihrer Bestrebungen versteht die Gesellschaft einen Zustand, in welchem Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, Menschlichkeit und gegenseitige Achtung walten.“ Sie will ihren Mitgliedern ‚Anregungen und Förderung jeglicher Art in Bezug auf ethische Aufgaben, Grundsätze und Pflichten‘ gewähren und durch ‚Erörterung der Thatsachen und Formen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens‘ und ‚Unterstützung der Reformen, die sich als ethisch notwendig erweisen‘, der Gesamtheit dienen“ (Wochenzeitschrift für sozial-ethische Reformen 1895, 3. Jahrgang, Nr. 1, S. 1).

Allgemein wird der Pariser Kongress von 1928 als der Beginn der formalisierten Internationalisierung der Sozialen Arbeit angesehen. Tatsächlich kamen damals über 5 000 Delegierte aus 42 Ländern zur „International Conference on Social Work“ zusammen, die dann auch zur Gründung der heute noch führenden internationalen Organisationen der Sozialen Arbeit führte, der „International Federation of Social Workers (IFSW)“, der „International Association of Schools of Social

Work (IASSW)“ und des „International Council for Social Welfare (ICSW)“. Aber der Kongress hat eine längere Vorgeschichte. Bereits 1847 fand in Brüssel der erste „International Penitentiary Congress“ statt, der „establishing contact between persons engaged, in different countries, in improving the lot of the working classes and the indigent poor“ als erstrebenswert definierte. In Paris wurde dann 1889 der erste „International Congress on Statutory and Voluntary Assistance“ abgehalten und an der „National Conference of Social Work“ 1919 in den USA nahmen Delegierte aus Europa und Japan teil.

Die notwendige internationale Dimension des sozialen Auftrags wurde am deutlichsten von sozialistischen Bewegungen erkannt und dargestellt, deren Analyse zu den strukturellen Ursachen von Armut und sozialer Not sich aber deutlich von der eher individualistisch orientierten Haltung der karitativen Institutionen absetzte, sich deshalb eher in Ablehnung der Entwicklung von Sozialarbeit als Profession entwickelte und daher nur selten, wie etwa im „Roten Wien“ der Ersten Österreichischen Republik oder in Belgien auf Betreiben der sozialistischen Gewerkschaft, zur Gründung einer Sozialarbeiterschule führte.

Auch in Deutschland brachte Alice Salomon bereits in ihren ersten Veröffentlichungen sehr früh den Aspekt vergleichender Untersuchungen und Erfahrungen aus anderen Ländern ein. Berichte über ihre frühen Reisen zum Beispiel nach England oder später Irland und die USA oder ihre frühe Teilnahme an internationalen Kongressen geben hier von Zeugnis. Bereits 1909 wurde Alice Salomon Vorstandsmitglied und Schriftführerin des International Council of Women, der ziemlich rasch zum größten Frauenbund der Welt wurde. 1914 beteiligte sie sich an der Organisation des internationalen Frauenkongresses in Rom.

Im Rahmen der Frauenbewegung bildete sich eine unmittelbar wirksame Form der internationalen Zusammenarbeit und Orientierung in der Entwicklung professioneller Sozialer Arbeit heraus. Vor allem das „International Council of Women“, 1888 in Washington D.C. gegründet, förderte den Kontakt unter Pionierinnen der Professionalisierung Sozialer Arbeit wie Alice Salomon und Jane Addams, auch dank deren Richtungsweisung und des Erfolgs der Tagung im Jahr 1928.



Archivstraße 14

Oktober 1950 bis April 1957 Archivstraße 14

Die Miete im Haus des Gemeindetages in der Berliner Straße war zu hoch und die Platzverhältnisse waren unzureichend, so dass ein neues Quartier gefunden werden musste. Dank der Unterstützung durch den Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter konnte das Archiv für Wohlfahrtspflege gemeinsam mit dem Berliner Stadtarchiv in das Berliner Hauptarchiv im Gebäude des „Preußischen Geheimen Staatsarchivs“ einziehen. Für eine Jahresmiete von 1300 DM durften mehrere Büros und ein geräumiger Kellerplatz genutzt werden. Der Aufenthalt im Hauptarchiv war vor allem durch die drückende Raumknappheit und die Auseinandersetzung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der anderen Archive um die wenigen verfügbaren Büros gekennzeichnet. Bei einer Besichtigung wurde festgestellt, dass „Die Überfüllung der dortigen Arbeitsräume (7 Personen in jedem der schmalen Zimmer) [...] derart eklatant [war], dass eine Verweigerung des erbetenen zusätzlichen Arbeitsraumes einfach nicht weiter vertreten werden konnte, wollte sich das Hauptarchiv nicht den Vorwurf des bösen Willens bzw. einer Sabotage der Arbeiten des A.f.W. zuziehen“.

Bis zum Umzug 1957 in die Miquelstraße 83 wurden vielerlei Anstrengungen unternommen, ein neues Quartier zu finden. Ein gewichtiger Grund für das Archiv für Wohlfahrtspflege, in Dahlem zu bleiben, war der Wunsch des bis 1953 amtierenden Ernst Reuter, das Archiv in der Nähe anderer wissenschaftlicher Einrichtungen anzusiedeln.

Das weithin sichtbare Gebäude am Rande der Domäne Dahlem beherbergt heute die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. In direkter Nähe zum Friedrich-Meinecke-Institut für Geschichte der Freien Universität Berlin ist das Archiv „für die Überlieferung der zentralen Instanzen des ehemaligen Brandenburg-Preußen zuständig, darüber hinaus auch für bestimmte Provinzialüberlieferungen und nichtstaatliches Schriftgut.“ Es zählt mit 38 000 laufenden Metern an Archivalien und über 200 000 Medieneinheiten zu den größten Staatsarchiven in Deutschland.

2000

Das erste DZI Spenden-SiegelFORUM findet als Jahreskonferenz der mit dem Spenden-Siegel ausgezeichneten Organisationen in Berlin statt.

Nachdem Jane Addams auf einer Europareise Toynbee Hall kennengelernt hatte, gründete sie 1889 zusammen mit ihrer Freundin Ellen Gates Starr das Settlement Hull House in Chicago. Ihr ging es vor allem darum, die meist europäischen Immigranten und deren Familien zu integrieren, in der Sprache des Aufnahmelandes zu unterrichten und durch verschiedene Ausbildungen für die amerikanische Arbeitswelt fit zu machen. Sie gründete Kindergärten und Schulen und arbeitete mit der Universität Chicago zusammen. 1909 war Jane Addams eine der Mitbegründerinnen der National Association for the Advancement of Colored People, 1919 gründete sie die Womens International League for Peace and Freedom. 1931 erhielt sie als zweite Frau nach Bertha von Suttner den Friedensnobelpreis. Ihr Verdienst war es vor allem, die sozialarbeiterische Praxis für bisher weitgehend ausgeschlossene Minderheiten bravourös auf- und ausgebaut zu haben.

Alice Salomon leitete 1928 die Sektion für Ausbildung der internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris und förderte als Präsidentin der damals gegründeten „International Association of School of Social Work“ (IASSW) den internationalen Austausch und die universale Wissenschaftlichkeit der Studiengänge bis zu ihrer politisch motivierten Absetzung 1937 (Wieler 1987, Kuhlmann 2008). In diesem Jahr, nachdem Alice Salomon bereits alle ihre deutschen Ämter verloren hatte, aber weiterhin Vorsitzende der Internationalen Hochschulvereinigung war (deswegen traten die deutschen Schulen 1935 aus), wurde sie von den Mitgliedern gebeten, den ersten internationalen Vergleich der Ausbildung für Soziale Arbeit zusammenzustellen und zu veröffentlichen. Sie untersuchte dabei 32 Länder (Salomon 1937).

Ein weiteres Beispiel früher internationaler Kooperation war Helena Radlinska aus Polen. Sie war eine der fünfzehn 1929 in Berlin versammelten Gründerinnen der heutigen IASSW (der einzige Mann war M.J.A. Moltzer aus den Niederlanden). Ihr Verdienst war das erste Programm der Ausbildung in Sozialer Arbeit, das die Ausbildung in ganz Polen beeinflusste, und sie nahm aktiv an vielen internationalen Konferenzen teil.

Die Bestrebungen zur Internationalisierung wurden entscheidend behindert durch die wachsende Bedeutung des Nationalismus, schon spürbar in der Periode um den Ersten Weltkrieg, als sowohl die sozialistische als auch die feministische Bewegung in die Spannung zwischen nationaler und internationaler Ausrichtung gerieten. Schon der dritte internationale Kongress 1936 in London wurde von der deutschen Delegation zu nationalistischer und rassistischer Propaganda missbraucht und erneuerte damit die Frage, ob sich „das Soziale“ eher nach national-kulturell ausgerichteten Kriterien oder nach universal-internationalen definieren ließe.

Die Erfahrungen des Faschismus, des Zweiten Weltkriegs und des Totalitarismus sowjetischer Art bestimmten das Interesse an Sozialarbeit als Vehikel der Demokratisierung und damit auch der Internationalisierung in der unmittelbaren Nachkriegszeit eindeutig. So beauftragten die 1945 gegründeten Vereinten Nationen schon in den 1950er-Jahren Untersuchungen zur Lage der Ausbildung in Sozialarbeit weltweit mit Berichten von Katherine Kendall 1950 und von Eileen Younghusband 1955 und 1958. Auch die Verbindung der IASSW mit den Vereinten Nationen als Organisation mit „consultative status“ bringt die Bedeutung der Sozialen Arbeit für die Integrationspolitik der Nachkriegszeit zum Ausdruck.

Diese internationale Bedeutung der Profession für die westlichen Gesellschaften erforderte auch entsprechende Investitionen in professionalisierende Studiengänge, die den Qualitätsansprüchen der Gründerjahre gerade in Bezug auf ihre Wissenschaftlichkeit und damit ihre kritische Distanz zu ideologisch oder kulturell geprägten Wohlfahrtspraxen entsprechen würden. Vor allem die USA und das Vereinigte Königreich erkannten diese Notwendigkeit als Teil ihrer Demokratisierungsbemühungen im postfaschistischen Europa mit Aus- und Weiterbildungsangeboten für das Personal und speziell für das Lehrpersonal an Studiengängen. Durch Kurse, Übersetzungen in englischer Sprache verfügbarer Grundtexte und Stipendien konnten viele Dozentinnen aus Deutschland und Italien Wissen und akademische Grade als Ausweis ihrer akademischen und professionellen Anschlussfähigkeit mit bestehenden Studiengängen in Großbritannien und den USA erreichen (Hering 2002).

Dieser Professionalisierungsschub der Nachkriegszeit bewirkte an den allmählich anlaufenden berufsqualifizierenden Studiengängen in Westeuropa eine gewisse Standardisierung der Syllabi und des Lehrmaterials, sodass, zumindest was den Bereich der Sozialarbeit betrifft, in jenen Jahrzehnten der Bereitschaft, in die Entwicklung eines Sozialstaatsmodells zu investieren, von einem Standardmodell von casework, groupwork und community work gesprochen werden kann.

Der Anspruch auf universale Anwendbarkeit und das dabei zugrunde liegende Prinzip der neutralen Wissenschaftlichkeit als Garant gegen ideologische Vereinnahmungen der Sozialen Arbeit, wie sie im Faschismus geschehen waren, erfuhr aber eine grundsätzliche Infragestellung im Zuge der sozialen Bewegungen, die die Jahrzehnte nach 1968 bestimmten. Die zweite Welle der Frauenbewegung, aber auch die Civilrights-Bewegung thematisierten den Aspekt der partikulären Identität und das Recht auf Diversität, womit der Universalitätsanspruch auch eines Verständnisses von Sozialer Arbeit in die Kritik geriet, der bisher mit dem (gegen Diskriminierung gerichteten) Prinzip „people are people“ operierte und Hilfe „ohne Ansehen der Besonderheiten der Person“ anbot. So wurde etwa die Praxis kritisiert, Kinder ungeachtet ihrer ethnischen Identität an Familien zu Pflege oder Adoption zu vermitteln, da sich hinter dieser Neutralität Machtunterschiede verbergen, die gerade eine grundsätzliche Art der Diskriminierung ausmachen.

Infolge der Artikulierung der Identitätsfrage setzte auch eine Rückbesinnung auf spezifische nationale Traditionen und Modelle von Sozialer Arbeit ein, was sich etwa in der betonten Differenzierung von Sozialer Arbeit als social work entgegen den Traditionen von Sozialpädagogik, Agogik, Animation, Jugendarbeit etc. darstellte mit der entsprechenden Aufarbeitung der Fachliteratur in den verschiedenen europäischen Sprachen. Parallel dazu richtete auch die sozialpolitische Analyse der unterschiedlichen Traditionen der Modelle von „Wohlfahrt“ im Sinne der Typologien von Flora (1981) und Esping-Andersen (1990) das Augenmerk auf die Besonderheiten des sozialpolitischen Kontexts, in denen die Soziale Arbeit in Europa in der Nachkriegszeit ihren Platz gefunden hatte, obwohl die Auswirkungen der unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf die Methodik der Sozialen Arbeit wenig Beachtung fanden.

Dazu kam, dass die Bemühungen des damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, den Vereinigungsprozess der Europäischen Union durch gemeinsame sozialpolitische Initiativen zu stärken, wenig Echo fanden, vor allem bei den nationalen Gewerkschaften, die eine Reduzierung der sozialen Sicherung auf das Minimum befürchteten. So konnten die führenden Politiker der Mitgliedsstaaten Sozialpolitik weiterhin als eine spezifisch nationale Angelegenheit behandeln und stattdessen den Mechanismen des freien Marktes als De-Facto-Vereinigungsvehikel Vorrang geben, eine Politik, die dann auch den Erweiterungsprozess nach 1989 auf die vormals kommunistischen Staaten Europas nachhaltig bestimmte.

Angesichts dessen war es bemerkenswert, dass die Studiengänge der Sozialen Arbeit gleich zu Beginn des 1987 von der EU verabschiedeten akademischen Austauschprogramms ERASMUS mit großem Engagement von den Möglichkeiten gemeinsamer Projekte Gebrauch machten. Dabei dienten die vorangegangenen Reflexionen der Differenzierungen der Sozialen Arbeit in den verschiedenen Mitgliedsländern dazu, dass die Kontakte von vorneherein nicht unter dem Vorzeichen der Harmonisierung und Standardisierung der Studienprogramme und -modelle entstanden waren, sondern darauf gerichtet waren, das Wesen der Unterschiede im jeweiligen historischen Kontext näher zu erforschen und, anknüpfend an die Tradition der Internationalität der Sozialen Professionen, daraus die professionelle Eigenständigkeit gegenüber den Gefahren einer nationalen sozialpolitischen Vereinnahmung erneut abzuleiten. Diesem Bemühen hatten schon die Kongresse und Projekte der internationalen Vereinigungen mit ihren europäischen Branchen EASSW und IIASW gedient sowie das 1985 gegründete European Centre for Community Education (ECCE), das der „Europäisierung“ der Ausbildung in Sozialer Arbeit durch direkte Zusammenarbeit von Lehrenden und Studierenden gewidmet war.

Das ERASMUS Programm ermöglichte dann auch die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen EASSW, ECCE und FESET („Formation d'Éducateurs Sociaux Européens“) im ersten thematischen Netzwerk der Sozialen Professionen (ECSPRESS), das in den Jahren 1996 bis 1999 entscheidende Impulse für die Erschließung des

2000

In den USA fusioniert das seit 82 Jahren bestehende National Charities Information Bureau mit der Spenderberatung der US-Verbraucherzentralen zur BBB Wise Giving Alliance.

Potenzials europäischer Zusammenarbeit zwischen Schulen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit gab, vor allem auch im Hinblick auf die Entwicklung von Studiengängen in den Ländern Mittel- und Osteuropas nach 1989. Zwar war die vergleichende Arbeit von Alice Salomon schon 1986 von Brauns und Kramer auf europäischer Ebene mit einem Überblick von Ausbildungsmustern in Sozialarbeit in 21 Ländern (Brauns; Kramer 1986) wieder aufgegriffen worden, einer Arbeit, die dann an der Universität Mainz unter Leitung von Franz Hamburger zwei Jahrzehnte später umfassend weitergeführt wurde (Hamburger u.a. 2004-2007; siehe Csoba u.a. 2014). Die Einzeldarstellungen vermittelten jedoch noch keinen Einblick in die Ursprünge und Ursachen der Ausdifferenzierung verschiedener Traditionen und Muster.

Eine solche Arbeit fand dann hauptsächlich aus Anlass von europäischen Intensivseminaren und Sommerschulen oder an Zentren statt, die tatsächlich Studientitel mit einer expliziten europäischen Orientierung vergaben wie etwa das ACCESS-Europe Zertifikat, das vom European Centre for Community Education (ECCE) modular entwickelt wurde, oder das MACESS Programm der Hogeschool Maastricht, das durch den Europarat anerkannt wurde. Manche europäischen Studiengänge erweitern die Kontakte auch zu außereuropäischen Universitäten, wie der „European Master in Social Work with Families and Children“ an der Universität Göteborg oder der Master in Advanced Development in Social Work (ADVANCES) an der Universität Aalborg.

Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen wurde insgesamt durch den „Bologna-Prozess“ standardisiert – das Abkommen ursprünglich zwischen Italien, Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich, und nun auf alle EU-Staaten erweitert, das die gegenseitige Anerkennung von Studienkrediten erleichtern sollte. Allerdings wurde dadurch auch ein komplexes bürokratisches System aufgebaut, das wenig Flexibilität erlaubt und den paradoxen Effekt zu haben scheint, dass nationale Besonderheiten durch Fragen bei der gegenseitigen Anerkennung wieder hochgespielt werden können und der Leistungsdruck die Studierenden von einem Auslandssemester eher abhält.

Relativ selten gibt es bis heute gemeinsame Forschungsprojekte, was auch an der je nach Land häufig unterschiedlichen Förderung liegt oder, wie zum Beispiel in Frankreich daran, dass es für die meist kleinen und privaten Ausbildungsstätten für Sozialarbeit keinerlei Forschungsförderung gibt. Eine Ausnahme stellen seit Kurzem die rund 20 IRTS (Institut Régional de Travail Social) dar, die verschiedene, hoch spezialisierte Studiengänge im Sozialbereich anbieten, wobei zu beachten ist, dass der Sozialbereich in Frankreich 17 verschiedene Studiengänge kennt (zum Beispiel animateur socioculturel, conseiller en insertion sociale et professionnelle, conseiller conjugal et familial etc.). Bis 2008/2010 waren die Studiengänge dem zentralen Sozialministerium direkt unterstellt, dann wurden sie an die verschiedenen Regionen ausgegliedert, die auch Forschungsgelder vergeben können.

Auch die Arbeit der international und europäisch aktiven Organisationen wie EASSW, IASSW, IFSW und ICSW scheint sich kaum in den Programmen der Studiengänge niederzuschlagen, obwohl bei den regelmäßigen Konferenzen die aktuellsten Themen der Sozialen Arbeit ausführlich behandelt werden und sogar 2010 eine „Global Agenda of Social Work and Social Development“ formuliert wurde, deren Implementierung in den verschiedenen Regionen regelmäßig überprüft wird (<http://ifsw.org/get-involved/agenda-for-social-work/>). Europäische und internationale Zusammenarbeit vor allem im sozialen Bereich wäre aber notwendiger denn je angesichts der eklatanten globalen Zusammenhänge bei Fragen der Armut, der erzwungenen Migration und der ökonomischen wie politischen Ausgrenzung. Sozialpolitische Entwicklungen weisen länderübergreifend ähnliche Tendenzen auf und orientieren sich immer deutlicher an neoliberalen wirtschaftlichen und politischen Prinzipien, die meist mit den Prinzipien kollidieren, die für die Geschichte der Sozialen Arbeit konstitutiv waren. Gleichzeitig stagniert der europäische Vereinigungsprozess, obwohl er gerade durch die Stärkung der sozialen Dimensionen einen neuen Impuls erhalten könnte.

Dieses Potenzial auf breiter Basis scheint nicht erkannt und genutzt zu werden, trotz der zunehmenden Öffnung gegenüber internationalen Publikationen auf akademischer Ebene, wie sie etwa in Zeitschriften wie International Social Work, European Journal of Social Work, Inter-

national Social Welfare ihren Ausdruck findet, an denen aber Autorinnen und Autoren aus dem Vereinigten Königreich und den nordischen Ländern disproportional beteiligt sind.

Für eine breitere Öffnung wäre es hilfreich, wenn sich die Bologna-Reformen nicht nur auf vergleichbare formale Strukturen beschränkten, sondern je nach Fach auch inhaltliche Ähnlichkeiten und Unterschiede herausgearbeitet und diskutiert würden, ohne dass es zu einer Anpassung der in den verschiedenen Ländern historisch gewachsenen und begründeten Lehrpläne kommen müsste. Als ein vielversprechender Versuch hierfür ist das Programm Calohee (2016-2017) zu nennen, also „Measuring and Comparing Achievements of Learning Outcomes in Higher Education in Europe“ (<https://www.calohee.eu/>). In verschiedenen europäischen Hochschulen werden dabei fünf verschiedene Disziplinen untersucht und verglichen: Civil Engineering, Teacher Education, History, Nursing, Physics. Leider gehört Soziale Arbeit nicht dazu.

Außerdem existieren in Bezug auf soziale Sicherung zwischen den EU-Staaten noch immer erhebliche Unterschiede und es gibt in diesem Bereich nicht die seit Langem geforderte transnationale Dimension der Sozialen Arbeit, entlang derer Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Herausforderungen analysiert und verglichen werden. Es ist erforderlich, ein Modell der Europäischen Sozialarbeit zu entwickeln, das nicht zum Ziel hat, die Titel und epistemologischen Traditionen der unterschiedlichen sozialen Professionen in Europa zu harmonisieren oder gar zu standardisieren, sondern im Gegenteil den Wert und das Potenzial dieser Diversität als dynamischen gesellschaftlichen und geschichtlichen Prozess herauszuarbeiten. Neuere Publikationen widmen sich dieser Aufgabe (etwa Kessl u.a. 2018) und es ist zu hoffen, dass Studiengänge in den europäischen Ländern die Internationalisierung der Inhalte aktiv aufgreifen.

XII Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft

Ein Gespräch mit Vorstandsmitgliedern der Stiftung DZI

Der Vorstand der Stiftung DZI besteht aus den von den Stiftungsträgern entsandten Vertretern und Vertreterinnen. Für die Anthologie zum 125-jährigen Bestehen des DZI baten wir die Vorstandsmitglieder zu einem Gespräch am 27. Februar 2018 im DZI. Themen waren die Rolle des DZI in seiner historischen Entwicklung, die gegenwärtigen Aufgaben in Bezug zu den Arbeitsfeldern der Stiftungsträger und die Herausforderungen für die Zukunft. An dem Gespräch nahmen teil: Senatorin a.D. Prof. Ingrid Stahmer (Vorsitzende), Dr. Ilja Nothnagel, Bereichsleiter Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (stellvertretender Vorsitzender), Falko Liecke, stellvertretender Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Jugend und Gesundheit von Berlin-Neukölln (Vorstandsmitglied für den Deutschen Städtetag) und Dr. Gerhard Timm, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW).

Die Fragen stellte Christian Gedschold, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Redakteur der Fachzeitschrift Soziale Arbeit sowie Leiter des Bereichs Soziale Literatur im DZI. Der folgende Text gibt das Transkript in redigierter und gekürzter Form wieder.

Christian Gedschold Liebe Frau Stahmer, die erste Frage stelle ich Ihnen, als der langjährigen Vorsitzenden unseres Vorstands und prägender Kraft im DZI: Was bedeutet das Institut für Berlin und für seine Landesregierung? Worin besteht, neudeutsch gefragt, der Mehrwert?

Ingrid Stahmer Die Rolle der Landesregierung für das DZI ist eindeutig: Laut der Satzung des Instituts, das hier in Berlin gegründet wurde, hat das von der Landesregierung entsandte Vorstandsmitglied auch den Vorstandsvorsitz inne. Bei meiner Entsendung in den Vorstand

2004

Das DZI erweitert durch eine Satzungsänderung seine Spenderberatung auf gemeinnützige Organisationen jeglicher Zielsetzung, unter anderem auch auf Umwelt- und Naturschutzorganisationen.

war ich Berliner Bürgermeisterin und Senatorin für Gesundheit und Soziales und konnte auch aus diesen Positionen heraus die Entwicklung des DZI mitgestalten. Ich habe mich schon vor meiner Vorstandstätigkeit nicht nur bezüglich der Finanzierung des Instituts, sondern auch in inhaltlichen Fragen wie etwa dem Bemühen um mehr Transparenz und gesellschaftliche Nutzarbeit eingebracht.

Der Finanzsenator erklärte im Jahr 2002 zu unser aller Überraschung das DZI zur alleinigen Bundesaufgabe und wollte die Zuwendungen des Landes einstellen. Die betrug vorher fast die Hälfte des Gesamtbudgets. Hier wurde die besondere Bedeutung des Instituts für das Land – im Sinne Ihrer Frage nach einem Mehrwert – deutlich. Nachdem die Beteiligung des Landes Berlin wieder gesichert werden konnte, hat es sich in der Zeit danach zunehmend ergeben, dass uns einzelne Abgeordnete, Fraktionen oder das ganze Abgeordnetenhaus und der Senat um Auskünfte und fachlichen Rat bitten. Kein Finanzsenator kann das DZI mehr einfach so aus der Liste der Zuwendungsempfänger nehmen, ohne dass dies auf Widerstand stoßen würde.

Das DZI wird heute auch in den einzelnen Abteilungen der Senatsverwaltung nicht zuvörderst als Zuwendungsempfänger, sondern vor allem aufgrund seiner Qualitäten wahrgenommen. Nach wie vor bekomme ich Rückmeldungen zur Arbeit des DZI. So werden etwa die Literaturdokumentation und Bibliothek regelmäßig genutzt, wenn Referenten Informationen über die Anfänge der Sozialen Arbeit in Berlin benötigen.

Von der Spenderberatung lassen sich die Mitarbeitenden der Senatsverwaltungen regelmäßig Auskünfte über Organisationen erteilen. Sie fragen auch, ob eine Organisation das DZI Spenden-Siegel trägt, interessieren sich vorwiegend aber für die Texte über einzelne Organisation.

Christian Gedschold Herr Liecke, Sie wurden Ende 2017 vom Deutschen Städtetag in den Vorstand des DZI entsandt und sind Kommunalpolitiker im Berliner Bezirk Neukölln. Wie könnte das DZI für den Städtetag und eine kommunale Verwaltung wie das Bezirksamt



DZI,
Miquelstraße

April 1957 bis Dezember 1992 Miquelstraße 83

Eine Spende von 150 000 DM durch den Beirat des Berliner Zahlenlotos ermöglichte dem Archiv für Wohlfahrtspflege 1956 den Erwerb des ersten eigenen Hauses. Das „Haus Freudenberg“ war vom Architekten Hans Hermann 1912-13 im ländlichen Stil für die Familie des Chemikers Karl Freudenberg erbaut worden. Am 12. April 1957 konnte der neue Sitz des Archivs für Wohlfahrtspflege bezogen werden, am 29. Mai erfolgte die feierliche Eröffnung durch den Senator für Arbeit und Soziales, Eduard Bernoth. Bereits am 2. Mai 1957 war das Archiv für Wohlfahrtspflege als eine „Milde Stiftung privaten Rechts“ mit gemeinnützigem Status anerkannt worden. Mit dem Haus, in dem nach eigener Auskunft 20 000 Bände und über 1 100 kurrente Zeitschriften in zehn Sprachen Platz fanden, hatte das Archiv nach langer Zeit endlich wieder die Gelegenheit, den Fachkräften der Wohlfahrtspflege auch als soziales Zentrum zu dienen. Kurz nach dem Bezug, bereits im Juni 1957, lud man zu „Sozialpolitischen Teeabenden“ ein, bei denen im kleinen Kreis aktuelle Fachthemen diskutiert wurden.

Das Archiv für Wohlfahrtspflege erhielt 1964 seinen bis heute bestehenden Namen: „Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen“. Die Umbenennung erfolgte vermutlich in der Absicht, die Bedeutung des Instituts über Berlin hinaus zu betonen. Das Haus in der Miquelstraße steht für viele herausragende Entwicklungen und Ereignisse. Hierzu zählen der stetige Ausbau des Archivs und eine über die Jahre zunehmende Zahl von Besucherinnen und Besuchern. Die prominentesten waren gewiss Bundespräsident Heinrich Lübke und dessen Ehefrau Wilhelmine sowie zu einem späteren Zeitpunkt Hilda Heinemann, Gattin des Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Doch auch eine besondere Tragödie bleibt mit der Geschichte des DZI verbunden: Am 14. Mai 1970 wurde der Strafgefangene Andreas Baader von mehreren Komplizinnen – unter ihnen die Journalistin Ulrike Meinhof – bei einem Freigang zur Nutzung der Bibliothek des DZI befreit. Die Täter fügten einem Mitarbeiter der Bibliothek und einem begleitenden Polizeibeamten schwere Verletzungen zu. Die Gefangenbefreiung gilt als Gründungsakt der „Baader-Meinhof-Gruppe“, die als spätere „Rote Armee Fraktion“ (RAF) bis in die 1990er-Jahre terroristische Attentate in der Bundesrepublik verübte. Bis zur Aufgabe ihres kriminellen Tuns im Jahr 1998 ermordete die RAF 33 Menschen, über 200 wurden teils schwer verletzt.

1992 wurde das Haus in der Miquelstraße verkauft und dient heute wieder seinem ursprünglichen Zweck als privates Wohnhaus einer Dahlemer Familie.

2004

Am 19. Februar besuchen Bundespräsident Johannes Rau und Frau Christina Rau das DZI und informieren sich über dessen Arbeit.

Neukölln noch besser sichtbar werden? Wie könnte die Kommunalpolitik insgesamt davon profitieren, dass es eine Einrichtung wie das DZI gibt?

Falko Liecke Ich bin jetzt seit 1990 in der Berliner Verwaltung und seit 2009 Stadtrat in Neukölln; in dieser Zeit hatte ich keine Berührungspunkte mit dem DZI. Da ich vom Deutschen Städtetag in den Vorstand entsandt wurde, erhalte ich nun besser Einblick und sehe, welche Möglichkeiten kommunale Verwaltungen haben, die Unterstützung des DZI zur Bewältigung ihrer Aufgaben in Anspruch zu nehmen. Ein Nutzen für die Kommunalpolitik besteht zum Beispiel darin, die kommunale Arbeit besser in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. In die andere Richtung können wir auf den umfassenden Datenbestand des DZI, dessen Publikationen und die hier versammelte Expertise zurückgreifen.

Auf der Ebene der Senatsverwaltungen ist das DZI bekannt, auf kommunaler Ebene ehrlich gesagt weniger. Deshalb habe ich in der Runde der Gesundheitsstadträte angeboten, das DZI vorzustellen, ebenso bei den Jugendstadträten. Im Rat der Bürgermeister ist die Vorstellung externer Organisationen zwar eher unüblich, würde aber, da ich als Ansprechpartner zur Verfügung stehe, vermutlich akzeptiert.

Auch im Gesundheitsausschuss des Städtetags sollten wir für das DZI eine Möglichkeit finden, sich zu präsentieren. Mit einem Gang durch die Institutionen und die Gremien könnte sich das DZI noch besser bekannt machen. Hierbei zu helfen und die Kommunikation nach außen zu unterstützen, sehe ich als meinen Auftrag.

Christian Gedschold Welche Erwartungen haben die Kommunen an das DZI?

Falko Liecke Die Spendeninformationen könnten wieder vermehrt in die Öffentlichkeit gebracht werden. Im Bereich des DZI Spenden-Siegels haben wir momentan kommunal nicht allzu viele Anknüpfungspunkte. Die Bürgerberatungsstellen sollten wieder mit den Informationen zu den Spendenorganisationen und zum DZI Spenden-Siegel versorgt

werden. Ich konzentriere mich natürlich auf den Bereich der Jugendhilfe, in dem es zwar nur in seltenen Fällen um Spenden geht, dennoch bietet der Spenden-Almanach wertvolle Informationen. In meine frühere Zuständigkeit für das Bürgeramt fielen auch die Werbematerialien und das „Bürgeramt TV“ in den Wartebereichen. Dort könnte ein Film, allerdings ohne Ton, kostenlos eingespielt werden. Hierzu würde ich gern meinen bescheidenen Beitrag leisten.

Ingrid Stahmer Auch ich hatte in den acht Jahren als Stadträtin, vor meiner Arbeit in der Landesregierung, nur wenige Berührungspunkte zum DZI. Die Kommunikation zwischen den Bezirken findet formal im Rat der Bürgermeister statt. In inhaltlichen Fragen ist der direkte Austausch aber bekanntlich viel wirksamer. Diese direkte Kommunikation berührt eine Zukunftsfrage des DZI, die eher auf der kommunalen als auf der Landesebene beantwortet werden kann. In den Kommunen und Bezirken gibt es den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, die Erwartungen an das DZI haben. Ich hatte immer Informationsmaterial zum DZI in der Tasche und wurde sehr häufig um Auskunft über unsere Arbeit gebeten.

Früher hatten fast alle Berliner Jugendämter und deren Mitarbeitende Abonnements unserer Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“. Im Verlauf der letzten 20 Jahre wurden viele dieser Abonnements aus Kostengründen gekündigt. Jetzt haben wir mit dem E-Paper die Möglichkeit, diese Strukturen kostenneutral wieder aufzubauen. Das ist ein guter Anknüpfungspunkt; hierfür bieten uns die geplanten Vorstellungen, die Auftritte bei den Konferenzen der Jugendamtsleiter und den Gesundheitsstadträten oder in Gremien des Städtetages gute Gelegenheiten.

Auf Landesebene wurden wir 2010, im Zuge der sogenannten „Maserati-Affäre“, in den Ad-hoc-Ausschuss der Senatorin Blum berufen und um Rat gebeten, wie die Transparenz von Zuwendungsempfängern oder Entgeltempfängern verbessert werden kann. Zu diesem Thema stehen wir aktuell in einem Erfahrungsaustausch der Sozialministerien der Bundesländer, an der auch die Berliner Senatsverwaltung teilnimmt. In dieser Runde wird eine aktuelle Transparenzinitiative der Länder diskutiert.

2005

Die Sozialleistungen der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe werden zum Arbeitslosengeld II zusammengelegt. Der Begriff „Hartz IV“ setzt sich durch.

Eine weitere Schnittstelle sind die vielen unbesetzten Stellen in den Bezirksämtern. Es fehlt nicht an Geld, sondern an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zukünftig in den Jugendämtern tätig werden könnten. Hierbei stehen die Berliner Ausbildungsstätten für Sozialberufe natürlich im Mittelpunkt und den Hochschulen für die Soziale Arbeit steht wiederum das DZI als zentrale Quelle zur Verfügung: mit unserer Literaturdokumentation, der Bibliothek und beispielsweise auch mit den Schreibwerkstätten. Das DZI ist für die Ausbildung, die Weiterbildung und die Qualitätsentwicklung für die Soziale Arbeit, den Erzieherberuf und andere Sozialberufe ein wichtiger Partner.

Christian Gedschold Herr Doktor Timm, was würde die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege tun, wenn es das DZI nicht gäbe?

Gerhard Timm Ihre Mitglieder würden das ohne Frage als einen Verlust empfinden. Wahrscheinlich weniger in der Bedeutung des DZI für die Siegel-Organisationen als vielmehr für die Soziale Arbeit, für das, was jetzt eben angesprochen wurde. Die Aufbereitung von Informationen im Bereich der sozialen Literatur ist wichtig und sei es auch nur indirekt, über die Hochschulen für Sozialberufe, in denen Menschen ausgebildet werden, die nach der Ausbildung in den Organisationen und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege arbeiten.

Diese Menschen haben im DZI einen Verbündeten, der sie in ihrer Ausbildung begleitet. Dass hier auch ein historisches Bewusstsein vorhanden ist, mag vielleicht im Detail nicht für jeden Einzelnen so bedeutend sein. Ich halte es aber für wichtig, Informationen über Ereignisse zu bewahren, die länger als fünf Jahre zurückliegen. Die Geschichte der Sozialen Arbeit ist lang und ich sehe nirgendwo sonst in Deutschland eine Institution, die diese Geschichte dokumentiert. Diese wichtige Funktion erfüllt das DZI auch nach Einschätzung der Mitgliedsorganisationen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, für die ich hier spreche.

Das betrifft in gleichem Maße die Zeitschrift „Soziale Arbeit“, sei es als Hardcopy oder E-Paper. Das Journal wird zur Kenntnis genommen

und auch ich lese es immer wieder mit Gewinn. Vieles ist für meine Arbeit interessant und ich vermute, dass es vielen anderen in den Mitgliedsorganisationen der BAGFW auch so geht.

Drei der sechs Mitgliedsorganisationen der BAGFW tragen das DZI Spenden-Siegel, die anderen drei tragen es nicht, da sie nicht so stark als Spendenorganisationen in Erscheinung treten. Für mich ist das quasi eine paritätische Aufteilung. Die Arbeiterwohlfahrt, der Paritätische und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland benötigen kein Spenden-Siegel, während das Diakonische Werk, der Caritasverband und das Deutsche Rote Kreuz explizit und insbesondere im internationalen Kontext große Bereiche haben, die aus Spenden finanziert werden. Für diese Organisationen ist das Siegel eine wichtige Institution, um sich gegenüber weniger seriösen Spendenorganisationen abzugrenzen. Als BAGFW tragen wir das Spenden-Siegel nicht, weil wir so gut wie keine Spenden entgegennehmen.

Daher hat der Bereich der sozialen Literatur und der Literaturdatenbank zur Sammlung von Informationen für die Wohlfahrtspflege eine große Bedeutung und wird diese Bedeutung auch in Zukunft behalten. Je länger die Sammlung und Dokumentation betrieben werden, je mehr Kontinuität erzeugt wird, desto größer wird der Mehrwert. Es wäre ausgesprochen misslich, wenn irgendwann ein Kontinuitätsbruch entstehen würde.

Christian Gedschold Welche Herausforderungen sehen Sie auf das DZI zukommen? Was fördert unsere Arbeit, was bedroht sie und was verlangt sie uns ab?

Gerhard Timm Die gute Arbeit in eine gesicherte finanzielle Unterstützung zu bringen, ist nach wie vor eine Herausforderung, und wir haben heute in der Vorstandssitzung zum wiederholten Mal thematisiert, dass es zu Einschränkungen kommen muss, weil einfach die Mittel nicht da sind. Das ist wirklich sehr bedauerlich und ich glaube, das müssen wir irgendwie meistern, dass wir in eine geregelte Finanzierungssituation kommen. Wir dürfen nicht alle paar Jahre gezwungen werden, neue Quellen und Zuwendungsgeber aufzutun, die mehr oder

2006

Am 2. August tritt anstelle der IHK Berlin der Deutsche Industrie- und Handelskammertag dem Vorstand und damit der Trägerschaft des DZI bei.

weniger zum Jagen getragen werden müssen und nach ein paar Jahren wieder abspringen. Ich habe dafür auch keine Patentrezepte, aber ich glaube, das ist wirklich eine wichtige Aufgabe, dass man da eine feste Finanzierung für einen Mitarbeiterstamm hat, der auch ohne dass er sich „tot arbeitet“, sinnvoll seine Aufgaben bewältigen kann. Das fände ich ganz wichtig.

Im Bereich des Siegels ist es auf jeden Fall sinnvoll, die Arbeit des DZI unter dem Gesichtspunkt der eigenen Transparenz zu überprüfen und zu gucken, wie man seine Transparenz durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit noch wirksamer darstellen kann. Ich glaube, dass wir versuchen sollten, in Bereich des Spenden-Siegels zu Vereinfachungen zu gelangen – möglichst die Bürokratie abbauen, ohne Substanz zu verlieren. Das ist natürlich leichter gesagt als getan, aber die Anstrengung wert.

Christian Gedschold Herr Doktor Nothnagel, was bedeutet das DZI für die deutsche Wirtschaft?

Ilja Nothnagel Die Förderung des Ehrbaren Kaufmanns ist eine wichtige, der IHK-Organisation sogar vom IHK-Gesetz ausschließlich zugeschriebene Aufgabe. Die Anforderungen an „ehrbare“ Unternehmen haben sich jedoch in Zeiten von Nachhaltigkeitsstrategien, CSR-Berichtspflichten und Diskussionen über den Schutz von Menschenrechten in der Lieferkette gewandelt. Bis heute aber stehen im Zentrum des Wertebilds eines Ehrbaren Kaufmanns Tugenden wie Integrität, Ehrlichkeit, Fleiß, Anstand, Respekt, Rechtstreue, Loyalität, Verantwortungsbewusstsein, langfristiges Denken und Verlässlichkeit. Sie bilden die Grundlage für vertrauensvolle Geschäftsbeziehungen und entwickelten sich zum Gütesiegel. Ehrbares Handeln steht also nicht im Widerspruch zu nachhaltigem geschäftlichem Erfolg, sondern ist vielmehr eine Voraussetzung dafür.

Eine Übersetzung des vielleicht manchem altmodisch anmutenden Begriffs des Ehrbaren Kaufmanns in die heutige Zeit ist wohl am ehesten der oder die „Verantwortliche Unternehmer oder Unternehmerin“. Sie tragen die Verantwortung für das eigene Handeln und schätzen die

(langfristigen) Auswirkungen ihrer Entscheidungen. Dabei folgen sie klaren Prinzipien und tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung bei.

Wirtschaft ist immer auch Teil der Gesellschaft, und die Bedeutung des DZI ist am Ende eine gesamtgesellschaftliche, wie wir auch heute vielen Diskussionsbeiträgen entnehmen können. Die Bibliothek und die Literaturdokumentation leisten mit den dort bereitgestellten Informationen einen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Ich glaube, dass das DZI in seiner historischen Verbindung mit Berlin und als Teil der Berliner Gesellschaft eine wichtige Rolle spielt. Genauso versteht sich die Wirtschaft als Teil der Gesellschaft und sieht es als ihre Aufgabe, das DZI bei der Bereitstellung von Informationen zu sozialen Fragen zu unterstützen.

In der Spenderberatung beispielsweise gibt es wichtige Berührungspunkte zwischen dem DZI und der deutschen Wirtschaft. Auch Unternehmen spenden, und das Wissen, an wen man spendet, wie viel man spendet und warum man spendet, ist nicht zu unterschätzen. Die Themen Compliance und Corporate Social Responsibility haben in den letzten zehn bis 15 Jahren an Bedeutung gewonnen, so dass die Orientierung im Spendenwesen immer wichtiger geworden ist. Das DZI als eine Art „Kompass“ ist nicht zu unterschätzen und hilft uns als überregionale Wirtschaftsorganisation, relevante Informationen weiterzugeben.

Die Zusammenarbeit können wir weiter intensivieren. Auch glaube ich, dass die Bedeutung der beiden Säulen zusammen mehr als deren Summe ergibt. Es gibt so viele Überschneidungen zwischen sozialer Darstellung, Bereitstellung von Informationen und der Transparenz von Fachwissen. Und dieses Fachwissen kann auch für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements genutzt werden, einem Feld, das nicht zuletzt für die Wirtschaft von Bedeutung ist.

Christian Gedschold Kommen wir auf den Standort des DZI in Dahlem, einem sehr wohlhabenden Berliner Stadtteil, zu sprechen. Hier die „sozialen Fragen“ zu stellen, ist nicht ohne Ironie und ich sage hierauf angesprochen gern, dass die Fragen hier gestellt, aber nicht in letzter Konsequenz gelöst werden, denn das wäre vermessen.

2007

Am 10. Juli informieren sich Bundespräsident Horst Köhler und Frau Eva-Luise Köhler bei einem Mittagessen mit der Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und den beiden Leiterinnen der Spenderberatung über die Arbeit des DZI.

Ilja Nothnagel Eine Institution braucht eine Kultur und Kultur setzt sich aus ganz vielen Aspekten zusammen: der Geschichte, dem Leitbild und, wie es heutzutage heißt, dem Markenkern. Wir sollten uns die Frage nach unserer Verortung stellen. Andersherum betrachtet: Wo, wenn nicht hier sollte so ein Institut sein? Die Freie Universität befindet sich in der Nähe. Aber es gibt auch andere Gründe für den Standort.

Gerhard Timm Also ich finde die Frage des Standorts, ob es jetzt Dahlem oder Neukölln oder Wedding ist, nicht erheblich. Als ob man über das Strafrecht nur reden könnte, wenn man selbst im Gefängnis gesessen hat; das wäre Unsinn. Vielleicht ist das zu viel hineingegeistert, aber ich finde sogar, dass sich hier aus der Distanz zu den sozialen Brennpunkten eine gewisse Ruhe ergibt, die sich auch wirklich in einem fast räumlichen Sinne niederschlägt. Das ist einfach mal ein ruhiger Standort, ein Standort, um über soziale Fragen nachzudenken. Das DZI ist ja keine Institution, die bei Bedarf für einen Geldregen sorgen kann, das ist nicht seine Aufgabe.

Ich habe da ein Bild von einem Leuchtturm, der in einem Meer von ungeordneten Informationen im Spendenbereich leuchtet und den Menschen damit Richtung und Ziel signalisiert. Ich stimme mit Herrn Nothnagel überein, dass diese Funktion erhalten und ausgebaut werden muss. Orientierung in der steigenden Informationsflut zu geben, wird noch stärker als bisher eine Aufgabe des DZI sein.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass das DZI quasi eine Vermittlungsfunktion zwischen Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand als Zuwendungsgeber hat. Das betrifft in erster Linie das DZI Spenden-Siegel und muss immer wieder neu austariert werden. Das DZI darf sich nicht zu sehr in die Zivilgesellschaft hineinbegeben, wenn es seine Kontrollfunktion erhalten will. Organisationen, die das Siegel beantragen, dürfen nicht bestimmen, wie die Kriterien hierfür aussehen sollen. Andererseits ist es gleichwohl wichtig, auch die Interessen der Spendenorganisationen zu berücksichtigen. Gegenüber der öffentlichen Hand hat das DZI auch eine beratende Funktion und vertritt selbst zivilgesellschaftliche Interessen beziehungsweise die Interessen des hellen Teils

der Zivilgesellschaft, der ordentlich mit Spenden umgeht. Das DZI befindet sich hier in einem gewissen Spannungsverhältnis, aber das kann man auch austarieren. Es ist durchaus möglich, dass auch die öffentliche Hand oder die Zuwendungsgeber in Zukunft stärker auf Leuchttürme angewiesen sind, die ihnen sagen, was im Dritten Sektor läuft, den sie selbst nicht immer überblicken können.

Ilja Nothnagel Gerade im internationalen Bereich wird das Wasser derzeit besonders unruhig. Wir fragen nach den Verhältnissen in einem Partnerland. Welche Maßstäbe gibt es da eigentlich und worauf müssen wir achten, wenn wir dort die Lage verbessern wollen? Was sind denn die Kriterien einer guten Arbeit von Non Government Organisations (NGOs)? Das ist die gleiche Frage, die sich NGOs in Deutschland irgendwann stellen werden, wenn sie ein aussagekräftiges Siegel wie das DZI Spenden-Siegel haben wollen.

Der Informationsbedarf im Sektor ist auch international groß. Wir hatten jüngst zum Beispiel das Thema Menschenrechte in der Lieferkette von Waren.

Gerhard Timm In diese Kerbe würde ich auch gerne noch einmal hauen. Im Moment konzentrieren wir uns mit dem DZI Spenden-Siegel eher auf Struktur- und Prozessqualitäten. Zunehmend geht es aber um das Thema Ergebnisqualität. Man kann auch mit einer hervorragenden Struktur- und Prozessqualität kompletten Murks machen, wenn nämlich nichts dabei rauskommt. Die Aufgabe des DZI ist es, Anhaltspunkte dafür zu liefern, dass eine geprüfte und siegelwürdige Prozess- und Strukturqualität auch tatsächlich die beabsichtigte Wirkung erzielt.

Christian Gedschold Das heißt tatsächlich eine Wirkungsmessung des Siegels. So wie das Wissenschaftszentrum Berlin in seiner Untersuchung schreibt, dass ...

Gerhard Timm ... das Siegel die Wirkung der Besiegelten stärker im Auge hat. Mit Blick auf die kommenden 25 Jahre glaube ich, dass wir weiter in diese Richtung gehen werden, weil die Konkurrenz in diesem Bereich größer wird. Und auch weil die Erwartungshaltung

bei den Zuwendungsempfängern steigt. Wir sind als BAGFW ja in verschiedenen Diskussionen mit unserem „Haus-Ministerium“, das eine Wirkungsmessung immer stärker einfordert. Das Ministerium sagt uns, dass wir nicht immer nur mehr Stellen verlangen sollen, auch wenn die Notwendigkeit besteht, sondern auch nachweisen müssen, was mit den Stellen tatsächlich bewirkt wird. Das wird zunehmend auch zu einem Qualitätskriterium für ein Siegel.

Ingrid Stahmer Das ist tatsächlich eine besondere Schwierigkeit: Wir kennen die Organisationsformen der Spendenorganisationen und wissen, was sie machen, beides können wir sehr gut beurteilen. Aber ob es sinnvoll ist, in diesem und jenem Teil Afrikas nach Wasser zu bohren oder besser andere Maßnahmen durchzuführen, mit denen dort die Not gelindert werden kann, zum Beispiel den Kohlendioxid ausstoß zu vermindern, dazu konnten wir bisher nichts sagen. Wir konnten die Organisationen bisher immer nur anhand von Akten und Dokumenten beurteilen und waren sehr zufrieden, als wir bei der jüngsten oder sogar der vorletzten Überarbeitung der Richtlinien beschlossen, von den Organisationen selbst die Beurteilung ihrer Wirksamkeit zu verlangen. Die Wirkung selbst zu prüfen, ist für uns nach wie vor nicht einfach. Wir haben nicht die Möglichkeit, unsere Mitarbeiter auf alle Erdteile verteilt nachgucken zu lassen, wie denn vor Ort das Geld verwendet wird.

Christian Gedschold Nun bitte ich Sie alle um ein kurzes Statement, eine Zueignung, wie man früher sagte. Was geben Sie dem DZI mit auf den Weg? Hierbei sollen Sie gern aus Ihrer Position als Vorstand eine überblickende Perspektive einnehmen. Das DZI ist quasi unter Ihren Fittichen und Sie gucken auf das Institut. Wo sehen Sie in Zukunft unsere Aufgaben?

Ilja Nothnagel Sie fragen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, auch nach einer „Vision“ für das DZI. Ich fand das Bild eines Leuchtturms sehr gut. Das DZI kann sich zu einem Leuchtturm für unsere in gewisser Weise doch einmalige Gesellschaft in Deutschland entwickeln, die aus sozialer Verantwortung und Marktwirtschaft besteht. Ich glaube, dass das DZI genau dafür steht, für diese Bereitschaft zur Übernahme



DZI,
Bernadotte-
straße

Seit 1961 Bernadottestraße 94

Bereits 1961 konnte der zunehmende Raumbedarf des Archivs durch den Erwerb eines weiteren Hauses gestillt werden. In direkter Nachbarschaft stand das Haus in der Bernadottestraße zum Verkauf, vom Haus in der Miquelstraße lediglich durch einen Gartenzaun getrennt. Heinrich Straumer, der in späterer Zeit als Architekt auch für den Funkturm auf dem Messegelände verantwortlich war, errichtete 1912/13 ein Wohnhaus für die Familie des Oberstleutnants Carl Drimborn. Am 11.10.1961 konnte die dem damaligen Geschmack entsprechende Villa im englischen Landhausstil aus Mitteln der Deutschen Klassenlotterie erworben werden. Aber erst zehn Jahre später, ab 1971, konnte das DZI allein über beide Häuser verfügen, da vorher noch andere Institutionen wie das theaterwissenschaftliche Institut der Freien Universität Berlin in den Räumen untergebracht waren. Das Ensemble der beiden Häuser des DZI und des benachbarten Hauses in der Bernadottestraße 96 steht heute unter behördlichem Denkmalschutz.

Aus dem Ertrag, der 1992 durch den Verkauf des Hauses in der Miquelstraße 83 erzielt wurde, konnte unter anderem das Haus Bernadottestraße zu einem funktionalen Bürogebäude umgebaut und saniert werden. Seit 1993 ist es alleiniger Sitz des DZI. Auf drei Etagen arbeiten im Jubiläumsjahr 22 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Bibliothekare, Verwaltungsfachleute und Sachbearbeiter unter der Leitung des Geschäftsführers. Das Kellergeschoss beherbergt das umfangreiche Magazin mit derzeit zirka 80 000 Medien. Dies sind Archivalien und Bücher, vor allem aber gebundene Fachzeitschriftenjahrgänge, die platzsparend auf modernen beweglichen Regalen untergebracht sind.

2011

Die Website des DZI wird neu gestaltet und erweitert. Die Auskünfte der Spenderberatung werden damit fast vollständig digitalisiert und können durch Suchmaschinen gefunden werden.

von Verantwortung in unserer Gesellschaft. Ich glaube, die Vision, das beizubehalten in einer Welt, die sich so schnell verändert, das ist schon Arbeit genug und ein guter Markenkern für die Organisation. Darüber hinaus soll die gute Arbeit, die hier geleistet wird, Früchte tragen. Dazu werden wir als Vorstandsmitglieder beitragen, auch durch die Vermittlung der Themen des DZI in unsere eigenen Institutionen hinein.

Gerhard Timm Ich hätte das Begriffspaar Gelassenheit und Kompetenz anzubieten. Mir gefällt am DZI seine Unaufgeregtheit, die wichtig ist, um seine Anliegen voranzubringen. Der Ton darf nie schrill werden, weil die anderen schon alle schrill sind. Das zu bewahren, halte ich für sehr wichtig. Und auf der anderen Seite natürlich die schon großartig vorhandene Kompetenz weiter auszubauen und zu stärken. Das sind die ursprünglichen Aufgaben, die das DZI hat: Zum einen als Gedächtnisspeicher für soziale Fragen und soziale Literatur zu dienen und zum anderen die Spenderberatung und das Spenden-Siegel.

Christian Gedschold Lassen Sie sich gern zu einer Spekulation hinreißen: Wenn Sie sich vorstellen, dass wir in 25 Jahren das 150. Jubiläum feiern, wo sehen Sie das DZI dann?

Falko Liecke Das DZI wird weiterbestehen, es leistet zuverlässige Arbeit, ist nach wie vor im Bereich des Spenden-Siegels etabliert, hat sich durchgesetzt gegen alle Konkurrenzen und Billigheimer – und jede kommunale Verwaltung kennt das DZI.

Die Spenderberatung wird eine zunehmende Rolle spielen, was auch damit zusammenhängen wird, dass das Siegel noch unangefochener ist, als es heute der Fall ist. Es wird seine Exklusivität in diesem Bereich wahren und die mehr oder weniger dilettantischen Versuche Dritter, uns das Wasser abzugraben, wird es nicht mehr geben. Ich gehe auch davon aus, dass die Literaturdatenbank weiterhin an Umfang und Bedeutung gewonnen haben wird und dass wir insgesamt einen höheren Bekanntheitsgrad genießen werden. Das würde ich so in 25 Jahren vermuten und das sind die Ziele, die ich uns als Vorstand setzen würde. Das ist nicht ganz einfach, aber machbar.

Ilja Nothnagel Ich glaube, dass wir alle Möglichkeiten haben, das DZI in einem schwierigen Umfeld der Finanzierung, der Konkurrenz, der Digitalisierung gut zu positionieren, weil wir in Zeiten der Informationsflut Institutionen brauchen, die Orientierung geben, und ich glaube, dass das DZI sehr gut in den Startlöchern steht, in dem vollkommen unübersichtlichen Feld, auf dem das Spenden-Siegel agiert, gerade diese Funktion zu übernehmen.

Das DZI kann auch in diesem Zusammenhang eine neue Rolle einnehmen und wird durch die Vergabe des DZI Spenden-Siegels in Kombination mit seiner Expertise in sozialer Literatur helfen, den Bedarf nach mehr Transparenz in der Arbeit von NGOs zu decken.

Denn es wird einiges auf die Organisationen zukommen, weil die Menschen wissen wollen, was mit ihrem Geld passiert. Viele der Institutionen, die heute schon das DZI Spenden-Siegel haben, werden zukünftig noch mehr Unterstützung brauchen. Für das DZI werden es spannende 25 Jahre, wenn man die Entwicklung der letzten 25 Jahre bis heute sieht. Hinzu kommt die Frage, wie es mit der Bibliothek weitergeht, das hatten wir ja heute schon andiskutiert, in einer Zeit, in der man eigentlich dachte, das Buch und das geschriebene Wort werden an Bedeutung verlieren. Digitalisierung und Bibliothek werden die interessanten Themen der Zukunft sein.

Ingrid Stahmer In den letzten Jahren wird viel über die wahn-sinnigen Gefährdungen und Risikoverhältnisse überall auf der Welt gesprochen. Im Mittelpunkt steht für uns die Frage, wie die teilweise weit auseinanderliegenden Menschenrechtsorganisationen und Gruppen zu einem wirklichen Miteinander kommen können. Auch zu einer Kommunikation und einem Miteinander, wie die Spaltung der ganzen Welt, die Kluft zwischen Armen und Reichen, überwunden werden kann. Wie in jedem einzelnen Staat fehlt es auch international an einer wirklichen Kultur des An-den-anderen-Denkens.

Früher gab man einfach sein Scherflein hin und hatte etwas für die anderen getan; man konnte sich beruhigt unter den Weihnachtsbaum setzen. Das ist heute nicht mehr so. Zu einem von meinem Lebensalter

aus gesehen späten Jubiläum erhoffe ich mir, dass das DZI mit dazu beiträgt, dass mehr Gemeinschaft und Gemeinsamkeit in der Welt ist. Wir wissen um alle Gartenzäune der Zuständigkeiten, des Sozialen, des Wohnens, überall. Wir haben uns bemüht, einige der Gartenzäune niederzureißen und miteinander diese schwierigen Fragen, die sozialen Fragen, zu bearbeiten. Wir fragen etwa, wie Menschen überzeugt werden können, für eine Sache zu spenden, die nicht ihnen selbst, sondern nur der Allgemeinheit nützt. Je mehr wir uns bemühen, an dieser Kultur des Fragens und Überzeugens weiterzuarbeiten und durch Kommunikation – bald hoffentlich auch mit einer eigenen Kapazität für Öffentlichkeitsarbeit – mehr und mehr Menschen dazu bewegen können, gemeinschaftliche Ziele für sinnvoll zu halten und für eine wichtige, gute Angelegenheit einzutreten, umso besser wird das DZI zu seinem 150. Jubiläum dastehen.

Autorinnen und Autoren der Anthologie

Professor Frieder Burckhardt Jahrgang 1943. 1957-1961 Thomasoberschule in Leipzig; 1961-1967 Theologiestudium in Leipzig; 1962/63 „Bewährung in der Produktion“: Hilfspfleger in einer Uniklinik; 1970-76 Offene Jugendarbeit und Pfarrstelle in Dresden; 1976-1983 Offene Jugendarbeit und Pfarrstelle im Erzgebirge; 1983-1991 Rektor der Ausbildungsstelle für Gemeindediakonie und Sozialarbeit (AGS) in Potsdam; 1992-2008 Professor für Sozialphilosophie, Sozialethik und Sozialgeschichte an der Fachhochschule Potsdam.

Christian Gedschold Jahrgang 1961. Abitur in Hamburg. Ausbildung zum Schauspieler und Regieassistent an den Staatlichen Schauspielbühnen Berlin, danach Engagements in Deutschland und Österreich. Studium der Philosophie, Erziehungswissenschaft und Soziologie mit Abschluss Magister; Redakteur der Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“; seit 2014 Leiter des Arbeitsbereichs „Soziale Literatur“ im DZI.

Margrit Gensing Studium der Verarbeitungs- und Verfahrenstechnik an der Technischen Universität Dresden mit Abschluss Diplom-Ingenieurin. 1990 Weiterbildung zur Personalreferentin. 1991-1999 Beschäftigung in den Bereichen Personal und Finanzen in verschiedenen gemeinnützigen Einrichtungen Berlins. Seit 2000 für die Personal- und Finanzverwaltung im DZI verantwortlich.

Professorin em. Dr. Sabine Hering Jahrgang 1947. Studium der Soziologie, Linguistik und Literaturwissenschaft; Promotion 1973. Tätigkeiten als Forscherin, Planerin und Dozentin an den Universitäten in Tübingen und Kassel. 1983 Gründung des Archivs der deutschen Frauenbewegung in Kassel. 1989 Habilitation an der TU Berlin. 1991/92 Professur an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. 1993-2012 Professorin und 2006-2010 Prorektorin an der Universität Siegen. Gründungsdirektorin des Kompetenzzentrums der Universität und Sprecherin des Zentrums für Gender-Studies.

Tanja Ibrahim ist Diplom-Volkswirtin beim Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), Berlin. Sie leitet die DZI-Spenderberatung und ist hier insbesondere verantwortlich für den Arbeitsbereich Spenden-Siegel mit den Schwerpunkten Leitung und Kontrolle, Fundraising-Ethik, Rechnungslegung sowie transparente und wirkungsorientierte Berichterstattung von Spendenorganisationen.

Heidi Koschwitz Jahrgang 1949. Mittlere Reife, 1966-1968 Lehre zur Verwaltungsangestellten in Niedersachsen, 1972-1975 FH-Studium der Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin, 1976-1980 Beschäftigung in verschiedenen Arbeitsfeldern der Sozialarbeit in Berlin, 1980-1985 Studium der Erziehungswissenschaft zur Diplom-Pädagogin an der TU Berlin, 1986-1989 anleitende Tätigkeit für Sozialarbeiter beim DRK LV-Berlin, 1989-2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin beim DZI als Redakteurin der Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“, Leitung der Fachbibliothek und der Literaturdokumentation. Zudem 14 Jahre stellvertretende Geschäftsführerin des DZI. Als Rentnerin ehrenamtlich tätig im DZI, für die Berliner Philharmoniker und in der Wohngenossenschaft Möckernkiez.

Professorin em. Dr. Christine Labonté-Roset Jahrgang 1942. Studium der Soziologie, Psychologie und Pädagogik; Promotion 1971; wissenschaftliche Assistentin an der FU Berlin; 1977 Professorin an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin; Mitglied der Hochschulkommision Hessen; 1994-2010 Rektorin der Alice Salomon Hochschule Berlin; 2008-2018 Mitglied des Hochschulrates der Fachhochschule Dortmund.

Silvia Lehmann 1982-1987 Studium der Informationswissenschaft und der Deutschen Philologie/Linguistik mit Abschluss Magistra; Ausbildung zur Informationsorganisatorin im Siemens/Nixdorf Training Center Berlin. Seit 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin im DZI und verantwortlich für die Literaturdokumentation, Fachzeitschriftenauswertung und Pflege sowie Weiterentwicklung des DZI-Fachthesaurus der Datenbank DZI SoLit.

Falko Liecke Jahrgang 1973. Ab 1990 Angestellter im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst, Senatsverwaltung für Inneres, Berlin. Berufsbegleitendes Fachabitur, dann Studium für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst, Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (Verwaltungswirt). Wechsel zur Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie: Pressestelle, persönlicher Referent des Staatssekretärs für Wirtschaft sowie weitere Aufgaben insbesondere im Bereich Wirtschaftsförderung der Senatsverwaltung. Berufsbegleitend Ausbildung zum Verwaltungsfachwirt (Verwaltungsakademie Berlin). 2009-2011 Stadtrat für Bürgerdienste und Gesundheit, Bezirksamt Neukölln von Berlin. Seit Oktober 2011 Stellvertreter der Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Jugend und Gesundheit in Berlin-Neukölln. Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Städtetages. Mitglied des Vorstands des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) seit November 2017.

Professor Dr. Walter Lorenz lehrte bis 2017 Sozialarbeit an der Freien Universität Bozen, Italien, und hat eine Gastprofessur an der Karlsuniversität Prag. Seine Forschungsinteressen erstrecken sich über vergleichende Aspekte europäischer Sozialer Arbeit und Sozialpolitik.

Christel Neff ist Diplom-Volkswirtin und stellvertretende Geschäftsführerin des DZI. Sie leitet die DZI-Spenderberatung und ist hier insbesondere verantwortlich für den Arbeitsbereich Spenderauskünfte und Information mit den inhaltlichen Schwerpunkten Leitung und Kontrolle, Fundraising-Ethik, Rechnungslegung sowie transparente und wirkungsorientierte Berichterstattung.

Dr. Ilja Nothnagel Jahrgang 1980. Studium der Volkswirtschaftslehre und Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2008 beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) beschäftigt, zunächst als Leiter des Bereichs Unternehmensnachfolge und Unternehmenssicherung, dann für Grundsatzfragen der Außenwirtschaftsförderung. 2014 bis Anfang 2016 Leiter des Büros des DIHK-Präsidenten Dr. Eric Schweitzer. Seit Februar 2016 Bereichsleiter Internationale Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaftsrecht beim DIHK. Mitglied des Vorstands des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) seit Dezember 2017.

Prälat Hellmut Puschmann Jahrgang 1938. Studium der Theologie in Erfurt und anschließend Besuch des Priesterseminars in Neuzelle. 1964 zum Priester geweiht. Nach Kaplansstellen in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig ab 1971 Mitarbeit im Bereich Weiterbildung und Erzieherinnenausbildung der Zentralstelle Berlin des Deutschen Caritasverbandes. Ab 1972 Diözesancaritasdirektor in der Diözese Meißen (ab 1980 Bistum Dresden-Meißen). Ab 1982 Leiter der Zentralstelle Berlin des Deutschen Caritasverbandes. 1991-2003 Präsident des Deutschen Caritasverbandes e.V. mit Sitz in Freiburg/Breisgau. 2003 bis 2013 Vorsitzender des Diözesancaritasverbandes Dresden-Meißen.

Dr. sc. Eckhard Priller Jahrgang 1949. Studium der Soziologie und Ökonomie; wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt-Universität 1974-1978; Promotion 1979, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften der DDR 1978-1991, Promotion sc. 1989, 1991-2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Leiter der Projektgruppe Zivilengagement; seit 2015 wissenschaftlicher Co-Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin.

Prof. Ingrid Stahmer Geboren 1942 in Mittersill bei Zell am See, aufgewachsen in Bremen, nach Abitur Ausbildung zur Sozialarbeiterin (grad.). Seit 1965 in Berlin. 1966-1971 Tätigkeit als Sozialarbeiterin beim Bezirksamt Charlottenburg von Berlin. 1971-1981 Arbeitsgruppenleitung Beratung und Aufsicht von Kindertagesstätten, Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport, Berlin. 1981-1989 Bezirksstadträtin für Sozialwesen und stellvertretende Bezirksbürgermeisterin in Berlin-Charlottenburg. 1989-1999 Mitglied der Landesregierung Berlin als Stellvertreterin des Regierenden Bürgermeisters (1989-91) und Senatorin für die Ressorts Gesundheit (1989-91), Soziales (1989-96), Jugend (1994-99), Schule (1996-99) und Sport (1996-99). Seit Februar 1990 Vorsitzende des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen. Seit 2000 Büro für Organisationsberatung, Strategie- und Teamentwicklung, Coach und Supervisorin (DGSv). Seit 2003 Honorarprofessorin, Alice Salomon Hochschule Berlin.

Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz Jahrgang 1947. Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Kunstgeschichte. Pers. Referent, Ordensregierung des Souv. Malteser-Ordens, 1974-1975; Landesgeschäftsführer, Malteser-Hilfsdienst Bayern, 1976-1980; Mitwirkung in Gremien des Deutschen Caritasverbandes (zuletzt Vizepräsident des DCV), 1978-1985; Geschäftsführender Gesellschafter, Maecenata Management GmbH, 1989-2011; Gründer und Direktor, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, seit 1997; Vorstand, Maecenata Stiftung, seit 2010.

Dr. Gerhard Timm Geboren 1957 in Karl-Marx-Stadt, aufgewachsen in Berlin (Ost). 1976 Übersiedlung in die BRD. 1977-1983 Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Politikwissenschaft in Köln und Bern. 1983-1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Seminar für Politische Wissenschaft, Universität Köln. 1988 Promotion. 1990-1993 Referent, Kassenärztliche Bundesvereinigung und Geschäftsführer, Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen, Köln. 1993-1998 Hauptgeschäftsführer, Kassenärztliche Vereinigung Berlin. 1999-2008 Bundesgeschäftsführer, Bund für Umwelt und Naturschutz. Seit 2009 Geschäftsführer, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Mitglied des Vorstands des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) seit März 2009.

Professor Dr. Wolf Rainer Wendt war seit 1969 in der Praxis der Jugendhilfe tätig und von 1978 bis 2004 Professor und Leiter des Studienbereichs Sozialwesen der Berufsakademie Stuttgart (jetzt Duale Hochschule BW). Er ist Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit und war von 1993 bis 2009 deren Vorsitzender.

Burkhard Wilke Jahrgang 1964. Abitur in Hamm/Westfalen. Studium der Volkswirtschaftslehre in Münster und Berlin. Zeitungs-volontariat in Hannover. Seit 1993 beim DZI beschäftigt, zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Spenderberatung und stellvertretender Geschäftsführer, seit 2000 als Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter. Von 2000 bis 2012 in Nebenfunktion Vorstandsmitglied des International Committee on Fundraising Organizations (ICFO), davon zehn Jahre als Generalsekretär.

Professorin Dr. Susanne Zeller Krankenschwester, Sozialarbeiterin und Erziehungswissenschaftlerin, arbeitete als Hochschullehrerin für Theorien, Geschichte und Berufsethik für Sozialarbeitswissenschaft an der Fachhochschule Erfurt, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften. Seit 2014 lebt sie in Berlin und ist als Lehrbeauftragte an der Evangelischen Hochschule Berlin-Zehlendorf und freie Wissenschaftspublizistin tätig.

Literatur

I Von der Wohltätigkeit zur sozialen Verpflichtung für das Gemeinwesen (Seite 17)

Amthor, Ralph-Christian: Die Geschichte der Berufsausbildung in der Sozialen Arbeit. Auf der Suche nach Professionalisierung und Identität. Weinheim 2003

Baron, Rüdiger: Die Entwicklung der Armenpflege in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. In: Landwehr; Baron (Hrsg.): a.a.O. 1983

Degethoff de Campos, Heidi: Von der Armenpflege zum Sozialstaat. 100 Jahre Deutsches Zentralinstitut für soziale Frage im Dienste der praktischen Wohlfahrtsarbeit. Berlin 1993

Fassmann, Maya, Irmgard: Jüdinnen in der deutschen Frauenbewegung 1865-1919. Hildesheim 1996

Feustel, Adriane; Koschwitz, Heidi: Die Zwillingswiege Sozialer Arbeit. In: Soziale Arbeit 10-11/2008

Gruner, Wolf: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Band 1: Deutsches Reich 1933-1937, bearbeitet von Wolf Gruner. München 2008

Heitz-Rami, Gertrud: Siddy Wronsky (1883-1947). Zionistin und Vorkämpferin für das Wohlfahrtswesen. In: Carlebach, Julius (Hrsg.): Zur Geschichte der jüdischen Frau in Deutschland. Berlin 1993, S. 183-202

Jonas, Gernot (Hrsg.): Alle Morgen neu. Einführung in die jüdische Gedankenwelt anhand eines der wichtigsten Gebete (Achtzehngebet). Hilversum 2005

Kaplan, Marion: Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904-1938. Hamburg 1981

Konrad, Franz-Michael: Paradigmen sozialpädagogischer Reform in Deutschland und Palästina. Zur Erinnerung an Siddy Wronsky (1883-1947). In: Soziale Arbeit 12/1987, S. 459 ff.

ders.: Wurzeln jüdischer Sozialarbeit in Palästina. Einflüsse der Sozialarbeit in Deutschland auf die Entstehung moderner Hilfesysteme in Palästina 1890-1948. Weinheim 1993

Kuhlmann, Carola: Alice Salomon und der Beginn sozialer Ausbildung. Eine Biographie. Stuttgart 2012

Landwehr, Rolf: Funktionswandel der Fürsorge vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik. In: Landwehr; Baron: a.a.O. 1983, S. 73 ff.

Landwehr, Rolf; Baron, Rüdiger (Hrsg.): Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Weinheim 1983

Mahrt-Thomsen, Frauke: Bona Peyser. Die erste deutsche Bibliothekarin. Wegbereiterin der Bücher- und Lesehallen-Bewegung und der Frauenarbeit in Bibliotheken. Berlin 2013

Müller, Klaus: Diakonie im Dialog mit dem Judentum. Eine Studie zu den Grundlagen sozialer Verantwortung im jüdisch-christlichen Gespräch. Heidelberg 1999

- Paasch**, Carl: Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft und ihre Helfer. Geheimes Judenthum, Nebenregierungen und jüdische Weltherrschaft, 3./4. Teil. Leipzig 1891
- Peters**, Dietlinde: Mütterlichkeit im Kaiserreich. Die bürgerliche Frauenbewegung und der soziale Beruf der Frau. Bielefeld 1984
- Rosin**, David: Die Ethik des Maimonides. In: Jahresbericht des jüdisch-theologischen Seminars „Fraenckel'scher Stiftung“. Breslau 1876
- Sacks**, Jonathan, Wohlstand und Armut: Eine jüdische Analyse. In: Zedaka. Jüdische Sozialarbeit im Wandel der Zeiten. 75 Jahre Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 1917-1992. Ausstellungskatalog Jüdisches Museum. Frankfurt am Main 1992
- Schwerin**, Jeanette: Darlegungen einzelner Mitglieder hinsichtlich leitender Gesichtspunkte und wesentlicher Bethätigungen der Gesellschaft. In: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur 5/1894 (2. Jg.), S. 78-81
- Zeller**, Susanne: Nicht Almosen, sondern Gerechtigkeit. Jüdische Ethik und ihre historischen Wurzeln für die Professionalisierung in der Sozialen Arbeit. In: Neue Praxis 6/1998, S. 540-556

II Zur Geschichte des Spendens (Seite 41)

- Andreoni**, James: Impure Altruism and Donations to Public Goods: A Theory of Warm-Glow Giving. *Economic Journal* 401/1990, pp. 464-477
- Armstrong**, Karen: *The Great Transformation*. London 2006
- Bolkestein**, Hendrik: Wohltätigkeit und Armenpflege im vorchristlichen Altertum. Utrecht 1939
- Borgolte**, Michael: Weltgeschichte als Stiftungsgeschichte – von 3000 v.u.Z. bis 1500 u.Z. Darmstadt 2017
- Call**, Josep: Do the great apes make donations? In: Adloff, Frank; Priller, Eckhard; Strachwitz, Rupert Graf (Hrsg.): *Prosoziales Verhalten. Spenden in interdisziplinärer Perspektive*. Stuttgart 2010, S. 184-192
- Erman**, Adolf; Ranke, Hermann: *Aegypten und aegyptisches Leben im Altertum*. Tübingen 1923
- Godelier**, Maurice: *Das Rätsel der Gabe – Geld, Geschenke, heilige Objekte*. München 1999
- Harper**, Kyle: *The Fate of Rome – Climate, Disease, and the End of an Empire*. Princeton 2017
- Hénaff**, Marcel: *Der Preis der Wahrheit – Gabe, Geld und Philosophie*. Frankfurt am Main 2009
- Jaspers**, Karl: *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte*. München 1949
- Kaiser**, Jochen-Christoph: Die Finanzierung von Armenfürsorge und Diakonie im Protestantismus von der Reformation bis 1945. In: Andrews, Claudia; Dalby, Paul; Kreutzer, Thomas (Hrsg.): *Geben, Schenken, Stiften – theologische und philosophische Perspektiven*. Münster 2005
- Karlson**, Christoph J.: Zum sozio-kulturellen und theologischen Hintergrund

- der paulinischen Kollekte. In: Adloff, Frank; Priller, Eckhard; Strachwitz, Rupert Graf (Hrsg.): *Prosoziales Verhalten. Spenden in interdisziplinärer Perspektive*. Stuttgart 2010
- Klein**, Stefan: *Der Sinn des Gebens – Warum Selbstlosigkeit in der Evolution siegt und wir mit Egoismus nicht weiterkommen*. Frankfurt am Main 2010
- Levy**, Albert: Die Beschaffung der freien Geldmittel für die Bestrebungen der freien Liebestätigkeit (Hauptbericht). In: *Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit*. 98. Heft. Berlin und Leipzig 1912
- Lingelbach**, Gabriele: *Spenden und Sammeln. Der westdeutsche Spendenmarkt bis in die 1980er Jahre*. Göttingen 2009
- Mauss**, Marcel: *Die Gabe. Die Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften*. Frankfurt am Main 1968 (1923)
- Miquel**, Beate von: Protestantische Wohltätigkeit im 19. und 20. Jahrhundert – ein Überblick. In: Andrews, Claudia; Dalby, Paul; Kreutzer, Thomas (Hrsg.): *Geben, Schenken, Stiften – theologische und philosophische Perspektiven*. Münster 2005
- Müller**, Oliver: *Vom Almosen zum Spendenmarkt. Sozialethische Aspekte christlicher Spendenkultur*. Freiburg im Breisgau 2005
- Schilling**, Otto: *Christliche Gesellschaftslehre*. Freiburg im Breisgau 1926
- Simitis**, Spiros: Die Loi le Chapelier: Bemerkungen zur Geschichte und möglichen Wiederentdeckung des Individuums. In: *Kritische Justiz* 2/1989, S. 157-175
- Smith**, Adam: *The Theory of Moral Sentiments*. Cambridge 2002 (1759)
- Souveräner Ritter- und Hospitalorden vom Heiligen Johannes zu Jerusalem von Rhodos und von Malta**: *Verfassung*. Verlautbart 1961, reformiert 1997. Rom 1998
- Sprengel**, Rainer; Strachwitz, Rupert Graf: *Private Spenden für Kultur. Bestandsaufnahme, Analysen, Perspektiven*. Stuttgart 2008
- Sternberg**, Thomas: *Orientalium More Secutus. Räume und Institutionen der Caritas des 5. bis 7. Jahrhunderts in Gallien*. Münster 1991
- Strachwitz**, Rupert Graf: *Achtung vor dem Bürger – Ein Plädoyer für die Stärkung der Zivilgesellschaft*. Freiburg im Breisgau 2014
- Topbas**, Osman Nuri: *Das Stiftungs- und Spendenwesen im Islam*. Istanbul 2006
- Urselmann**, Karin: Von der Armenpflege im Mittelalter zum Fundraising im modernen Wohlfahrtsstaat. In: Andrews, Claudia; Dalby, Paul; Volkert, Wilhelm: *Adel bis Zunft – Ein Lexikon des Mittelalters*. München 1991
- Voß**, Andreas: *Betteln und Spenden*. Berlin und New York 1993
- Wagner-Hasel**, Beate: *Der Stoff der Gaben – Kultur und Politik des Schenkens und Tauschens im archaischen Griechenland*. Frankfurt am Main 2000
- Weber**, Max: *Religion und Gesellschaft. Gesammelte Schriften zur Religionssoziologie*. Frankfurt am Main 2006 (1915)

Weiterführende Literatur

- Adam**, Thomas; Lässig, Simone; Lingelbach, Gabriele (Hrsg.): *Stifter, Spender*

und Mäzene – USA und Deutschland im historischen Vergleich. Stuttgart 2009

Adloff, Frank: Im Dienste der Armen. Frankfurt am Main 2003

Adloff, Frank: Philanthropisches Handeln. Frankfurt am Main 2010

Adloff, Frank; Priller, Eckhard; Strachwitz, Rupert Graf (Hrsg.): Prosoziales Verhalten. Spenden in interdisziplinärer Perspektive. Stuttgart 2010

Bastert, Bernd; Bihrer, Andreas; Reuvekamp-Felber, Timo (Hrsg.): Mäzenaten im Mittelalter aus europäischer Perspektive. Göttingen 2017

Fischer, Kai: Warum Menschen spenden. Ein gabetheoretischer Beitrag zur Fundierung des Fundraisings. Hamburg 2015

Laum, Bernhard: Stiftungen in der griechischen und römischen Antike. Aalen 1964 (1914)

Kreutzer, Thomas (Hrsg.): Geben, Schenken, Stiften – theologische und philosophische Perspektiven. Münster 2005

Sachße, Christoph; Tennstedt, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg. Stuttgart 1980

III Spenden in der DDR (Seite 59)

Daberstiel, Matthias: Fundraising kontra Planwirtschaft. Ein Rückblick auf 40 Jahre Spenden in der DDR. In: fundraiser-magazin 5/2015, S. 12-15

Kaiser, Jochen-Christoph: Die Entstehung des modernen Sozialstaates in Deutschland. In: Fundraising Akademie (Hrsg.): Fundraising. Handbuch für Grundlagen, Strategien und Methoden. 3. Auflage. Wiesbaden 2006, S. 11-29

Präsidium des Solidaritätskomitees der DDR: Für antiimperialistische Solidarität. 5. Tagung des Präsidiums des Solidaritätskomitees der DDR. Berlin 1974

Priller, Eckhard: Der Dritte Sektor in den neuen Bundesländern: Eine sozial-ökonomische Analyse. In: Anheier, Helmut K.; Priller, Eckhard; Seibel, Wolfgang; Zimmer, Annette (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin 1997, S. 99-125

Priller, Eckhard; Sommerfeld, Jana: Wer spendet in Deutschland? Eine sozialstrukturelle Analyse. In: Priller, Eckhard; Sommerfeld, Jana (Hrsg.): Spenden in Deutschland. Analysen – Konzepte – Perspektiven, 2. Auflage. Berlin 2010, S. 169-202

Ronge, Volker: Zur Transformation der „DDR“ – aus der Perspektive des Dritten Sektors. In: Eichener, Volker; Kleinfeld, Ralf; Pollack, Detlef; Schmid, Josef; Schubert, Klaus; Voelskow, Helmut (Hrsg.): Organisierte Interessen in Ostdeutschland. Marburg 1992, S. 53-72

Sachse, Ekkehard: Internationale Solidarität. In: Manz, Günter; Sachse, Ekkehard; Winkler, Gunnar (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR – Ziele und Wirklichkeit. Berlin 2001, S. 371-386

Schleicher, Ilona: DDR-Solidarität im südlichen Afrika. Solidaritätsdienst International e.V. Berlin 1999

Steiner, André: Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band SBZ/DDR. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin 2006

Verfassung der DDR, Staatsverlag der DDR. In: <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html> (veröffentlicht 1968, abgerufen am 15.8.2018)

Winkler, Gunnar: Zur Geschichte der Volkssolidarität 1945 bis 2010. Berlin 2010

V Die Spenderberatung des DZI (Seite 83)

Alscher, Mareike; Neff, Christel: Mehr Schutz für Spender und Spenderinnen. Die Weiterentwicklung der DZI-Spenderberatung. In: Soziale Arbeit 9/2008, S. 330-338

Arbeiterwohlfahrt: Arbeiterwohlfahrt fordert Spenden-TÜV. In: Pressedienst der Arbeiterwohlfahrt 8/83. Bonn 1983

Archiv für Wohlfahrtspflege: Arbeitsberichte 1923/1924, 1927/28, 1933, 1952, 1954/1955, 1962

BAGFW – Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege: Schreiben an alle Verbände vom 7.10.1988

Degethoff de Campos, Heidi: Von der Armenpflege zum Sozialstaat. Berlin 1993

Der Senator für Inneres Berlin (Hrsg.): Organisationsuntersuchung des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen. Berlin 1988

DZI-Archiv: Spenden-Alphabet. Bonn 1967

DZI-Archiv: Spenden-Alphabet Verschlüsselung. Bonn 1954

DZI-Archiv: Hilfsorganisationen sollen sich bald selbst kontrollieren. In: Frankfurter Rundschau 8.4.1982

DZI – Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen: Arbeitsberichte 1968, 1971/1972, 1975, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1986, 1987, 1988, 1989, 1991

DZI – Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen: DZI Spenden-Siegel-Leitlinien 2016

DZI – Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen: Jahresbericht 2017

Hering, Sabine: „Der Nationalsozialismus konnte an den Materialien und Erfahrungen des Archivs nicht vorbeigehen.“ In: Von der Armenpflege zum Sozialstaat und zur Zivilgesellschaft. Berlin 2018

ICFO – International Committee on Fundraising Organizations: Bridges of Trust: Independent Monitoring of Charities. A Comparative Overview of ICFO Members and their Monitoring Methodologies 2013

Neff, Christel: Besser Spenden. In: Spendenmagazin 2016, S. 28. Hrsg. Stiftung Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Ortmann, Andreas; Svítková, Katarina; Krnacova, Adriana: Certification As A Viable Quality Assurance Mechanism in Transition Economies: Evidence, Theory, and Open Questions. In: CERGE-EL Discussion Paper 2005

Schwerin, Jeanette: Darlegungen einzelner Mitglieder hinsichtlich leitender Gesichtspunkte und wesentlicher Bethätigungen der Gesellschaft. In: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur 5/1894, S. 77 ff.

- Simon**, Helene: Albert Levy. Werk und Persönlichkeit. In: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 12/1932
- Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge e.V.** Berlin 1911
- Wilke**, Burkhard: DZI Spenden-Siegel – Konzept, Erfahrungen und internationaler Vergleich. In: Walz, W. Rainer (Hrsg.): Rechnungslegung und Transparenz im Dritten Sektor. Köln 2004, S. 177-191
- Wilke**, Burkhard: Transparenz im Spendenwesen – Siegel, Selbstregulierung, Watchdogs. Ein Vergleich USA, Großbritannien und Deutschland. In: Kötz; Rawert; Schmidt; Walz (Hrsg.): Non Profit Law Yearbook 2004. Köln 2005
- Wirkungsbericht der DZI Spenderberatung** 2017
- Worch**, Lutz E.: Über die Entscheidungen, „Gutes zu tun“ – Rationalität und Irrationalität im Spendenwesen. In: Borgmann-Quade, Rainer (Hrsg.): Stichwort Spendenwesen. Berlin 1982, S. 26-31

VI „Der Nationalsozialismus konnte an den Materialien und Erfahrungen des Archivs nicht vorbeigehen.“ (Seite 109)

- Brodersen**, Ingke; Klaus Humann; Klaus; Paczensky, Susanne von (Hrsg.): 1933: Wie die Deutschen Hitler zur Macht verhalfen. Ein Lesebuch für Demokraten. Reinbek 1983
- Degethoff de Campos**, Heidi: Von der Armenpflege zum Sozialstaat. Berlin 1993
- DZI-Archiv**, Archiv für Wohlfahrtspflege 1933-1939
- DZI-Archiv**, Archiv für Wohlfahrtspflege 1940-1949
- Götze**, Sofie: Das Archiv für Wohlfahrtspflege im Jahr 1933. In: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 6/1934, S. 215-217
- Quast**, Sofie: 75 Jahre Soziale Arbeit in Deutschland – gesehen im Spiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen. Berlin 1968

VII Die Funktion der sozialen Literatur für Praxis, Ausbildung und Forschung zur Sozialen Arbeit (Seite 131)

- Alkemeyer**, Thomas: Literatur als Ethnographie: Repräsentation und Präsenz der stummen Macht symbolischer Gewalt. In: Zeitschrift für Qualitative Forschung 8/2007, S. 11-31
- Auskunftsstelle** der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur (Hrsg.): Die Wohlfahrtseinrichtungen Berlins. Ein Auskunftsbuch. Berlin 1896
- Bourdieu**, Pierre u.a.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz 1997
- Braunmühl**, Ekkehard von: Antipädagogik. Studien zur Abschaffung der Erziehung. Weinheim 1975
- Dörner**, Klaus; Plog, Ursula: Irren ist menschlich. Lehrbuch der Psychiatrie und Psychotherapie. Wunstorf 1978
- Faßler**, Manfred: Das Soziale. Entstehung und Zukunft menschlicher Selbstorganisation. München 2014

- Felsch**, Philipp: Der lange Sommer der Theorie. Geschichte einer Revolte 1960-1990. München 2015
- Gängler**, Hans; Rauschenbach, Thomas: „Sozialarbeitswissenschaft“ ist die Antwort. Was aber war die Frage? In: Grunwald, Klaus u.a. (Hrsg.): Alltag, Nicht-Alltägliches und die Lebenswelt. Weinheim 1996, S. 157-178
- Gérando**, Joseph Marie de: Le Visiteur du pauvre. Paris 1820
- Jäger**, Siegfried: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositionsanalyse. In: Keller, Reiner u.a. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I. Opladen 2001, S. 81-112
- Jahoda**, Marie; Lazarsfeld, Paul Felix; Zeisel, Hans: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Leipzig 1933
- Jakobs**, Eva-Maria: Textvernetzung in den Wissenschaften. Zitat und Verweis als Ergebnis rezeptiven, reproduktiven und produktiven Handelns. Tübingen 1999
- Kosnick**, Kira: Nach dem Multikulturalismus: Aspekte des aktuellen Umgangs mit „Diversität“ und Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Nieswand, Boris; Drotbohm, Heike (Hrsg.): Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung. Wiesbaden 2014, S. 297-323
- Kuhn**, Thomas S.: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt am Main 1976
- Leggewie**, Klaus: Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Berlin 1990
- Maaser**, Wolfgang: Normative Diskurse der neuen Wohlfahrtspolitik. In: Dahme, Heinz-Jürgen; Otto, Hans-Uwe; Trube, Achim; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen 2003, S. 17-36
- Schüler**, Anja: Frauenbewegung und soziale Reform. Jane Addams und Alice Salomon im transatlantischen Dialog, 1889 bis 1933. Stuttgart 2004
- Van de Poel-Knottnerus**, Frederique; Knottnerus, J. David: Social Life through Literature: A Suggested Strategy for Conducting a Literary Ethnography. In: Sociological Focus 1/1994, pp. 67-80
- Wendt**, Wolf Rainer: Die Evolution der Wohlfahrtspflege. Ihr Herkommen und ihre Institutionalisierung. In: ders. (Hrsg.): Sorgen für Wohlfahrt. Moderne Wohlfahrtspflege in den Verbänden der Dienste am Menschen. Baden-Baden 2014, S. 37-77
- Wendt**, Wolf Rainer: Geschichte der Sozialen Arbeit 1. Die Gesellschaft vor der sozialen Frage 1750 bis 1900. Wiesbaden 2016a
- Wendt**, Wolf Rainer: Geschichte der Sozialen Arbeit 2. Die Profession im Wandel ihrer Verhältnisse. Wiesbaden 2016b

VIII Die Literaturdokumentation des DZI (Seite 145)

- Archiv für Wohlfahrtspflege** (Hrsg.): Arbeitsbericht vom 1.1.1923 bis 30.6.1924. Berlin 1924
- DZI** (Hrsg.): Zwischenbericht des Projekts PERIODOK des DZI vom 26.11.1980
- Hacker**, Rupert: Bibliothekarisches Grundwissen. München 1973

Hornemann, Klaus: Perspektiven der Literaturdokumentation im DZI. In: Soziale Arbeit 1/1983, S. 48

Otto, Dagmar: Überarbeitung und Pflege des sozialwissenschaftlichen Thesaurus des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Hausarbeit am Institut für Information und Dokumentation der FH Potsdam. Januar 1998

Rupert, Johann Peter: Das Flüchtlingskind. In: Unsere Jugend 2/1949, S. 2

Wagner, Leonie: Who is Who. In: Sozial Extra 3/2017, S. 6-10

Wronsky, Sidy: Das Archiv für Wohlfahrtspflege. In: Berliner Wohlfahrtsblatt 4/1928, S. 50

X Quellen und Querelen des Sozialen in der DDR (Seite 175)

Braun, Volker: Unvollendete Geschichte. In: Sinn und Form, Beiträge zur Literatur 5/1975

Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt am Main 1990

Jaspers, Karl: Philosophie II. Existenzhellung. München 1994

Pehnke, Andreas: Widerständige sächsische Schulreformer im Visier stalinistischer Politik (1945-1959). Frankfurt am Main 2012

Schaff, Adam: Marx oder Sartre? Versuch einer Philosophie des Menschen. Wien 1964

Ulbricht, Walter: Freiheit, Wissenschaft und Sozialismus. Berlin 1959

XI Europäische Dimensionen in der Sozialen Arbeit – Die Rolle der Hochschulen (Seite 195)

Brauns, H.-J.; Kramer, D. (Hrsg.): Social Work Education in Europe. A Comprehensive Description of Social Work Education in 21 European Countries. Frankfurt am Main 1986

Csoba, J.; Graßhoff, G.; Hamburger, F. (Hrsg.): Soziale Arbeit in Europa. Diskurse der Sozialarbeit, Europäisierung, soziale Bewegungen und Sozialstaat. Schwalbach 2014

Esping-Andersen, Gøsta: The three worlds of welfare capitalism. Princeton 1990

Flora, P.; Heidenheimer, A.J. (Hrsg.): The Development of Welfare States in Europe and America. New Brunswick 1981

Hamburger, F.; Hirschler, S.; Sander, G.; Wöbcke, M. (Hrsg.): Ausbildung für Soziale Berufe in Europa. 4 Bände. Frankfurt am Main 2004-2007

Hering, S.: Die Geschichte der Sozialen Arbeit in Europa (1900-1960): Wichtige Pionierinnen und ihr Einfluss auf die Entwicklung internationaler Organisationen. Opladen 2002

Kessl, F.; Lorenz, W.; Otto, H.-U.; White, S. (eds.): European Social Work. A Compendium. Leverkusen 2018

Kuhlmann, C.: Alice Salomon. In: Social Work & Society 1/2008, pp.128-141 (<http://www.socwork.net/sws/article/view/99/388>; abgerufen am 10.7.2018)

Salomon, A.: Education for Social Work. A Sociological Interpretation based on an International Survey. Zürich und Leipzig 1937

Wieler, J.: Alice Salomon während der NS-Zeit (1933-1937) und im Exil (1937-1948). Zu einem Forschungsbericht. In: Soziale Arbeit 6/1987, S. 214-219

Weiterführende Literatur

Braches-Chyrek, R.: Jane Addams, Mary Richmond und Alice Salomon: Professionalisierung und Disziplinbildung Sozialer Arbeit. Opladen 2013

Chytil, O.; Seibel, F.W. (Hrsg.): Europäische Dimensionen in Ausbildung und Praxis der Sozialen Professionen. Band 1. Boscovice 1999

Healy, L.M.: Introduction: A brief journey through the 80 year history of the International Association of Schools of Social Work. In: Social Work & Society 1/2008 (<http://www.socwork.net/sws/article/view/98>; abgerufen am 10.7.2018)

Die Orte des DZI und seiner Vorgängerinstitutionen

Schmidstraße 29 (Seite 19)

Levy, Albert: Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge. Berlin 1911, S. 11

Zimmerstraße 16 (Seite 37)

Schwerin, Jeanette: Die Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur. In: Mitteilungen der DGEK 5/1894, S. 77

Zentrale für private Fürsorge: Historischer Rückblick. In: dies.: Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge. Berlin 1911, S. 11

Ziegelstraße 10 (Seite 57)

Zentrale für private Fürsorge: Historischer Rückblick. In: dies.: Tätigkeitsbericht. Berlin 1911, S. 11

Füsillierstraße 5 (Seite 63)

Luisenstädtischer Bildungsverein: Berlin: Geschichte und Gegenwart. In: www.berlingeschichte.de (veröffentlicht 2008, abgerufen am 29.12.2017)

Ripp, Winfried: Der Berliner Asyl-Verein für Obdachlose. Private Obdachlosenfürsorge eines liberalen Bürgervereins im Widerstreit mit der konservativen Obdachlosenpolitik Friedrich von Bodelschwinghs. In: Schriftenreihe Wedding, Band 2. Armut und Obdachlosigkeit im Wedding. Berlin 1991, S. 7-26

Unter den Linden 16 (Seite 71)

Zentrale für private Fürsorge: Tätigkeitsbericht. Berlin 1911, S. 11-12

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen: 75 Jahre Soziale Arbeit in Deutschland. Gesehen im Spiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen. Berlin 1968

Flottwellstraße 4 (Seite 81)

Archiv für Wohlfahrtspflege: Arbeitsbericht. Berlin 1924

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen: 75 Jahre Soziale Arbeit in Deutschland. Gesehen im Spiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen. Berlin 1968

Neue Friedrichstraße 36 (Seite 93)

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen: 75 Jahre Soziale Arbeit in Deutschland. Gesehen im Spiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen. Berlin 1968

Saarlandstraße 14 (Seite 119)

Archiv für Wohlfahrtspflege: Arbeitsbericht 1945-47. Berlin 1948

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen: 75 Jahre Soziale Arbeit in Deutschland. Gesehen im Spiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen. Berlin 1968

Mansfelder Straße 32 und Berliner Straße 4-9 (Seite 177)

Archiv für Wohlfahrtspflege: Arbeitsbericht 1945-47. Berlin 1948

Beseler, Hartwig; Gutschow, Niels (Hrsg.): Kriegsschicksale deutscher Architektur. Verluste, Schäden, Wiederaufbau. Eine Dokumentation für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Band I. Neumünster 1988, S. 138-152

Brief Quast an Caritasdirektor Auer vom 15.12.1945

Archivstraße 14 (Seite 199)

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. I. HA Rep. 178B, Nr. 1134

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz: Geschichte und Gegenwart. In: https://www.gsta.spk-berlin.de/geschichte_und_gegenwart_431.html (ohne Datum, abgerufen am 16.2.2018)

Miquelstraße 83 (Seite 209)

Landesdenkmalamt Berlin: Haus Freudenberg. In: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/liste_karte_datenbank/de/denkmaldatenbank/daobj.php?obj_dok_nr=09085199 (ohne Datum, abgerufen am 27.8.2018)

Berliner Architekturwelt 18 (1915/16), S. 244-246

Tageszeitung Die Welt vom 9.11.1956

http://www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/liste_karte_datenbank/de/denkmaldatenbank/daobj.php?obj_dok_nr=09085199

Zeitschrift Die Innere Mission 7/1957

Der Kurier vom 2.6.1957

Bernadottestraße 94 (Seite 219)

Landesdenkmalamt Berlin: Wohnhaus Bernadottestraße 94. In: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/liste_karte_datenbank/de/denkmaldatenbank/daobj.php?obj_dok_nr=09075382 (ohne Datum, abgerufen am 27.8.2018)

Stubert, Angelika: Heinrich Straumer (1876-1937). Architekt in Berlin. Berlin 1995

Bildnachweis

Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo (Seite 63)

Bundesregierung/Steffen Kugler (Foto Steinmeier)

Laurence Chaperon (Foto Schäuble)

Bundesregierung/Jesco Denzel (Foto Giffey)

Lena Giovanazzi (Foto Müller)

Anke Jacob (Foto Neher)

DIHK/Chaperon (Foto Schweitzer)

Stadt Münster (Foto Lewe)

ZEWO (Foto Ziegerer)

Landesarchiv Berlin (Seite 81, 93)

Bundesarchiv (Seite 119)

Janericloebe (Seite 177)

Landesdenkmalamt Berlin (Seite 209)

Alice Salomon Archiv/ASH Berlin (Seite 87)

Alle anderen Bilder: DZI-Archiv oder gemeinfrei

Herausgegeben vom
Deutschen Zentralinstitut
für soziale Fragen (DZI)

Redaktion

Burkhard Wilke (verantwortlich)
Christian Gedschold
Hartmut Herb

Titelgestaltung und Layout

Jochen Mücke-Verwohlt
Susanne Nöllgen, GrafikBüro
Stresemannstraße 27, 10963 Berlin

Druck

Druckerei Fritz Perthel GmbH,
Nordlichtstraße 75, 13405 Berlin

Copyright © 2018 by Verlag:
Deutsches Zentralinstitut
für soziale Fragen,
Bernadottestraße 94, 14195 Berlin
Telefon 030/83 90 01-0
sozialinfo@dzi.de
www.dzi.de

ISBN 978-3-946511-01-4

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

